Mittwoch, 1. Juni 1983 · D ***

Nr. 125 - 22.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

TAGESSCHAU

POLITIK

Polnisches ZK: Harte Linie bekräftigt

dpa/AFP/AP, Warschau

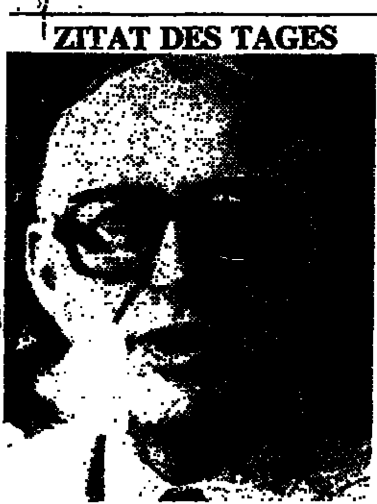
Die polnische Parteiführung erhofft sich von dem bevorstehenden Besuch des Papstes neue Impulse für die nationale Verständigung und die innere Ruhe im Lande. Zu gleich hat sie auf der gestern zusammengetretenen Sitzung des Zentralkomitees in Warschau ihre harte Linie gegenüber den „Feinden des Sozialismus" bekräftigt. In einem Referat des ZK-Sekretärs Jozef Czyrek wird der Verlauf des Papst-Besuches als Prüfstein für gute Beziehungen zwischen Kirche und Staat bezeichnet. Czyrek versicherte, daß die katholische Kirche an „konstruktiven Beziehungen" zum Staat interessiert sei. Dieser Haltung widersprächen jedoch Versuche, religiöse Feiern für antistaatliche Tätigkeiten auszunutzen. Bei seiner Rede fiel auf, mit welchem Nachdruck er sich auf die Beschlüsse des neunten Parteitags 1981 und die damals eingeleiteten Reformen berief. Czyrek „würdigte" schließlich ausdrücklich die „vielschichtige Rolle der Armee". Nach Ansicht westlicher Beobachter wies Czyrek damit die aus den Reihen der Partei laut gewordene Kritik an der Militarisierung des Regimes zurück. Seite 6

Kurbelt Moskau die Rüstung weiter an?

rtr/kli. Moskau

Die Sowjetunion hat die feste Arbeitszeitregelung für die meisten Zivilangestellten im Verteidigungsbereich abgeschafft und ein System eingeführt, bei dem für diese Beschäftigten Überstunden angeordnet werden können. Dies berichtete gestern die Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern). Nach Ansicht von Beobachtern könnte es sich bei dieser Maßnahme um einen ersten Schritt zur Verwirklichung der Drohung Moskaus handeln, auf die – geplante – NATO-Nachrüstung zu antworten. Der „nicht genormte Arbeitstag" war während des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion üblich, wurde jedoch in Friedenszeiten nur selten in Kraft gesetzt. Das neue System könnte dem Ziel dienen, die Produktion der Rüstungsindustrie zu erhöhen. Aus dem Zeitungsbericht geht hervor, daß der „nicht genormte Arbeitstag" für die Belegschaft von Militärstützpunkten, Fabriken und höheren Lehranstalten gelten soll. Ohne Angabe von Gründen für diese Entscheidung hieß es in dem Artikel, die zuständigen Gewerkschaften hätten der Einführung des neuen Systems zugestimmt, das nun auf Dauer in Kraft sei.

ZITAT DES TAGES



„... aufhören, daß die Rentner alle Jahre wieder verunsichert werden. Deshalb legen wir großen Wert auf eine Grundsatzentscheidung, die die Entwicklung der Renten langfristig sichert."

Wolfgang Mischnick, FDP-Fraktionsvorsitzender in einem WELT-Interview (S. Seite 8)

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Benzinpreis sinkt

Bm. Essen

Nach drei Benzinpreisschüben in den vergangenen Wochen um insgesamt rund 10 Pfennig je Liter, beginnen im Ruhrgebiet die Benzinpreise wieder abzufallen. Große Markengesellschaften – wie etwa Aral – haben je nach Standort ihre Preise um einen Pfennig zurückgenommen.

Rekord bei Kfz-Handel

dpa/VWD, Flensburg

Ein Rekordergebnis zeichnet sich beim Handel mit Kraftfahrzeugen für dieses Jahr ab. Wie das Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg gestern berichtete, wurden von Januar bis April 1983 bereits fast 2,1 Millionen Kraftfahrzeuge – darunter 1,86 Millionen Pkw – auf andere Halter überschrieben. Allein im April wurden dabei 567 000 Kraftfahrzeuge umgemeldet. Damit stiegen die Besitzumschreibungen im ersten Jahresdrittel um insgesamt drei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Neue Partei in Polen

JGG. Bonn

Als dritte im Untergrund arbeitende politische Organisation hat sich in Polen neben der „Solidarität" und dem „Komitee für gesellschaftspolitische Selbstverteidigung" (KOS) eine Gruppe konstituiert, die sich als „Freiheit, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit" (WSN) bezeichnet. Nach ihrer jetzt veröffentlichten „politischen Deklaration" sieht sie sich als christliche Partei in der Tradition der „Sozialistischen Partei Polens" (PPS), die aber auch an die Ideen der „Solidarität" und des ausgelösten „Komitees für die Verteidigung der Arbeiter" (KOR) anknüpft. In ihrer Deklaration tritt die WSN für freie Wahlen und eine freie Marktwirtschaft sowie für die Freundschaft zu den Nachbarn Polens, darunter ausdrücklich zu den Deutschen und sieht den künftigen Platz Polens in einem „freien und offenen Europa".

Positiver Warenverkehr

rtr/dpa, Wiesbaden

Die Warenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die „DDR" sind in den ersten Monaten dieses Jahres kräftig gestiegen, während umgekehrt die Bezüge aus der „DDR" sich verringert haben. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, stiegen im April die Lieferungen um 16 Prozent. Dagegen fielen die Bezüge um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zurück. Insgesamt wurden im ersten Jahresdrittel 1983 mit Waren im Wert von 2,6 Milliarden Mark 33 Prozent mehr in die „DDR" exportiert als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Bezüge verringerten sich dabei um vier Prozent auf 2,1 Milliarden Mark.

Aktien leichter

DW. Frankfurt

Der Aktienmarkt notierte nochmals leichter, WELT-Aktienindex 133,6 (134,0). Der Rentenmarkt schwächte sich weiter ab. Dollar-Mittelkurs 2,5190 (2,5175) Mark. Goldpreis je Feinunze 437,50 (am Montag war in London Feiertag, deshalb wurde kein Fixing festgestellt).

... aus Ostberlin"

dpa/DW. Hamburg/Bonn

... Bundesminister Friedrich ... befürchtet, daß bei der ... Demonstrationen ... Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen im Herbst ... deutsche oder amerikanische Militäreinrichtungen angegriffen werden. Wie er in einem Interview der ... Illustrierten „Bunte" dazu sagte, ... die Demonstrationen „maßgeblich von kommunistisch beeinflußten Gruppen" getroffen, die im Interesse Moskaus handelten und dafür Geld aus der „DDR" bekämen.

WETTER

Gelegentlich Schauer

DW. Essen

Im Südosten heiter und trocken. In den übrigen Gebieten wechselnd bewölkt mit gelegentlichen schauerartigen Regenfällen. Tagestemperaturen zwischen 21 und 25 Grad. In der Nacht 13 bis 8 Grad. Allgemein mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Heute in der WELT

Morgen ... gesetzlichen Feiertag, Fronleichnam, erscheint die WELT zur ... die; sie wird unseren Abonnenten in einigen Gebieten ... Zustellung zugestellt werden können.

Westen demonstriert Einigkeit über Sicherheit und Wirtschaft

Zehn-Punkte-Erklärung in Williamsburg / Reagan lobt Kohls Vermittlung

kie./DW. Williamsburg/Paris

Die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen haben zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg zwar eine gemeinsame „Erklärung zur wirtschaftlichen Gesundung" verabschiedet, doch stehen in der Beurteilung des Treffens für die meisten Beteiligten die Sicherheitsfragen und damit das von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Abrüstungspapier im Vordergrund.

In der Zehn-Punkte-Erklärung zur Wirtschaft einigten sich die Repräsentanten der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Kanadas, Japans und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Präsident der EG-Kommission auf die Zusage, in den kommenden Monaten Maßnahmen zur Stützung des Wirtschaftsaufschwungs in der westlichen Welt zu ergreifen, zur Umkehrung der Inflation und zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, eine „angemessene" Geld- und Haushaltspolitik zu verfolgen, die eine geringere Inflationsrate, niedrige Zinsen, mehr produktive Investition und erhöhte Beschäftigungschancen zur Folge habe. Der beim Gipfel in Versailles im vergangenen Jahr begonnene Konsultationsprozeß soll verstärkt werden, um die Konvergenz der Leistungen und der

SEITE 2: Erfolg ist alles

SEITE 5: Weitere Beiträge

Volkswirtschaften sowie eine größere Wechselkursstabilität zu fördern. Die Finanzminister werden aufgefordert, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds die Bedingungen für eine Verbesserung des Weltwährungssystems zu erkunden und – vor allem auf Wunsch der Franzosen – „dabei auch zu prüfen, welche Rolle eine internationale Währungskonferenz auf hoher Ebene zu gegebener Zeit spielen könnte".

Der amerikanische Außenminister George Shultz begrüßte die „Entschlossenheit" der Teilnehmer am Treffen in Williamsburg auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet und wurde vor allem nicht müde, die bahnbrechende Bedeutung des Abrüstungspapiers hervorzuheben. Diese Sieben-Punkte-Stellungnahme sei „sehr kraftvoll und stark", die Sowjetunion sollte nunmehr davon „überzeugt sein, daß sie ihre Ziele nicht erreichen" werde. Claude Cheysson, sein französischer Kollege, nannte in einer amerikanischen Fernsehsendung am späten Montagabend „die phantastische Ansammlung von Waffen auf der sowjetischen Seite" eine der Grundbeunruhigungen der weltpolitischen Gegenwart. Mit den Worten, es sei „nicht das Privileg der Russen und ihrer Alliierten, vom Frieden zu sprechen", rechtfertigte er die Erklärung der Sieben zur Sicherheitspolitik.

Auch in der amerikanischen Presse wird dieses Ereignis als der entscheidende Erfolg des Williams-

● Fortsetzung Seite 5

SPD stellt vier Fragen an Kohl

Parteirat diskutiert die sicherheitspolitische Erklärung von Williamsburg

GÜNTHER BADING, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat die Sozialdemokraten gestern eindringlich davor gewarnt, auf dem außerordentlichen Parteitag Anfang November die Bündnisfrage zu stellen. Vogel sprach auf der Sitzung des SPD-Parteirates in Bonn. Die Haltung der SPD zu einer eventuellen Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen war das beherrschende Thema dieser Beratungen.

Parteichef Willy Brandt berichtete vor Journalisten, daß sich der Parteirat, das höchste SPD-Gremium zwischen den Parteitagen, ausführlich auch mit der sicherheitspolitischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg befaßt habe. Der Parteirat stelle dazu vier Fragen an Bundeskanzler Kohl.

„Warum hat sich zum erstenmal ein Wirtschaftsgipfel so ausführlich mit dem NATO-Doppelbeschluß gemeinsam mit Japan befaßt, das doch sicher gar nicht zur NATO gehört?" fragte Brandt. Zwar werde Japan „als befreundet erachtet", aber es sei nun einmal nicht militärischer Bündnispartner. Die Einbeziehung Japans wäre nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn man die verschiedenen Verhandlungen zusammenlege, „um tatsächlich den Gesamtzusammenhang des nuklearen Wettrüstens in den Griff zu bekommen". Die übrigen Fragen des Parteirats der SPD an Bundeskanzler Kohl:

– Wo bleibe im Williamsburger Text die Festlegung auf Entspannung,

– warum würden französische und britische Potentiale nicht in die Verhandlungen einbezogen und

– sei es nicht unfair gegenüber Amerika, die deutsche Bereitschaft zu einem „Stationierungsautomatismus" zu erklären, obgleich es darüber im Herbst „Streit im Bündnis" geben werde?

Brandt bezeichnete das Ergebnis von Williamsburg als „mager". Er bemängelte vor allem, daß es ganz offensichtlich nicht gelungen sei, die US-Regierung dazu zu bewegen, das überhohe amerikanische Haushaltsdefizit abzubauen. Wenn allerdings das nicht geschehe, so werde aufgrund der hohen US-Zinsen der notwendige europäische wirtschaftliche Aufschwung verhindert. Die positiv habe der Parteirat gewertet, daß man sich in Williamsburg gegen jede Form von Protektionismus ausgesprochen und daß es dort keine negativen Entscheidungen über den Osthandel gegeben habe.

Die Parteiratssitzung, der am Montag Beratungen von Präsidium und Vorstand vorausgegangen waren, diente der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages im November – der sich mit der Raketenfrage befassen wird – und des ordentlichen Parteitages im nächsten Frühjahr. Der Parteirat beschloß, diesen Parteitag von dem geplanten Termin im Februar auf den 18. Mai und den Tagungsort von Stuttgart nach Bonn zu verlegen. Diese Entscheidung sei aus Kostengründen getroffen worden, sagte Bundesgeschäftsführer Peter Glotz; man spare dadurch 700 000 Mark ein.

Schmidt hält Doppelbeschluß weiter für richtig

dpa, Hamburg

Der ehemalige Bundeskanzler und jetzige Mitherausgeber der „Zeit", Helmut Schmidt, hält den 1979 festgelegten NATO-Doppelbeschluß nach wie vor für richtig. Gleichzeitig räumt Schmidt in einem „Zeit"-Beitrag dem von den Unterhändlern der USA und der UdSSR bei den Genfer Verhandlungen zur Reduzierung der Mittelstreckenraketen ausgearbeiteten Kompromiß die größten Chancen ein, verwirklicht zu werden.

Schmidt betont vor allem seine Übereinstimmung mit dem letzten Satz des Doppelbeschlusses, der die Prüfung des Raketen-Bedarfs der NATO „im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse" vorsieht. Wer jedoch die im Notfall notwendig werdende Nachrüstung im Vorwege aufgäbe, „der würde schließlich gezwungen, den jetzt erreichten Rüstungsstand ... und die davon ausgehende politische Bedrohung hinzunehmen. Ich halte dies nicht für hinnehmbar."

Seite 4: Wenig Fingerspitzengefühl

Genscher bei Ceausescu

Ausreise für Rumäniendeutsche soll erleichtert werden

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher konferierte gestern in Bukarest mit Staatspräsident Nicolae Ceausescu und Außenminister Stefan Andrei über Ausreiseerleichterungen für Deutsche aus Rumänien. Nach zuverlässigen Informationen bestehen gute Aussichten, daß der kurzfristig anberaumte Besuch Genschers heute mit einer Vereinbarung abgeschlossen wird, wonach deutschstämmige Rumänen von dem Regierungsdekret über die Rückzahlung der Ausbildungskosten freigestellt werden.

Den letzten Anstoß zu der Reise hatte ein Gespräch Genschers mit US-Außenminister George Shultz am Sonntag in Williamsburg gegeben. Dabei hatten beide Politiker darin übereingestimmt, daß die Zeit für abschließende Verhandlungen über Reiseerleichterungen für Rumäniendeutsche jetzt gekommen sei. Offenbar stehen auch einer Ausreise jüdischer Rumänen durch die Drohung mit Entzug der Meistbegünstigungsklausel Erleichterungen für ausreisewillige Juden aus Rumänien durchzusetzen, vor einem Erfolg. Im Bonner Auswärtigen Amt hieß es, die USA hätten sich mit den Interessen der Bundesrepublik in der Ausreisefrage solidarisch gezeigt.

Der Bundesaußenminister flog am Montagabend in der Maschine des britischen Außenministers Pym mit nach London, um gestern früh sofort nach Bukarest weiterfliegen zu können. Offiziell wurde in Bonn gestern noch von „schwierigen Verhandlungen" gesprochen. An einem positiven Ergebnis wurde aber kaum gezweifelt.

Untergründige Verärgerung scheint bei Bonner Diplomaten über den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zu herrschen, weil dieser bei seinem Besuch in Bukarest vor einer Woche vorzeitig finanzielle Gegenleistungen für Reiseerleichterungen in Aussicht gestellt habe. Wie verlautet, hatte Strauß dabei dem Bundeskanzler jedoch mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgestimmt.

DER KOMMENTAR

Global denken

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die SPD stellt Bundeskanzler Kohl die Frage, warum sich zum ersten Mal in Williamsburg ein Wirtschaftsgipfel der sieben größten Industrienationen der westlichen Welt „so ausführlich mit dem NATO-Doppelbeschluß gemeinsam mit Japan befaßt, das selbst doch gar nicht zur NATO gehört" – so Willy Brandt vor der Presse. Kohl kann als Antwort Egon Bahr zitieren: „Die globale Partnerschaft zur Verhinderung eines interkontinentalen nuklearen Krieges geht allen Bündnissen vor."

Bahr meinte eine Partnerschaft der Kriegsverhütung zwischen den USA und der Sowjetunion, so, wie von Nixon und Breschnew schon einmal beschworen – mit dem bekannten Ergebnis. Inzwischen hat sich die Problemlage auf ein neues Faktum zugespitzt: Mit ihrer Vorrüstung der SS-20-Raketen hat die Sowjetunion eine Waffe unterhalb der interkontinentalen Kategorie aufgefahren, die es ihr erlaubt, wie einst der Alte Fritz die Vorteile der „inneren Linie" zu nutzen. Diese Raketen mittlerer Reichweite sind transportierbar, sie können heute Westeuropa und wenige Tage später Japan bedrohen – und umgekehrt.

Ihre Mobilität verleiht der SS 20, wenn auch begrenzt, Einsatzfähigkeiten der interkontinentalen Waffen. Deshalb gehört sie unmittelbar in den Zusammenhang der „globalen Partnerschaft zur Verhinderung eines interkontinentalen nuklearen Krieges", von der Bahr sprach. Das Neue ist, daß die Europäer davon direkt betroffen sind und die Japaner ebenso.

Diese Argumentation klingt wie eine Bestätigung der sozialdemokratischen Forderung, in Genf die Verhandlungen über die interkontinentalen und die Mittelstreckenraketen zusammenzuführen. Doch das stimmt nicht. Die SPD fordert diese Zusammenführung nicht von einem globalen, sondern von einem regionaleuropäischen Denkansatz. Darauf wollte Brandt gestern wieder hinaus. Dahinter steht Bahrs These: „Entspannungspolitik ist das Mittel, das den europäischen Mächten Gleichberechtigung gegenüber den Nuklearmächten verschafft." Die SS 20 atomisiert diesen kontinentaleuropäischen Denkansatz. Die SPD muß lernen, global zu denken, und das heißt zu allererst, atlantisch zu denken.

Waigel: Dissonanzen in der Koalition herausfinden

WELT-Gespräch vor Treffen der drei Parteivorsitzenden

MANFRED SCHELL, Bonn

Kontroverse Fragen vor allem in Teilbereichen der Außenpolitik, aber auch die in der Koalition umstrittene Neufassung des Demonstrationsstrafrechts, werden das für heute im Bundeskanzleramt vorgesehene Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und den Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß (CSU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) bestimmen. Diese Begegnung im Dreierkreis war noch während der Koalitionsverhandlungen auf Vorschlag Kohls verabredet, aber mehrfach verschoben worden, was kritische Anmerkungen aus der CSU zur Folge hatte.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, äußerte sich gestern in einem WELT-Gespräch zu dem Charakter des Treffens. Waigel: „Es handelt sich nicht um ein institutionalisiertes neues Gremium oder einen Kressbronner Kreis, sondern um eine vernünftige Form des Zusammenwirkens der Koalition." Es gehe dabei darum, „herauszufinden, wo gibt es Dissonanzen und wie können sie gelöst werden". Diskussionspunkte im Kreis der drei Parteivorsitzenden, so sagte Waigel, dürften die Afrika- und die Nahostpolitik Bonns sein, möglicherweise auch das Verhalten gegenüber Mittelamerika. Andererseits dürfe man nicht übersehen, daß es CDU, CSU und FDP in der Sicherheitspolitik „sehr große Übereinstimmung gibt".

Er sei „froh", daß diese Begegnung zwischen Kohl, Strauß und Genscher, die „jeder Dramatik entbehrt", zustande komme, sagte Waigel. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, sagte der WELT, aus der Sicht seiner Partei sei der Streit um die Institutionalisierung dieses Gremiums „endgültig ausgestanden". Mischnick: „Daß auch die Vorsitzenden der Koalitionsparteien dann und wann das direkte Gespräch suchen, ist sicher nützlich."

Waigel betonte, er habe vor kurzem die Anregung gegeben, es möge ab und zu ein „Koalitionsgremium" zusammentreten, der insbesondere dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß „die Möglichkeit zu geben, an der politischen Willensbildung verstärkt teilzunehmen". Damit habe er kein neues Gremium gemeint, sagte Waigel. Vielmehr seien unter diesem Aspekt „mehrere Formen denkbar". Eine davon sei die Zusammenkunft der drei Parteivorsitzenden. Selbstverständlich, so meinte Waigel, könnte Strauß auch „dann und wann an den Koalitionsrunden teilnehmen, die beim Bundeskanzler stattfinden". Als dritte Form, die zur Erörterung „ganz besonderer Fragen" herangezogen werden könne, nannte Waigel den Kreis der Politiker von CDU, CSU und FDP, „in dem zum Schluß die Koalitionsgespräche geführt worden sind". Waigel: „Nicht mehr und nicht weniger habe ich mit meiner Anregung gemeint." Er verstehe nicht, warum die FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer „so schnell und negativ darauf" reagiert habe. „Offensichtlich hat sie meinen Vorschlag nicht im Wortlaut gelesen." Waigel: „Ich habe zwischenzeitlich mit einigen führenden FDP-Politikern gesprochen, und sie waren durchaus bereit, einen solchen Gedanken aufzunehmen."

Belgien reißt Lücke in NATO-Abwehr

Boden-Luft-Raketen sollen aus Deutschland abgezogen werden / Kein Geld für „Patriot"

C. v. BROCKDORFF/DW. Brüssel

In der NATO sieht man die Abwehrfähigkeit gegen Luftangriffe gefährdet. Denn Belgien hat damit begonnen, seine Einheiten aus dem gemeinsamen Luftverteidigungs-Raketengürtel der NATO in Deutschland abzuziehen.

Bei der NATO-Luftverteidigung hat die Nachricht darüber wie ein Schock gewirkt, denn eine derartige Reduzierung in Mitteleuropa hätte die Wirkung einer offenen Schleuse: Durch die Lücke könnten gegnerische Luftstreitkräfte eindringen, ohne befürchten zu müssen, durch Raketen vom Boden aus abgefangen zu werden.

Zwei Batterien belgischer „Nike-Hercules"-Raketen haben die Belgier bereits aus Deutschland abgezogen. Die geräumten Stellungen sind verödet, Ersatz ist nicht in Sicht. Wie von informierter Seite verlautet, wird erwartet, daß Belgien bis zum Jahre 1986 auch die verbliebenen sechs Batterien „Nike-Hercules" sowie ihre zwei Bataillone „Hawk"-Raketen vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland abzieht.

In Brüssel geht man davon aus, daß Belgien diese Pläne auf der heute in Brüssel beginnenden NATO-Frühjahrstagung der Verteidigungsminister im kleinsten Kreis ansprechen wird, damit nichts weiter an die Öffentlichkeit dringen kann. Aus der Sicht der Luftverteidigungsexperten in der NATO wäre ein Vollzug der belgischen Pläne eine Katastrophe. Denn niemand weiß, wie die aufgerissene Lücke wieder geschlossen werden soll. Die „Nike-Hercules" übernimmt zur Zeit die Luftverteidigung der NATO in mittleren und großen Höhen, die „Hawk" ist als Waffe gegen Tiefflieger eingeplant.

Die belgischen Absichten zwingen die Militärstäbe der Allianz auch dazu, das gesamte Thema Luftverteidigung neu zu durchdenken. Bei der NATO heißt es, daß es nicht zugelassen werden dürfe, daß die sowjetischen Luftstreitkräfte im Europa eingesetzt werden und die sowjetischen Luftstreitkräfte das Hinterland der NATO einfliegen könnten.

Nach der bisherigen Planung soll in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die neue amerikanische Luftverteidigungsrakete „Patriot" in Europa eingesetzt werden und die Rolle der „Nike-Hercules" und der „Hawk" übernehmen. Diese Waffe kann durch Mehrfachsprengköpfe vollautomatisch mehrere Flugzeuge gleichzeitig verfolgen und bekämpfen sowie elektronische Störungen überwinden. Doch Belgien hatte bereits im Vorfeld klargemacht, daß es sich an der Beschaffung und Unterhaltung der „Patriot" nicht beteiligen könne. Allein für die Beschaffung müßte das Land mehr als 1,2 Milliarden Mark aufwenden.

Dem Vernehmen nach ist Belgien zu einer gewissen Kompensation bereit: „Hawk"-Raketen, die aus der Bundesrepublik abgezogen werden, sollen im eigenen Land wiederaufgestellt werden, um z. B. den großen Seehafen in Antwerpen und den Flughafen in Brüssel zu schützen. Hierüber könnten im Ernstfall amerikanische Verstärkungen nach Europa.

Die Belgier konzentrieren sich im übrigen auf den Ausbau ihrer Luftstreitkräfte. Sie haben bereits 116 Maschinen des Typs F-16 beschafft. Zwei Geschwader fliegen inzwischen. Weitere 44 Flugzeuge dieses vollelektronisch gesteuerten Luftkampfjägers mit vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbaren Leistungen will Belgien für 2,5 Milliarden Mark noch beschaffen. Zusammen mit bereits geliefertem Maschinen, die derzeit in Reserve gehalten werden, könnten damit weitere zwei F-16-Geschwader aufgestellt werden. Damit wäre die gesamte belgische Luftwaffe mit der F-16 ausgerüstet.

Seite 2: Schirm zu

Peru setzt Grundrechte für zwei Monate außer Kraft

Terrorismus und Wirtschaftskrise bedrängen Regierung

dpa/AP/rtr, Lima

Als Reaktion auf die jüngste Welle von Guerrilla-Anschlägen hat die Regierung Perus über das ganze Land für 60 Tage den Ausnahmezustand verhängt. Damit sind die Grundrechte vorerst außer Kraft gesetzt. Bei mehr als 20 Anschlägen am Wochenende war die Stromversorgung der Hauptstadt Lima immer wieder zusammengebrochen.

Der Ausnahmezustand für ganz Peru – er gilt in drei Provinzen bereits seit Ende 1982 – ist die härteste Maßnahme, die Staatspräsident Fernando Belaunde Terry während seiner dreijährigen Amtszeit im Kampf gegen die Guerrilla ergriffen hat. Er forderte jetzt das Parlament außerdem auf, ein Gesetz zu verabschieden, das für Angriffe auf Staatseigentum und öffentliche Versorgungseinrichtungen die Todesstrafe bestimmt.

Der Guerrilla-Krieg wird von der 1970 gegründeten und seit 1980 im Untergrund operierenden maoistischen Kommunistischen Partei Perus (PCP) geführt, die sich nach dem Titel ihrer früheren Zeitschrift „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) nennt. Seit 1980 sind bei Gewalttaten in Peru mehr als 1100 Menschen getötet worden.

Bisher konnten die Aktivitäten der Guerrilla, von gelegentlichen Kommandoaktionen in der Hauptstadt und anderen größeren Orten abgesehen, auf die abgelegene Hochlandregion Ayacucho eingegrenzt werden, wo rund eine halbe Million der etwa 18 Millionen Peruaner lebt. Doch die Kritiker der im Frühjahr 1980 nach 12jähriger Militärherrschaft gewählten demokratischen Regierung nehmen diese Aktionen zunehmend zum Anlaß für Angriffe auf Belaunde Terry.

Zu dem ungelösten Guerrilla-Problem kommt eine schwere Wirtschaftskrise. Der mit fast 30 Milliarden Mark im Ausland verschuldete Staat steht vor einem riesigen Haushaltsdefizit.

Dennoch rechnet kaum jemand in Lima mit der Möglichkeit eines baldigen neuen Militärputsches. Die Generäle haben in ihrer Regierungszeit von 1968 bis 1980 die Erfahrung machen müssen, daß auch sie keine Erfolgsrezepte für die Lösung der sozialen wirtschaftlichen Probleme des unterentwickelten Landes haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Atlantische Serenade

Von Rüdiger Moniac

Auch in Gesten mag Symbolisches sein. Caspar Weinberger ist vom deutschen Verteidigungsminister mit allen erdenklichen Freundlichkeiten zum Abendessen im kleinen Kreis auf der Bonner Hardthöhe empfangen worden. Das Stabsmuskkorps spielte für den hohen Gast eine Serenade mit bekannten Melodien aus deutscher Militärtradition. Auf dem Rasen leuchteten, von Marinesoldaten getragen, Fackeln. Weinberger fühlte sich wohl. Kurz vorher hatte er in einem Bonner Hotel einen Vortrag gehalten. Auch Egon Bahr und Hans Apel waren erschienen. Ihre Hände rührten sich nicht zur Begrüßung Weinbergers, während das Auditorium klatschte.

Nichts daran sollte zu bedeutsam genommen werden; genausowenig andererseits, daß der amerikanische Verteidigungsminister es im gedrängten Zeitplan unterließ, den führenden Verteidigungspolitikern der SPD im Bundestag einen Besuch zu machen. Nur das: In schwierigen Phasen der Politik spielen auch Empfindlichkeiten eine bedeutende Rolle, und das auf allen Seiten.

Die beiden Verteidigungsminister jedenfalls haben sich offen und vertrauensvoll in Bonn ausgesprochen. Weinberger hat akzeptiert, daß die Bundesrepublik trotz mancher amerikanischer Wünsche bei der Erhöhung der Verteidigungsausgaben vorläufig kurztreten muß. Trotzdem gelten den USA die Deutschen als sehr zuverlässige Verbündete. Beide Seiten wissen, daß den Deutschen in den nächsten Monaten schwere Belastungen bevorstehen: Es wird darum gehen, den Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses zu verwirklichen. Um so zurückhaltender blieb Weinberger bei der Frage der Notwendigkeit der Pershing-2-Raketen, um die sich ankündigenden öffentlichen Stürme in Deutschland nicht noch zusätzlich zu entfachen. Dennoch bleibt stehen, was Weinberger noch in Washington im Interview *mit der WELT unterstrichen hatte: Wenn die* Sowjetunion in Genf keine „Null-Lösung" akzeptiert, wenn also auf ihrer Seite nicht total verschrottet wird, dann wird auf deutschem Boden am Jahresende mit der Stationierung der ballistischen Raketen begonnen werden müssen.

„Stern"-Stück

Von Günter Zehm

Der Einfall der Fernsehmacher vom NDR, die Live-Übertragung eines Eichmannstückes aus dem Bonner Stadttheater mit „spontanem", in Wirklichkeit von Berufsschauspielern planvoll inszeniertem antisemitischem Gebrüll aus dem Zuschauerraum anzureichern, war bestenfalls ein mieser, geschmackloser Gag, schlimmstenfalls eine horrende politische Hinterhältigkeit. Die Vorstellung wirkte immerhin so echt, daß nicht nur Tausende von Fernsehzuschauern irregeführt wurden, sondern auch ein ganzer veritabler Rundfunksender (Radio Bremen), der denn auch nichts Eiligeres zu *tun hatte, als noch am gleichen Abend die Tatarennach*richt von dem angeblichen „antisemitischen Eklat" in alle Welt auszustrahlen.

Den Veranstaltern dieses „Stern"-Stückes muß bei ihrem Coup selber nicht recht wohl gewesen sein. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß sie einzelne prominente Theaterbesucher, z. B. das Ehepaar Wehner, „eingeweiht" hatten? Offenbar fürchtete die Regie einen durch und durch echten Wutausbruch des großen alten Mannes der Bonner Politik und machte ihn deshalb vorsorglich zum Komplizen ihrer Inszenierungskünste.

Um die Empfindungen des normalen kleinen Mannes von der Straße sorgte man sich weniger. Er sollte offenbar bewußt provoziert und auf seine Immunität gegenüber dem Antisemitismus getestet werden. Fernsehregisseure maßten sich die Rolle von öffentlichen Gehirnwäschern an und schrammten dabei haarscharf an einem politischen Skandal erster Güte vorbei.

Man erinnere sich: Vor etwa zwanzig Jahren wurde die Welt erschüttert durch die nicht abreißenden Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen in der Bundesrepublik. Später kam heraus, daß alles ein abgekartetes Spiel des sowjetischen KGB gewesen war, mit dem Ziel, die Bundesrepublik politisch zu isolieren. Der Vorfall könnte sich wiederholen. Der NDR sollte dazu keine Hilfestellung geben.

Schirm zu

Von Cay Graf Brockdorff

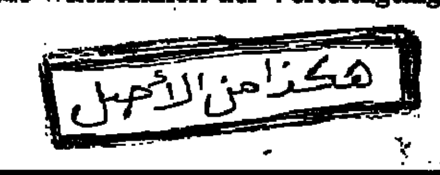
Das Unvermögen Belgiens, sich auf die Dauer mit allen Kräften an der Luftverteidigung Zentraleuropas zu beteiligen, wirft grundsätzliche Fragen auf. Zu lange hat man in der NATO gewurschtelt und am Althergebrachten festgehalten. Es muß geklärt werden, wie im Zeitalter immer teurer werdender militärischer Ausrüstung eine vernünftige Arbeitsteilung zu einer möglichst wirksamen Verteidigung führt. Dabei gilt es, unorthodox zu denken und nationales Prestige zu überwinden.

Um es gleich zu sagen: Belgien könnte es sich sicherlich leisten, auch in Zukunft am Luftabwehr-Raketengürtel der NATO teilzunehmen – einschließlich seiner Beteiligung am neuen Luftabwehrsystem „Patriot" – wenn, ja wenn es keine Marine unterhielte. Diese Feststellung wird heftige Reaktionen auslösen, weil der Punkt des Prestiges berührt wird. Zu verteidigen ist indes Westeuropa, nicht nationales Prestige.

Arbeitsteilung – wenn sie vertretbar ist – muß anvisiert werden.

Die Rolle der belgischen Seestreitkräfte müßten andere mitübernehmen. Man müßte untersuchen, von welchen Aufgaben andere dafür befreit werden könnten. Sicher ist, daß ein Land wie Belgien sich nicht mehr alles leisten kann. Aber das gilt für viele. Mühsam den Schein erwecken, daß man es sich leisten könnte, Land-, See- und Luftstreitkräfte zu unterhalten, das muß zu Schwächen führen. Man verzettelt sich.

Diese Einsichten werden am Beispiel Belgiens nur exemplifiziert. Sie gelten besonders auch für uns. Die Zukunft wird immer zwingender zeigen, daß wir uns von lieb gewordenen Vorstellungen trennen müssen. Was allein zählt, ist die Wirksamkeit der Verteidigung.





ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schere oder Axt

Von Heinz Heck

In der Altersversorgung ist Verläßlichkeit das oberste Gebot. Es gibt zwar keinen „Generationenvertrag", wie Oswald von Nell-Breuning zu Recht gesagt hat, da Generationen keine Verträge miteinander schließen können. Aber es gibt – im günstigsten Falle – einen Konsens zwischen den Generationen, gleichsam die Übereinkunft, daß die heute Aktiven mit ihren Beiträgen die Renten der älteren Generation tragen, in der sicheren Erwartung, daß ihr eigener Anspruch später in der gleichen Weise befriedigt wird.

Dieser Konsens wird gestört, wenn allzu häufig – noch dazu mit dem Anschein von Willkür – in dieses Rahmenwerk eingegriffen wird. Sei es, daß die Aktiven zu stark zur Kasse gebeten (Beitragserhöhung) oder die Rentner zu stark zur Ader gelassen werden, etwa in der heute im Kabinett diskutierten Form einer erneuten Verschiebung der nächsten Rentenanpassung.

Die Medaille der Verläßlichkeit hat aber zwei Seiten: Es geht nicht nur um die Einhaltung von Zusagen; die dazu erforderlichen Finanzen müssen auch stimmen. Hier gilt es jedoch, zwischen kurz- und langfristigen (man spricht auch von strukturellen) Problemen zu unterscheiden.

Finanzminister Stoltenberg hat in einem WELT-Interview (30. Mai) daran erinnert, daß man im letzten Herbst „die Rentenversicherung für 1983 wieder wetterfest gemacht" habe. Blitzaktionen, aus der Not der Stunde geboren, kann man nicht genau unter die Lupe nehmen. Die Verschiebung der Rentenanpassung schien der einzige rettende Ausweg – im übrigen begleitet von zusätzlichen Belastungen der Beitragszahler, die Stoltenberg auf jährlich rund zehn Milliarden Mark veranschlagt: ein Hinweis, den der Vorwurf der einseitigen Belastung der Rentner mehr als fragwürdig erscheinen läßt.

Was aber seinerzeit unausweichlich war, muß jetzt nicht wieder richtig sein. Die Verschiebung der – jährlich erwarteten – Rentenanpassung sollte das allerletzte Mittel sein, zu dem man nur greift, wenn kein anderer Ausweg mehr bleibt. Davon kann in der heutigen Situation sicher nicht die Rede sein. Warum geht man nicht mit der Schere ans Rankenwerk, bevor man die Axt anlegt und die Rentenerhöhung erneut verschiebt?

Lassen sich die anvisierten 1,2 Milliarden, die auf diesem Verschiebebahnhof 1984 zu holen wären, nicht an anderer Stelle hereinfahren? Dabei sollte man auch andere Sozialtransfers unter die Lupe nehmen, zum Beispiel den Mutterschaftsurlaub: ein Verlegenheitskind des Bonner Weltwirtschaftsgipfels, als die großen Sieben Eisenbahn spielten und Bonn (mit einem zweistelligen Milliardenprogramm) auf die Lokomotive gesetzt wurde. Hier muß sich zeigen, ob die neue Koalition die Kraft hat, Gutes von Gutgemeintem zu trennen und soziale Wohltaten, die schon damals nicht zu verkraften waren, wieder abzuschaffen (statt sie, wie jetzt beschlossen, auf niedrigerem Niveau für alle Mütter ab 1987 festzuschreiben).

Oder: Hat man bei dem angekündigten Schnitt in die Subventionen schon genug getan? Sicher, sie gehören nicht alle zum Sozialetat. Aber wo steht geschrieben, daß die 1,2 Milliarden Mark nur hier hereinzufahren seien? Das Parlament – bekanntlich der Souverän – könnte ja diese wichtige Frage einmal an sich ziehen und selbst Vorschläge machen, wie die von der Koalition nach dem 6. März im Prinzip beschlossenen Einsparungen erreicht werden könnten.

Auch wenn sich das Kabinett heute gegen die Verschiebung ausspricht, bleiben Arbeitsminister Blüm Sparmaßnahmen nicht erspart – und Blüm weiß das. Mehr noch, er selbst arbeitet daran. Dabei geht es um die langfristige Sicherung. Denn es sieht zwar so aus, daß die Rentenversicherung auch 1984 über die Runden kommt (mit kurzfristigen Kassenkrediten) und ab 1985 sogar wieder die Reserven etwas aufstocken kann. Doch verstoßen die alljährlichen wiederkehrenden Diskussionen um diese Sanierung hier und jene Konsolidierung dort gegen das eingangs zitierte Gebot. Der – meist unverschuldete – Streit der Parteien ist die Angst der Rentner, meint Blüm zutreffend.



Der Streit der Parteien ist die Angst der Rentner: Senioren-Idylle FOTO: WOLF P. PRANGE

Für diese – langfristig angelegte – Strukturreform gibt es ein paar Eckpunkte und ein paar offene Fragen. Es gilt, die Leistungs- und Beitragsbezogenheit der Rente zu stärken, den Gleichschritt von Rente und verfügbarem Erwerbseinkommen herzustellen (dabei wird unterstellt, daß die Renten den „Nachholbedarf" durch schnelleres Wachsen in der Vergangenheit aufgeholt haben) und den Bundeszuschuß an die versicherungsfremden Leistungen zu koppeln (was die Spendierfreudigkeit des Gesetzgebers dämpfen könnte).

Offen ist noch, ob sich die vom Verfassungsgericht geforderte Gleichstellung von Mann und Frau auch in einem einheitlichen Rentenalter (Frauen haben eine höhere Lebenserwartung, gehen „dafür" aber früher in Rente) niederschlagen könnte. Klärungsbedürftig ist ferner, wie man besser als in der Vergangenheit Renten- und Arbeitsmarktprobleme voneinander trennen kann. Beispielhaft sei daran erinnert, daß heute schon rund die Hälfte aller Erwerbstätigen nicht erst bei Erreichen der Altersgrenze, sondern vorzeitig mit einer Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente ausscheidet. Die Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn beispielsweise scheiden heute im Durchschnitt mit 51 Jahren aus dem Erwerbsleben aus.

Beim Abbau von Ungereimtheiten darf auch die Knappschaftsversicherung nicht länger tabu sein, auch wenn sich Änderungen hier nicht von heute auf morgen in der Kasse niederschlagen. Aber allein die absehbare demographische Entwicklung macht Schnitte dringend erforderlich, wenn das Beitragsniveau nicht vollends überzogen werden soll.

Das dümmste, häufig zu hörende Argument lautet, die Union müsse auf Blüm Rücksicht nehmen. Schließlich habe er am 6. März die Arbeiterstimmen gebracht. Die Union muß die Rentenfinanzen in Ordnung bringen, und Blüm – im Gegensatz zu einigen Vorgängern kein Sozialillusionär – hat daran das größte Interesse. Aber er ist wohl auch der Meinung, daß der „Rentenbetrug" schon 1976 stattgefunden hat und Wiederholungstäter nicht gefragt sind.

IM GESPRÄCH Kurt Biedenkopf

Ein zu tiefer Fall

Von Herbert Kremp

Nun also rammt die große, mächtige Union ihren langjährigen Kurt Hans Biedenkopf ungespitzt in den Boden. Nahe ist er dran, Anfang Juli die Führung des zweitgrößten Landesverbandes der CDU, Westfalen-Lippe, zu verlieren. Im zu früh gesuchten Kampf um die Spitzenkandidatur für die Landtagswahlen 1985 in Nordrhein-Westfalen ist er gerade erst gegen Bernhard Worms unterlegen, den „Mann aus der Basis und für die Basis". Und schon fordern liebe Parteifreunde, er solle gefälligst auch das Mandat im Düsseldorfer Landtag abgeben. Nun fehlt nur noch der gehirnerschütternde Boxer-Spruch: They never come back.

*Aus für Biedenkopf? Die Partei*freunde haben Gründe. Der Professor gebärdet sich gegenüber intellektuell (meist) weniger Bemittelten wie ein Talar-Ordinarius. Er denkt konzentriert an sich selbst. Aus der Riege der sozialdemokratischen Kanalarbeiter wäre er schon längst geflogen, hätte er je zu so etwas (einst) Integriertem Zugang gefunden. Er startete stets wie eine nur flüchtig erprobte Rakete. Und Loyalität mochte sich jeweils rasch neuen Einfällen gebeugt haben.

Er hat Helmut Kohl Anfang 1979 aufgefordert, den Fraktionsvorsitz niederzulegen und sich auf die Parteiführung zu beschränken – ein Sakrileg mit heute eintretenden Folgen. Er wollte Köppler die Kandidatur für die Landtagswahlen in NRW 1980 wegnehmen und verlor diese Wahlen dann als Spitzenmann kellertief – nach Köpplers Tod.

All diese Disteln werden jetzt zu einem Strauß gebunden. Die einen sagen, Biedenkopf habe kein „Herz". *Andere, wie der züngelnde* Helmut Schmidt, gingen Biedenkopf etwas tiefer an: er habe keine Hoden. Lauter Plagiate. Denn es war der einzigartige Thomas Dehler, der an der Gestalt Walter Hallsteins beides in den Blick genommen hatte: „Der Mann ohne Herz und ohne Hoden." Aber was soll das? Das ist doch eine Kampagne. Die Kritik an dem unbequemen Biedenkopf, der sich in kurzen Abständen immer woanders niederläßt, wie Hegels Idee, gerät zu intim. An dem Feldzug der CDU gegen ihren Mann stimmt etwas nicht: Er hat offenbar weniger mit Entscheidung als mit Scheidung zu tun.



Viele Disteln und eine Kampagne: Kurt Biedenkopf FOTO: WILHELM LEUSCHNER/DPA

Wem eigentlich kann es so viel Vergnügen bereiten, Kurt Biedenkopf von der Höhe fallen zu sehen, bis Herr B. immer kleiner wird und man den Aufschlag nicht mehr hört? Daß er Hirn hat (wenn schon nicht Herz) erwähnt heute kaum einer mehr. Das mutet eigenartig an. Besitzt die CDU so viele Köpfe, die so scharf und unkonventionell denken können, wie eine große, mächtige Partei es braucht? Hat Herr B. als Generalsekretär die SPD *nicht in semantische Verlegenheit* gebracht? War er nicht brillant im Bundestag? Schaffte sein Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht einen Kavaliersstart? Gibt es in der CDU für so einen keinen (anderen) Platz?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

In der Bewertung des Gipfels von Williamsburg sind sich die Kommentatoren nicht ganz einig:

BERLINER MORGENPOST

Beim Aufstieg packt einen der Höhenrausch. Beim Abstieg folgt die Ernüchterung. Diese Erfahrung haben die Staats- und Regierungschefs der westlichen Industrieländer auch dieses Jahr mit ihrem Weltwirtschaftsgipfel machen müssen. Das Spektakel von Williamsburg mag zwar bei optimistischer Betrachtung als Zwischenstation auf dem Weg zu einer inflationsfreien Belebung der Weltkonjunktur und des Welthandels in die Geschichte der Gipfeltreffen eingehen, aber das Hauptproblem, die zu hohen Staatsschulden und die zu hohen Zinsen vor allem in den USA, blieb ungelöst. Eigentlich hätte man von vornherein gar nichts anderes erwarten dürfen … In einem anderen Punkt erwies sich Williamsburg als voller Erfolg: Indem die sieben „Großen" – einschließlich Japan – einhellig ein Bekenntnis zum Nato-Doppelbeschluß ablegten, wurde die Verhandlungsposition der Amerikaner in Genf erheblich gestärkt. Moskau muß sich nun doch darauf einstellen, den Westen nicht auseinanderdividieren zu können.

LE MATIN

Ist die unerwartete Erklärung zu den Euro-Raketen, die Frankreich letztendlich unterzeichnet hat, nachdem es den Grundsatz formell zurückgewiesen hatte, eine Ohrfeige, ein Zurückweichen, kurzum ein Gesichtsverlust? In der ersten Fassung, so wie sie Reagan seinen Partnern aufzwingen wollte und in der er sie als Blankounterschrift darstellte, gewiß. Aber der Text wurde korrigiert, überarbeitet, von der Bezugnahme auf die Null-Lösung befreit. Die Erklärung, die nichts von einer Verpflichtung hat, wird bald in einem wahren Licht erscheinen: ein einfacher Text, in dem Frankreich seinen Willen zum Frieden bestätigt, der nur über ein Kräftegleichgewicht in der Welt zu erreichen ist. In seiner endgültigen Fassung ähnelt der Text in seinen Zielen sehr der Erklärung, die François Mitterrand vor dem Bundestag abgab. (Paris)

The Daily Telegraph

In einer Anzahl kleiner Punkte hat Williamsburg manches Gute gebracht. Soweit die Beziehungen zur Sowjetunion betroffen sind, hat es die Teilnehmer dazu befähigt, ein hart klingendes Kommuniqué zu produzieren. Dem Anliegen des freieren Handels wurde ebenfalls einiges an Lippendienst geleistet. Es gibt keine teilnehmende Regierung, einschließlich unserer eigenen, die sich nicht manchmal auf schmutzigen, Wohlstandsreduzierenden Protektionismus einließe. Aber zumindest zwingen Gipfel Regierungschefs und Präsidenten dazu, gute Dinge zu sagen, die es etwas schwerer für sie machen, nach der Heimkehr böse Dinge zu tun. (London)

DIE PRESSE

Die Wiener Zeitung schreibt über Nahost:

Vor wenigen Tagen noch sah Yassir Arafat in einem neuen Krieg mit Israel den einzigen Ausweg aus der nahöstlichen Sackgasse. Nun kämpft der PLO-Oberste seinen ureigensten „Krieg" – aber nicht gegen Israel, sondern gegen einen Teil seiner Gefolgsleute, gegen Damaskus, und nicht zuletzt kämpft er um sein eigenes Überleben. Nicht nur im physischen Sinne – erst am Montag soll er einem Attentat nur knapp entkommen sein –, sondern auch im politischen Sinne scheint dies die wichtigste Schlacht im Leben des Herrn Arafat zu sein. Daß es Damaskus offenbar auf eine tödliche Kraftprobe angelegt hat, dafür zeugt die Beteiligung syrischer Polizisten bei der Besetzung von sechs „Fatah-Büros" in der syrischen Hatstadt am Wochenende. Arafat selbst kann jedoch gegen Syrien nicht so vorgehen, wie er will – schließlich gewährt ihm Damaskus Bewegungsfreiheit in Ost-Libanon. Vom Ausgang dieser Rebellion wird es abhängen, ob Arafat in Zukunft weiter als eigenverantwortlicher Nahost-Akteur auftreten kann.

Erfolg ist alles, was nicht Mißerfolg genannt werden kann

Den ökonomischen Abrüstungsprozeß haben die Industrieländer auch in Williamsburg nicht in Gang gesetzt / Von Peter Gillies

Den besten Überblick über die Topographie einer Landschaft vermittelt eine Gipfelschau. Freilich entgeht dem schweifenden Blick dabei die mausgraue Normalität in den Niederungen, denn dem Auge verkürzen sich die Dimensionen. Der 9. Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg/USA ist insofern ein voller Erfolg, als er nicht wie sein Vorgänger zum Mißerfolg geriet. Im historischen Williamsburg, der pittoresken Kinderstube amerikanischer Unabhängigkeit, trafen sich die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten des Westens, die Lenker des mächtigsten Wirtschaftsblocks dieser Erde. Es bedurfte keines Austausches diplomatischer Nettigkeiten. Man kam zur Sache – was nicht bedeutete, daß sich Positionen bewegt hätten.

Diese Gipfelkonferenzen haben seit Rambouillet im Jahre 1975 ihren Charakter gewandelt. Abseits gestanzter Kommuniqués nutzten die mächtigen – und oft ohnmächtigen – Männer immer stärker das direkte Gespräch, suchten Konsens in aktuell drängenden Fragen. Das wurde nirgendwo so deutlich wie 1983 in Williamsburg, wo der „Wirtschafts"-Gipfel unvermittelt ein Forum für die Sicherheitspolitik wurde. Mancher angereiste Minister beklagte dies; aber wie kann es Wohlstand geben, wenn die Sicherheitspolitik ausfranst?

Es liegt in der Logik globaler Interdependenzen, daß eine ökonomische Allianz der äußeren Sicherheit bedarf. Das wurde in Williamsburg überdeutlich. In einer beachtlichen Anstrengung ist es gelungen, die Verhandlungsposition in der Abrüstungsfrage zu synchronisieren. In bezug auf den Doppelbeschluß der NATO, die Unteilbarkeit der Sicherheit sind Zweifel, wie die Sowjetunion sie auszunutzen bestrebt ist, nicht mehr erlaubt. Das ist der eigentliche Erfolg des Gipfels. Bundeskanzler Kohl kann zufrieden sein, erhält er doch rechtzeitig vor seiner Moskau-Reise eine verbriefte Position, die Frankreich und Japan einschließt und alle Unschärfen, so sie denn entstanden sein sollten, ausschließt.

Dahinter verblassen die ökonomischen Absprachen der Staats- und Regierungschefs aus den USA, Frankreich, Japan, Großbritannien, Italien, Kanada und der Bundesrepublik. Dies mag nur jene enttäuschen, die unrealistisch viel erwarten. Die Erklärung von Ronald Reagan, die Weltwirtschaft müsse Vertrauen fassen, alle Kräfte anspannen, um wieder auf den Pfad inflationsfreien Wachstums zurückzufinden, ist eine Selbstverpflichtung, die jedermann zu Hause einlösen muß. Das Vertrauenssignal von Williamsburg ist ausgestrahlt – seine Wirkung hängt von den Empfängern ab.

An drei Problemen wird deutlich, wie mühsam auch nur klimatische Veränderungen in der Weltwirtschaft sind: beim Protektionismus, in der Währungspolitik und beim amerikanischen Haushaltsdefizit. Obgleich jedermann weiß, daß es in einem weltweiten Handelskrieg auf Dauer nur Verlierer gibt, reißen die Versuche, sie zu widerlegen, nicht ab. Man schützt sich vor preiswerteren Einfuhren, wiegt die heimische Arbeiterschaft in den Glauben, sie sei wettbewerbsfähig, erfindet Tricks und Finten, die Leistungsfähigkeit auszusperren und die Unwirtschaftlichkeit zu fördern.

Grundsätzlich, so hieß es auch in Williamsburg, seien Handelsbeschränkungen zu verabscheuen, was die Teilnehmer nicht anficht, die bestehenden Hürden zu verteidigen und ihren Abbau nur von anderen zu verlangen. Den vielen flammenden Verurteilungen des Protektionismus wurde eine weitere, nicht weniger flammende, hinzugefügt. Den wirklichen ökonomischen Abrüstungsprozeß haben die Industrieländer noch unverändert vor sich. In der Währungspolitik setzte sich die Vernunft durch. Die französische Vorliebe für regulierte Devisenmärkte – auf denen natürlich starke Währungen schwache wie den Franc zu stützen hätten – stieß auf allseitige Ablehnung. Die Diplomaten hatten Mühe, die Abfuhr für Paris nicht zu harsch klingen zu lassen.

So wie Frankreich in Währungsfragen isoliert war, so befanden sich die USA mit ihrer Haushaltspolitik auf der Anklagebank. Das riesige Defizit im US-Budget ist die entscheidende Hypothek, die der Gesundung der Weltwirtschaft im Wege steht. Es hält die Zinsen ärgerlich hoch, verteuert tendenziell den Dollar, bremst den Aufschwung. Die Amerikaner redeten wie mit Engelszungen, daß hohe Defizite nicht zwingend hohe Zinsen bedeuteten, die anderen sechs blieben höflich, aber zutiefst ungläubig.

Es ist bitter zu sehen, wie die Zinsen auch in der Bundesrepublik wieder steigen und den noch zarten Aufschwung gefährden. Die größte Wirtschaftsmacht der Welt muß die offene Flanke schließen. Die mahnenden Worte an die Adresse von Präsident Reagan, der den Schlüssel für die Gesundung der Weltwirtschaft in Händen hält, waren deutlich.

Werder – die Rache der Mannen, die keiner mehr wollte

Von W. WESSENDORF

Willi Lemke, 37 Jahre alt, hat sieben Jahre für die SPD gearbeitet, „in einem krisensicheren Job, fast wie ein Beamter". In dieser Zeit hat er seinen Landesverband aus den roten Zahlen geführt. Dann suchte er sich einen Job mit „einer größeren gesellschaftlichen Relevanz" (Originalton Lemke). Heute steht er da – Oberlippenbärtchen und dunkler Nadelstreifen-Zweireiher unterstreichen die Seriosität – und sagt: „Die ganze Welt schaut auf uns. Sogar die Zeitungen in Saudi-Arabien und Thailand berichten über uns."

Da Willi Lemke in Bremen arbeitet, könnte leicht die Vermutung entstehen, die ganze Welt schaue auf die politisch-wirtschaftliche Krise des kleinsten deutschen Bundeslandes. Nichts da. Zwar werden die Werften gebeutelt, geht der Fischfang zurück, zittern Stahlkocher und Flugzeugbauer um ihre Arbeitsplätze. Alles richtig, Hansestadt mit ramponiertem Image. Aber Willi Lemke ist Manager des SV Werder Bremen, und mit den Fußballspielern dieses Sportvereins ist plötzlich ein Fixpunkt im gebeutelten Stadtstaat gefunden; mit denen kann sich jeder identifizieren. Als die Mannschaft in Düsseldorf 5:2 gewann, strich ein gar nicht mehr so kühler Hanseat die Fassade seines Hauses grün-weiß an: Das sind die Vereinsfarben.

Werder Bremen – deshalb berichten sogar die Zeitungen in Saudi-Arabien – ist die Sensation der Fußball-Bundesliga. Wenn der Verein am Samstag gegen den VfL Bochum gewinnt und der große Hamburger SV, gerade Europapokalgewinner, in Gelsenkirchen gegen Schalke 04 nur unentschieden spielt, dann ist Bremen Meister. Zum zweiten Mal seit 1965.

Das ist die unverhoffte Situation, die auch die Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen eingreifen läßt. „Achtung", meldete sie, „Achtung: In der Presse sind unterschiedliche Schreibweisen von Otto Reh(h)agel im Umlauf. Richtig ist: Otto Rehhagel." Peinlich wär's schon, den Namen des Mannes falsch zu schreiben, der in Stadt und Land als Vater des Erfolges gilt. Otto Rehhagel (44) ist der Trainer der Mannschaft und gleichsam so etwas wie das personifizierte Symbol des sportlichen Wunders.

Vor dieser Fußball-Saison bescheinigte das deutsche Fachblatt „Kicker", das Bundeskanzler Ludwig Erhard weiland jeden Montag als erstes las, der Bremer Mannschaft, „eine Notgemeinschaft von Absteigern, Abgewiesenen, Anfängern und alternden Stars" zu sein. Da paßt er rein, dieser Otto Rehhagel, der sich „ein Kind der Bundesliga" nennt und darunter leidet, verkannt zu werden.

Die fußballinteressierte Öffentlichkeit sieht ihn Samstag für Samstag über den Bildschirm toben, halb Rumpelstilzchen, halb heulender Derwisch. Ein gebranntes Kind bei den Funktionären des Deutschen Fußball-Bundes, die auch Gefühle durch Regeln kanalisieren wollen. 40 000 Mark, schätzt Rehhagel, habe er schon als Strafen an den Verband zahlen müssen. Zum Beispiel dafür, daß er einen seiner Spieler aufgefordert haben soll, seinem Konkurrenten „in die Knochen zu treten". Als er Deutschlands prominentesten Schiedsrichter, Walter Eschweiler, ins Gesicht schleuderte „Sie sind doch bestochen", erhielt er drei Monate Berufsverbot.


Otto Rehhagel (44): „Mit Fünfzig reif für die Klapsmühle"? FOTO: BONGARTZ

Rehhagel ist im kohleschwarzen Altenessen geboren. Sein Vater, Bergmann auf der Zeche Helene, starb im Alter von 39 Jahren, wenige Monate – so Otto Rehhagel – vor dem Tag, auf den er hingelebt hatte: „Da wäre er 25 Jahre auf der Zeche gewesen, hätte 1000 Mark und eine goldene Uhr bekommen." Nach dem Tod des Vaters setzte sich Otto selbst unter Druck: „Du mußt raus aus diesem Mief."

Heute sagt der Trainer, der als Spieler bei Hertha BSC Berlin und beim 1. FC Kaiserslautern wegen seines knochenharten Einsatzes berüchtigt war: „Ich habe mich immer erstklassig löhnen lassen. Mit fünfzig bin ich sicher reif für die Klapsmühle. Dann will ich wenigstens erster Klasse liegen." Sein Gehalt bei Werder Bremen wird auf 20 000 Mark im Monat geschätzt.

Aber einer wie er hat wohl den Blick für das, was jetzt an der Bremer Uni in soziologischen Arbeiten noch belegt werden soll: daß hier wirklich eine Notgemeinschaft aus Underdogs und Verstoßenen zusammengezimmert wurde, eine Mannschaft aus Spielern, die, wie ihr verkannter Trainer, wissen, wie süß die Rache schmeckt.

Da steht im Abwehrzentrum ein Mann, der schon 37 Jahre alt ist – Klaus Fichtel. In Schalke jagten sie ihn weg, er sei zu alt. Da schießt ein Uwe Reinders Tore, weil er seine Spielschulden (sie werden auf 800 000 Mark geschätzt) begleichen muß. Je mehr Tore, je höher das Einkommen. Dank Rehhagel kam er in die Nationalmannschaft und wechselt jetzt zu Racing Paris, das ihm für einen Vier-Jahres-Vertrag 1,2 Millionen Mark garantiert. Er ist saniert.

Aus der Konkursmasse des Pleitevereins München 1860 griff sich Rehhagel Rudi Völler (23), den niemand haben wollte. Jetzt gilt er als eines der größten deutschen Talente, ist Nationalspieler und steigerte seinen internationalen Marktwert von null auf vier Millionen Mark. Soviel wollte der AC Turin für Völler bezahlen. Der Mittelstürmer blieb, weil er ohne Rehhagel nicht sein will.

Norbert Meier (23), vom Hamburger SV links liegengelassen, und Jonny Otten (22), blasser Amateur aus Hagen, wurden auch in dieser Saison zu Nationalspielern. Rigobert Gruber, in Frankfurt und Offenbach als „Besatzungskind" und „Nigger" (sein Vater ist ein amerikanischer Neger) gehänselt, steht seinen Mann. Ebenso der Japaner Jasuhiko Okudera (30), vom 1. FC Köln und Hertha BSC wie exotisches Altpapier behandelt.

Wenn sie Meister werden, sind sie die Meister der kleinen Leute. Auch weil sie mit wilder Lust Fußball spielen, schäumend vor Freude, sich jetzt zurückholen zu können, was ihnen woanders versagt blieb. So etwas schweißt zusammen.

Nach den Spielen gibt es im Bremer Weserstadion für Spieler und Begleitung Erbsensuppe. Nur nach dem Sieg über den Hamburger SV (3:2) wurde ein pompöses kaltes Buffet aufgefahren. Bei jedem Spieler, der von der Dusche ins Klubheim kam, standen alle Frauen und Freundinnen der Profis von ihren Stühlen auf und klatschten Beifall. In Bremen keimt neue Romantik in der Bundesliga: Geschäft und Gemüt schließen einander nicht aus, der Profi trägt Herz und Brieftasche zugleich – beides am rechten Fleck.

Rehhagel sagt: „Null Bock auf nichts, das gibt es bei mir nicht." Der nach außen so harte Kerl läßt andere darüber urteilen, wie er wirklich ist. „Wissen Sie", sagt er, „ich will Ihnen mal sagen, was der Dr. Böhmert zu mir gesagt hat. Dr. Böhmert ist unser Präsident und klinischer Direktor im Krankenhaus Links der Weser. Er hat gesagt: ‚Trainer, wenn es vielleicht doch irgendwann mal Schwierigkeiten gibt in Ihrem Beruf, dann kommen Sie zu mir in die Klinik. Sie gehen dann jeden Tag von Zimmer zu Zimmer und erwärmen die Patienten mit Ihrem freundlichen, heiteren Naturell.'"

Corby, die tote Stadt des Stahls, hofft auf die Wunderwelt

Von FRITZ WIRTH

Kein Fuchs wählt Labour", sagte Monty Perkins, „nicht mal ein roter." Er fand den Scherz gut und lachte. Es war drei am Nachmittag, und im „Konservativen Club" von Corby war die Bar geschlossen. Man hielt sich am letzten Glas Bier fest. „Natürlich werden wir siegen", sagt Monty Perkins, „mit und ohne Füchse. Mindestens 2000 Stimmen Vorsprung."

Es war ein kühnes Wort. Corby, die Stahlstadt 50 Kilometer südöstlich von Leicester, ist seit Jahrzehnten fest in Labour-Hand. Ein glühendroter Meteor mitten in tiefblauer Tory-Landschaft. Eine Stadt der Arbeiter im geruhsamen Landadel-Territorium. Nirgendwo in Großbritannien prallen die politischen Welten und Ideologien härter aufeinander.

Eine seltsame Stadt. Man spricht schottisch in Corby, obwohl Schottland 500 Kilometer entfernt ist. Die Erklärung: Vor 70 Jahren bauten zwei schottische Familien, die Loyds und die Stewarts in Corby eine der größten Stahlküchen des Landes. Tausende von Schotten folgten ihnen. Corby lebte vom Stahl der Stewarts und der Loyds und von nichts anderem. Und die *Bürger dieser Statdt lernten, daß* Geld nach Schweiß riecht und vor glühenden Hochöfen verdient wird. Keine Chance, daß Lebensstil und politisches Glaubensbekenntnis derer vom Lande über die Stadtgrenzen drang.

Seit drei Jahren ist die Stahlstadt Corby tot. Die Hochöfen sind kalt, der Schweiß getrocknet. Jeder vierte männliche Bewohner der Stadt ist arbeitslos. Das Geld, das sie beziehen, ist „kalt". Sie holen es wöchentlich im Postamt ab.

John Lee ist einer von ihnen. Ich treffe ihn im „Job Centre", mitten im Einkaufsviertel von Corby. Er ist zum zweiten Mal in seinem Leben ohne Arbeit. Bis 1980 kochte er Stahl, lag dann plötzlich auf der Straße, fand einen Job in einer Wach- und Schließgesellschaft und mußte vor drei Wochen aufhören. Er verträgt die Nachtschichten nicht, sagt er: „Wissen Sie, der Magen." Nun ist ihm jeder Job recht. Er sei ein „Jack of all trades".

Er ist mehr. Er ist eine der Hauptpersonen dieser Wahl, einer von 3,2 Millionen, deren Schicksal und Zukunft seit zwei Wochen das große beherrschende Thema dieses Wahlkampfs ist. Eines der „Opfer der brutalen und obszönen Wirtschaftspolitik der Frau Thatcher", wie es Michael Foot seit Wochen den Wählern einhämmert.

Nein, sagt John Lee, er wisse noch nicht, ob er Labour wählt. Die Signale vom großen Stahluntergang in Corby seien schon zu Zeiten des James Callaghan sichtbar geworden. Außerdem sei es witzlos, der Vergangenheit nachzutrauern. Corby werde nie mehr wieder eine Stahlstadt. Es gehe jetzt um eine neue Zukunft für die Stadt.

Es gibt in diesem Wahlkampf kaum eine Stadt, in der sich die Krisen und Hoffnungen, die gesellschaftlichen Konflikte und die politischen Fronten dieses Landes schärfer widerspiegeln. Zugleich ist Corby, die tote Stadt des Stahls, zum Musterstück des Aufbruchs in eine neue Technologie geworden, wie ihn Margaret Thatcher verheißen hat. Sie haben Corby zur „Entwicklungszone" gemacht, 130 Millionen Pfund an Regierungs- und EG-Geldern hineingesteckt und 4000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Immer noch zuwenig freilich, die Arbeitslosenrate unter 21 Prozent sinken zu lassen. Corby ist *zum Testboden des „neuen dynamischen Britanniens"* der Tories geworden.


Im Wahlkreis Corby prallt die Welt der Jagdpächter …

Was die Wahl in Corby so faszinierend macht: Es wurden diesmal die Wahlkreisgrenzen geändert. Und nun bildet die sozialistische Diaspora Corby zusammen mit der tiefblauen Farmer- und Landadelgesellschaft bis hinunter nach Huntingdon eine Einheit. Und die große Frage ist: Werden die Traditionalisten vom Lande die Stimmen der zwischen Arbeitslosigkeit und der Botschaft vom Aufbruch in eine neue Zukunft verunsicherten Hinterbliebenen der Stahlstadt Corby wettmachen?

Das Ergebnis wird knapp ausfallen. Corby gehört zu den „Marginals" dieser Wahl, also zu jenen Wahlkreisen, in denen am 9. Juni ein paar hundert Stimmen den Ausschlag geben werden. Die Stimmen vom Lande sind fast ganz in Tory-Hand. Das Gebiet zwischen Corby und Huntingdon ist Fuchsjagd-Land. „Es gibt in diesem Gebiet allein fünf Jagden", berichtet Monty Perkins im Konservativen Club von Corby nicht ohne Stolz. Und wenn es noch irgendeines Anlasses bedurfte, diese Stimmen für die Tories zu mobilisieren, dann lieferte ihn Michael Foot mit seiner Ankündigung, künftig die Fuchsjagd zu verbieten. Und darum ist Monty Perkins so sicher: „Füchse bringen keine Stimmen für Labour." So bizarr und eigenartig können britische Wahlkämpfe sein.


…. auf die Welt der arbeitslosen Stahlarbeiter. FOTOS: CAMERA PRESS

Und die Stimmen in Corby, der toten Stadt des Stahls? Monty Perkins sieht Anzeichen, daß sie sich von der tiefroten Arbeiterstadt zur blaßroten Mittelstandsgesellschaft wandelt. Diese Signale sind nicht ohne Ironie. Denn mit dem Tod der Stahlstadt kam vor drei Jahren plötzlich der Wohlstand in die Stadt. Die entlassenen Stahlarbeiter erhielten Abfindungen zwischen 5000 und 22 000 Pfund (20 000 bis 88 000 Mark). Und da die meisten von ihnen Schotten sind, gingen sie behutsam und weise mit dem Geld um. Sie kauften sich Häuser, mehrten den Besitz und entwickelten plötzlich Schwierigkeiten im Umgang mit Klassenkampf-Vokabular.

Glyn Whittington, der Kandidat der sozialliberalen Allianz, hat diesen sich anbahnenden Wandel zu einer Mittelstandsgesellschaft am deutlichsten gewittert. „Der Tod der Stahlindustrie war das beste, was Corby passieren konnte. Keine Stadt sollte von einer einzigen Industrie und einer einzigen Fabrik abhängig sein."

SOS stand bis vor kurzen noch auf den Hochöfen und Kühltürmen von Corby wie ein Notschrei: „Save Our Steel." Mit den Hochöfen verschwanden die Signale und damit auch die Trauer über eine schweißtriefende Vergangenheit. Der neue Reichtum Corbys soll leichter, fröhlicher und schneller verdient werden.

Denn nur drei Kilometer hinter diesem Stahl-Friedhof haben sie begonnen, den größten Vergnügungspark Europas zu bauen. „Wonder World" soll der Park heißen, ein Super-Disneyland zum Preis von über einer Millarde Mark. 1986 soll es die größte Spielwiese des Landes sein, mit 7000 permanenten neuen Arbeitsplätzen.

Traum? Krisen-Fata-Morgana? Wie auch immer – das Projekt „Wonder World" hat das Leben auf diesem eigenartigen roten Meteor namens Corby noch unwirklicher gemacht. Eine puritanische tote Stadt des Stahls in Erwartung einer fremdartigen Wunderwelt.

Im gleichen Jahre, da dieser Vergnügungspark 1986 eröffnet wird, soll nach dem Willen der britischen Friedensbewegung der Wahlkreis Corby zum Zentrum des Atomprotestes werden. Denn in diesem Wahlkreis, nur 15 Kilometer von Corby entfernt, liegt der Luftwaffen-Stützpunkt Molesworth, auf dem ab 1986 Marsch-Flugkörper stationiert werden sollen. Eine Vorhut der Friedensbewegung hat sich bereits seit 18 Monaten dort niedergelassen. Sie sind 20 an der Zahl, leben sauberer als die Friedensfrauen in „Greenham Common" und sind gewillt, bis 1986 dort auszuharren.

Ihr Anführer heißt Ken James, ein sehr bärtiger Mann, der gerade dabei ist, einen Bus mit sehr viel Sperrholz in ein Wohnzimmer zu verwandeln. Nein, sagt er, der Wahlkampf interessiere ihn nicht. „Wir agitieren nicht gegen Parteien, wir agitieren gegen die Bombe." Zur Stunde besteht die Agitation darin, daß sie an jedem sechsten im Monat zu einem nahen amerikanischen Luftwaffen-Stützpunkt ziehen, auf dem amerikanische Atombomber stationiert sind.

Warum der sechste? Am 6. August fiel die Bombe auf Hiroshima, sagt er. Wovon er denn lebe bis zum Jahre 1986? Die Sozialfürsorge reiche aus, sagt er, und er finde das nobel und gut, daß der Staat seinen Protest gegen den Staat finanziere.

Wahlkampf in England. Wahlkampf zwischen Fuchsjagd und der immer leiser werdenden Trauer um eine tote Stahlstadt, Wahlkampf zwischen Hoffnung auf eine „Wonder World" und der Angst vor der nuklearen Katastrophe. Wahlkampf in einem „Marginal", in dem alles auf der Kippe steht.

Vertraulicher „Gegen-Gipfel“ in Hamburg

hs. **Hamburg**

Der vertrauliche Charakter wurde bis Williamsburg strikt eingehalten: Erst als die in den USA versammelten Staats- und Regierungschefs ihr Abschlußkommuniqué *formulierten,* gab die Hamburger Körber-Stiftung die Ergebnisse eines „Gegen-Gipfeltreffens“ bekannt, zu dem der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt Politiker und Wirtschaftler aus neun Ländern nach Schloß Trembsbüttel bei Hamburg eingeladen hatte. Das Treffen fand bereits am 29. und 30. April statt, es wurde von der Körber-Stiftung, die auch für Schmidt eine Außenstelle in Bonn eingerichtet hat, finanziell ermöglicht. Unter den Teilnehmern, die „Ratschläge für Williamsburg erarbeiten sollten, befanden sich Vertreter aus den USA, Kanada, Frankreich, Indien, Italien, Japan, England, Saudi-Arabien und der Bundesregpublik. Zu ihnen gehörten unter anderen der ehemalige Weltbank-Präsident McNamara, der frühere Bundesfinanzminister Lahnstein und Bayer-Vorstandschef Professor Grünewald.

Die Ratschläge wurden den an der Konferenz von Williamsburg beteiligten Regierungen vor dem Wirtschaftsgipfel zugestellt.

Unterstützung für Ex-Abgeordnete?

ms. **Bonn**

Das Bundestagspräsidium steht vor der Entscheidung, ob den drei früheren Abgeordneten Karl-Hans Lagershausen (CDU), Hansheinrich Schmidt (FDP) und Karl Hofmann (SPD, dann fraktionslos) zumindest indirekt finanzielle Unterstützung *gewährt* werden soll. Die drei Abgeordneten hatten Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die Neuwahl am 6. März erhoben und waren dabei unterlegen. Deshalb müssen sie die Kosten für den Rechtsstreit, einschließlich der eigenen Gutachter, selbst bezahlen.

Das Ansinnen, das Parlament solle aus seinen Haushaltsmitteln zumindest die Gutachten bezahlen, kann offensichtlich aufgrund fehlender rechtlicher Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Um aber andererseits den drei früheren Abgeordneten entgegenzukommen, ist die Idee entstanden, die Gutachten „für eine Dokumentation aufzukaufen“. Gegen ein solches Verfahren gibt es innerhalb der Bundestagsverwaltung jedoch Bedenken, so daß es jetzt bei Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) und dem Parlamentspräsidium liegt, darüber zu entscheiden.

Brokdorf, HEW und wenig Fingerspitzengefühl

Von HERBERT SCHÜTTE

Wenn der Name Klaus von Dohnanyi fällt, geraten einige führende Hamburger SPD-Genossen ins Grübeln. „Der Bürgermeister hat völlig überstürzt gehandelt“, begründet ein Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes seine Irritation. „Dohnanyi hat den Eindruck erweckt, als wenn die Besetzung des HEW-Aufsichtsrates das wichtigste Thema der Hamburger Politik sei“, meint ein anderer langjähriger SPD-Parlamentarier und bekennt: „Mir ist unklar, ob der Bürgermeister aus eigenem Antrieb handelte oder von Jörg Kuhbier und den Linken getrieben worden ist.“

Daß sich die Regierungspartei mit dem 13. Mann im Senat Ärger einhandeln würde, war seit dem Tag klar, an dem Dohnanyi sein Rathaus-Revirement bekanntgab. Von den fünf Senats-Novizen übernahm der 40jährige Senator für Ver- und Entsorgung – der einzige ohne Parlaments-Erfahrung – ein Amt, wie es mühsamer wohl in

Landesbericht Hamburg

keiner deutschen Länderregierung konstruiert worden ist. Dohnanyi mußte den Parteilinksaußen Kuhbier akzeptieren, weil der linke Flügel auf seiner Wahl bestand.

Kuhbier nahm – kaum im Amt – ein Reizwort auf, das entschärft zu haben Dohnanyi sich vor einem Jahr als großes Verdienst angerechnet hatte: Brokdorf. Über den Streit um den Bau des Kernkraftwerkes war 1981 Hans-Ulrich Klose als Bürgermeister gestolpert. Seinem Nachfolger gelang es im vergangenen Frühjahr, mit dem Vorstand der Hamburgischen Electricitäts-Werke ein Energie-Konzept zu vereinbaren, in dem ein rascher Ausstieg aus dem Projekt wegen der Unsicherheiten über die Realisierungsmöglichkeiten für den Bau neuer (Ersatz-) *Kohlekraftwerke auf hanseatischem* Territorium abgelehnt, doch der grundsätzliche Senatskurs mit dem Ziel der Aufgabe dieses Engagements bekräftigt wurde.

Obwohl sich der HEW-Vorstand bisher strikt an dieses Konzept gehalten hat, nahmen Kuhbier und Dohnanyi ihn unter Beschuß. Die Tatsache, daß Vorstand und Aufsichtsrat eine Verlegung der für den 23. Juni vorgesehenen Hauptversammlung ablehnten, nahmen die beiden Senatsmitglieder zum Anlaß für heftige Angriffe. Dohnanyi riet HEW-Vorstandssprecher Hans-Werner Oberlack, sich rechtzeitig „einen anderen Stuhl“ zu suchen, obwohl Oberlack in keinem Dienstverhältnis zum Bürgermeister steht.

In einer Art „Radikalkur“ – so CDU-Energiesprecher Hans Christoph von Rohr – versuchten Dohnanyi und Kuhbier dann, im Aufsichtsrat alle senatsunabhängigen Mitglieder – darunter je einen Vertreter Schleswig-Holsteins und Niedersachsens sowie die Vertreter der Energiewirtschaft und der Banken – herauszuboxen. Kuhbier als Sprecher des HEW-Großaktionärs Hamburg (73 Prozent in Staatsbesitz) setzte gleichzeitig die Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat unter Druck, um sie zu Wohlverhalten zu zwingen.

Dohnanyi, dem niemand so wenig Fingerspitzengefühl zugetraut hatte, sah sich einer breiten Front der Ablehnung gegenüber: Der – wie von Rohr es ausdrückte – „unglaublichen Solidarität der Gewerkschaften mit der HEW-Führung“, der massiven Konfrontation mit den beiden Nachbarländern – und einem derartig negativen Echo bei der Wirtschaft, daß Dohnanyi zum Beispiel kürzlich bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Hamburg – einem der größten Wirtschafts-Meetings des Jahres – völlig isoliert blieb. Bei einer Fraktionssitzung sah sich der Bürgermeister für seine Brokdorfer Brechstangen-Politik mit *erheblichen Vorwürfen konfrontiert.* So sehr die Genossen der Regierungsfraktion in der Sache – einem stärkeren Einfluß des Senats auf die Energiepolitik der HEW – mit Dohnanyi einig waren, so deutlich machten einige von ihnen ihrem Unmut über die Verfahrensweise Luft.

Dohnanyi hat offenbar den Rückzug angetreten. Nach Gesprächen mit seinen Kollegen Barschel und Ernst Albrecht zeichnet sich ein Verbleiben der Vertreter dieser beiden Länder im Aufsichtsrat ab. Auch für den bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden, Hans Fahning, dürfte *ein Platz* freibleiben. Fahning will einen neuerlichen Sitz allerdings nur einnehmen, wenn auch der Siemens-Vertreter, Bernhard Plettner, bleibt. Der unabhängige Chef der Landesbank, der die Sitzung am 23. Juni leiten wird, prophezeit: „Das wird eine turbulente Versammlung.“ Behalten im neuen Aufsichtsrat – wie bisher – die Brokdorf-Befürworter die Mehrheit, dann ist das Thema Ausstieg vorerst vom Tisch. Der Aufsichtsrat wird bis 1988 gewählt – und Brokdorf soll 1987 ans Netz gehen.

Ein neuer Stil im Mainzer Landtag

Polemische Rede von Oppositionsführer Brandt / „Geißler ein verheerender Politiker“

JOACHIM NEANDER, **Mainz**

Ein neuer Oppositionsstil wird im rheinland-pfälzischen Landtag deutlich. Anderthalb Stunden lang führte der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Hugo Brandt in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) eine Klinge, wie sie bisher an dieser Stelle nicht üblich war: schärfer, fast fundamentalistisch im sachlichen Widerspruch, aber auch in der persönlichen Polemik gelegentlich die gezielte Verletzung des Gegners suchend.

Im Gegensatz zu früher üblichen Verfahren hatte Brandt sich das Konzept seiner Rede nicht schon vorher von der eigenen Fraktion festlegen lassen. Bereits zwei Tage vor der Regierungserklärung hatte Vogel dem Oppositionsführer diskret sein Redemanuskript zukommen lassen. Übers Wochenende zimmerte Brandt im Alleingang eine von herablassendem Spott, aber auch poetischem Elan gewürzte, bis ins Detail direkt auf die Ausführungen des Regierungschefs eingehende Antwort, die streckenweise meisterhafte Rhetorik besaß – vor allem dort, wo Hugo Brandt direkte Sprachkritik an dem stark an Politikwissenschaft und Diplomatie ausgerichteten *Redestil* Vogels übte.

Bedeutsam für die Zukunft scheint vor allem Brandts Position in Sachen Raketenstationierung (ein klares Nein „zu voreiligen Zustimmungserklärungen“) und zur Kernenergie („weder umweltfreundlich noch sicher und erst recht nicht preisgünstig“). Hier unterscheidet er sich offenbar von früheren Erklärungen der SPD-Opposition.

Bei der Wirtschafts- und Umweltpolitik warf Brandt der Landesregierung ein Festhalten an überholten und verhängnisvollen Denkstrukturen, bei der Innenpolitik ein „Staatsverständnis des 19. *Jahrhunderts“ vor.* Gleichwohl bot er an einigen Positionen der Regierung auch seine Kooperation an.

Außerordentlich scharf wurde er in persönlicher Polemik. Er sprach von einem „Kabinett der Einfalt“, nicht etwa der Einfälle. Er nannte Bundesfamilienminister Geißler einen „unsäglichen und verheerenden Politiker“, bei dessen „Scheinheiligkeit“ ihm übel werde. Er zitierte angesichts von Vogels Ausführungen spöttisch den Philosophen Spinoza: „Nicht lachen, nicht trauern, nicht verachten, sondern verstehen.“ Und er apostrophierte den Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit der Medienpolitik ganz direkt mit den Worten: „Sie erlauben, daß ich Ihnen hier an dieser Stelle kein einziges Wort glaube, geschweige denn einen ganzen Satz.“ Bei all diesen Wendungen fiel auf, daß jeweils nur ein Teil der SPD-Fraktion stürmischen Beifall spendete.

In seiner Antwort knüpfte CDU-Fraktionschef Hans-Otto Wilhelm direkt an den Vorwurf Hugo Brandts an, Regierungssprecher Schreiner habe jüngst eine Äußerung von ihm im Stile eines Achtjährigen kommentiert, der an die Wand male: „Hugo ist doof.“

„Hugo ist nicht doof“, sagte Wilhelm. „Aber Hugo irrt sich an vielen Stellen, Hugo stellt falsche Diagnosen und falsche Perspektiven.“ Im übrigen blieb der CDU-Politiker überraschend ruhig und ging nur an einzelnen Stellen auf die sehr fundamental angesetzte Kritik des Oppositionsführers ein, etwa dort, wo Brandt auf die Ursachen des jüngsten Hochwassers an Rhein, Mosel und Saar eingegangen war. Wilhelm: „Lassen Sie endlich ab von Ihrem Glauben an einen maximalistischen Staat, von dem Sie erwarten, er könne Naturkatastrophen verhindern.“ Die Geschichte der Pegelstände an der Mosel beweise, daß drei der vier schlimmsten Hochwasserkatastrophen zu einer Zeit passiert seien, da der Mensch die Natur noch nicht in der heutigen Weise umgestaltet hatte.

Im übrigen warnte Wilhelm in der Wirtschaftspolitik vor einem „stümperhaften Intellektualismus“, wie das Land ihn lange genug aus Bonn ertragen habe. Statt an Rückzug aus der industriellen Gesellschaft zu denken, müsse die Gesellschaft den Mut zu einem „neuen Schub des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts“ aufbringen. Dazu gehöre auch die Kernenergie.

In einer ersten Stellungnahme zu Vogels Regierungserklärung hat auch die nicht mehr im Parlament vertretene FDP reagiert. Der frühere Fraktionsvorsitzende Hans-Otto Scholl begrüßte Vogels Ausführungen, „soweit es sich um grundsätzliche Positionen“ handele. Hier habe der Regierungschef offensichtlich auch Anregungen der FDP aufgegriffen.

Wie läßt sich Mißtrauen abbauen?

Militärexperten aus Ost und West diskutierten über Probleme bei der Abrüstung

RÜDIGER MONIAC, **Köln**

Mehr als sechzig Wissenschaftler und politische wie militärische Fachleute diskutierten im Schloß Gracht bei Köln die Frage, welche Bedeutung vertrauensbildende Maßnahmen in den internationalen Beziehungen haben. Es war die *erste Fachtagung dieser Art, auf der* Experten aus Ost und West, Nord und Süd diese für Abrüstung und Frieden bedeutsame Problematik behandelten.

Die Kernfrage lautete: Findet Abrüstung mit größerer Gewißheit schnell und durchgreifend statt, wenn mögliche Kontrahenten sofort mit diesem Ziel verhandeln? Oder läßt sich das Terrain für spätere Abrüstungsverhandlungen leichter ebnen, wenn sich die Politiker vorher auf Schritte geeinigt haben, die zum Abbau von Mißtrauen zwischen den Völkern beitragen? Die Antworten darauf fielen nicht gerade ermutigend aus: Es fand sich letzthin niemand, der schlüssig zu erklären gewußt hätte, welche Rolle der Vertrauensbildung zwischen den Staaten als Teil des friedlichen Zusammenlebens zuzumessen sei.

Immerhin wurde allen klar, es sei schon Vertrauensbildung in sich, wenn sich eine derart illustre Schar aus allen Himmelsrichtungen für die Diskussion versammelt habe. Diesen Beifall zollten die Ausländer uneingeschränkt den deutschen Veranstaltern, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, deren Präsident, Botschafter a. D. Günther Diehl, und deren Forschungsdirektor, Professor Karl Kaiser, die sich nicht minder um das Zustandekommen der Grachter Tagung bemüht hatten als der Mitveranstalter aus der Bundesregierung, deren Abrüstungsbeauftragter, Botschafter Friedrich Ruth. Ihr gemeinsames Bemühen bewies abermals, wie entschieden sich bisher jede Bundesregierung allen Bestrebungen verpflichtet wußte, nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt dem Gedanken der Friedenserhaltung *und -stärkung mittels Methoden,* die kein Land übervorteilen, zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen.

Schritte dazu hat Bonn bereits eine ganze Anzahl in den Vereinten Nationen getan. Der New Yorker Weltorganisation liegt seit Anfang Mai eine neue deutsche Initiative vor, die zahlreiche Elemente aus der Debatte im Grachter Schloß enthält. Sie soll, so hofft man in Bonn, von der Generalversammlung im Herbst zur Leitlinie der Vereinten Nationen in der Koordinierung der Abrüstungsbemühungen erhoben werden.

SPD Berlin: Mehr Kompetenzen für den Staat

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Die Berliner Sozialdemokraten wollen bis zum Herbst dieses Jahres ein „ausgereiftes regionales Wirtschaftsprogramm“ erarbeiten, das als Kontrapunkt zur Wirtschaftspolitik des CDU/FDP-Senats *vor allem* auf eine größere staatliche Beteiligung an Berliner Unternehmen abzielt. Als ersten Schritt stellten gestern Jungsozialisten und linke Sozialdemokraten einen Diskussionsentwurf unter dem Thema „Vollbeschäftigung und Lebensqualität, sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm *für Berlin“ vor.*

Das unter Mitarbeit von Wirtschaftswissenschaftlern der Freien Universität erarbeitete Papier wirft dem CDU/FDP-Senat in erster Linie eine Subventionspolitik zu Lasten der Arbeitnehmer vor, welche „die Existenzfähigkeit der Stadt bedroht“. In dem Diskussionsentwurf, der nun in den SPD-Parteigliederungen behandelt und Ende des Jahres vom Landesparteitag verabschiedet werden soll, räumen die Sozialdemokraten aber auch das Fehlen eines „geschlossenen wirtschaftspolitischen Konzeptes für Berlin“ ihrer Partei ein. Klaus-*Peter Wolf, Mitglied* des Berliner SPD-Landesvorstandes: „Auch wir haben in der Vergangenheit keine makellose Wirtschaftspolitik betrieben.“ Er sieht den jetzt vorgelegten Entwurf als Möglichkeit, „der Partei zu wirtschaftspolitischer Kompetenz zu verhelfen“.

Die „*Grundgedanken* sozialdemokratischer *Alternativen*“ haben die Verfasser in ihrem Papier in elf Punkten zusammengefaßt, die in erster Linie eine Ausweitung des öffentlichen Wirtschaftssektors anstreben. Neben gezielten „öffentlichen Zukunftsinvestitionen“ in Bereichen wie Stadtreparatur, Recycling, S-Bahn und dem Erdgas-Projekt fordern die Sozialdemokraten „gezielte Auflagen und Kontrollen“ bei der Subventionierung privater Unternehmen. Die Berlin-Förderung wollen die Verfasser in eine Basis- und Zusatzförderung splitten. Letztere soll nur *bei Kriterien wie der Schaffung* von Arbeitsplätzen gewährt werden.

Neben einer Erweiterung der Aufgaben der Senats-Eigenbetriebe werden staatliche Beteiligungen an Privatunternehmen oder die Übernahme gefährdeter Betriebe angeregt, um damit „neues *Innovationspotential* freizusetzen“. Die Autoren des Papiers fordern ebenso die Schaffung eines Senatsressorts „Betriebe und Beteiligungen“, das einen Fonds verwalten sollte, aus dem gefährdete Betriebe gefördert werden könnten.

Friedensappell der Bischöfe verteidigt

AFP/AP, **Berlin**

Das Ostberliner „St. Hedwigsblatt“ hat den Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in der „DDR“ zur Friedenssicherung verteidigt und die von der „DDR“-Nachrichtenagentur ADN an dem Papier geübte Kritik zurückgewiesen. In dem Brief hatten die Bischöfe Anfang Januar vor allem das weltweite Wettrüsten verurteilt. Die Agentur war dagegen nur auf die Kritik der Bischöfe am Wehrkundeunterricht eingegangen und hatte ihnen vorgeworfen, sich von westlichen Kreisen beeinflussen zu lassen.

In dem Artikel des Kirchenblattes, der gestern vom Westberliner Informationsbüro West verbreitet wurde, hieß es, wie sehr der Frieden gefährdet sei, werde schon im „Vorfeld“ deutlich – „dann nämlich, wenn Bischöfe erfahren müssen, wie ihre Friedensbotschaft zu einer Art Steinbruch wird, aus dem man sich die gerade passenden und für eigene Zwecke brauchbaren Stücke heraussucht, anderes aber beiseite schiebt und abtut“. In dem Artikel wurde die Aussage des Hirtenbriefes bekräftigt, daß die Kirche nicht schweigen könne, wenn „sie Fehlentwicklungen sieht, die ins Verderben führen können“.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

SFB-Intendant: Keine politische Säuberung

Spannungen zwischen Lothar Loewe und Redakteuren

hrk/dpa/AP, **Berlin**

Gut drei Monate nach der Ablösung von Wolfgang Haus (SPD) durch den neuen parteilosen SFB-Intendanten Lothar Loewe rumort es in dem Sender, den täglich vor allem mehrere Millionen Hörer im Ostteil der Stadt und in der „DDR“ als ihr „Stamm-Radio“ einschalten. Loewes unstreitig eigenwillig-forscher Stil bei ersten Schritten, Niveau und Darbietung der Programme zu bessern, stößt auf den Widerstand von Redakteuren. 78 von rund 150 Mitarbeitern protestierten in einem Brief und warnten davor, Loewes „*Geschmack* und persönliche Auffassung von Journalismus“ zum Arbeitsmaßstab zu machen.

Diese erste Konfrontation war von der Mitte-Rechts-Mehrheit im SFB-Rundfunkrat erwartet worden, die den renommierten ARD-Fernsehjournalisten mit dem *erklärten Ziel gewählt hatte,* den vielfältig beobachteten „Links-Drall“ der kleinsten Funkanstalt und ihre geringe Reputation in der ARD-Familie zu korrigieren.

Bei den Unterzeichnern des Protestbriefes, der gleichzeitig in die Öffentlichkeit lanciert wurde und dadurch an Glaubwürdigkeit verlor, *handelt* es sich nach Angaben neutraler Rundfunkratsmitglieder jedoch nicht um eine politische Fronde, sondern eher um Kritik an der Personalführung.

Am Montag reagierte der Intendant in der öffentlichen Rundfunkrats-Sitzung auf die Vorwürfe und wandte sich gegen den Versuch, „durch Entfachung einer öffentlichen Kampagne den Intendanten unter Druck zu setzen“. Die pauschalen Vorhaltungen der Briefunterzeichner entbehrten „jeder Grundlage“, sagte Loewe. Es werde niemandem gelingen, betonte Loewe kämpferisch, ihm die „aktive Wahrnehmung seiner Programmverantwortung einschließlich konsequenter Personalführung“ streitig zu machen. Er werde den Sender „unabhängig führen und keiner Gruppe hörig sein“.

Ex-FDP-Landeschef Jürgen Kunze rügte in der Diskussion „Kommandoformen und Drohgebärden“ des Intendanten. DGB-Chef Michael Pagels warf Loewe vor, die Programmgestalter „persönlich zu verunsichern“. – Der Vorgang deutet insgesamt auf verstärkte Bemühungen der SPD- und linker FDP-Basis-Vertreter im Rundfunkrat hin, eine Oppositions-Plattform zu finden.

Im Jahr der Funkausstellung – der Welt größer Elektronik-Schau –, die Berlin 1983 wieder ausrichtet, werden Arbeitsklima und Miteinander im Sender außerdem besonders sorgfältig vermerkt und unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie gut oder schlecht für das Image von Berlin sind.

Kurt Biedenkopf steht vor seinem Waterloo

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

„Ein Mann von dieser Potenz kann auf die Dauer nicht wie ein Eunuch vor dem Harem des Sultans mit den Augen rollen.“ Der „potente Mann“ ist Kurt Hans Biedenkopf, so geschildert von seinem Pressesprecher Karlheinz von den Driesch auf dem CDU-Bundesparteitag in Köln.

Er stellte das verbittert fest, denn just zuvor war sein Chef entmachtet und der Rheinländer Bernhard Worms zum Spitzenkandidaten der Union im Landtagswahlkampf 1985 ausgerufen. Biedenkopf räumte für Worms auch seinen Vorsitz in der Düsseldorfer Oppositionsfraktion im Landtag. Ihm blieb „nur“ noch die Leitung des zweitstärksten CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe.

Seine überschüssige Kraft will er – so scheint es – aber nicht auf die ihm anvertraute Organisation lenken. Auch wenn er Anspruch auf Wiederwahl beim ordentlichen Landesparteitag in Hagen am 2. Juli erhebt. Das *Programm, das* er sich für die kommende Zeit vorgenommen hat, steht im krassen Widerspruch zu seinem Bekenntnis vom 7. Mai 1983: „Ich liebe die Menschen in diesem Land. Gewiß auf meine Weise. Und ich möchte den Menschen in diesem Land dienen.“

„Dienen“ will er, indem er

- sich „sechs oder sieben Wochen zurückziehen“ werde, „um ein Buch zu schreiben“;
- dann „eine Reise nach Moskau antrete – eine Einladung“;
- *dann* „Ende September eine vierwöchige Vortragsreise in den USA antrete“.

Dieses Programm – fernab von jeder Landespolitik – brachte das Faß zum Überlaufen. Eine Vorstandssitzung am Wochenende geriet, wie jetzt bekannt wurde, zum Tribunal gegen Biedenkopf. Acht Stunden lang grollte, beschimpfte und bedrängte die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder Biedenkopf, nannte ihn einen „Störfaktor in der Politik von Bernhard Worms“ und rieten dem völlig fassungslosen Professor, nicht nur auf die Kandidatur am 2. Juli zu verzichten, sondern auch das Landtagsmandat abzugeben.

„Niemand schützte ihn“

Ein Vorstandsmitglied: „Er bekam zu spüren, daß er seine Parteifreunde jahrelang wie tumbe Toren behandelt hat.“ Ein anderer Teilnehmer der Runde: „Das menschlich Dramatische war, daß niemand, wirklich keiner mehr, den Professor in dieser gefühlsgeladenen Aussprache schützte.“ Ein weiterer Vorständler: „Das war schockierend.“

Daß es aber zu einer solchen Eruption kommen konnte, hat sich das Führungsgremium von nahezu 127 000 Mitgliedern selbst zuzuschreiben. Deutlich wird das an einem der wichtigsten Widersacher Biedenkopfs, an Staatsminister im Bundeskanzleramt Friedrich Vogel. „Der läuft doch dreimal am Tag zu Kohl, um mich anzuschwärzen“, wußte Biedenkopf. Aber auch die Mitglieder des Bezirksverbandes „Westliches Industrierevier“, den Vogel führt, kritisieren an ihrem Vorsitzenden, er sei mit „unsauberen Mitteln und Methoden“ Biedenkopf „in den Rücken *gefallen“. Überdies treffe auch auf* Vogel der Vorwurf zu mit dem Biedenkopf kämpft: Er kümmere sich zu wenig um seinen Bezirksverband. Die Gegner des Staatsministers setzten sogar eine für den gestrigen Abend anberaumte außerordentliche Bezirkskonferenz durch, um Vogel ordentlich die Leviten zu lesen.

Zu den entschiedenen Biedenkopf-Feinden zählen neben Vogel der Parlamentarische Staatssekretär im Wohnungsbauministerium, Adolf Jahn, der stellvertretende Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag, Theo Schwefer, und der *Schulexperte der Fraktion,* Professor Wolfgang Brüggemann. Sie maulen zwar, aber einen Gegenkandidaten haben sie bisher noch nicht benannt. Vogel meinte zwar: ein Gegenkandidat sei der „sauberste Weg“, denn es könne nicht angehen, Biedenkopf mit einem Paket von Nein-Stimmen auszustatten, aber betonte *gleichzeitig:* „Ich schließe aus, daß ich die Nachfolge Biedenkopfs antreten will.“

Mit der Demontage Biedenkopfs allerdings wird der zweitstärkste Landesverband deutlich an Gewicht verlieren. Doch hält auch diese Aussicht seine Kritiker nicht ab. Zu tief sitzt der Stachel der Enttäuschung: Noch nie ist es den Westfalen gelungen, einen der ihren als Spitzenkandidaten für Nordrhein-Westfalen auszurufen. Chancen dazu hatte einmal Hermann-Josef Dufhues und jetzt Kurt Biedenkopf, der sich diesen Weg durch voreiliges Drängen in dieser Frage selbst versperrt habe. Sieger blieben – wie immer – die Rheinländer.

Helmut Schmidts Kraftzitat

Am kommenden Sonntagabend will der Vorstand von Westfalen-Lippe noch einmal zusammentreten, „wenn sich in den Köpfen eine Bereinigung vollzogen hat“ (ein Vorständler). Dabei soll auch die Frage erörtert werden, ob der Parteitag nicht verschoben werden sollte. Ungewiß ist, ob die finanzielle Ausstattung Biedenkopfs (WELT vom 26. Mai und 27. Mai) zur Sprache kommen wird.

Unterdes erinnern Biedenkopf-Gegner in Anlehnung an das Kraft-Zitat von den Drieschs an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, der gesagt haben soll (Walter Henkel, „Lebenserinnerungen“): „Um noch mal auf Biedenkopf zu sprechen zu kommen: Die Klugheit im Sinne von *Professorenintellekt* will ich ihm nicht absprechen. Aber er hat keinen Saft in den Hoden.“

Seite 2: Ein zu tiefer Fall

Die Teilnehmer des Wirtschaftsgipfels einigen sich auf eine Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Westen demonstriert Einigkeit

Fortsetzung von Seite 1

burger Wirtschaftsgipfels gewertet. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen die Amerikaner aber vor allem die Auswirkungen dieser gemeinsamen Erklärung auf die innenpolitische Szene in Japan. Noch in Williamsburg bekam Ministerpräsident Nakasone erhebliche Kritik aus seinem eigenen Land zu hören, weil er Japan eigenmächtig an die Sicherheitspolitik des Nordatlantikpaktes angebunden habe.

Doch Außenminister Shintaro Abe verteidigte in Williamsburg vehement die Unterstützung für das gemeinsame westliche Papier: „Ein Drittel der sowjetischen militärischen Stärke ist im Osten aufgebaut. Wir können also nicht umhin, uns Sorgen zu machen. Daher haben wir aktiv an den INF-Diskussionen in Williamsburg teilgenommen. Ich bin sehr zufrieden, daß wir uns darauf geeinigt haben, Verhandlungen auf globaler Basis fortzuführen. Die jüngsten Stellungnahmen der Sowjetunion sind zum Teil darauf abgestellt, eine Kluft zwischen der japanischen Regierung und dem japanischen Volk aufzurichten und auszuweiten. Wir müssen darauf in ernsthafter Weise reagieren."

Das französische Außenministerium ging demgegenüber noch vor der Rückkehr der eigenen Delegation aus Williamsburg auf Distanz zu der mitunterschriebenen gemeinsamen Sicherheitserklärung: Frankreich könne und werde nie akzeptieren, daß eine Art „neues Direktorium zu Siebt" über die Weltangelegenheiten bestimme, *heißt es in inoffiziellen* Kommentaren. Vor allem werde kein Direktorium akzeptiert, daß einem Oberdirektor USA unterstellt sei. Erklärungen wie die sieben Punkte von Williamsburg dürften nicht zu einem Dauerzustand werden.

Dritter Kritikpunkt ist, daß hier zum ersten Mal der Versuch gemacht worden sei, die NATO geographisch auf Asien auszuweiten. Diesem Versuch habe sich Frankreich stets widersetzt.

Für die Politik der Bundesregierung bedeutet die sicherheitspolitische Erklärung von Williamsburg eine wichtige flankierende Hilfe: Vor seinem Abflug erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, daß damit „unsere Politik des NATO-Doppelbeschlusses, in beiden Teilen", bekräftigt worden sei. Die Bundesregierung werde bei Ausbleiben eines Erfolgs der Genfer Verhandlungen „an dem Zeitplan und an der Pershing" festhalten. Mit der Erklärung von Williamsburg sei allerdings das Angebot des Westens an die Sowjetunion wiederholt worden, den Frieden in der Welt mit immer weniger Waffen gemeinsam zu sichern.

Der Kanzler hatte am letzten Tag der Williamsburger Konferenz ein 35 Minuten langes privates Treffen mit Präsident Reagan. Dabei sprach Reagan nach Angaben von Staatssekretär Peter Boenisch dem Kanzler für dessen „erheblichen Anteil" am Gelingen des Gipfels seinen Dank aus. Denn Kohl hat in Williamsburg in kritischen Situationen mehrmals vermittelt.

Kohl ließ in seiner Abschluß-Pressekonferenz allerdings auch keinen Zweifel daran, daß die Meinungsunterschiede über die amerikanische Zinspolitik und die Besorgnisse über die hohen Haushaltsdefizite auf dem Gipfel nicht beseitigt werden konnten.

Die Abschlußerklärung von Williamsburg

DW. **Williamsburg**

Die Abschlußerklärung des westlichen Wirtschaftsgipfels von Williamsburg hat folgenden – im ersten Teil gekürzten – Wortlaut:

„Unsere Völker bekennen sich gemeinsam zu Demokratie, Freiheit des einzelnen und Kreativität, zu Moral, Menschenwürde, persönlicher und kultureller Entwicklung. Um diese gemeinsamen Wertvorstellungen wahren, stützen und ausbreiten zu können, ist *Wohlstand wichtig ... Die Indu*strieländer (bleiben) aufgefordert, dafür zu sorgen, daß der Aufschwung sich verfestigt und anhält, damit sich nach einem Jahrzehnt die kumulative Inflation umkehrt und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Wir alle müssen uns darauf konzentrieren, eine niedrige Inflationsrate zu erzielen und zu erhalten und die derzeit überhöhten Zinsen zu senken. Wir verpflichten uns erneut zur Verringerung struktureller Haushaltsdefizite, insbesondere durch Eindämmung des Ausgabenzuwachses.

Wir wissen, daß wir gemeinsam *handeln und ein ausgewogenes* Ganzes an politischen Maßnahmen verwirklichen müssen, die den Zusammenhang zwischen Wachstum, Handel und Finanzen berücksichtigen und nutzen, damit der Aufschwung alle Länder, die Industrieländer gleichermaßen wie die Entwicklungsländer, erfaßt.

Zur Verwirklichung dieser Ziele haben wir uns auf folgendes geeinigt:

1. Unsere Regierungen werden eine angemessene Geld- und Haushaltspolitik verfolgen, die geringe Inflationsrate, niedrige Zinsen, mehr produktive Investitionen und erhöhte Beschäftigungschancen vor allem für die Jugend zur Folge hat.

2. Der in Versailles begonnene Konsultationsprozeß wird verstärkt, um die Konvergenz der Leistung unserer Volkswirtschaften und größere Wechselkursstabilität im Sinne des Anhangs zu dieser Erklärung zu fördern. Wir einigten uns auf engere Konsultationen über wirtschaftliche Maßnahmen, die auf die Bedingungen der Devisenmärkte einwirken, und über Marktbedingungen. Unter Wahrung unserer jeweiligen Handlungsfreiheit sind wir bereit, koordiniert in die Devisenmärkte in den Fällen einzugreifen, in denen man sich über die Nützlichkeit eines Eingreifens einig ist.

3. Wir verpflichten uns, den protektionistischen Tendenzen Ein*halt zu gebieten und sie mit fort*schreitender Gesundung zum Abbau der Handelsschranken umzukehren. Wir beabsichtigen, uns in geeigneten bestehenden Organisationen über die Möglichkeiten der Verwirklichung und Überwachung dieser Verpflichtung zu beraten. Wir werden Anstöße geben für die Lösung der derzeitigen Handelsprobleme ... Wir sind übereingekommen, die Konsultationen über Vorschläge für eine neue Verhandlungsrunde im Gatt fortzusetzen.

4. Mit Sorge betrachten wir die internationale Finanzlage und insbesondere die Schuldenlast vieler Entwicklungsländer. Wir stimmen einer Strategie zu, die auf einer wirksame Anpassungs- und Entwicklungspolitik der Schuldnerstaaten, angemessener privater und öffentlicher Finanzierung, offenen Märkten und fortdauernder weltweiter Wirtschaftserholung beruht ...

5. Wir haben die Finanzminister gebeten, zusammen mit dem leitenden Direktor des IWF die Bedingungen für eine Verbesserung des Weltwährungssystems zu erkunden und dabei auch zu prüfen, welche Rolle eine internationale Währungskonferenz auf hoher Ebene zu gegebener Zeit spielen könnte.

6. Die Last der weltweiten Rezession hat die Entwicklungsländer sehr hart getroffen, und wir sind tief um ihre Gesundung besorgt. Es kommt entscheidend darauf an, ein gesundes Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und dabei unsere Märkte offenzuhalten ...

7. Wir sind uns einig, daß sowohl die Entwicklung fortgeschrittener Technologie als auch die öffentliche Akzeptanz ihrer Rolle bei der Belebung von Wachstum, Beschäftigung und Handel gefördert werden müßten. Wir haben den Bericht der letztes Jahr in Versailles eingesetzten Arbeitsgruppe über Technologie, Wachstum und Beschäftigung zustimmend zur Kenntnis genommen und befürworten Fortschritte bei den 18 im *Bericht genannten Zusammenar*beitsprojekten ...

8. Wir alle erachten berechenbarere und weniger sprunghafte Ölpreise als hilfreich für die weltwirtschaftlichen Aussichten. Wir stimmen darin überein, daß der Rückgang der Ölpreise keineswegs die Bedeutung und Dringlichkeit von Bemühungen schmälert, Energie einzusparen, wirtschaftliche alternative Energiequellen zu entwickeln, die Kontakte zwischen Ölausfuhr- und Öleinfuhrländern zu erhalten und wo möglich auszubauen und das Entstehen einheimischer Energieerzeugung in den Entwicklungsländern, in denen sie derzeit mangelt, zu fördern.

9. Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen müssen mit unseren Sicherheitsinteressen vereinbar sein. Wir nehmen die Arbeit der multilateralen Organisationen zustimmend zur Kenntnis, die in den letzten Monaten die Schlüsselaspekte der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen analysiert und daraus Schlußfolgerungen gezogen haben. Wir befürworten weitere geeignete Arbeiten dieser Organisationen.

10. Wir haben vereinbart, beim Umweltschutz, bei der verbesserten Nutzung natürlicher Hilfsquellen und bei der Gesundheitsfor*schung verstärkt zusammenzuar*beiten ...

Wir haben vereinbart, uns im nächsten Jahr wieder zu treffen, und haben hierzu die Einladung des britischen Premierministers in das Vereinigte Königreich angenommen.

Festigung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit für Wachstum und Stabilität:

1. Wir haben an Hand unserer Erfahrungen die Verfahren geprüft, die in den letztes Jahr in Versailles eingegangenen Verpflichtungen enthalten sind und durch die eine größere monetäre Stabilität im Interesse eines ausgewogenen Wachstums und Fortschritts der Weltwirtschaft sichergestellt werden soll.

2. Wir bekräftigen das Ziel, ein *nichtinflationäres Wachstum von* Einkommen und Beschäftigung herbeizuführen und die Stabilität der Währungsmärkte zu fördern, indem wir eine Politik verfolgen, die zu größerer Konvergenz der hierauf gerichteten Wirtschaftspolitik führt.

3. Wir werden gemäß den in Versailles vereinbarten Verfahren unsere multilaterale Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds bei seiner Überwachungsaufgabe verstärken, indem wir wie folgt vorgehen:

A. Wir konzentrieren uns auf kurzfristige politische Maßnah*men, die mittelfristig zur Konver*genz der wirtschaftlichen Bedingungen führen. Eine umfassende mittelfristige Perspektive bleibt von größter Bedeutung, damit nicht durch kurzfristige politische Neuerungen Divergenz entsteht und damit Wirtschaft und Finanzmärkte beruhigt arbeiten können.

B. *Im Einklang mit* der Vereinbarung in Versailles konzentrieren wir uns auf Fragen im monetären und finanziellen Bereich unter Einschluß der Wechselwirkung mit der Politik in anderen Bereichen. Die internationalen Auswirkungen unserer eigenen politischen Entscheidungen werden wir voll be*rücksichtigen. Zu den politischen* Bereichen und Zielen, die laufend überprüft werden, gehören:

(1) Die Geldpolitik. Diszipliniertes nichtinflationäres Wachstum von Geldmengen sowie angemessene Zinssätze, um einen späteren Wiederanstieg von Inflation und ein Hochschnellen der Zinssätze zu vermeiden und damit Spielraum für ein anhaltendes Wachstum zu schaffen.

(2) Die Finanzpolitik. Wir werden bevorzugt durch Disziplin bei *den öffentlichen Ausgaben* einen Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite anstreben und die Auswirkungen der Finanzpolitik auf Zinssätze und Wachstum bedenken.

(3) Die Wechselkurspolitik. Wir werden Konsultationen, Konvergenz politischer Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit verbessern, um die Stabilisierung der Währungsmärkte zu fördern, und dabei unsere Schlußfolgerungen aus der Währungsmarkt- und Interventionsstudie berücksichtigen.

(4) Eine der Produktivität und Beschäftigung dienenden Politik. Wir werden uns an den Signalen des Marktes als eines Wegweisers für effiziente wirtschaftliche Entscheidungen orientieren und zugleich Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung und Mobilität unserer Arbeitsmärkte ergreifen, uns dabei insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit annehmen, und die fortlaufende strukturelle Anpassung fördern; hierbei geht es insbesondere um

– größere Flexibilität und Offenheit der Volkswirtschaften und Finanzmärkte;

– die Förderung von Forschung und Entwicklung, wie auch nutzbringender und produktiver Investitionen;

– fortdauernde Bemühungen in jedem Lande und, so weit angezeigt, eine verbesserte internationale Zusammenarbeit bei strukturellen Anpassungsmaßnahmen (z. B. bei regionalen, sektoralen und energie*politischen Maßnahmen).*

4. Wir werden auch weiterhin regelmäßig in diesem Rahmen gemeinsam den erzielten Fortschritt bewerten, korrektive Maßnahmen erwägen, die von Zeit zu Zeit notwendig erscheinen mögen, und auf erhebliche Veränderungen unverzüglich reagieren."

„Deutsche Industrie wird ihren Beitrag leisten"

dpa/VWD, **Bonn**

Eine baldige Bewährungsprobe der Ergebnisse des Wirtschaftsgipfels in Williamsburg haben gestern die Verbände der Industrie und des Groß- und Außenhandels gefordert. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) äußerte die Erwartung, daß die in Williamsburg bekräftigten Absichten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels „keine bloßen Lippenbekenntnisse bleiben".

Die EG-Länder sollten auf dem bevorstehenden Europa-Gipfel in Stuttgart diese Übereinstimmung nutzen, um die Angleichung der nationalen Wirtschaftspolitiken zu erreichen. Dazu gehört nach Ansicht des BDI der Abbau der staatlichen Haushaltsdefizite sowie der Abbau offener oder versteckter Handelshemmnisse. Die deutsche Industrie sei uneingeschränkt bereit, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) forderte ebenfalls nationale Eigenanstrengungen, um die angestrebten Ziele einer weltweiten Wirtschaftsbelebung und die Bekämpfung der Inflation zu erreichen.

Noch vor der Sommerpause müsse sich die Deklaration von Williamsburg bewähren, forderte der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Hans Hartwig: Vor allem bei der Unctad-Konferenz in Belgrad, beim EG-Gipfel in Stuttgart sowie bei künftigen OECD- und Gatt-Abkommen. Die Verabredungen über die Entschärfung der Verschuldungsprobleme der Dritten Welt und über Anstrengungen zur Abwehr von Handelskriegen verdienten einen „Vertrauensvorschuß", sagte Hartwig auf der Mitgliederversammlung seines Verbandes in Bonn.

Der BGA bedauert, daß in Williamsburg kein Agrarausgleich zwischen der EG und den USA gefunden werden konnte und daß Embargos nicht grundsätzlich ausgeschlossen wurden.

Der frühere Bundesfinanzminister Manfred Lahnstein (SPD) kritisierte in Bonn die nationalbezogene Aufforderung des Gipfels an die einzelnen Teilnehmer, zunächst „ihre Hausaufgaben" zu machen. Dies allein löse die Weltwirtschaftsprobleme nicht.

NATO will über Namibia beraten

BERNT CONRAD, **Williamsburg**

Die Außenminister der USA, *Frankreichs, Großbritanniens,* Kanadas und der Bundesrepublik haben in Williamsburg übereinstimmend festgestellt, daß die UNO-Resolution 435 unverändert als Basis für eine Namibia-Regelung anzusehen sei. Gerade die jüngsten Fälle von Gewaltanwendungen im südlichen Afrika haben nach Überzeugung der westlichen „Kontaktgruppe" die Dringlichkeit einer Namibia-Lösung unterstrichen. Dies war nach deutschen Angaben das Ergebnis einer Außenministerberatung am Rande des Weltwirtschaftsgipfels.

Bundesaußenminister Genscher, der die Sitzung angeregt hatte, unterstrich die Bereitschaft der Westeuropäer, einem unabhängigen Namibia auch wirtschaftlich zu helfen. Die Gesprächsteilnehmer in Williamsburg beschlossen, das Thema Ende nächster Woche anläßlich der NATO-Außenministerkonferenz in Paris noch eingehender zu behandeln.

Den Hintergrund der Beratungen bildeten die Namibia-Debatte des Weltsicherheitsrates, in der heftige Kritik an den Westmächten, besonders den USA, geübt worden war, sowie die parallel dazu geführten Gespräche von US-Außenminister Shultz mit den afrikanischen „Frontstaaten" und dem *Chef der Guerrilla-Organisation* Swapo, Sam Nujoma, in New York.

Shultz dankte Genscher für die Anregungen zu diesen Kontakten, die er als „sehr nützlich und wichtig" bezeichnete und die ihn anscheinend darin bestärkt haben, die Angriffe in der UNO-Ebene nicht allzu hoch einzustufen.

Jedenfalls will sich Washington, wie man in Williamsburg hören konnte, weiter mit Nachdruck bemühen, die Schwarzafrikaner von der Zweckmäßigkeit eines Rückzugs der kubanischen Truppen aus Angola parallel zur Verwirklichung des westlichen Namibia-*Plans zu überzeugen.* Für Ronald Reagan hätte ein Erfolg in dieser Frage mit Blick auf die kommenden Präsidentenwahlen auch erhebliche innenpolitische Bedeutung.

Deshalb werden die Amerikaner von diesem Verlangen nach Auffassung westlicher Experten keinesfalls abgehen. Um so mehr ist Außenminister Shultz jetzt darauf bedacht, eine Formel zu finden, die der angolanischen Regierung und der Swapo die Zustimmung erleichtern könnte. In diesem Sinne hatte er schon in der vergangenen Woche in New York bestritten, daß die USA eine „Linkage", eine unmittelbare Verbindung zwischen *Kubaner-Rückzug und Namibia-*Lösung, herstellen wollten. Vielmehr gehe es ihnen ganz allgemein um mehr Sicherheit im südlichen Afrika.

Nach vorliegenden Informationen bemüht sich Washington intern, schwarzafrikanischen Gesprächspartnern klarzumachen, daß hinter dem Wunsch nach Abzug der Kubaner nicht etwa die Absicht stehe, die MPLA-Regierung in Angola zu beseitigen. Darum halten es Fachleute für wichtig, daß Gespräche zwischen der MPLA-Regierung und der aufständischen Unita-Bewegung eingeleitet werden. Bei andauerndem Bürgerkrieg in Angola sei bestimmt nicht mit einer Zustimmung der Führung in Luanda und der sie stützenden Sowjetunion zu einem Kubaner-Rückzug zu rechnen.

Praktisch halten die Amerikaner offenbar eine Vereinbarung für denkbar, die den Beginn eines kubanischen Teilrückzugs in der Phase nach einem 90prozentigen Abflug der südafrikanischen Armee aus Namibia und ihrer Ersetzung durch UNO-Streitkräfte gemäß dem westlichen Namibia-Plan vorsieht.

Moskau: Bonn soll auf die USA einwirken

F. H. NEUMANN, **Moskau**

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Gipfeltreffens von Williamsburg *sind von der sowjeti*schen Presse mit Geringschätzung kommentiert worden. Fast ausschließlich von der Staatsagentur Tass beliefert, rückten die Medien das Treffen der sieben in die Nähe eines Fehlschlages: Dabei seien allgemeine Phrasen statt praktischer *Maßnahmen zur Überwindung der* Krise zustande gekommen. Die akuten Differenzen und Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten blieben bestehen.

Statt dessen hätten die USA ihren Partnern eine Erklärung zur Rüstungspolitik aufgeladen, die den Wunsch der Völker völlig ignoriere, auf den Weg der Entspannung zurückzukehren. Es sei absurd, von der Sowjetunion zu verlangen, daß sie einseitig abrüste. Es gebe kein sowjetisches Monopol bei den Mittelstreckenwaffen, hatte Tass schon zuvor unter Anspielung auf die SS-20-Raketen behauptet, weil die „NATO-Verbündeten" Großbritannien und Frankreich über solche Waffen verfügten. Die in der Erklärung von Williamsburg bekräftigte Ablehnung des Westens, die Atomwaffen beider Länder in die Genfer Verhandlungen einzubeziehen, war kurzerhand auf die amerikanischen Urheber zurückgeführt worden. Diesen Gesichtspunkt, der von Moskau stets als Voraussetzung eines Erfolges in Genf ausgegeben wurde, übergehen die jüngsten Stellungnahmen mit Schweigen. Auch die zunächst noch als „merkwürdig" angesehene Tatsache, daß Japan zu den Unterzeichnern gehört, wird nicht mehr aufgegriffen.

Statt dessen wendet sich die sowjetische Propaganda immer häufiger und drängender an die Adresse Bonns. In einer breiten Darstellung der amerikanischen Vorbereitungen für eine spätere Raketenaufstellung in der Bundesrepublik prangerte die „Prawda" die aktive Mitwirkung der westdeutschen Seite – von der Bundesregierung bis zu den „Rüstungskonzernen" – an diesen „Kriegsvorbereitungen" an. Bonn sollte statt dessen einen positiven Einfluß auf seine amerikanischen Partner ausüben, damit sie in Genf einen „vernünftigen *und nüchternen*" Kurs einschlagen, mahnte die „Prawda".

Das Parteiorgan hatte zuvor den Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger in der Bundesrepublik mit einer Aura dunkler Machenschaften umgeben: Washington setze damit die Serie seiner Versuche fort, auf die Bundesregierung Druck auszuüben. Dabei werde das Ziel verfolgt, Bonn noch fester in den Zangengriff der sattsam bekannten „atlantischen Solidarität" zu nehmen.

Einen bemerkenswerten Versuch, die politische Szene in der Bundesrepublik zu beeinflussen, hatte die „Prawda" bereits am Sonntag unternommen. Von der seit Jahrzehnten üblichen Moskauer Einschätzung der deutschen Frage abweichend, versuchte der Kommentar, mit einer nationalen Lockspeise Eindruck zu machen. Sollten die Raketen aufgestellt werden, so würde das die „nicht nur in revanchistischen Kreisen noch glimmende nationale Hoffnung" begraben, daß „irgendwann in ferner Zukunft irgendwelche Formen des Zusammenwirkens der zwei deutschen Staaten entstehen" könnten.

Die Hausmacht Arafats schwindet

Syriens Einfluß in der PLO wird stärker / Moskau wartet ab / Neue Propagandapläne

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Ein Vertrauter Arafats, der Operationsleiter für terroristische und militärische Aktionen der PLO, Salah Chalaf, alias Abu Iyad, reist heute an der Spitze einer PLO-Delegation nach Moskau. Nach Agenturmeldungen soll er dort „die gespannte Lage zwischen Israel und Syrien" in der libanesischen Bekaa-Ebene erörtern. Es steht zu vermuten, daß er dort vielmehr über die gespannte Lage innerhalb der PLO berichten und vor allem um mäßigenden Einfluß Moskaus auf Syrien bitten wird. Darum hatte Arafat den Kreml schon in einer dringenden Botschaft am 23. Mai gebeten. Denn Moskau unterhält Verbindungen zu allen verfeindeten Gruppen in der PLO und vor allem zu Damaskus, das seit der Niederlage und Vertreibung der palästinensischen Kampfverbände aus Beirut versucht, die gesamte PLO in den syrischen Griff zu bekomen.

Diesem Ziel hat sich Arafat, Sprecher der PLO und Anführer der Fatah, der größten Gruppe innerhalb dieser Organisation, stets widersetzt. Syrien ist es dagegen schon in einem relativ frühen Stadium der internen Auseinandersetzungen gelungen, die beiden nächstgrößeren Gruppen der PLO im Sinne von Damaskus zu domestizieren. Diese Gruppen werden geführt von dem offenbar todkranken Georges Habasch und von Najef Hawathmeh. Beide sind harte Marxisten.

Aber auch in der Fatah selbst ist es den Syrern gelungen, Mitglieder des Zentralkomitees auf ihre Seite zu ziehen und gegen Arafat in Position zu bringen. Der mittlerweile bekannteste unter ihnen ist Nimer Saleh, genannt Abu Saleh, der in der Bekaa-Ebene seine eigenen Kampfeinheiten befehligt. Oft genannt wird jetzt auch ein Abu Mussa, ebenfalls Anführer palästinensischer Kampfverbände, der mit anderen Fatah-„Offizieren" Arafat die Gefolgschaft verweigert.

Die Hausmacht Arafats schwindet zusehends. Der PLO-Chef wird von Syriens Militärdiktator, unter dessen Obhut die meisten palästinensischen Einheiten stehen, offenbar systematisch abgebaut. Auch die verschiedenen Erklärungen mit anderen Gruppenführern sowie politische Zugeständnisse an Assad konnten den Verfall seiner Autorität in der PLO und in der Fatah nicht aufhalten. Man muß damit rechnen, daß Arafat bald von der politischen Bühne abtritt, freiwillig oder infolge eines Attentats, was in der letzten Zeit auch schon versucht worden sein soll.

Arafats Verschwinden wäre kein Verlust für die internationale Politik. Ihn im Gegensatz zu den Extremisten in der PLO als „gemäßigt" zu bezeichnen, wirft die Frage auf, wie ein „gemäßigter Terrorist" zu definieren ist. Denn Arafat steht zu dem Grundsatzdokument der PLO, in dem mehrfach die Zerstörung Israels gefordert wird und dessen Ziele durch die Erklärung des Palästinensischen Nationalrats von Algier noch einmal bekräftigt wurden.

Mehrere arabische Staatschefs, unter ihnen der saudische König *Fahd, haben ihre große Sorge vor* einer drohenden Spaltung der PLO bekundet. Auch hier steht zu vermuten, daß ihre größte Sorge weniger der Zukunft der PLO als ihrer eigenen Sicherheit gilt. Arafat war für sie kalkulierbar, politisch und finanziell. Eine von Syrien gesteuerte PLO wäre dies nicht, zumal Syrien momentan mit allen Mitteln versucht, arabische Führer in das Lager der Verweigerungsfront gegen Camp David und das libanesisch-israelische Abkommen zu ziehen.

Politische Beobachter erwarten, daß es zur Rettung der Einheit der PLO möglicherweise wieder zu verstärkten Terroroperationen in Europa kommt. Auch eine intensive Propagandakampagne im Westen ist zu gewärtigen. Zu diesem Zweck soll zum Beispiel im Sommer in Paris unter der Schirmherrschaft der UNO ein Kongreß abgehalten werden. In dieses PLO-Festival werden derzeit mehr als zehn Millionen Mark investiert. Achthundert Journalisten aus aller Welt sollen das Ereignis im Ferienmonat August abdecken. Diesem Projekt dürfte der Kreml zustimmen, wenn Abu Iyad es zur Sprache bringt. Ansonsten wartet Moskau ab, ehe man im PLO-Dickicht für den Falschen Partei ergreift.

„Strengste Maßnahme gegen Polen"

Das Internationale Arbeitsamt entscheidet: Untersuchungskommission für Polen

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 80 Prozent haben sich die 56 Verwaltungsrats-Mitgliedstaaten des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) für den Einsatz einer Untersuchungskommission zur Klärung der Arbeiterprobleme in Polen ausgesprochen – dies im Vorfeld der internationalen Arbeitskonferenz, die heute in Genf beginnt.

Diese Entscheidung kontert die Weigerung des Militärregimes, der ILO die seit November gewünschten Informationen über die Situation von Arbeitern zuzustellen, die wegen gewerkschaftlicher Tätigkeiten entlassen wurden, ferner über die Prozeßführung, Haftbedingungen und Mißhandlungen gefangener Gewerkschafter sowie die Verweigerung eines Besuchs der ILO an Ort und Stelle, auch bei Lech Walesa und inhaftierten Führern der unabhängigen Gewerkschaft.

Erstmals in der Geschichte des Internationalen Arbeitsamtes wird damit eine Untersuchungskommission gegen ein osteuropäisches Land eingesetzt. In den letzten 20 Jahren wurde sie bloß sechsmal gebildet: für die Länder Chile, Panama, Haiti, Liberia, Portugal und Griechenland.

„Dies ist die strengste Maßnahme, die bisher gegenüber Polen beschlossen wurde", so Gerd Muhr, erster stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Damit soll dieses Land dazu gebracht werden, seine beim ILO unterzeichneten internationalen Vereinbarungen einzuhalten, besonders die Übereinkommen 87 und 98 über die Vereinigungsfreiheit. Abkommen, die vom Militärregime brutal mißachtet werden."

Gemäß Namenslisten der Genfer Organisation werden in Polen immer noch über 700 Gewerkschaftsmitglieder gefangengehalten. Weitere 32 Arbeiter wurden innerhalb von elf Monaten getötet oder starben an den Folgen von Verletzungen, die ihnen von Ordnungskräften zugefügt worden waren.

Auf der Verwaltungsratssitzung am 23. Juni, am ersten Tag nach der Konferenz, wird ILO-Generaldirektor Francis Blanchard die drei unabhängigen Sachverständigen für die polnische Untersuchungskommission benennen. Darauf stellt sich die Frage, ob die Regierung die drei Juristen einreisen läßt. Spätestens dann müssen die Militärs Farbe bekennen.

Islands neue Regierung fängt mit Sparen an

R. GATERMANN, **Reykjavik**

Die Inselrepublik Island hat nun, sechs Wochen nach den Althing-Wahlen, *eine neue Regierung. Das* bisherige Kabinett, bestehend aus drei Abtrünnigen der liberalkonservativen Selbständigkeitspartei, der bäuerlichen Fortschrittspartei und der kommunistischen Volksallianz, wird jetzt von einer Koalition, bestehend aus der Selbständigkeits- und der Fortschrittspartei, abgelöst. Der konservative Gunnar Thoroddsen gibt den Stuhl des Regierungschefs an den Vorsitzenden der Fortschrittspartei und bisherigen Fischereiminister Steingrimur Hermannsson weiter.

Die neue Koalition verfügt im Parlament über eine knappe Mehrheit. Es bedurfte jedoch einer eindringlichen Warnung von Präsidentin Vigdis Finnbogadottir, sich auf eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu einigen, weil sie andernfalls ein Beamtenkabinett berufen würde.

Ein erster Versuch, eine Regierung unter Führung der größten Fraktion, der liberalkonservativen, zu bilden, scheiterte, nicht zuletzt an der Tatsache, daß ihr Vorsitzender Geir Hallgrimsson, von 1974 bis 1978 Ministerpräsident, bei der Wahl im April seinen Althing-Platz verloren hatte und als Regierungschef nicht akzeptiert wurde. Im Hermannsson-Kabinett bekleidet er nunmehr den Posten des Außenministers. Neuer Finanzminister ist Albert Gudmundsson, einst Fußballstar in Nizza und Präsidentschaftskandidat.

Der Schwerpunkt der künftigen Regierungspolitik muß im Wirtschafts- und Finanzbereich liegen. Island kämpft mit einer Inflationsrate von jährlich rund 80 Prozent, einer beginnenden Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Auslandsverschuldung.

Die Koalitionspartner kündigten auch unmittelbar zwei wichtige Schritte an: Nach einer nochmaligen Abwertung der isländischen Krone um 14,5 Prozent will sie aus dem Abwertungskarussell herauskommen und zum anderen soll die automatische Lohn- und Gehaltsindexierung abgeschafft werden. Ab heute werden deswegen statt der fälligen 23 nur noch 8 Prozent zugezahlt, im September kommt eine weitere, für isländische Verhältnisse sehr bescheidene Anhebung um 4 Prozent. Mit diesen Maßnahmen hofft die Regierung, die Inflationsrate auf etwa 50 Prozent begrenzen zu können.

Wirtschaft und Raketen dominieren Wahlkampf

Von F. MEICHSNER

In Italien hat in diesen Tagen die Kampagne für die um ein Jahr vorgezogenen Parlamentsneuwahlen begonnen, die für den 26. und 27. Juni angesetzt worden sind. Landesweit bewerben sich neun Parteien um die Stimmen der knapp 45 Millionen Wähler. Die Schlüsselposition im Wahlkampf – und wahrscheinlich auch im Blick auf die neue Legislaturperiode nach den Wahlen – nehmen die Sozialisten ein. Sie werden sowohl von den Christdemokraten als auch von den oppositionellen Kommunisten zu einer Koalitionsaussage gedrängt, vermeiden jedoch eine klare Festlegung.

Der sozialistische Parteisekretär Bettino Craxi, der die vorzeitige Parlamentsauflösung in der Erwartung eines Wahlerfolges seiner Partei durchgesetzt hatte, lehnte ausdrücklich ab, sich bereits vor den Wahlen für den Partner von morgen zu entscheiden. Er gab dem christdemokratischen Parteisekretär De Mita mit seinem Angebot eines Legislaturpaktes der fünf Mitte-Links-Parteien (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) ebenso einen Korb wie dem kommunistischen Parteisekretär Berlinguer mit seinem Werben um eine Links-Alternative.

ITALIEN

Nach Überzeugung der meisten römischen Beobachter ist es das Ziel Craxis, die Position seiner Partei durch Stimmengewinne sowohl *auf Kosten der Mitte als auch auf* Kosten der Kommunisten derart zu verbessern, daß er nach der Wahl die Christdemokraten zwingen kann, ihm den Posten des Ministerpräsidenten zu überlassen.

Daß diese Rechnung aufgehen könnte, gilt freilich zu Beginn dieses Wahlkampfes in politischen Kreisen Roms keineswegs als sicher. Die ersten Prognosen für den Wahlausgang gehen von relativ geringen Kräfteverschiebungen aus. Die meisten Beobachter rechnen damit, daß die Democrazia Cristiana ihren alten Stimmenanteil von 38,3 Prozent im großen und ganzen behauptet. Die pessimistischsten Voraussagen geben der Partei immer noch mehr als 35 Prozent. Bei den Kommunisten wird ein leichtes Abbröckeln ihres 30,4-Wähler-Blocks erwartet, das allerdings wettgemacht werden könnte durch den Verzicht zweier kleiner Linksparteien, bei diesen Wahlen eigene Kandidaten aufzustellen. Die Sozialisten, die 1979 9,8 Prozent der Stimmen erhalten hatten, dürften nach allgemeiner Erwartung zwar zunehmen, jedoch kaum die Zwölf-Prozent-Marke erreichen. Stimmengewinne werden auch für die republikanische Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Spadolini (bisher 3 Prozent) erwartet, der bereits wieder seine Kandidatur als Regierungschef angemeldet hat.

Der Wahlkampf wird bisher fast ausschließlich um wirtschaftliche Fragen geführt. Christdemokraten, Republikaner und Liberale plädieren für eine entschlossene Sparpolitik zur Bekämpfung der Inflation, die noch immer bei über 16 Prozent liegt. Sie fordern die Eindämmung der immer mehr ausufernden Staatsausgaben für unproduktive Verwaltungs- und Versorgungsausgaben. Sozialisten und Kommunisten begegnen diesen Forderungen mit dem Schlagwort: „Sparen, ja, aber nein zur Demagogie des Sparens!" Sie unterstellen vor allem der Democrazia Cristiana, auf deren Senatsliste auch der ehemalige Notenbankpräsident und Ex-Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Guido Carli, als Unabhängiger kandidiert, die Arbeitnehmerschaft „bestrafen" und ihr soziale Errungenschaften wieder nehmen zu wollen.

Ein weiteres Wahlkampfthema ist die Raketenstationierung, von der bei negativem Verlauf der Genfer Verhandlungen Ende dieses Jahres auch Italien betroffen sein wird. Vor allem die Kommunisten sind bemüht, es allmählich hochzuspielen. Craxi, dessen *Sozialistische* Partei den NATO-Nachrüstungsbeschluß von 1979 voll mitgetragen hatte, sieht auf diesem Gebiet offenbar Gefahren auf sich zukommen. In diesem Sinne wird zumindest eine ambivalente Erklärung gedeutet, die er kürzlich dazu abgegeben hat. Er versicherte zwar auf der einen Seite, daß Italien fest zum NATO-Doppelbeschluß von 1979 stehe und daß dieser Beschluß nicht einseitig abgeändert werden könne. Andererseits wies er aber darauf hin, daß alles vom Ergebnis der Genfer Verhandlungen abhänge und daß danach die letzte Entscheidung den „direkt interessierten europäischen Ländern" zustehe. Damit lehnte er praktisch die Automatik der Installierung im Falle eines Genfer Mißerfolges ab.

„Dantschew sprach für das Sowjetvolk"

AFP, **Paris**

Der sowjetische Rundfunksprecher Wladimir Dantschew, der in einer von Radio Moskau in englischer Sprache ausgestrahlten Sendung von der „*sowjetischen Invasion in Afghanistan*" gesprochen hatte, muß in dem Sender Komplizen haben. Diese Ansicht vertrat Dantschews in französischem Exil lebende ehemalige Kollegin Renata Lesnik.

Ein solcher „politisch ideologischer Versprecher" sei wegen der strengen Kontrollen auf verschiedenen Ebenen unter normalen Umständen so gut wie ausgeschlossen, erklärte die Journalistin. Jeder Text werde bis zu fünfmal kontrolliert und wenn möglich zensiert.

Der Versprecher Dantschews – er wurde inzwischen in seine Heimatstadt Taschkent zurückgeschickt – sei der „bewußte hellsichtige Akt eines enttäuschten Menschen", sagte Frau Lesnik weiter. Offenbar sei Dantschew „völlig am Ende" gewesen. Seine Stimme sei die der überwiegenden Mehrheit, „wenn nicht des gesamten sowjetischen Volkes".

Strauß: Auch Swing einbeziehen

dpa, **Frankfurt**

Der zinslose Überziehungskredit im innerdeutschen Handel (Swing) sollte nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in die „notwendige Überprüfung der Bonner Deutschlandpolitik" einbezogen werden. In einem Interview der Zeitschrift „Medical Tribune" forderte Strauß, das Gleichgewicht des Gebens und Nehmens müsse wieder voll hergestellt werden. *Einen Besuch von* „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland hält er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll, da Ost-Berlin derzeit wohl nicht zu humanitären Verbesserungen bereit sei.

Dublin: Spaltung Irlands beseitigen

dpa/rtr, **Dublin**

In der irischen Hauptstadt Dublin hat ein gesamtirisches Forum seine Arbeit aufgenommen, das nach Wegen zur Überwindung der Spaltung Irlands suchen will. Das Forum war vom irischen Premierminister Garret FitzGerald ins Leben gerufen worden, um erstmals seit der Teilung vor rund 60 Jahren Parteien aus der Republik und aus Nordirland wieder an einen Tisch zu bringen.

Während sich an dem Forum alle drei großen Parteien der Republik beteiligen, kam zur Eröffnungssitzung aus Nordirland nur die republikanische Sozialdemokratische und Arbeiter-Partei, die in Ulster vorwiegend die Katholiken vertritt. Dagegen boykottierten die Protestanten, die in der britischen Provinz die Mehrheit stellen, das Treffen.

FitzGerald erklärte, ein Scheitern des Forums würde eine ohnehin schon schlechte Situation verschlimmern und einen Preis fordern, der mit Menschenleben und noch größerer Not und Verzweiflung gezahlt werden müsse. Die Gewaltakte irischer Untergrundkämpfer wurden von ihm scharf verurteilt.

Grüne laden die Ausgewiesenen ein

dpa, **Bonn**

Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat die von den „DDR"-Behörden ausgewiesenen Mitglieder der Jenaer Friedensgruppen zu einem Besuch noch vor der Sommerpause in Bonn eingeladen. Wie die Fraktion mitteilte, wollten die Grünen damit nicht nur ihre Solidarität mit den Ausgewiesenen zum Ausdruck bringen, sondern sich auch über die Friedensbewegung in der „DDR" informieren.

Karlsruhe weist Beamten-Klagen ab

AP, **Karlsruhe**

Das Bundesverfassungsgericht hat Verfassungsbeschwerden mehrerer Beamter zurückgewiesen, die sich durch das 20. Rentenanpassungsgesetz benachteiligt fühlen. Dieses 1977 als Beitrag zur Rentensanierung verabschiedete Gesetz betimmt, daß Beamte, die vor ihrer Ernennung der gesetzlichen Rentenversicherung angehört haben, künftig keine Kuren vom Rentenversicherungsträger bezahlt bekommen. Sie sind vielmehr auf die Beihilfeleistungen ihrer Dienstherren angewiesen, die aber nicht die vollen Kosten decken.

Das höchste Gericht hat die unterschiedliche Behandlung von Beamten und anderen Versicherten nicht beanstandet. In der gestern veröffentlichten Entscheidung heißt es, das Gleichbehandlungsgebot sei nicht verletzt, weil die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten nach dem Grundsatz der Alimentation bemessen seien. Danach erhalten Beamte einen nach ihrem Dienstrang, ihrer Verantwortung in der jeweiligen Stellung und der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit angemessenen Unterhalt. Die „nicht unbeträchtliche Grundsicherung" dieses Personenkreises geht nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts so weit, daß eine ungleiche Behandlung gegenüber anderen Versicherten gerechtfertigt sei. Der Gesetzgeber habe davon ausgehen dürfen, daß Beamte in der Lage seien, für notwendige Kuren die erforderlichen Mittel selbst aufzubringen. (AZ: Bundesverfassungsgericht 1 B y L 8/80)

In Jugoslawien verschärft sich der Ideologenstreit

Orthodoxe in der Partei warnen vor „blutigem Aufruhr"

CARL G. STRÖHM, **Wien**

Die jugoslawische „neue Linke" strebe eine „zweite Revolution" gegen die Herrschaft der Kommunisten im Lande an. Mit dieser Anschuldigung antwortete einer der führenden Partei-Ideologen, Fuad Muhic aus Sarajewo, auf jüngste Forderungen nach Liberalisierung und *Demokratisierung sowohl des* Bundes der Kommunisten Jugoslawiens als auch des gesamten politischen Systems. Solche Forderungen waren, wie die WELT berichtete, vom bekannten „Praxis"-Philosophen Svetozar Stojanovic, aber auch von mehreren kommunistischen Intellektuellen öffentlich in Zagreb und Belgrad erhoben worden.

Muhic, ein Exponent der „Philosophischen Schule von Sarajewo" und damit des orthodox-ideologischen Flügels der Partei, erklärt nun im Zagreber Wochenmagazin „Danas" (Heute), die jugoslawische radikale Linke verlange die Einführung eines Mehr-Parteien-Systems. Nach Meinung der linken Opposition, die inzwischen „aggressiver auftrete, als sogar die „Bürgerliche Rechte", sei es notwendig, die Herrschaft der KP in Jugoslawien durch einen „Block linker Parteien" zu ersetzen.

Die jugoslawischen „Linken" stellten, so Muhic, ferner das Postulat auf, wonach die KP selber einsehen müsse, daß sie nicht mehr eine Partei im großen historischen Sinne, sondern eine Organisation sei, welche die „Macht usurpiert" habe und folglich danach strebe, diese Macht zu „perpetuieren". Da man von der herrschenden Partei aber nicht erwarten könne, so vernünftig zu sein, freiwillig auf einen Teil ihrer Macht zu verzichten – so zitiert Muhic die Position der jugoslawischen „Neuen Linken" – nähere sich die historische Entwicklung einem „Bruchpunkt".

Konfrontation von links

Der KP-Philosoph aus Sarajewo führte mehrere Beispiele für die Konfrontationshaltung der linken Opposition an. So habe ein gewisser Andrija Kresic auf einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Belgrad neulich erklärt, anstelle der Selbstregierung der Arbeiterklasse gebe es in Jugoslawien die Diktatur einer Partei. Unter der Bezeichnung „führende Rolle der Partei" sei es zur Willkürherrschaft gekommen. Wörtlich habe Kresic festgestellt: „Nirgends steht geschrieben, warum das Monopol einer Partei für den Sozialismus weniger schlecht sein soll, als ein Wettbewerb mehrerer sozialistischer Parteien untereinander."

Da also die „Neuen Linken" nicht an die „Vernunft" und die „Erkenntnisfähigkeit" der KP und somit auch nicht an ihre „Reformfähigkeit" glaubten, so folgert Muhic, falle die Entscheidung letzten Endes zugunsten einer Revolution, nicht einer Reform aus. Aber, so warnt der KP-Ideologe, in einer solchen Revolution würden nicht nur die Linken, sondern auch die rechtsgerichteten, konservativ-bürgerlichen Parteien „ihre Chance suchen". Die Ideologen des „Rechten Lagers" in Jugoslawien würden keinesfalls schlafen.

„Enttäuschte Marxisten"

Muhic spricht davon, daß, wie er sagt, „unsere Rechte" in letzter Zeit „einige bedeutende Ideologen aus den Reihen der enttäuschten Marxisten und Revolutionäre" gewonnen habe. Zu diesen „rechten" Ideologen zählt Muhic, der an anderer Stelle zu erkennen gibt, vor allem den ehemaligen Tito-Mitstreiter Milovan Djilas sowie den Exkommunisten und Schriftsteller Dobrica Cosic, der vor allem im serbischen Volk über große moralische Autorität verfügt.

Es sei naiv, so führt Muhic weiter aus, wenn die Linke annehme, daß die Rechte ihr die „soziale Massenbewegung" allein überlassen werde. Offenbar in der Absicht, die linken Intellektuellen vor den Folgen eines Spiels mit dem Feuer der Revolution zu warnen, schreibt Muhic, nur Leute, die von den jugoslawischen Zuständen keine Ahnung hätten, könnten sich dem Glauben hingeben, daß ein solches *Ereignis ein „reiner" Klassenumsturz* wäre – ein frontaler Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bürokratie, nicht aber – wie der KP-Ideologe formuliert – „ein blutiger historischer Aufruhr, bei welchem alle geschlagenen oppositionellen Kräfte in bunter Reihe vom jakobinisch gestimmten Teil der Linken bis zur extremen nationalistischen Rechten" ihre Chancen erblicken würden.

Der Aufsatz von Fuad Muhic dient offenkundig dem Zweck, den Fortbestand der kommunistischen Parteiherrschaft in Jugoslawien mit dem Argument zu rechtfertigen, jede politische Veränderung müsse zu Blutvergießen und damit zu einer Wiederholung früherer Nationalitätenkämpfe führen. Daher, so läßt sich aus Muhic herauslesen, ist für alle am besten, wenn alles so bleibt, wie es ist. Zugleich will der KP-Ideologe in das von ihm selbst an die Wand gemalte „Bündnis" der sogenannten Neuen Linken mit der sogenannten „Rechten" in Jugoslawien einen Keil treiben, indem er die Linken vor der „Gefahr von rechts" warnt.

Bemerkenswert ist allerdings, daß sich ein prominenter kommu*nistischer Partei-Ideologe* nach 38 Jahren kommunistischer Herrschaft mit solchen Problemen überhaupt herumschlagen muß.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streit um Überversorgung

„Überversorgung – Erst im Ruhestand zeigt sich der feine Unterschied"; WELT vom 11. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel enthält eine schiefe tendenziöse Darstellung.

Der Angestellte im öffentlichen Dienst erhält im Alter eine Rente von der BfA, sein Kollege in der Privatwirtschaft eine gleich hohe Rente von der gleichen Stelle, falls er das gleiche Gehalt bezog. Es werden allerdings vergleichbare Tätigkeiten in der Privatwirtschaft höher bezahlt als im öffentlichen Dienst, also bitte korrekte Vergleiche!

Beide Angestellten, die Staatsdiener wie auch der in der Privatwirtschaft Tätige, haben die Möglichkeit zusätzlich für das Alter vorzusorgen, und zwar durch entsprechende Versicherungen. Der Staatsdiener wird in die „Zusatzversicherung" geschleust ohne Wahlmöglichkeit, der Angestellte in der Privatwirtschaft kann in einem breiten Angebot verschiedener Versicherungen wählen. Leider hat die ÖTV an der Zusatzversicherung herumverhandelt, was ab 1978 sogar zur Beitragsfreiheit führte – gegen Lohnverzicht zum Schaden ihrer Klientel –, wie die heutige Diskussion zeigt.

Aber – wer in der Privatwirtschaft eine zusätzliche Altersversicherung versäumte, weil ihm Konsum lieber war, möge heute nicht klagen, die Lebensversicherungen haben sich immer wieder redliche Mühe gegeben aufzuklären.

Rechnen Sie also bitte: Staatsdiener Rente BfA und Zusatzversicherung gegen privatwirtschaftlich tätigen Angestellten Rente BfA und Lebensversicherung (verrentet)! Tendenziöse Berichterstattung nützt der Sache nicht, sie führt nur zur überzogenen Gegenreaktion, wie bei den diesjährigen Tarifverhandlungen zu beobachten ist.

Mit freundlichem Gruß
S. Schulze,
Lübeck

*

Sehr geehrte Frau Reiners,

bei den Zahlen des Karl-Bräuer-Instituts ist grundsätzlich Mißtrauen angebracht. Da werden untypische Einzelfälle – geringes Einkommen über lange Zeit des Arbeitslebens und hohes Einkommen an seinem Ende – als Durchschnittsfälle hingestellt.

Keine Entschuldigung gibt es aber für die empörend falschen Zahlen am Ende Ihres Berichts, auch nicht die, daß Ihr Taschenrechner oder Setzer total versagt hat. Und ist es darüber hinaus nicht erwähnenswert, daß der Ruhestandsbeamte nicht nur Steuern, sondern auch notwendige Beiträge für seine private Krankenversicherung zu zahlen hat, und zwar bei einem Ehepaar monatlich durchschnittlich 350,– DM; hierdurch mindert sich sein Nettoruhegehalt nach Steuern von 67,4 Prozent um weitere ca. 11 Prozent auf 56,4 Prozent seines letzten Bruttoverdienstes. Er wird also, um in Ihrem Bilde zu bleiben, bei seiner Verabschiedung Mineralwasser und selbstgemachte Käseschnittchen anbieten müssen.

Für eine Berichtigung Ihrer Zahlen oder Veröffentlichung als Leserbrief wäre ich dankbar.

Hochachtungsvoll
B. Hoffmeister,
Münster

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, daß Sie die Überversorgung der Angestellten des öffentlichen Dienstes dargestellt haben, denn nur diese betrifft es. So sind auch die Zahlen im vorletzten Absatz des Artikels und die Prozentzahl von 115,6 Prozent richtig.

Wie Sie jedoch zu den Prozentzahlen der Angestellten der Privatwirtschaft und denen der Beamten kommen, ist nicht nachvollziehbar. So bekomme ich als Bundesbeamter gemäß Bundesbesoldungsgesetz auch nach 40 Dienstjahren nur 75 Prozent meiner ehemaligen Bruttobezüge, von denen, wie Sie richtig feststellen, noch die Steuern und die vollen Beiträge für die Krankenversicherung wie in der aktiven Zeit abgezogen werden müssen, was bei den Angestellten erst neuerdings zu einem wesentlich geringeren Betrag erfolgt.

Damit ist es also nie möglich, daß ein Beamter, wie von Ihnen angegeben, 86,3 Prozent erhält. Lege ich Ihre Zahlen dazu zugrunde, so ergeben sich 67,39 Prozent, eine Zahl die mir real erscheint und auch fast in der Größenordnung der Privatwirtschaft liegt, wobei bei letzteren in vielen Fällen auch noch eine betriebliche Zusatzrente hinzukommt, die es bei den Beamten nicht gibt.

Mit freundlichem Gruß
R. Bock,
Kronshagen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Beamter muß ich mich gegen die undifferenzierte, inobjektive und falsche Darstellung dieses Artikels wenden, der nicht eindeutig dahingehend differenziert, daß es eine Überversorgung im öffentlichen Dienst für Beamte nicht gibt.

Nach den geltenden Versorgungsregelungen für Bundes- wie für Landesbeamte kann ein Beamter maximal eine Pensionshöhe von 75 Prozent brutto, gemessen an seinen letzten Bruttobezügen, erhalten. Diese 75 Prozent Bruttogehalt, die er als Bruttopension bezieht, muß er voll versteuern. Außerdem muß er, was in dem Artikel ebenfalls verschwiegen wird, im Gegensatz zu dem Angestellten, der als Rentner kostenlos krankenversichert ist, eine private Krankenversicherung bezahlen, deren Kosten für einen Beamten mit Ehefrau in der Regel bei monatlich 350,– DM bis 400,– DM liegen.

Diese freiwillige Krankenversicherung ist deshalb erforderlich, weil die Beihilfe, die er zu den gemachten Aufwendungen für ambulante Behandlung erhält, 55 Prozent beträgt. Bei stationärer Behandlung ist sie nur geringfügig höher, so daß, insbesondere bei längerem Krankenhausaufenthalt, die freiwillige Krankenversicherung unentbehrlich ist.

Rechnet man also von den 75 Prozent Höchstpension die Steuer und den Krankenkassenbeitrag ab, so verbleiben dem Beamten als Pensionär etwa 67 Prozent netto, aber nicht von den 100 Prozent Bruttogehalt sondern von den 75 Prozent Bruttogehalt, die er als Bruttopension erhält.

Dies wird von Frau Reiners in ihrem Artikel verschwiegen. Sie macht überdies einen gravierenden Rechenfehler, indem sie meint, 2919,– DM seien 86,3 Prozent von 4331,– DM. 86 Prozent Pension, wie Frau Reiners behauptet, kann nach geltendem Recht kein Beamter auch nur brutto erreichen, sondern höchstens 75 Prozent.

Mit vorzüglicher Hochachtung
E. Erbe,
Weilburg

*

Liebe Kollegen,

etwas mehr Recherche statt Vorurteil aus dem hohlen Bauch würde Berichte wie diesen glaubwürdiger machen; die pauschale Einbeziehung der „öffentlich-rechtlichen Sender" in die Ruhestands-Überversorgung beim öffentlichen Dienst beweist allenfalls die Phantasie der Autorin, aber sonst nichts.

Begründung? Bitte: Folgende von Frau Reiners behaupteten Tatsachen sind richtigzustellen:

1. Die Rundfunkanstalten gehören nicht zum öffentlichen Dienst.
2. Die Gewerkschaft ÖTV ist in den Rundfunkanstalten nicht vertreten.
3. Für den öffentlichen Dienst ausgehandelte Tarifverträge gelten für die Rundfunkanstalten nicht.
4. Die Höchstaltersrente beträgt zum Beispiel beim ZDF 50 Prozent der letzten Bezüge.
5. Der Bund der Steuerzahler hat sich für die Altersbezüge bei den Rundfunkanstalten noch nie interessiert – aus dem einfachen Grunde, daß kein einziger Pfennig Steuergelder dafür aufgewendet wird.

Fazit, siehe oben.

Mit besten Grüßen
Anselm Heyer,
ZDF, Mainz

Aufklärung

„Wie die Bundeswehr der „Friedensbewegung" begegnet"; WELT vom 25. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die für die Erziehung und Ausbildung der Bundeswehroffiziere verantwortlichen Politiker sollen einmal nachdrücklich gelobt werden für die Einsicht, daß Kommandeure und Kompaniechefs auf politische Prozesse argumentativ reagieren können müssen. Diesen recht späten Erkenntnissen – die Bundeswehr steht heute im reifen Twenalter – folgen nun Taten in Form der sicherheitspolitischen Arbeitstagungen.

Es ist ja auch ein trauriges Faktum, daß die Öffentlichkeitsarbeit der östlichen Desinformationsabteilungen mehr Wirkung bei den freien Gesellschaften erzielt, als alle Öffentlichkeitsarbeiter der NATO und Bundeswehr zusammen es je könnten.

Kaum einer der vielen tausend Besucher, die jährlich zu SHAPE (Hauptquartier der alliierten Streitkräfte Europa) kommen, hat je aus unseren Medien oder gar von ihren Abgeordneten erfahren, daß die Bundeswehr wie auch die anderen NATO-Streitkräfte zuerst eine kriegsverhindernde Funktion haben. Und es scheint extrem schwierig zu sein darzustellen, daß eine für den Angreifer glaubhafte Abschreckung nur dadurch hergestellt wird, wenn die Mittel zur Verteidigung ausreichend sind, die Ausbildung der Soldaten optimal ist und sämtliche Waffen der Allianz untereinander kontinuierlich verkoppelt sind: vom MG der Bundeswehr bis zur amerikanischen Interkontinentalrakete. Und irgendwo dazwischen eben auch die Pershing 2.

Es ist vor allem die Friedensbewegung, die fortlaufend neue Kriegsführungsstrategien zum Entsetzen der Menschen darstellt. Solche Pläne wird man vergebens in den Panzerschränken der Militärplaner suchen.

Wir haben allerdings Grund zu der Annahme, daß Marschall Kulikov als Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Streitkräfte die „Verteidigung" offensiv zu führen plant, also auf dem Gebiet des Gegners. Und das sind nun einmal wir alle, die den Kommunismus nicht zur eigenen Gesellschaftsordnung übernehmen wollen. Selbst unterstellt, die Sowjetunion wolle keinen Krieg, einen Sieg will sie allemal.

Stören wir also nicht die Offiziere bei den Hausaufgaben, auf daß sie bald die Botschaft unter die Leute bringen.

Mit freundlichen Grüßen
W. von Engel,
Oberstleutnant,
SHAPE, Belgien

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Zum Kirchentag

„Bischöfe befürchten Mißbrauch des Evangelischen Kirchentages"; WELT vom 30. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

mit einiger Sicherheit kann man davon ausgehen, daß die große Mehrheit der Amtsträger in der Evangelischen Kirche den Mißbrauch ihrer Kirche für politische Zwecke nicht billigt. Trotzdem ist es für die große Zahl evangelischer Christen, die seit Jahren mit dem Entschluß ringen, aus der Kirche auszutreten und damit eine Heimat aufzugeben, wohltuend zu sehen, daß es noch hochrangige Repräsentanten unserer Kirche gibt, die es wagen, ihren Widerstand gegen den Mißbrauch der Kirche, kirchlicher Institutionen, kirchlicher Veranstaltungen sowie von der Kirche vergebener Ämter für profane politische Zwecke in der Öffentlichkeit zu bekunden; vor der gleichen Öffentlichkeit, die ihr Bild von der Evangelischen Kirche fast nur noch von politisch einseitig aktiven Minderheiten bezieht.

Überall dort, wo nicht demokratisch gewählte Minderheiten ihre Macht zur Unterdrückung anderer mißbrauchen, sind Christen und ihre Kirchen in der Pflicht, für die Unterdrückten zu kämpfen und Widerstand zu leisten. Wo aber demokratisch gewählte Mehrheiten in einem Rechtsstaat einen eindeutigen Wählerauftrag bekommen haben, haben Kirchen nicht einmal das moralische Recht, Minderheiten zu unterstützen, die den Mehrheitswillen unterdrücken wollen. Das gilt insbesondere drei Monate nach einer Wahl, in der sich nach einem ausgesprochenen, unübersehbaren „Raketenwahlkampf" die überwiegende Mehrheit der Wahlbürger für die Einhaltung des NATO-Doppelbeschlusses entschieden hat.

Von vielen Insidern wird damit gerechnet, daß der Kirchentag zu einer Erpressungsveranstaltung gegen die Mehrheit unserer Bevölkerung umfunktioniert werden soll. Ein Mißbrauch des Kirchentages für die z. Zt. gegen die Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses laufende linkspolitische Angstkampagne würde aber bedeuten, daß die Evangelische Kirche ihrem hohen Auftrage, Hoffnung zu geben, entsagt.

Wenn auch nur ein Würdenträger der Evangelischen Kirche an einem solchen Kirchentag aktiv mitwirkt, sollte die Kirche vorsichtshalber damit rechnen, daß ihr viele Steuerzahler davonlaufen; ein Teil jener Mitglieder nämlich, die viel arbeiten müssen und deshalb keine Zeit haben, sich gegen die Durchdringung ihrer Kirche mit politischen Mißbrauchern aktiv zur Wehr zu setzen.

Je weltlicher und politischer sich die Evangelische Kirche in der Öffentlichkeit darstellt und darstellen läßt, um so weltlicher und sachlicher werden auch ihre Mitglieder über den Teil ihres Einkommens nachdenken, den sie noch als Steuer für rein kirchliche Zwecke zu zahlen bereit sind. Man kann deshalb der Evangelischen Kirche nur ganz profan raten: „Kirche, bleib bei deinem Auftrag und laß dich nicht mehr als eindrucksvolles Zugpferd vor politische Karren spannen! Dann kannst du auch später noch deinen Amtsträgern die verdienten Pensionen zahlen."

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Kampsmeyer,
Hiddenhausen

*

„Bischöfe befürchten Mißbrauch des Evangelischen Kirchentags"; WELT vom 30. Mai

Der „Bewegung für das Leben" wurde die Möglichkeit verweigert, auf dem Kirchentag in Hannover im Rahmen des „Marktes der Möglichkeiten" ihr Anliegen, nämlich den Schutz des ungeborenen Lebens, zu vertreten.

Diese Entscheidung hat uns entsetzt.

Nahezu jede Ideologie darf sich auf dem Kirchentag frei äußern, so daß der Pluralismus hier schon für viele bibeltreue Christen untragbar geworden ist.

Aber die Vertreter einer sehr großen Zahl von Christen, die für die Beachtung von Gottes Gebot: „Du sollst nicht töten!" (Ex 20/13; Dt 5/17) eintreten, sollen im Raum der Kirche mundtot gemacht werden.

Als Studenten der Theologie, Studenten der Humanmedizin und Mitarbeiter in der Krankenpflege, die sich dem in der Heiligen Schrift geoffenbarten Willen Gottes verpflichtet wissen, können wir diese ungeheuerliche Entscheidung nicht hinnehmen. Vom Worte Gottes her rufen wir die Verantwortlichen an dieser Stelle öffentlich auf, Buße zu tun und den Beschluß zurückzunehmen.

T. Hilsberg,
Neunkirchen am Brand
für 70 weitere Unterzeichner

Radikalkur

„Höchste Eisenbahn"; WELT vom 14. Mai

Eisenbahn-Sanierung, eine Illusion ohne Ende. Staatsbetriebe sind Verlustbetriebe und werden es immer bleiben, in Ost und West. Sanierungsbemühungen der Verwaltung sind vergeblich. Abbau von Strecken und Personal beseitigen nicht das Defizit. Sie treffen andere, nicht den Apparatschik.

Airlines wetteifern in Service und Menü. Welcher Gourmet spricht von der Bundesbahn? Tarifwirrwarr, Berechtigungsscheinzauber mit Seniorenpässen, Familienpässen, Wochenendpässen und hohe Preise schrecken ab und bescheren Geisterzüge. Da nimmt man eher das schon vorhandene Auto; zu zweit ist es billiger.

Verlustunternehmungen sind nicht sozial, sondern unsozial. Gewinn schafft Vermögen, Verlust vernichtet Vermögen. Eisenbahnverluste vernichten unser aller Vermögen. Zur Zeit jährlich 13 Milliarden.

Unter Beamtenstatus ist die Eisenbahn nicht sanierbar. Es gibt nur eine Lösung: Privatisierung. Die Bundesbahn als Privatunternehmung würde nicht nur Gewinne machen, sondern das Eisenbahnwesen zu neuer Blüte bringen als ein Massenverkehrsmittel der Zukunft. Funktionäre können sich das freilich nicht vorstellen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. W. Knuth,
Neuwied/Rhein

Post und Handwerk

„Fernmeldeordnung beraten"; WELT vom 24. Mai, und „Zweiter Anlauf"; WELT vom 25. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Zeitung hat sich dankenswerterweise ausführlich mit der Auseinandersetzung zwischen Handwerk und Bundespost im Bereich der Breitbandverkabelung befaßt und über den Versuch der Post berichtet, ihr Monopol auf einen Markt auszudehnen, der bisher fast ausschließlich von den Elektrohandwerken versorgt worden ist.

Nach einer offiziellen Übersicht des Bundespostministeriums hatte die Bundespost an diesem Markt zum 1.1.1982 nur einen Anteil von 1,3 Prozent. Durch die ursprüngliche Fassung des Entwurfs der 23. Änderungsverordnung zur Fernmeldeordnung sollte nun im Handstreichverfahren die alleinige Netzträgerschaft der Post auch bei den neuen Breitbandnetzen bis zur Antennensteckdose im Wohnzimmer des Teilnehmers durchgesetzt werden.

Wie Ihr Artikel vom 25. Mai in erfreulicher Klarheit feststellt, kann dieser Tatbestand auch durch das Werfen noch so vieler Nebelkerzen seitens der Pressestelle des Postministeriums nicht aus der Welt geschafft werden. Die Aktivitäten der genannten Pressestelle sind im übrigen offensichtlich der Hintergrund eines weiteren Berichtes Ihrer Zeitung unter dem Titel „Fernmeldeordnung beraten" in Ihrer Ausgabe vom 24. Mai. In diesem Bericht heißt es u.a., daß Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling entgegen anderslautenden Meldungen den Entwurf zur 23. Änderungsverordnung zur Fernmeldeordnung nicht zurückgezogen habe. Tatsächlich aber ist der gesamte umfängliche benutzungsrechtliche Teil der genannten Änderungsverordnung mit der gravierenden Ausdehnung des Postmonopols zurückgezogen und durch zwei knappe Sätze ersetzt worden. Wie man angesichts dieser Sachlage das Ihrer Zeitung gegebene Dementi rechtfertigen will, ist mir unerfindlich.

Auch ist gegenüber Ihrem Berichterstatter der Eindruck erweckt worden, die Vertreter des Handwerks würden aus sachfremden, egoistischen Interessen heraus Initiativen der Bundespost bekämpfen, die in Wahrheit dem Handwerk letzten Endes zugute kämen.

Ich kann hier die Vertreter des Postministeriums beruhigen. Das Handwerk kennt sehr genau seine Interessen. Wer dem Handwerk das Antennengeschäft nimmt, die Hausverkabelung streitig macht und ihm statt dessen in weiten Bereichen die Position des Subunternehmers zuweist, der darf sich nicht wundern, wenn hiergegen die Vertreter des Handwerks zu Felde ziehen.

Der Unterzeichnende gehört seit 30 Jahren dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost an und hat in dieser Zeit auch die berechtigten Interessen der Post in vielen Auseinandersetzungen mit Nachdruck vertreten. In dieser Haltung werde ich mich auch durch Anwürfe aus dem Postministerium („Profilierungsversuche") nicht irre machen lassen.

Dipl.-Ing. G. Schulhoff,
Präsident des Rheinisch-Westf. Handwerkerbundes und Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost,
Düsseldorf

Wort des Tages

„Das ist das Merkmal des großen und guten Menschen, daß er immer zuerst auf das Ganze und auf andere sieht und auf sich selbst zuletzt."

Adalbert Stifter, österr. Dichter (1805–1868)

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Kurt Pfeiffer**, Initiator des internationalen Aachener Karlspreises, wird am 3. Juni 90 Jahre alt. Der „geistige Vater" des Karlspreises hatte im Jahr 1949 im Kreise Aachener Bürger angeregt, aus der geschichtlichen Tradition Aachens heraus und zur Förderung der europäischen Einigung einen Preis zu stiften, der jährlich am Himmelfahrtstag einem verdienten Europäer verliehen werden sollte. Die Idee „aus einer ungeheuren Sehnsucht nach Europa heraus" fand ein großes Echo. Erster Karlspreisträger wurde 1950 **Richard Graf Coudenhove-Kalergi**, der Begründer der Paneuropa-Bewegung. Inzwischen ist der Karlspreis 25mal verliehen worden. Zu seinen Trägern gehört seit dem *letzten* Jahr auch Spaniens König **Juan Carlos**. Preisträger sind **Konrad Adenauer**, der britische Staatsmann Sir **Winston Churchill**, **Robert Schumann** und **Alcide de Gaspari** sowie **Simone Veil**, die frühere Präsidentin des Europaparlaments. Kurt Pfeiffer wurde von seinem Vater als junger Mann zunächst einmal in der familieneigenen Tuchfabrik in eine Lehre gesteckt, ehe er in Bonn Nationalökonomie, Agrarpolitik, Philosophie studieren durfte. Als die Amerikaner 1944 Aachen einnahmen, engagierte die provisorische Stadtverwaltung Kurt Pfeiffer als Stadtkämmerer. Seine kaufmännischen Erfahrungen kamen nun auch der Stadt zugute: Die leere Stadtkasse füllte er in kürzester Zeit mit mehr als zwei Millionen Mark, die er über eine Mietsteuer hereinholte bei jenen Bürgern, die noch ihre Wohnungen und Häuser besaßen. Die Stadt Aachen und die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule haben Pfeiffer zum Ehrenbürger ernannt.

ERNENNUNG

Neue ausländische Botschafter werden demnächst in Bonn erwartet. Die Dominikanische Republik wird in Zukunft durch Botschafter Dr. **Manuel Rafael Garcia Lizardo** vertreten. Indonesien schickt Botschafter **Ashadi Tjahjadi** nach Bonn und Libanon Botschafter **Mahmoud Hammoud**. Alle drei haben inzwischen von Bundespräsident **Karl Carstens** das Agrément erhalten.

EHRUNGEN

Hans Harzheim, Kölner Unternehmer, ist für seine Arbeit als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Köln und für sein sozialpolitisches Engagement in verschiedenen Arbeitgeberverbänden von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Harzheim ist unter anderem Mitglied im sozialpolitischen Ausschuß der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel und Mitglied im Tschechoslowakei-Kreis im Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft. Mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ist der Prior der Benediktiner-Abtei von Maria Laach, Dr. **Emmanuel Severus**, geehrt worden.

*

Der zum siebten Mal von der Stadt Schweinfurt vergebene Friedrich-Rückert-Preis ist an den Orientalisten Professor **Johann Christoph Bürgel**, Mattstetten, vergeben worden. Professor Bürgel widmet sich seit drei Jahrzehnten der Erforschung der persischen Dichtung und Rückerts Werken. Frühere Preisträger waren die Bonner Orientalistin Frau Professor **Annemarie Schimmel** und der Sänger **Dietrich Fischer-Dieskau**. Der mit 5000 DM dotierte Preis wurde geschaffen, um mit der Pflege der Orientalistik das geistige Erbe des in Schweinfurt geborenen Dichters und Übersetzers **Friedrich Rückert**, der von 1788 bis 1866 lebte, wach zu halten.

WAHL

Der Bundeselternrat hat während seiner Tagung in Berlin **Ilse-Maria Oppermann** (Hamburg) zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie wird Nachfolger von **Panteleimon Schljapin**, Berlin. Stellvertreter im Bundeselternrat ist **Klaus Berg**, Rheinland-Pfalz.

„Vorbereitung für Nachrüstung läuft nach Plan"

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Planungen und Vorbereitungen zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa werden in der Weise vorangetrieben, wie das mit dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 vorgesehen ist. Darauf wiesen der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger und sein deutscher Amtskollege Manfred Wörner in Bonn hin. Gleichzeitig versicherten sie, es bleibe das Ziel der NATO, die westliche Nachrüstung überflüssig zu machen, wenn sich die Sowjetunion bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen zur Akzeptierung der „Null-Lösung" bereitfinde.

Nach Darstellung Weinbergers wird die NATO für den Fall, daß es zu einem Mittelstrecken-Vertrag mit der Sowjetunion kommen sollte, „entweder die Stationierung stoppen oder bereits erfolgte Stationierung zurücknehmen". Auch Wörner unterstrich, die Bundesrepublik sei entschlossen, den NATO-Doppelbeschluß „in seinen beiden Teilen ohne jeden Abstrich auszuführen". Allen Vorwürfen, die USA verhandelten in Genf nicht ernsthaft, widersprach der deutsche Minister entschieden und sagte, er wisse, daß die USA dies „seriös und mit vollem Willen zum Erfolg" täten. Wörner betonte, die Sowjetunion müsse erkennen, daß „wir stationieren werden, wenn sie sich nicht bewegt". Weinberger fügte hinzu, in Genf werde gegenwärtig über *eine* „Zwischenlösung" verhandelt. Inzwischen müsse das Bündnis die Planungen für die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen fortsetzen. Deutlicher noch war Weinberger kürzlich in einem WELT-Interview geworden. Darin hatte er gesagt, die ballistische Rakete sei unersetzlich, da der „Waffenmix mit ihr wesentlich" sei. Die sowjetische Ankündigung, im Falle der Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa würden in Osteuropa ähnliche Waffen aufgestellt, bezeichnete Weinberger als eine „leere Drohung". Atomraketen ähnlich den neuentwickelten des sowjetischen Typs SS 22 und SS 23 seien „schon seit langem" in dieser Region vorhanden. Die Sowjetunion kündige bereits die Gegenreaktion auf eine westliche Reaktion an, die es – der Minister meinte die Nachrüstung – überhaupt noch nicht gebe. Den neuesten Bestand an SS-20-Raketen bezifferte Weinberger auf „mehr als 360" in der Sowjetunion.

Seite 2: Atlantische Serenade

Mertes erwartet weiter Locken und Drohen

In Berlin: Vor Eskalation des Moskauer Nervenkrieges

hrk. **Berlin**

Die Bundesregierung rechnet in den kommenden Monaten mit einer weiteren Eskalation des Nervenkrieges der UdSSR gegenüber Bonn in der Raketenfrage und mit einer Politik von „Zuckerbrot und Peitsche". Diese Einschätzung äußerte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), in einem Vortrag vor der „Deutschen Atlantischen Gesellschaft" in Berlin.

Mertes sprach von einer weiterhin zu erwartenden „Mischung von werbenden Tönen und Drohungen mit sowjetischen Gegenmaßnahmen" und unterstrich die Bedeutung des Kanzler-Besuchs vom 4. bis 8. Juli in Moskau. Als wichtigste Punkte der Gesprächsliste aus westlicher Sicht führte Mertes auf:

„Eintreten für die westlichen Vorschläge im Bereich der Rüstungskontrolle; Abrüstung und Vertrauensbildung; Bekräftigung unserer Haltung zum Thema ‚landgestützte Mittelstreckenwaffen'; eine weitere Klarstellung, daß wir untrennbarer und loyaler Bestandteil der *Atlantischen Allianz* sind und daß etwaige Einschüchterungs- oder gar Erpressungsversuche nach wie vor ohne Chance sind; eine Unterstreichung des westlichen Wunsches nach konstruktiven Beziehungen, die aber auch entsprechende Beiträge der Sowjetunion erfordern."

Mertes setzte sich auch ausführlich mit den Gewaltverzichts-Vorstellungen der Warschauer-Pakt-Staaten vom Januar 1983 auseinander: Dies sei ein „Schein-Vorschlag, der Zweifel daran auslösen könnte, ob die seit langem vorhandenen Gewaltverzichts-Abkommen weiterhin gelten." Er berief sich dabei auf das Gewaltverbot in Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen; den „uneingeschränkten Gewaltverzicht" beider Partner im deutsch-sowjetischen Vertrag von 1970 als „Kernstück" dieser Übereinkunft; den entsprechenden Passus im Viermächte-Abkommen über Berlin; die Schlußakte von Helsinki, „die mit unüberbietbarer Deutlichkeit" die Pflicht zum Gewaltverzicht als eines der zehn Grundprinzipien der Sicherheit in Europa beschreibe.

Mertes zog den Schluß: „Wer die bestehenden Gewaltverzichtsverpflichtungen ernst nimmt, gewinnt eher den Eindruck, daß von ihnen und vor allem von ihren eklatanten Mißachtungen – in Afghanistan, gegen Polen, in Indochina, an der innerdeutschen Grenze – abgelenkt werden soll. Eine Inflation von Gewaltverzichts-, Nichterstseinsatz- und Nichtangriffsabkommen *zwischen West und Ost droht* das bereits geltende Recht zu entwerten. Inflation aber bedeutet Entwertung durch Aufblähung und Vermehrung." Der Friede brauche „keine zusätzlichen Gewaltverbots-Papiere, sondern tatsächlichen Gewaltverzicht".

Im Hinblick auf Berlin sagte Mertes in Anspielung auf seinen pfälzischen Wahlkreis und die beiden dort befindlichen US-Basen: „Berlin ist so sicher wie Bitburg und Pittsburgh. Und das ist kein Wortspiel. Denn die Unteilbarkeit der westlichen Sicherheit umfaßt – das ist nicht spekulative Hoffnung, *sondern erlebte Erfahrung* – auch die westlichen Sektoren der Hauptstadt Deutschlands, deren rechtlicher Sonderstellung wir uns dabei durchaus bewußt sind."

In der Diskussion nach seinem ausführlichen Vortrag kritisierte Mertes die häufig „defensive" und im Gegensatz zum Osten „wenig erfinderische Haltung" des Westens bei der offensiven geistig-moralischen Verteidigung der Positionen.

„Natürlich wollen die Russen keinen Krieg – sie sind ebenso wenig wie die Politiker in Washington Selbstmörder oder Abenteurer. Es geht darum, die Bundesrepublik und den Westen unter dem Druckpotential der sowjetischen Raketenrüstung langsam von den USA abzukoppeln.", sagte Mertes.

Bereits 1976 sei ihm bei einer Parlamentarier-Reise nach Moskau von prominenten Gesprächspartnern erklärt worden, Moskau erwarte aufgrund des deutsch-sowjetischen Vertrages von Bonn nunmehr, die Rolle des moderierenden „Advokaten" für die UdSSR zu spielen. Mertes warnte auch vor der Neigung der Deutschen, „sich in der Raketenfrage in ein Volk von Stammtisch-Generalstabsoffizieren" zu verwandeln, statt den eigentlichen und wesentlichen politischen Hintergrund der Auseinandersetzung zu verstehen.

Zum Thema „Mindestumtausch" meinte Mertes im „Deutschlandfunk", es sei „zwar schwierig, aber durchaus möglich", sich mit Ost-Berlin über diesen Punkt zu einigen. Die „finanzielle Mauer" müsse im Interesse der Menschen abgebaut werden.

„Renten aus dem Gerede bringen"

WELT-Interview mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick

DW. **Bonn**

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick sieht jetzt die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Neuordnung der Renten. Vor dem heutigen Spitzengespräch zwischen den Koalitionspartnern forderte Mischnick in einem WELT-Interview, die regelmäßige „Verunsicherung der Rentner" müsse aufhören. Die Fragen stellte Stefan Heydeck.

WELT: Die Koalitionspartner machen einen neuen Anlauf, eine Formel zur Absicherung der Renten zu finden. Worauf legt die FDP das Schwergewicht?

Mischnick: Die FDP will die Renten endlich aus dem Gerede bringen. Es muß aufhören, daß die Rentner alle Jahre wieder verunsichert werden. Deshalb legen wir großen Wert auf eine Grundsatzentscheidung, die die Entwicklung der Renten langfristig sichert. Wir gehen bei den Gesprächen von der Regierungserklärung aus, die ja das Ziel hat, Lösungen nicht nur für ein Jahr, sondern für die nächsten Legislaturperioden zu finden. Natürlich werden wir unsere eigenen Vorstellungen einbringen, ohne jedoch starr auf eine bestimmte Lösung festgelegt zu sein. Die FDP, die die 1957 verabschiedete *Rentenformel von Anfang an nicht* als der Weisheit letzten Schluß betrachtete, sieht endlich die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Neuordnung.

WELT: Selbst wenn der Aufschwung jetzt kommen sollte – es werden eine Million Arbeitsplätze fehlen. Hat die FDP Vorstellungen, wie man diesem Problem beikommen kann?

Mischnick: Ohne ein Wachstum wird es keine Lösung der Arbeitsmarktprobleme geben, auch wenn die alten Zuwachsraten nicht mehr zu erreichen sind. Wir sind aber nicht so kurzsichtig zu meinen, daß dadurch mit einem Schlag alle Schwierigkeiten behoben werden. Der Verlust von Arbeitsplätzen ist zu einem entscheidenden Teil auf strukturelle Änderungen zurückzuführen. Wir müssen also eine doppelte Antwort geben: Förderung der Auftriebskräfte in der Wirtschaft und Hilfestellung bei den strukturellen Anpassungen.

Hier ist einiges in die Wege geleitet. Beispielsweise kann durch verstärkte staatliche Unterstützung der Forschung vor allem in mittelständischen Betrieben viel für neue Zukunftsbranchen getan werden. Zusätzlich bieten wir eine Reihe von Ideen und Vorschlägen als sozial- und arbeitspolitische Vergleichsmaßnahmen an wie etwa: kürzere Lebensarbeitszeit auf der Basis der Freiwilligkeit, mehr Teilzeitarbeitsplätze in den verschiedensten Formen *(halbe Tage, Job-Sharing, Schichtdienst).*

WELT: Die Parteivorsitzenden von FDP, CDU und CSU werden sich heute zu dem angekündigten *Dreiergespräch treffen.* Halten Sie den Streit um eine Institutionalisierung dieses Gremiums endgültig für ausgestanden?

Mischnick: Aus unserer Sicht ja. Es waren nicht die Freien Demokraten, die mit diesem Vorschlag die Koalition befaßten. Bundeskanzler Helmut *Kohl* und CDU-Generalsekretär Geißler haben auf dem CDU-Parteitag in Köln die nötigen Klarstellungen geliefert. Daß auch die Vorsitzenden der Koalitionsparteien dann und wann das direkte Gespräch suchen, ist sicher nützlich. Zur internen Abstimmung genügen nach meiner Erfahrung die beiden Koalitionsrunden, die sich jetzt schon regelmäßig treffen, vollauf.

WBLT: Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit in der Koalition insbesondere nach dem Kölner CDU-Parteitag ein?

Mischnick: Die Zusammenarbeit in der Koalition beruht auf partnerschaftlichem Umgang und auf Fairneß – auch wenn das gelegentliche Poltern aus süddeutschen Regionen zu einem anderen Schluß verleiten könnte. Dies ist auch in Köln deutlich geworden. Grundlage für die gemeinsame politische Arbeit bleibt die Regierungserklärung. Die FDP will diese von ihr aus staatspolitischen Gründen gewollte Zusammenarbeit mit der Union zum Erfolg führen. Sie wird sich an die Absprachen halten.

Spionage rangiert an letzter Stelle

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) unternimmt erhebliche Anstrengungen, um die Sicherheit der Bundeswehr im personellen Bereich *zu gewährleisten.* Das geht aus dem Jahresbericht 1982 der zuständigen Abteilung I beim Amt für Sicherheit der Bundeswehr in Köln hervor. Danach wurden in insgesamt 3148 Fällen Sicherheitsbedenken erhoben.

Auffallend ist, daß Bedenken *aufgrund* von *nachrichtendienstlichen* Verstrickungen oder sonstigen Beziehungen zu Ländern des kommunistischen Machtbereichs an hinterster Stelle rangieren. Die Gründe für Sicherheitsbedenken liegen hauptsächlich in anderen Bereichen: Rauschgiftsucht (188 Fälle), ungeordnete finanzielle Verhältnisse (447), eigenmächtige Abwesenheit von der Truppe (657), Motivationen für Anträge auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer (125), Selbsttötungsversuche (87).

Wegen Mitgliedschaft oder Betätigung in linksextremistischen Organisationen wurden in 55 Fällen, wegen Betätigung in rechtsextremistischen Gruppen in 38 Fällen Sicherheitsbedenken erhoben. In 20 Fällen war der Grund die Gelöbnisverweigerung. Wegen des Verdachts auf nachrichtendienstliche Verstrickung wurden in zwölf Fällen negative Entscheidungen getroffen. In weiteren neun Fällen wurde als Grund „abnorme Veranlagungen auf sexuellem Gebiet" angegeben.

Insgesamt hat der MAD im vergangenen Jahr 207 014 Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen. Außerdem hat er, um Sicherheitsrisiken auszuschließen, mehr als 357 200 Datei- und Karteiauskünfte deutscher Nachrichtendienste (Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst) sowie westlicher Abwehrdienste eingeholt. Hinzu kamen 179 648 Auskünfte aus dem Bundeszentralregister. Weiter wurden 6498 Mitteilungen aus der Truppe und der Bundeswehrverwaltung auf ihre Sicherheitserheblichkeit geprüft.

Bei den Recherchen des MAD wurden 1012 Vorgänge dahingehend überprüft, ob sie „operativ" behandelt werden müssen. In 187 Fällen haben sich die operativen Dezernate der einzelnen MAD-Gruppen eingeschaltet. Abwehroperationen im eigentlichen Sinne wurden aber nur in 72 Fällen durchgeführt. Hingegen ließen sich in 172 Vorgängen zunächst bestehende Sicherheitsbedenken ausräumen.

Der MAD hat dem Bundesverteidigungsministerium eine Neufassung der schriftlichen Erklärung zur Sicherheitsüberprüfung vorgelegt, und außerdem hält er eine „einheitlichere Feststellung und Bewertung von Sicherheitsrisiken" für erforderlich.

Bahr: Genfer Entscheidung in einem Monat

H. SCHÜTTE, **Hamburg**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hält eine zeitgerechte Vereinbarung zwischen den beiden Supermächten in Genf noch für möglich. „Die Entscheidung darüber fällt Ende Juni, Anfang Juli", sagte Bahr gestern in Hamburg. Nach einer Diskussion mit den Mitgliedern der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments, die für vier Tage in die Hansestadt gekommen ist, sagte Bahr: „Die SPD bleibt dabei, was sie in München beschlossen und in Dortmund bestätigt hat – daß erst im Herbst entschieden *wird.*"

Auf eine Frage der WELT äußerte der SPD-Politiker seine Verwunderung über die Unterschrift Japans unter die Williamsburger Erklärung über eine globale Sicherheitspolitik; dies könne er nur mit dem amerikanischen Globalansatz für Verhandlungen in Verbindung bringen. Die Erklärung von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Amerika sei bereit, über alles zu verhandeln, deutete Bahr als Zeichen, daß die USA auch die nicht landgestützten Waffensysteme in die Verhandlungen einbeziehen könnten.

Zu der Diskussion innerhalb der SPD, ob die britischen und französischen Systeme in die Genfer Verhandlungen mit einbezogen werden sollten, sagte Bahr: „Man kann nicht so tun, als gäbe es sie nicht." Einer der entscheidenden politischen Punkte in Genf sei die Frage, ob man sich verständigen könne, wo diese Raketen berücksichtigt werden – bei den Interkontinental- oder bei den Mittelstreckenwaffen.

Zweite Berliner Wirtschaftskonferenz

rtr, **Bonn**

Die Bundesregierung plant nach Angaben ihres Berlinbevolmächtigten Peter Lorenz zur Jahreswende eine zweite Wirtschaftskonferenz in Berlin. Wie Lorenz vor Journalisten sagte, hatte die erste Konferenz vom Dezember vergangenen Jahres den Erfolg, daß Unternehmen wie etwa der Zigarettenkonzern Brinkmann Betriebsstätten nach West-Berlin verlagern. Auch seien Kooperationsverträge abgeschlossen und Grundstücke zur Ansiedelung von Betrieben gekauft worden. So werde der Computerhersteller Nixdorf in Kürze mit dem Bau eines neuen Werks beginnen. Dennoch gingen auch weiter Arbeitsplätze verloren.

Privilegien-Wirtschaft

J. Sch. (Paris) – Vor 32 Jahren hatte in Frankreich die Belegschaft der staatlichen Elektrizitätswerke (EdF) durchgesetzt, daß sie ihren Strom zum Vorzugstarif von vier Centimes je Kilowattstunde bezieht. Dabei ist es bis heute geblieben, während der Normalverbraucher für die Kilowattstunde 45 bis 50 Centimes zu bezahlen hat.

Aber was damals noch als gerechtfertigte Naturalleistung erscheinen konnte, wurde inzwischen zu einem exorbitanten Privileg, das die EdF im vergangenen Jahr etwa 500 Millionen Franc Einnahmeausfälle gekostet hat. Bei dem ohnehin horrenden Defizit der EdF von 7,9 Milliarden Franc nahm die Verwaltung daran zunächst keinen Anstoß.

Jedoch war die breite Öffentlichkeit durch den Bestseller des Fernsehjournalisten François de Closset „Toujours plus" (Immer mehr) alarmiert worden, in dem zum erstenmal der französischen Privilegienwirtschaft auf die Spuren gekommen wird. Der Belegschaftstarif der EdF ist nur einer von vielen hundert Fällen.

So konnte die sozialistische Regierung nicht mehr länger tatenlos bleiben. Denn einmal paßte das EdF-Privileg nicht zu ihren Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien. Zum anderen hatte sie versprochen, die Defizite der Staatsunternehmen abzubauen und das französische Budget zu entlasten.

Aber die französischen Gewerkschaften sind anderer Ansicht. Nachdem ihnen die EdF-Verwaltung auf höheren Geheiß vorsichtig angetragen hatte, das System der Naturalleistungen zu revidieren, riefen sie im ganzen Lande bei den Elektrizitätswerken zum Streik auf. Ihre Begründung: Der Vorzugstarif sei ein wohlerworbenes und damit unabdingbares Arbeitnehmerrecht.

Abwerbung

Py. – Die Zeiten sind gewiß nicht rosig, alle wissen das. Die Lebensversicherer erzielten nicht nur kaum Zuwachs im Neugeschäft, sie leiden auch zunehmend unter Vertragskündigungen und Rückkäufen, entweder weil man Beiträge sparen will oder bereits eingezahltes Geld braucht – vorausgesetzt, im letzteren Fall ist schon Sparkapital angesammelt. Das Kreditgewerbe tut sich schwer beim Abschluß von Konsumentenkrediten, es fürchtet auch notleidende Kredite. Lebensversicherer führen aber zur Zeit bewegt Klage über Abwerbemethoden. Um eigene Kredite zu retten oder neue abschließen zu können, geben Geldinstitute den schlechten Rat, Lebensversicherungsverträge zu kündigen. Da es sich meist um junge Verträge handelt, bleibt außer der „eingesparten" Prämien nichts zum Rückkauf übrig. Noch handelt es sich um Einzelfälle. Die Verbände des Kreditgewerbes sollten trotzdem rechtzeitig bremsen. Abgesehen von dem Schaden beim Versicherten könnten seine Mitarbeiter leicht in den Geruch kommen, der einst dem Versicherungs-Außendienst anhaftete.

GROSS- UND AUSSENHANDEL / Vom Wirtschaftsgipfel nicht enttäuscht

Der merkantilistische Wind weht auf der ganzen Welt immer stärker

HEINZ HECK, Bonn

Der Deutsche Groß- und Außenhandel ist von den Ergebnissen des Wirtschaftsgipfels nicht enttäuscht. Auf der gestrigen Mitgliederversammlung seines Bundesverbandes (BGA) in Bonn erklärte Präsident Hans Hartwig, die getroffenen Vereinbarungen verdienten einen Vertrauensvorschuß. „Die Resultate von Williamsburg müssen jedoch ihre Tragfähigkeit schon bald unter Beweis stellen."

Zur Außenhandelsentwicklung gab sich Hartwig verhalten optimistisch; der EG-Kommission bescheinigte er, „einen falschen Kurs" zu steuern, wenn sie in ihrem „Grünbuch" zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts ausschließlich Einnahmeverbesserungen anstrebe, um sich Spielraum für weitere Ausgaben zu verschaffen.

„Nicht nur finanzpolitisch, sondern vor allem auch handelspolitisch bereitet uns der Gemeinsame Markt zunehmend Sorge", erklärte Hartwig. Der merkantilistische Wind vor allem aus Paris wehe immer stärker bis in die EG-Kommission hinein. Frankreich locke zudem mit dem Angebot größerer Freizügigkeit im EG-Binnenverkehr, wenn gleichzeitig der Gemeinsame Markt gegen Drittländer stärker abgeschottet werde. „Auch dagegen haben wir entschieden Stellung bezogen: Denn Handelsrestriktionen stehen im Widerspruch zu den Römischen Verträgen. Sie lösen weder mittel- noch langfristig Probleme, sondern schaffen nur neue Schwierigkeiten."

Aber auch über die Grenzen der EG hinaus sieht der BGA-Präsident zunehmend Gefahren für die Aufrechterhaltung der internationalen Arbeitsteilung. Seine Prognose, daß der Außenhandel sich in diesem Jahr vom realen Rückgang 1982 erholen „und zumindest das reale Niveau des Vorjahres wieder erreichen oder es sogar knapp übersteigen" werde, ist daher an die Bedingung geknüpft, „daß vor allem die handelspolitischen Voraussetzungen einigermaßen stimmen".

Auch weltweit registriert Hartwig zunehmend neomerkantilistische Ausflüchte. Würden diese Erscheinungen zur Regel, so sei grenzüberschreitender Warenverkehr nur noch auf kleinstem Nenner möglich. Eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie sie die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) immer drängender fordere, „würde die Freizügigkeit des internationalen Warenverkehrs völlig einschnüren".

Hartwig ging im Zusammenhang mit dem Bonner Regierungswechsel vor allem auf steuer- und finanzpolitische Fragen ein. Der BGA setzt sich für einen Abbau staatlicher Subventionen ein. Hartwig erinnerte daran, daß der wirtschaftliche Mittelstand der größte Finanzier staatlicher Ausgaben sei und durch steigende Subventionen direkt immer stärker belastet und insgesamt im Wettbewerb benachteiligt werde.

Die Finanz- und Steuerpolitik stünde in dieser Legislaturperiode „vor einer Bewährungsprobe ersten Ranges". Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dürfe allerdings nicht im Hauruckverfahren durchgezogen, sondern müsse langfristig gelöst werden. Im Gegensatz zu seiner Kritik an ungenügendem Subventionsabbau beurteilte er das Steuerentlastungspaket „insgesamt positiv". Im Groß- und Außenhandel sei die Eigenkapitalquote von 23,4 Prozent 1965 auf 15,5 Prozent 1981 besonders drastisch zurückgegangen. „Dieser Trend muß nicht nur gestoppt, er muß umgekehrt werden."

Besonders kritisch setzte sich Hartwig mit dem Haushaltsgebaren der EG auseinander. Die Gemeinschaft gebe – bei zehnprozentigen Ausgabensteigerungen jährlich – immer weniger für investive zukunftsorientierte Maßnahmen und immer mehr für konsumtive Zwecke aus. Die Agrarausgaben der Gemeinschaft entsprächen mittlerweile dem, was im Bundeshaushalt für neue Einzeletats (Auswärtiges, Inneres, Justiz, Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Forschung und Zivile Verteidigung) ausgegeben werde.

Allein die Ausgaben für Milch-Interventionen in Brüssel entsprächen den Bonner Etatansätzen für Bildung und Wissenschaft. Mit dieser Ausgabenpolitik konterkarierte Brüssel die energischen Anstrengungen der Bundesregierung zur Sanierung der Staatsfinanzen.

KAPITALAUSSTATTUNG

KfW: Eigenmittelquoten nicht generell auf Talfahrt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Eigenkapitalquoten kleinerer und mittlerer Unternehmen befinden sich nicht, wie häufig angenommen, in einer einheitlichen Abwärtsbewegung. Das ist das Ergebnis einer Bilanzuntersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (KfW), die das Institut bei 6700 mittelständischen Kreditnehmern durchgeführt hat.

Zwar stellte auch die KfW in ihrer Analyse einen Rückgang des Eigenmittelanteils an der Bilanzsumme auf 29,3 (29,8) Prozent von 1979 auf 1980 fest. Doch dieser Durchschnittswert ist das Ergebnis stark gegenläufiger Entwicklungen. Mit 49,5 Prozent war es immerhin fast die Hälfte der Unternehmen, die ihre Eigenmittlelquote sogar verbessern konnte, die Hälfte von ihnen sogar um mehr als fünf Prozentpunkte.

Zumindest im Bereich der KfW-Stichprobe (Durchschnittsumsatz: 17,6 Millionen Mark, 115 Beschäftigte) stellte sich zudem heraus, daß es in erster Linie Unternehmen mit bis dahin üppiger Eigenmittel-Ausstattung waren, die für den statistischen Gesamtrückgang sorgten. Auch hier gab es natürlich noch „Ausreißer": Selbst bei Eigenmittelanteilen um die 70 Prozent kam es noch zu Verbesserungen.

Nicht bestätigt wurde auf jeden Fall die Annahme, daß eine geringe Quote allein schon Ursache für die weitere Verschlechterung der Bilanzrelationen ist. Auch die Ansicht, daß kleinere Unternehmen meist schlechter ausgestattet seien als größere, wird weitgehend widerlegt. Einzelfirmen und Personengesellschaften der unteren Größenklassen waren fast durchweg besser betucht als ihre größeren „Kollegen". Die niedrigsten Quoten hatten Unternehmen in der Größenordnung zwischen zehn und 50 Millionen Mark Jahresumsatz vorzuzeigen. Die Suche nach einer typischen Kapitalausstattung erwies sich ohnehin als vergebens. Die Eigenmittelquoten weisen erstaunliche Streuungen auf. So kommt ein Viertel der Einzelfirmen in der Umsatzklasse zwischen 0,5 und eine Mill. Mark auf Werte unter zwölf Prozent, ein weiteres Viertel liegt aber über der 55-Prozent-Marke.

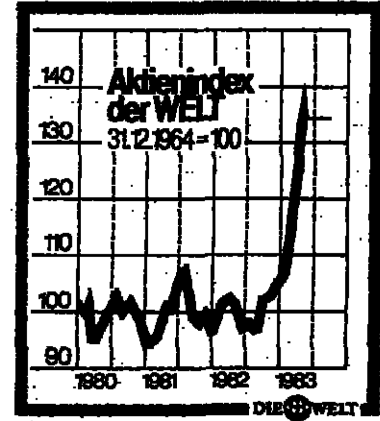
Für den dennoch langfristig feststellbaren Rückgang dr Eigenmittelquoten sehen die KfW-Analytiker eine ganze Reihe von Ursachen. Dabei geht es nicht nur um den – so gut wie sicheren – Einfluß der sinkenden Unternehmensrenditen. Auch der Wandel von Finanzierungs- und Bilanzierungsgewohnheiten kommt zum Tragen, etwa in der vor allem steuerlich bedingten „überproportionalen Zunahme eigenkapitalähnlicher langfristiger Fremdmittel oder in der stärkeren Bildung stiller Reserven. Auch der stark gesunkene Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme, Folge sowohl technischer Veränderungen als auch der zunehmenden Inanspruchnahme des Anlagenleasings, fördert offensichtlich die Neigung zur niedrigeren Eigenmittelquote.

Warten auf neue Impulse

Von LEO FISCHER

Sell in May and go away – Mit dieser alten Börsenweisheit erinnert dieser Tage der Frankfurter Börsenbrief daran, daß der Mai in der Vergangenheit selten ein guter Börsenmonat war. Und in der Tat scheint der Mai 1983 diese Regel wieder einmal zu bestätigen. Denn der WELT-Aktienindex, der am 28. April mit 141,2 seinen Jahreshöchststand erreicht hatte, büßte in den vergangenen vier Wochen rund fünf Prozent ein.

Ganz abgesehen davon, daß solche kalendermäßigen Betrachtungen dem Börsengeschehen nicht gerecht werden, besteht auch sonst kein Anlaß, in solchen Sprüchen Trost zu suchen. Denn die Kurse liegen immer noch rund 20 Prozent über dem Jahresanfangsniveau. Was derzeit an der deutschen Börse geschieht, geht noch nicht über das hinaus, was man als normale Konsolidierung bezeichnen kann. Nachdem die Kurse in den vergangenen Monaten fast ohne Unterbrechung gestiegen waren, war eine Atempause überfällig. Die Umsätze, die zuvor Rekordniveau erreicht hatten, sind deutlich ge-



schrumpft, und – was positiv zu bewerten ist – bei nachgebenden Kursen. Die Euphorie ist zwar verflogen, zum grundsätzlichen Umdenken besteht kein Anlaß, wohl aber für eine Besinnungspause.

Denn es kann nicht übersehen werden, daß die deutsche Börse der konjunkturellen Entwicklung weit vorausgeeilt ist. Trotz aller Indizien, die auf eine Erholung der Wirtschaft hindeuten – der Aufschwung vollzieht sich wohl doch langsamer, als dies, vor allem von den Börsianern, erwartet worden war.

Die erste Phase des Börsenaufschwungs war wie üblich liquiditätsorientiert: Die zusätzliche Liquidität, die sich hier wie jenseits des Atlantiks in der starken Ausdehnung der Geldmenge ausdrückt, und niedrigere Zinsen haben zur Wiederentdeckung der Aktie geführt – begünstigt durch die Absichtserklärung von Banken und Regierungsvertretern, der Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument den ihr gebührenden Platz wieder einzuräumen.

Mittlerweile sind die Hoffnungen auf eine weitere Zinssenkung aber ausgereizt. Am Rentenmarkt steigen die Renditen bereits seit einigen Wochen wieder, und der Bundesbank sind angesichts des festen Dollar die Hände für weitere Liquiditätsvermehrende Maßnahmen gebunden. Ein Zinssenkungsimpuls müßte schon von den USA ausgehen. Aber die hohen Haushaltsdefizite und die starke Geldmengenausdehnung in den letzten Wochen stehen einem Rückgang der real noch immer hohen Zinsen in den USA entgegen. Auch Williamsburg hat an dieser Sachlage nichts geändert.

So müssen sich die Hoffnungen der Börsianer auf die zweite, ertragsorientierte Aufschwungphase richten: Die Bilanzveröffentlichungen und Hauptversammlungen der letzten Wochen sind in der überwiegenden Mehrzahl auch durchaus dazu angetan, in dieser Hinsicht Optimismus zu verbreiten. Nachrichten, wie der starke Umsatzrückgang bei Mannesmann, stellten in den letzten Wochen und Monaten die Ausnahme dar. Auf der anderen Seite zeigt die starke Verstimmung, die diese Nachricht bei der Börse auslöste, die augenblickliche Anfälligkeit des Marktes. Nicht nur die Mannesmann-Aktie selbst, sondern der Gesamtmarkt wurde in Mitleidenschaft gezogen.

Die Vielzahl der Hauptversammlungstermine im Juni läßt indes erwarten, daß die bessere Gewinnentwicklung 1983 im Bewußtsein der Börsianer mehr und mehr Gewicht erhält, auch wenn die eigentliche Ertragsverbesserung erst für 1984 zu erwarten ist. Nimmt man hinzu, daß die Grundstimmung auch im Mai gut war, eine verstärkte Angabeneigung nicht festzustellen ist, lediglich die Bereitschaft zu Neuengagements abgenommen hat, dann ist übertriebene Skepsis gewiß fehl am Platze. Für die Überleitung in eine neue Aufschwungphase sind freilich neue Impulse und nochmals niedrigere Kurse nötig.

AUF EIN WORT



„Die Umweltschutzkosten werden in manchen Branchen stärker zunehmen als die Personal- und Energiekosten. Deshalb müß der Umweltschutz in den Unternehmen künftig nicht nur als eine technisch-rechtliche, sondern vor allem auch als eine (bedeutende) wirtschaftliche Herausforderung angesehen werden."

Hans-Georg Pohl, Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche Shell AG.

FOTO: AP

Preissteigerungen abgeschwächt

dpa/VWD, Brüssel

Die Verbraucherpreise in der Europäischen Gemeinschaft lagen Ende April im Durchschnitt um 8,7 Prozent über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Damit ist nach Angaben des Statistischen Amtes der EG vom Dienstag der niedrigste Stand seit vier Jahren erreicht. Gegenüber März 1983 ergab sich jedoch noch eine durchschnittliche Steigerungsrate von ein Prozent. Dies ist vor allem auf die hohen Preissteigerungen in Frankreich, Großbritannien und Italien zurückzuführen. In den übrigen EG-Ländern stiegen die Preise dagegen nur noch um 0,2 bis 0,6 Prozent. Seit Jahresanfang ist die Inflationsrate in allen Mitgliedstaaten jedoch deutlich gesunken.

DAUEREMISSIONEN

Zinsen heraufgesetzt – Bund kommt mit Acht-Prozenter

dpa/VWD, Frankfurt

In Anpassung an die Marktentwicklung erhöht das Bundesfinanzministerium vom 1. Juni an die Renditen für seine Daueremissionen. Wie die Deutsche Bundesbank am Dienstag in Frankfurt mitteilte, wird für die fünfjährige Bundesobligation mit einem Nominalzins von 7,50 Prozent der Ausgabekurs auf 99,00 (99,60) Prozent zurückgenommen, wodurch die Rendite auf 7,75 (7,60) Prozent steigt.

Bei den Finanzierungsschätzen des Bundes wird bei einem Jahr Laufzeit der Verkaufszins auf 5,25 (5,00) Prozent und damit die Rendite auf 5,54 (5,26) Prozent angehoben. Bei zwei Jahren Laufzeit beträgt der Verkaufszins 6,10 (5,75) Prozent und die Rendite 6,72 (6,301 Prozent.

Die Bundesregierung wird am Freitag dieser Woche eine neue Anleihe über voraussichtlich 1,6 Milliarden Mark mit einer Laufzeit von acht oder zehn Jahren auf den Markt bringen. Wie die Bundesbank mitteilte, tritt an diesem Tag das Bundesanleihekonsortium zusammen, um über die Konditionen zu beraten. Rentenhändler erwarten einen „Acht-Prozenter". Die letzte Bundesanleihe war erst Anfang dieses Monats emittiert worden mit einer Verzinsung von 7½ Prozent zu pari (Rendite 7,5 Prozent) und acht Jahren Laufzeit.

Bereits zum Zeitpunkt dieser Anleihe litt der Rentenmarkt unter nachlassender Nachfrage und sinkenden Kursen bei gleichzeitig steigenden Renditen. Nach Angaben von Rentenhändlern müßte die Anleihe angesichts der seitdem weiter gefallenen Rentenkurse mit acht Prozent Zins und einem Kurs unter 100 Prozent auf den Markt kommen, was eine Rendite über acht Prozent bedeuten würde.

SCHIFFBAU

Ohne staatliche Hilfen sind deutsche Werften am Ende

JAN BRECH, Hamburg

Die Lage der deutschen Werften ist viel dramatischer als es die zuständigen Minister in Bonn bisher angenommen haben. Wie Michael Budczies, Vorsitzender des Verbands der Deutschen Schiffbau-Industrie, in Hamburg anläßlich der Mitgliederversammlung erklärte, fußten die Annahmen der Regierung in einer falschen Analyse der Auftragsstatistik, in der auch solche Schiffe enthalten seien, die bereits weitgehend abgearbeitet sind. Nach Angaben von Budczies beträgt die Auslastung der Werften im zweiten Halbjahr 1983 nur noch zwei Drittel der geplanten Kapazität, im ersten Halbjahr 1984 nur noch ein Drittel. Per Ende April seien bei 37 Werften für mehr als 11 000 Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet.

Vor dem Hintergrund der desolaten Beschäftigungslage wiederholte Budczies die Forderungen der Werften an Bonn. 1. Beibehaltung der Abschreibungsgesellschaften für die Schiffbaufinanzierung, 2. Reederzuschüsse in Höhe von mindestens 12,5 Prozent für ein Umsatzvolumen von zwei Milliarden Mark, 3. Steuerfreiheit dieser Zuschüsse und 4. Auftragshilfen von mindestens zehn Prozent für alle nicht durch Reederhilfen geförderten Aufträge.

Wenn diese Forderungen nicht rasch erfüllt werden, seien Entlassungen von mindestens 15 000 Mann unvermeidlich. Auch würden die kleinen und mittleren Werften voll in die Krise hineingezogen. Ohne staatliche Hilfe ist nach Aussage von Budczies Schiffbau in Deutschland nicht mehr möglich. Gefördert werden müßten eine Mindestbeschäftigung von rund 40 000 Mitarbeitern und ein Umsatzvolumen von etwa drei Milliarden Mark. Subventionale Wettbewerber wie Korea hätten heute Kostenvorteile zwischen 30 und 40 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Konkurrenz: Erzwingung des Klöckner-Bußgeldes

Eschborn (dpa/VWD) – Die EG-Kommission soll die wegen Quotenüberschreitung gegen die Klöckner-Werke AG, Duisburg, im vergangenen Jahr verhängte Geldbuße durchsetzen. Dies fordert die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, in einem Schreiben an die EG-Kommission. Sie spreche auch im Namen der Unternehmen AG Dillinger Hüttenwerke, ARBED Saarstahl GmbH, Hoesch Werke AG., Krupp Stahl AG, Otto Wolf AG, Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Theodor Wuppermann GmbH und Thyssen Stahl AG.

Singapur bestellt Airbus

Paris (dpa/VWD) – Die Singapore Airlines hat sechs europäische Passagierflugzeuge vom Typ „Airbus A-310" bestellt. Die Airbus-Industrie bezifferte den Auftrag auf 420 Millionen Dollar (1,05 Milliarden Mark). Insgesamt wurden bisher damit 108 „A-310" bestellt, die zuerst von „Lufthansa" und „Swissair" in Betrieb genommen wurden.

Geringere Ölrechnung

Paris (J. Sch.) – Die französische Mineralöleinfuhr hat sich im Jahresvergleich des ersten Quartals 1983 um 19,5 Prozent auf 17,2 Millionen Tonnen vermindert. Dafür mußten 29,87 (34,33) Milliarden Franc gezahlt werden. Die Ölrechnung fiel damit um 13 Prozent geringer aus.

Kein Stahlkonzept

Bremen (rtr) – Die Wirtschaftsminister der Bundesländer haben der Bundesregierung Konzeptlosigkeit in der Frage der Neuordnung der Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen. Nach der Wirtschaftsministerkonferenz des Bundes und der Länder am Montag sagte der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann (CSU), die Länder hätten einhellig kritisiert, daß der Bund zuwenig an Konzepten entwickelt habe. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) erklärte, die Länder sollten beim Stahl offenbar etwas mitfinanzieren, wovon sie inhaltlich nichts wüßten.

Peru kann nicht zahlen

Lima (dpa/UPI) – Peru hat die Rückzahlung seiner Bankschulden bis zum 1. Juli ausgesetzt. Damit hat sich die Absicht der Regierung in Lima zerschlagen, die überfälligen Zins- und Tilgungszahlungen an die ausländischen Geschäftsbanken am 1. Juni wiederaufzunehmen. Der Präsident der Banco de la Nacion, Augusto Blacker, begründete diesen Schritt damit, daß die Verhandlungen über eine Refinanzierunq von insgesamt 800 Millionen Dollar mit 275 Gläubigerbanken bisher immer noch nicht zu einem Abschluß geführt haben.

Karl-Marx-Gedenkmünze

Bonn (VWD) – Aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx wird eine Gedenkmünze im Nennwert von fünf DM geprägt. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilt, beträgt die Auflage 8,35 Millionen Stück. Die Münze wird ab 21. Juni in den Verkehr gebracht.

Mehr Qualität verlangt

Wien (AP) – Der bulgarische Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff hat von den Wirtschaftsplanern und Erzeugern des Landes neue Anstrengungen zur Qualitätssteigerung verlangt, damit man im Ausland wettbewerbsfähiger werde. Im von der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA verbreiteten Text einer Rede in der Schwarzmeerstadt Varna sagte Schiwkoff, die Qualität der bulgarischen Erzeugnisse bleibe hinter denen entwickelter Länder zurück. Die Qualität sei nicht zuverlässig genug, die Erzeugnisse seien „materialaufwendiger und energieaufwendiger" als die anderer Länder.

Portugal will BIZ-Kredit

Lissabon (AP) – Portugal bemüht sich zum zweitenmal innerhalb eines Monats um einen Kredit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), um dringend nötige Importe tätigen und fällige Schulden begleichen zu können. Aus Bankkreisen in Lissabon wurden entsprechende Berichte bestätigt. Die gewünschte Kreditsumme belaufe sich auf 300 Millionen Dollar, als Sicherheit biete Portugal einen nicht näher bezeichneten Teil seiner Goldreserven von 688 Tonnen.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Investitionskredite gefragt

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„War 1982 die Exportfinanzierung unser Renner, so werden es in diesem Jahr wohl die inländischen *Investitionskredite sein*", *prophezeit* Gerhard Götte, Vorstandsmitglied der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt. Die Entwicklung der ersten vier Monate *1983* unterstreicht diese Prognose: Die Nachfrage nach Investitionskrediten wuchs um volle 75 Prozent auf 2,1 (1,2) Mrd. DM.

Im Gesamtjahr 1982 hatte dieser Teil des KfW-Geschäfts nur ein Volumen von 4,8 (6,5) Mrd. DM erreicht, 26 Prozent weniger als im Vorjahr, das freilich stark von einem Sonder-Kreditprogramm geprägt war. Allein an mittelständische Unternehmen, deren Förderung (neben der Regionalförderung *und der Entwicklungshilfe*) eines der wesentlichen Ziele des Instituts ist, gingen 19 000 Einzelzusagen mit einem Gesamtvolumen von 3,5 Mrd. DM. Damit wurde ein Investitionsbetrag von 8,3 Mrd. DM gefördert, hinter dem etwa 39 000 neue Arbeitsplätze standen.

Daß trotz des erheblichen Rückgangs bei den konditionsbegünstigten Investitionskrediten das gesamte Zusagevolumen nur geringfügig auf 11,6 (12,2) Mrd. DM *zurückging, lag nicht zuletzt an der* Ausweitung der Exportkredite um 27 Prozent auf 3,8 (3,0) Mrd. DM. Hier hat man sich für 1983 auf ein geringeres Volumen eingerichtet. „Große Projekte stehen kaum noch an, im Gegenteil – es hat sogar schon Stornierungen gegeben", erläutert Götte.

Zudem hat sich die KfW in der Auslandsfinanzierung – wie in der Entwicklungshilfe – auf steigende Risiken einzustellen. Der Kreditbestand mit erhöhtem Länderrisiko wird derzeit mit 480 Mill. DM angegeben (netto, nach Abzug der Her*mes-Deckungen*). „Damit liegen wir sowohl nach unseren eigenen Maßstäben als auch im Vergleich mit anderen Großinstituten noch sehr günstig", meint Vorstandsmit*glied Richard Brantner*. Weiteren Geschäften mit erhöhtem Risiko ist die KfW denn auch entgegen früheren Gepflogenheiten noch nicht abgeneigt – das Wagnis wird schließlich auch in der Zinsspanne honoriert.

Hier hat die Bank noch ehrgeizige Ziele. Für 1983 wird ein ordentliches Ergebnis von mehr als 100 Mill. DM angepeilt, nachdem schon im vergangenen Jahr mit einem Betriebsergebnis von 47 (21) Mill. DM und außerordentlichen Netto-Erträgen von 75 (0,8) Mill. DM ein wesentlich verbesserter Jahresüberschuß von 122 (22) Mill. DM erreicht wurde.

Auch längerfristig wird ein Ergebnis von mehr als 100 Mill. DM für notwendig gehalten. Denn „bei weiterem Wachstum muß die Anpassung des Eigenkapitals weitgehend aus eigenen Mitteln erfolgen", *so Brantner. Eine Kapitalerhöhung* um 300 Mill. DM (auf nun 1,78 Mrd. DM haftendes Eigenkapital) im vergangenen Jahr wurde noch vom Bund getragen, der 80 Prozent des Grundkapitals von 1 Mrd. DM hält.

STAHLRING / Mit großer Disziplin das bisher erfolgreichste Jahr geschafft

Unerwünschte Löcher im Preiskorsett

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Gegenläufig zu den im achten Stahlkrisenjahr wieder einmal besonders schlimmen Verlusten der Produzenten war 1982 für die Düsseldorfer Stahlring GmbH mit 297 (292) Mill. DM Umsatz das „erfolgreichste" Jahr in der 16jährigen Geschichte dieser Einkaufskooperation mittelständischer und konzernunabhängiger deutscher Stahlhändler. Auch im Ertrag der 37 Mitgliedsunternehmen sei das Jahr „gut" und wesentlich besser *als 1981 ausgefallen.*

Geschäftsführer Egon Maas und Beiratsvorsitzender Jürgen Tigler erklären das vornehmlich mit den segensreichen Folgen des seit Mitte 1981 von der EG-Kommission auch allen größeren Händlern verordneten Stahlpreiskorsetts. Es minimierte die individuelle Rabattschleuderei und stabilisierte, jedenfalls im Handel, die Stahlpreisfront.

Der Ertragserfolg daraus ist um so beachtlicher, als auch die Stahl*ring-Gesellschafter 1982 ihre Walz*stahlbezüge (ohne Röhren) drastisch auf 1,38 (1,62) Mill. t – davon nur noch 0,56 (0,76) Mill. t für den Lagerabsatz – vermindern mußten. Ihre Stahlring-Einkaufskooperation war daran mit noch *0,32 (0,37)* Mill. t oder unverändert 23 Prozent beteiligt. Sie kaufte ihre Tonnen noch zu 50 (55) Prozent bei deutschen Werken, mit dem großen Rest überwiegend bei anderen EG-Produzenten und nur mit einer „wie immer" deutlich unter 10 Prozent liegenden Quote aus Drittländern.

Bei allem Stolz über den trotz Stahlkrise weiterhin so eindrucksvoll bestätigten Erfolg ihrer Mittelständler-Kooperationsidee drückt *die Stahlring-Führung nun doch* ein doppeltes Unbehagen. Einerseits sieht man durch Mini-Händler wie auch durch Winkelzüge der Produzenten (kaschierte Re-Importe von Drittlandexporten zu Niedrigpreisen) regional höchst ärgerliche Löcher im Preisgefüge – und daraus empfindliche Absatzverluste der ins Preiskorsett eingebundenen Händler. Andererseits habe die deutsche Stahlindustrie bei allen Strukturwandel-Plänen überhaupt noch kein mittelfristi*ges Absatzkonzept unter Einbin*dung des freien Handels entwikkelt.

Hauptursache des Unbehagens: Händler bis zu maximal 6000 t Jahresabsatz unterliegen nicht der *Pflicht zur Veröffentlichung von* Preislisten mit dem Postulat der Gleichbehandlung aller Kunden. Resultat daraus: Im Gegensatz zu dem beim Handel insgesamt 1982 eingetretenen Rückgang des *Walz*stahl-Lagerabsatzes um 22,1 Prozent auf 6,18 Mill. t haben die „korsettfreien" Mini-Händler ihre Tonnage um 14,3 Prozent gesteigert und bereits 29 (20) Prozent des gesamten Lagerabsatzvolumens auf sich gezogen.

Abhilfe erhofft sich der Stahlring da *im* Einklang mit dem Bundesverband Deutscher Stahlhandel mit der Forderung, grundsätzlich jeden Stahlhändler in die Preislisten-Veröffentlichungspflicht ein*zubinden. Als „praxisnah"* wird dabei empfohlen, dann vorrangig die „relativ kleine" Zahl der schlimmsten Preisfront-Zerstörer mit Kontrollen zu überziehen.

Trotz solcher Irritationen sieht man auch beim Stahlring das Stahlpreisniveau insgesamt als marktstabil an. Beim eigenen Walz*stahleinkauf* für die Mitglieder allerdings wird auch für 1983 ein weiterer Rückgang um bis zu zehn Prozent als größerer Teil der Wahrscheinlichkeit in Rechnung gestellt.

FRANKREICH / Hohe Subventionen für Kohlezechen

Umstrukturierungen geplant

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französische Regierung will den staatlichen Steinkohlenbergbau nicht mehr mit immer höheren Subventionen künstlich am Leben *erhalten. Vielmehr sollen* diese Steuergelder nutzbringend für die Industrialisierung der Kohlenreviere eingesetzt werden. Dies hat kürzlich Staatspräsident Mitterrand bei einer Reise ins *Pas-de-Calais* anklingen lassen.

Inzwischen wurde auf einem Sonderministerrat der Rahmen für die Verhandlungen abgesteckt, welche zur Regelung dieses heiklen Problems zwischen der Zechenholding Charbonnages de France (CdF), den betroffenen Regionen und dem Staat aufgenommen werden sollen. Welche Zechen bis wann stillgelegt werden könnten, ist aber noch offen.

Dagegen hat die Regierung den Gewerkschaften *zugesagt, daß* kein einziger Bergmann entlassen wird. Die durch Fördereinschränkungen und Zechenschließungen frei werdende Belegschaft würde entweder vorzeitig pensioniert oder in den neuen Betrieben untergebracht, die mit staatlicher Hilfe in Zechennähe erstellt werden.

Um die Zechen in die Lage zu versetzen, ihren Verkaufspreis *auf* das Niveau der Importkohlenpreise zu drücken, hatte die Regierung Ende 1981 eine staatliche „Produktionshilfe" von 2,5 Centimes je Therme *(Wärmeeinheit)* eingeführt, die inzwischen auf 3,08 Centimes angehoben wurde. Die Subvention erreicht rund 40 Prozent der Produktionskosten. Sie hat *den Steuerzahler 1982* nicht weniger als 3,5 Milliarden Franc gekostet.

Bei einem derzeitigen Kohlenpreis von 470 bis 500 Franc je Tonne dürften danach die Produktionskosten für die französische Kohle 700 bis 750 Franc je Tonne nicht überschreiten. In Wirklichkeit aber bleiben unter diesem Limit nur das Lothringer Revier, die Zechen der Provence und drei nordfranzösische Zechen.

Allein die Stillegung aller unren*tablen Zechen würde die* französische Kohlenförderung von gegenwärtig 18 auf 15 bis 16 Millionen Tonnen vermindern. Demgegenüber fordert die kommunistische CGT-Gewerkschaft eine Fördersteigerung auf 22 bis 23 Millionen Tonnen bis 1988, was aber zusätzliche Subventionen von 3 Milliarden Franc im Jahr voraussetzen würde.

BUNDESANSTALT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN

Klage über knappe Mittel

D. SCHMIDT, **Hannover**

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover läuft Gefahr, das im Ausland erworbene wissenschaftliche Vertrauenspotential zu verlieren. BGR-Präsident Professor Friedrich Bender verweist auf die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, die in vielen Fällen vorgesehene Projekte scheitern lassen. Häufig würden der BGR von Ländern, in denen die Wissenschaftler erfolgreiche Arbeit geleistet haben, Anschlußaufträge unterbreitet. Diese Angebote müßten in der Regel abgelehnt werden, weil die zur *Verfügung stehenden Mittel nicht* ausreichten, um zusätzlich benötigtes Personal einzustellen.

Im vergangenen Jahr ist die BGR in 31 Ländern tätig geworden. Neben dem Erkunden, Bewerten und Erschließen von Bodenschätzen wird der Ausbildung einheimischer Wissenschaftler erhebliche Bedeutung beigemessen.

Das Budget der BGR erreichte 1982 – bei 750 Mitarbeitern – knapp 63 Mill. DM; hinzu kamen 59 Mill. *DM projektgebundene Mittel.* Der Etat 1983 liegt geringfügig höher.

GROSSBRITANNIEN / Industrieverbands-Umfrage

Verbesserte Auftragslage

WILHELM FURLER, **London**

Die Zuversicht in der britischen Wirtschaft wächst. Das geht aus der jüngsten Befragung des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1800 Mitgliedsfirmen hervor. Nach Angaben des CBI bestätigen die Ergebnisse der Mai-Umfrage den im Quartals-Überblick des vergangenen Monats abzulesenden Trend.

Sowohl die Gesamt-Auftragslage als auch die Export-Aufträge hätten *sich* weiter verbessert. Dabei geht aus den Umfrage-Ergebnissen deutlich hervor, daß die Belebung der Wirtschaftstätigkeit von der Nachfrage nach Konsumgütern und Zwischenprodukten angeführt wird, während der Investitionsgüter-Bereich hinterherhinkt.

Im vierten Monat hintereinander rechnen mehr Unternehmen damit, daß ihr Produktions-Volumen in den nächsten vier Monaten wachsen wird, als Firmen einen Rückgang ihrer Produktion erwarten. Allerdings stimmt etwas bedenklich, daß bei der jüngsten Mai-Umfrage bezüglich der Produktions-Erwartungen nur 18 Prozent mehr Firmen optimistisch als pessimistisch waren, während es im April noch 22 Prozent waren.

So räumt der Unternehmer-Verband denn auch ein, daß die Konjunktur-Erholung „immer noch uneben" verlaufe. Dennoch sei klar, daß der zugrundeliegende Trend der Wirtschaftstätigkeit in Großbritannien weiterhin aufwärts weise. Der Anteil der Unternehmen, die über einen hohen Lagerbestand an Fertigprodukten berichten, hat ständig abgenommen und inzwischen den niedrigsten Stand seit November 1979 erreicht.

Die jüngsten CBI-Umfrageergebnisse, die als wichtigstes Konjunktur-Barometer gelten, werden in ihrem Optimismus noch übertroffen von einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts der Universität Liverpool, worin für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent und für 1984 von nahezu fünf Prozent vorausgesagt wird.

Fertigung bei Conti wird konzentriert

dos. **Hannover**

Die Continental Gummi-Werke, die in Hannover in drei Werken Reifen und technische Produkte herstellt, wird ihre Fertigung neu strukturieren. Damit verbunden ist nach den Worten von Arbeitsdirektor Hans Kauth der Abbau der Belegschaft um rund 550 Mitarbeiter in den nächsten drei bis vier Jahren. Dies soll durch Nichtersatz ausscheidender Mitarbeiter und vorzeitige Pensionierung erreicht werden. Derzeit sind in den Werken in Stöcken 3700, in Limmer 2500 und im *Stammwerk Vahrenwald* 2870 Menschen beschäftigt.

Die Planungen sehen vor, die Reifenfertigung aus Vahrenwald in das Werk Stöcken zu verlagern. In Limmer und Vahrenwald werden künftig ausschließlich technische Produkte hergestellt. Unrentable und leerstehende Werksteile sollen verkauft oder vermietet, verstreut liegende Fertigungen zusammengeführt werden. Im Rahmen der Neustrukturierung werden Investitionen von 80 Mill. DM erforderlich, deren Finanzierung noch ungewiß sei.

MEXIKO / Neuer Wirtschafts-Entwicklungsplan

Inflation wird bekämpft

dpa/VWD, **Mexiko-Stadt**

Mexikos Wirtschaftsleistung wird 1983 um bis zu vier Prozent zurückgehen, doch soll sie bereits im kommenden *Jahr* um 2,5 Prozent, und in den dann folgenden Jahren bis 1988 um jährlich fünf bis sechs Prozent wachsen. Diese Aussagen enthält ein nationaler Entwicklungsplan, den Mexikos Präsident Miguel de la Madrid verkündet hat. Der Sechs-Jahres-Plan (1983/88) ersetzt einen von de la Madrids Vorgänger Lopez Portillo 1979 verkündeten Zehn-Jahres-Plan, der wegen der rapiden Verschlechterung der mexikanischen Wirtschaftslage aufgegeben werden mußte.

Der neue Plan, dessen Ziele nur sehr allgemein formuliert sind, soll laut de la Madrid die Demokratie stärken, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewältigen, ein neues Wirtschaftswachstum auslösen und „qualitative Änderungen" in der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Struktur des Landes herbeiführen. Er soll Mexikos Abhängigkeit von Krediten reduzieren sowie Inflation und Arbeitslosigkeit durch höhere Produktivität bekämpfen.

Die Kontrolle der Inflation – die in den ersten vier Monaten bereits eine Jahresrate von 90 Prozent erreicht hat – bezeichnete de la Madrid als kurzfristige Hauptaufgabe seiner Regierung. Die öffentlichen Ausgaben und die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel würden diesem Ziel voll untergeordnet.

Ferner will die Regierung – nach Lösung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme – jährlich 3,8 Prozent mehr Arbeitsplätze schaffen und damit deren Zahl im Gleichschritt mit dem Bevölkerungszuwachs der 60er Jahre vergrößern. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird allerdings laut Arbeitsminister Arsenio Farell frühestens ab 1985 möglich sein, denn gegenwärtig habe das Land die Kapazität für soziale Verbesserungen verloren.

HP-BANK / Das Betriebsergebnis wurde verdoppelt

Auf Wachstum ausgerichtet

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die seit Ende letzten Jahres zu 93 Prozent zur niederländischen Amsterdam-Rotterdam Bank NV. gehörende Handels- und Privatbank AG, Köln, scheint die Zeiten der Stagnation oder des nur verhaltenen Wachstums im Kreditgeschäft überwunden *zu haben. Das* traditionell im Agrarbereich, in der mittleren gewerblichen Industrie und im freiberuflichen Mittelstand verwurzelte Institut steigerte bei gleichzeitiger Rücknahme der Gelder an Banken die Ausleihungen an Kunden auf 581 (576) Mill. DM, das Kreditvolumen sogar um 15,9 Prozent auf 901 Mill. DM. In den kommenden Jahren sollen interessante Geschäftsmöglichkeiten mit der weltweit tätigen Mutter Amro stärker genutzt werden.

*Die Kundeneinlagen, unverän*dert Grundlage für die Refinanzierung, verminderten sich um 12,5 Prozent auf 532 Mill. DM. Aus Rentabilitätsgründen wurden mit 446 Mill. DM (plus 15,5 Prozent) verstärkt Bankengelder in Anspruch genommen.

Der Zinsüberschuß hat sich 1982 um 7,6 auf 31,3 Mill. DM, der Provisionsüberschuß um 1,4 auf 9,1 Mill. DM erhöht. Das Betriebsergebnis hat sich mit knapp 11,5 Mill. DM *nahezu verdoppelt. Verdoppelt auf* über 9 Mill. DM haben sich auch die Vorsichtsmaßnahmen für Risiken im Kreditgeschäft. Als Jahresüberschuß werden unverändert 1,56 Mill. DM ausgewiesen, aus denen erneut 6,50 DM je 50-DM-Aktie an die Aktionäre fließen. Die Rücklagen werden auch für 1982, bereits zum fünften Mal hintereinander, nicht dotiert. Dank der stillen Amro-Gesellschaftereinlagen von 6 Mill. DM reichen die eigenen Mittel von insgesamt 44,6 Mill. DM für die *erwartete Expansion aus. Sie stel*len 4 (4) Prozent der leicht auf 1,1 Mrd. DM gesunkenen Bilanzsumme. Das Geschäftsvolumen wuchs auf 1,4 (1,3) Mrd. DM. (HV.: 8. 6.)

KARL O. HELM / Von weltweiten Strukturproblemen der Chemie kaum berührt

„Erfreuliche Ertragsentwicklung"

JAN BRECH, **Hamburg**

Von den weltweiten Strukturproblemen der Chemie ist das Hamburger Handelshaus Karl O. Helm AG 1982 das internationale Geschäft mit Industriechemikalien und Pharmarohstoffen an führender *Position* betreibt, *steigerte* im Berichtsjahr Umsatz und Ertrag deutlich.

Der Vorstand unter dem Vorsitz von Hermann Schnabel, der gleichzeitig das Grundkapital von 20 Mill. DM mit Mehrheit hält, führt den Erfolg auf die straffe Organisation innerhalb der weltweiten Gruppe und auf die *Präsenz* des Unternehmens über 44 eigene Büros und Niederlassungen in allen Regionen der Welt zurück.

Damit seien 1982 Voraussetzungen geschaffen gewesen, so heißt es, um auf die Zahlungsschwierigkeiten und den sinkenden Bedarf in vielen Ländern mit veränderten Einkaufs- und Verkaufsstrategien zu reagieren.

Vor allem die Handels- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten der rohstoffarmen Länder hätten es erfordert, neben der Ware auch Finanzierungsmodelle anzubieten. Beklagt wird bei Helm der wachsende Protektionismus im internationalen Chemiehandel, in dessen Folge das Handelshaus den Importhandel ganzer Produktgruppen einstellen mußte.

Vor diesem Hintergrund erhalten die Umsatzsteigerungen bei Helm besonderes Gewicht. Für die AG wird der Umsatz mit 1,47 Mrd. DM angegeben. Dies entspricht einem Plus vom 21 Prozent, wobei das Wachstum als real bezeichnet wird.

Noch deutlicher ist die Geschäftsausweitung im Konzern, zu dem die Tochtergesellschaft Helm Düngemittel GmbH gehört, an der die AG inzwischen mit 75 Prozent beteiligt ist. Hier erhöhte Helm den Umsatz um 35 Prozent auf 1,7 Mrd. DM. Darin nicht enthalten sind die Umsätze der ausländischen Niederlassungen sowie vier Gesellschaften, an denen Schnabel persönlich mit Mehrheit beteiligt ist. Der Umsatz dieser Gesellschaften wuchs um *23,5* Prozent auf *2,27* Mrd. DM. Der Umsatz der gesamten Helm-Gruppe einschließlich Innenumsätze erreichte damit 4,0 (3,1) Mrd. DM.

In der Umsatzverteilung hat die Sparte Chemie noch mehr an Gewicht gewonnen – auf sie entfielen 79 (68) Prozent. Pharma steuerte 13, Stahl 5 und Pflanzenschutzmittel 3 Prozent bei. Regional hat sich das Schwergewicht eindeutig nach Asien verlagert, wo Helm auch künftig das größte Wachstumspotential sieht. In Asien wickelte Helm 37 Prozent des Umsatzes ab, in Westeuropa 22 und in der Bundesrepublik 20 Prozent.

Die im internationalen Geschäft als erfreulich bezeichnete Ertragsentwicklung *im* AG- und Konzernabschluß ist Außenstehenden nicht erkennbar. Unter Inanspruchnahme aller steuerlich zulässigen Möglichkeiten zur Risikovorsorge weist die AG einen um 38 Prozent geringeren Jahresüberschuß von 4 Mill. DM aus. Davon werden 3,5 Mill. DM ausgeschüttet. Im Konzern ist der Überschuß um 23,3 Prozent auf 5,6 Mill. DM zurückgegangen. Der Bilanzgewinn betrug 5,0 (4,5) Mill. DM.

Der Geschäftsverlauf in den ersten Monaten dieses Jahres sei zufriedenstellend, heißt es. Bei konsequenter Ausweitung des traditionellen Geschäfts und Straffung der *Aktivitäten sollen* sich Umsatz und Ertrag 1983 nicht verschlechtern. Konzentriert hat Helm den Handel mit Aromaten und Olefinen in einer Sparte.

PHB WESERHÜTTE / Umsatzrückgang erwartet

Trotz Flaute gut beschäftigt

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Der 1981 noch reiche Auftragssegen ist vorerst vorbei. Die gravierende Überschuldung wichtiger Abnehmerländer und die abnehmende Investitionsbereitschaft der Opec-Länder haben „zu einer *Schrumpfung* des *Marktvolumens* und zahlreichen Stornierungen oder Verschiebungen von Projekten" geführt. Im Einklang mit dieser Markteinschätzung zeigt die PHB Weserhütte AG, Köln, schon für 1982 Rückgänge im Auftragseingang auf 0,97 (1,23) Mrd. DM in der Gruppe und 449 (687) Mill. DM bei der AG. Für 1983 *wird ein* weiterer Rückgang erwartet. Dank des bis Ende 1982 erst auf 1,08 (1,29) Mrd. DM gesunkenen Auftragsbestandes sei jedoch für die (gut zur Hälfte im Ausland tätigen) 6976 (6947) Mitarbeiter der Gruppe die Beschäftigung für 1983 bereits weitgehend gesichert.

Die Flaute trifft ein Unternehmen, das sich als „einen der ganz wenigen Anbieter in der Welt" für die gesamte Transportkette von der Gewinnung der Rohstoffe (mit Schwerpunkten bei *Kohle, Erz* und Kalkstein) bis zur Aufbereitung und Verarbeitung bezeichnet. Nicht wiederholbar ist 1983 auch der 1982 stark gestiegene Umsatz von 1,18 (0,96) Mrd. DM in der Gruppe und 609 (445) Mill. DM bei der AG, die davon 71 (67) Prozent im Export erzielte.

Kein Wagnis jedoch geht der Vorstand ein, wenn er für 1983 ein wiederum positives Ergebnis voraussagt. Denn bei abermals kompletter Ertragsthesaurierung zeigt auch die AG für 1982, obwohl sie ihren eigenen Rohertrag auf 262 (230) *Mill. DM* verbesserte, nur einen im Vergleich zum Geschäftsvolumen der Gruppe mager gehaltenen Jahresüberschuß von 2,3 (2,2) Mill. DM. Und der wird nur zu zwei Dritteln für abermals 5 Prozent Dividende auf das kleine Aktienkapital von 30 Mill. DM gebraucht, das bis auf 0,5 Prozent Streubesitz *paritätisch den* Konzernen Arbed und Otto Wolff gehört.

In dem für das PHB-Geschäft entscheidend wichtigen Bereich der Auslandsbeteiligungen arbeiteten 1982 mit Ausnahme der kleinen US-Tochter sämtliche produzierenden Gesellschaften mit Gewinn. Bei den Beteiligungen im wichtigen Rohstoffland Australien rechnet man allerdings für 1983 mit einer verschlechterten Auftrags- und Ertragslage.

JACOBS SUCHARD / Gang an die Börse

Aktien breiter gestreut

WERNER NEITZEL, Zürich

Der durch Fusion im Herbst letzten Jahres entstandene Kaffee-Schokolade-Riese Jacobs Suchard AG, Lausanne / Schweiz, ist auf dem Weg zu einer Publikumsgesellschaft mit noch breiterer Aktienstreuung. Wie Klaus J. Jacobs, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Gesellschaft, in Zürich mitteilte, habe die Colima Holding AG, die bisher 55 Prozent des Aktienkapitals von 127,4 Mill. sfr der Jacobs Suchard AG hielt und in der ein Teil der Interessen von Angehörigen der Familien Jacobs zusammengefaßt sind, 30 000 Jacobs-Suchard-Inhaberaktien einem Bankenkonsortium zur Börsenplazierung zum Preis von 5650 sfr (das ist etwas weniger als der letzte Börsenkurs) übergeben.

Dies bedeutet ein Anlagevolumen von knapp 170 Mill. sfr. Insgesamt werden nach Plazierung dann 70 000 Inhaberaktien mit einem Anlagevolumen von 400 Mill. sfr breitgestreut sein. Der Anteil der Colima am Jacobs-Suchard-Aktienkapital wird sich mit der Transaktion auf rund 45 Prozent des Aktienkapitals und auf etwa 66 Prozent der Aktienstimmen ermäßigen. Weitere Einzelaktionäre der Familien Jacobs halten zusammen unverändert 15 Prozent des Kapitals (7 Prozent Stimmrechte).

Klaus J. Jacobs, der sich über die Börsenturbulenzen der letzten Tage bitter beklagte, begründete die verbreiterte Plazierung unter anderem mit einer weitgehenden Trennung des Unternehmens von den Finanzüberlegungen der Familie, wobei eine ausreichende Liquiditätspolitik des Unternehmens sichergestellt wäre. Jacobs Suchard erhalte seinerseits die Möglichkeit, in Zukunft Kapitalmarkttransaktionen zu planen.

Die Jacobs-Suchard-Gruppe kam 1982 auf einen konsolidierten Netto-Umsatz von 4,1 Mrd. sfr. Das bereinigte Wachstum belief sich auf 10 Prozent. Es wurde ein konsolidierter Reingewinn von 91,5 Mill. sfr (plus 6,6 Prozent) ausgewiesen. Die Aktionäre erhalten eine von 23 auf 26 Prozent erhöhte Dividende.

DU PONT / Jahresüberschuß beträchtlich gestiegen

Unternehmenserwerb geplant

dpa/VWD, Düsseldorf

Die Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, ist nach einem beträchtlichen Gewinnplus 1982 weiterhin an dem Erwerb eines Unternehmens interessiert, das eine hochwertige, in das eigene Produktprogramm passende Technologie einbringt. Der Anstieg des Jahresüberschusses auf rund 83,4 (47) Mill. DM resultierte „größtenteils aus dem Wegfall von Rückstellungen, die 1981 für die Aufgabe der verlustreichen Polyester-Garnproduktion (Werk Uentrop) vorgenommen worden waren", sagte Du-Pont-Deutschland-Chef Werner Riedner in Düsseldorf.

Die Chemie-Tochter der amerikanischen E. I. Du Pont de Nemours and Company Inc. hat den Umsatz 1982 um 4 Prozent auf rund 2 Mrd. DM gesteigert. In Uentrop (Kunststoffe und Fasern) konnte der Verlust zu einem großen Teil abgebaut werden. Bei der Gesundung des Fasergeschäfts sei man gut vorangekommen, erklärte Riedner. 1983 werde Uentrop erstmals seit neun Jahren schwarze Zahlen erreichen.

Es bestehe verhaltene Zuversicht, 1983 das Vorjahresergebnis zu erreichen. Hierzu sei aufgrund des Wegfalls von Polyestergarn und der Abgabe eines Produkts an eine Schwester ein reales Umsatzplus von acht Prozent notwendig. Bereinigt um diese Umsätze sei im 1. Quartal mit 506 Mrd. DM ein realer Zuwachs von einem Prozent erzielt worden.

Zu dem Ergebnis 1982 haben, so Riedner, maßgeblich der Bereich Fotoprodukte (Werk Neu Isenburg) mit einem Umsatzanteil von 40 Prozent und das Geschäft mit Handelsware (55 Prozent) beigetragen. Sorge bereite das Exportgeschäft – zur Zeit ein Volumen von 1,1 Mrd. DM –, das wegen der hohen Preise im Hochkostenland Bundesrepublik zunehmend schwieriger werde. Du Pont Deutschland will 1983 etwas mehr als 34 (34) Mill. DM unter anderem in die Erweiterung der Kapazitäten der Werke Uentrop und Neu Isenburg investieren. Die Zahl der Beschäftigten, die vor allem durch die Garnaufgabe in Uentrop 1982 um 4 Prozent auf 4044 reduziert wurde, werde sich 1983 kaum verändern.

VEW / Der Kapitalbedarf wächst – Verwaltung will Aktionären weitere 200 Mill. DM zum Bezug anbieten

Das Sorgenkind ist und bleibt die Fernwärme

HANS BAUMANN, Essen

Auch wenn das Stromgeschäft zur Zeit stagniert und der Eigenkapitalanteil von 36 (32) Prozent die Forderung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen nach 33 Prozent der Bilanzsumme gut entspricht, muß die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, heute schon wieder über eine Aufstockung der eigenen Mittel nachdenken, obwohl erst 1982 das Grundkapital von 600 auf 800 Mill. DM erhöht wurde. 1985 will die Verwaltung ihren Aktionären weitere 200 Mill. DM zum Bezug anbieten und so das Kapital auf eine Milliarde DM bringen. Die Konditionen sollen nach Möglichkeit denen von 1982 entsprechen.

Der Kapitalbedarf wächst, weil das Kernkraftwerk Lingen fertiggestellt werden muß, weil der 750-MW-Kohle-Kombiblock im Gersteinwerk 1984 in Betrieb gehen soll, weil schon in zwei Jahren eine große Gas-Dampf-Turbinenanlage gebaut werden soll, weil die Industrie sich verpflichtet hat, weitere Mittel für die Fertigstellung des Hochtemperaturreaktors in Schmehausen bereitzustellen und weil die VEW die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen doch noch den seit 1975 beantragten Kernkraftblock von 1300 MW Leistung (Standort Hamm) genehmigen wird.

Der Jahresbericht 1982, den das Unternehmen jetzt vorlegte, verdient das Prädikat: Ertrag weiter stabilisiert. Bei einem Bruttogewinn von 263 (272) Mill. DM und Ertragssteuern von 164 (180 – Steuernachzahlung) Mill. DM bleibt ein Jahresüberschuß von 99 (92) Mill. DM, aus dem 21 (20) Mill. in die Rücklagen gehen und der Rest als Dividende verteilt wird. Der Hauptversammlung am 30. Juni werden wieder 12 Prozent vorgeschlagen, also 6 DM je 50 DM nom. Die neuen Aktien sind für 1982 nur zu einem Viertel gewinnberechtigt. Hierfür erhält der Aktionär also 1,50 DM je 50 DM nom. Einschließlich der Steuergutschrift stellt sich die Brutto-Ausschüttung auf 9,38 DM für die alten und auf 2,34 DM für die jungen Aktien. Daß der Gewinn pro Aktie einen kleinen Knick nach unten aufweist, ist auf die Kapitalerhöhung zurückzuführen.

Daß das Brutto-Ergebnis etwas niedriger ausfiel als im Vorjahr, liegt am Rückgang des Ergebnisses aus dem Stromverkauf um 21 auf 244 Mill. DM. Der Gasabsatz dagegen brachte Mehrerlöse von 10 auf 72 Mill. DM. Sorgenkind ist und bleibt die Fernwärme, die Verluste von 32 (34) Mill. DM bescherte. Finanzvorstand Karlheinz Portugall vermag auch nicht zu erkennen, wann die Fernwärme einmal Gewinn abwerfen kann.

Zur Finanzierung der Sach- und Finanzanlagen wurden brutto 816 Mill. DM benötigt, netto 762 Mill. DM nach Abzug von 54 Mill. DM aktivierte Eigenleistung. Nach Tilgung langfristiger Kredite in Höhe von 125 Mill. DM und nach Abbau von kurzfristigen Verpflichtungen ergab sich ein Gesamt-Finanzierungsbedarf von 1,24 Mrd. DM. Sie wurden gedeckt durch 300 Mill. DM aus der Kapitalerhöhung, Aufnahme von Fremdmitteln in Höhe von 277 Mill. DM, durch Beiträge von Abnehmern 84 Mill. DM und mit dem Brutto-Cash-flow von 579 Mill. DM. Obwohl sich die Ausschüttungen um 11 auf 83 Mill. DM erhöhten, kam auch der Netto-Cash-flow noch gut voran.

Im Berichtsjahr hat sich nach Auskunft von Vorstandsvorsitzer Klaus Knizia der Kostenauftrieb im allgemeinen verringert. So konnten auch die Verkaufspreise geringer als im Vorjahr steigen. Der seit 1977 verbliebene Überhang an preisbedingten Mehrkosten für die Stromerzeugung gegenüber den Mehrerlösen aus dem Stromverkauf konnte 1982 vollständig abgebaut werden. Mußte 1979 nach dem zweiten Ölschock noch ein Defizit von 232 Mill. DM hingenommen werden, so ergab sich nun für das Berichtsjahr ein Überschuß von 21 Mill. DM.

Auch im neuen Jahr ist die Nachfrage nach Energie schwach. Beim Stromabsatz ergeben sich in den ersten Monaten Einbußen, die VEW jedoch in der zweiten Jahreshälfte wettzumachen hofft. Insgesamt aber geht die Verwaltung davon aus, daß sich die Ertragslage weiter festigt.

VEW	1982	±%
Umsatz (Mill. DM Konzern)	5 583	+ 10,3
Stromabgabe (GWh)	25 752	– 10,4
Gasabgabe (GWh)	32 658	+ 16,9
Stromnetz (km)	72 995	+ 1,1
Belegschaft Konzern	7 252	– 1,5
Brutto-Cash-flow [1]	579	+ 3,9
in % des Umsatzes	10,4	(11)
Nettogewinn [2]	155	+ 15,7
in % des Umsatzes	2,8	2,6
Invest. Konzern	816	– 3,7
Netto-Cash-flow [1]	496	+ 2,2
Verschuldungsgrad	3,5	(3,8)

[1] Jahresüberschuß + Zuf. zu langfr. Rückst. ± ao. Positionen + EEV-Steuern; netto: minus EEV-Steuer, minus Dividendensumme
[2] Gewinn pro Aktie 50 DM nom.: 9,67 (11,13) Mark netto ohne Steuergutschrift

TRANSPORTE

Versicherungen: Bessere Erträge

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Ertragssituation der deutschen Transportversicherer hat sich 1982 gegenüber den Vorjahren zwar leicht verbessert, von einer Gesundung sind sie jedoch noch weit entfernt. Verbandsvorsitzender Heiner Lange, Vorstandsmitglied der Securitas Bremer Allgemeine, rechnet trotz etwas günstigerer Schadenquoten auch für 1982 mit Verlusten, doch seien sie sicher niedriger ausgefallen als im Jahr zuvor, als sie 100 Mill. DM – vor Abzug der Rückversicherung – oder 6,5 (7,6) Prozent der Eigenbehaltsprämie ausmachten. Im letzten Jahr erhöhte sich die Prämie um 3,9 (11,2) Prozent auf 2,07 Mrd. DM.

Das verbesserte Ergebnis ist, so Lange, nicht ohne „ein Quentchen Glück" zustande gekommen. Im Gegensatz zu 1981 mit einer außergewöhnlichen Serie an Totalverlusten deutscher Schiffe war 1982 nicht durch herausragende Schadenereignisse gekennzeichnet. Immerhin mußten noch 6 Totalverluste bezahlt werden, wenn es sich auch nur um ausländische oder „ausgeflaggte" ältere Tonnagen mit relativ geringen Taxen gehandelt hat. Diese Schiffe waren nur zum geringen Teil im deutschen Markt versichert, da sich die deutschen Seekasko-Versicherer bei solchen Risiken „deutliche Zurückhaltung" auferlegen.

So waren die größten Einzelschäden zwei Warenschäden von je 8 Mill. DM, das Kentern des Containerschiffs „MS Hernberg" auf dem Rhein und ein Brand im Hamburger Hafen. Ein zunehmendes Hindernis auf dem Weg zur Gesundung der Ertragssituation erweisen nach den Worten Langes die steigenden Zahlen mittlerer Großschäden ab 100 000 DM, die allein im Warengeschäft 1982 einen Betrag von 210 Mill. DM erreichten, das ist ein Viertel der gesamten Warenprämie. Im risikoträchtigen Seewarengeschäft war der Bedarf für Großschäden von 28,5 auf 26,9 Prozent der Prämie gesunken.

Insgesamt mußten auch 1982 wieder 15 Mill. DM für den Diebstahl von Lkw mit Ladung bezahlt werden. Hier liegen die 55 Diebstähle in der Bundesrepublik mit 60 Prozent des Aufwands an der Spitze. In Italien ist ihre Zahl – zumindest soweit deutsche Versicherer betroffen sind – zurückgegangen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kettner voll ausgelastet

München (sz.) – Bis zum Jahresende 1983 ist die Max Kettner Verpackungsmaschinenfabrik GmbH & Co., München, mit einem Auftragsbestand von derzeit 90 Mill. DM voll ausgelastet. Nachdem bereits 1982 der Umsatz „wiederum um über 10 Prozent" auf 116 Mill. DM gesteigert werden konnte (Exportanteil 38 Prozent), lasse dies, so das Unternehmen, weitere Zuwachsraten in dieser Größenordnung erwarten. Um den „Vorsprung als Marktführer" auszubauen, wurde in Dortmund die Max Kettner GmbH & Co. Lagertechnik KG gegründet, wo in einem neu erbauten Fabrikgebäude noch in diesem Jahr die Produktion anlaufen soll. Beschäftigt werden insgesamt 990 Mitarbeiter.

Victoria stockt Kapital auf

Düsseldorf (Py.) – Die Victoria Feuerversicherung AG und die Victoria Lebensversicherung AG, Berlin/Düsseldorf, schlagen ihren Aktionären (HV.: 20. 7.) für 1982 wieder eine *Dividende* von 16 Prozent vor. Das sind einschließlich Steuergutschrift 25 DM. Den für 1981 bei Leben gezahlten Bonus von 2 Prozent (mit Steuergutschrift 3,12 DM) verteilt diesmal die Feuerversicherung. Außerdem schlägt die Victoria Leben ihrer HV eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 3:1 durch Ausgabe junger zu 50 Prozent einzuzahlender Aktien im Nennbetrag von 100 DM vor. Über ein Agio von 100 DM ergibt sich ein Bezugspreis von 150 DM. Das nominelle Grundkapital steigt damit um 20 auf 65, das eingezahlte Kapital um 10 auf 40 Mill. DM. Die jungen Aktien sind ab 1. 1. 1983 dividendenberechtigt.

Kapitalerhöhung beantragt

Bonn (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa hat beim Bundesverkehrsministerium einen Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 300 Mill. DM auf 1,2 Mrd. DM gestellt, bestätigte ein Sprecher des Ministeriums. Bis zur Hauptversammlung der Lufthansa am 14. Juli werde die Prüfung dieses Antrags sicher nicht abgeschlossen sein. Eine Aufstockung des Lufthansa-Kapitals würde danach frühestens im nächsten Jahr in Frage kommen.

Schmechtig scheidet aus

München (sz.) – Lothar Schmechtig (60), Vorsitzender der Geschäftsführung der Foto-Quelle, scheidet nach 28jähriger „erfolgreicher Tätigkeit" am 31. Dezember 1983 aus der Nürnberger Schickedanz-Gruppe aus. Dies teilte das Unternehmen gestern mit. Gründe für seinen überraschenden Abschied werden nicht genannt; Kenner vermuten, daß er die Zeit gekommen sah, sein Amt Jüngeren zu übertragen. Schmechtig, am 16. Juli 1922 in Breslau geboren, begann am 2. Januar 1955 bei Quelle, wo er dann nach einigen Zwischenstationen Europas größtes Foto-Haus – Umsatz 1982/83 (31. 1.): 617,4 Mill. DM – aufbaute. Seine Nachfolge übernehmen gleichberechtigt Hans-Joachim Bels (48), bisher Geschäftsführungsmitglied bei Foto-Quelle, und Benno Janßen (49), bisher Direktor im Großversandhaus Quelle.

Kurzarbeit bei KWU

Berlin (Wz.) – Die Berliner Turbinenfabrik der Kraftwerk Union (KWU) wird von Juli an kurzarbeiten. Von der Geschäftsleitung wird die Kurzarbeit mit fehlenden Exportaufträgen begründet. Betroffen sind zunächst etwa 250 gewerbliche Arbeitnehmer, später voraussichtlich 400 bis 500.

Kräftiger Umsatzanstieg

München (dpa/VWD) – Erhöhte Auslieferungen des Kampfpanzers Leopard 2 führten beim Maschinen- und Wehrtechnik-Hersteller Krauss-Maffei AG, München, zu einem Umsatzanstieg auf 1,28 (1981: 0,9) Mrd. DM. Der Gruppenumsatz stieg auf 1,57 (1,13) Mrd. DM. An die Obergesellschaft Buderus AG, Wetzlar, wurden 2,9 Mill. DM abgeführt.

Aktienkurse bröckelten weiter ab

Drängendes Angebot fand zum Schluß nur zögernd Aufnahme

DW. – Am Dienstag wußten die Aktionäre nicht so recht, wohin sie sollten. Nachdem die Unternehmungslust im vorbörslichen Telefonhandel äußerst gering war, weil niemand sich an der am Montag geschlossenen New Yorker Leitbörse ausrichten konnte, kam es zu Börsenbeginn in den Standardwerten bei größeren Umsätzen zu freundlicheren Kursen. Der Auftrieb nur von halbstündiger Dauer. Wie immer, wenn größere Kauforder vorliegen, kam auch Material heraus. Als dann die Käufe im Verkauf aussetzten, blieb das Angebot drängend und drückte viele Kurse nach unten. In Börsenkreisen überlegt man, ob dieser teilweise Kursruck nach ausgereicht habe, die Märkte wieder zu Kaufbörsen werden zu lassen.

Bei der uneinheitlichen Gesamttendenz spielte die Tatsache, daß vom Zentralbankrat keine Entscheidungen erwartet worden waren, kaum eine Rolle. Die Farbennachfolger wurden zeitweise bis um 1,50 DM (Bayer) zurückgenommen. Am Elektromarkt gab der Auslandsfavorit Siemens im Verlauf vorübergehend bis auf 321 DM (minus 4 DM) nach, erholte sich zum Schluß aber wieder etwas. Im Autobereich fiel der nochmalige Rückgang bei Daimler-Benz um 3 DM auf 572 DM auf. Versorgungspapiere konnten sich wieder knapp behaupten. Die stark politisierte HEW-Aktie (Aufsichtsratsneubesetzung zwecks Ausstiegs aus dem Kernkraftwerk Brokdorf) blieb weitgehend unbeachtet.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten sich um 4 DM auf 239 DM, Kochs Adler zogen um 5 DM auf 292 DM an und Rheag zogen um 5 DM auf 410 DM an. Bilfinger verminderten sich um 4 DM auf 252 DM, Dyckerhoff St. gaben um 3 DM auf 172 DM nach

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben die Blauen Quellen 232 DM minus 8 DM, Effektenbank 215 DM minus 9 DM, Linde 375 DM minus 8 DM, Stolberger Zink 1100 DM minus 25 DM und Steigenberger 1150 DM minus 10 DM. Von Auslandswerten konnten sich bei Plusankündigung die holländischen Hoogovens auf 28,30 DM verbessern.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 342 DM plus 1,90 DM, Markt und Kühlhallen mit 276 DM plus 3 DM und Triton mit 143 DM plus 0,80 DM bezahlt. HEW gingen mit 110,50 DM minus 1,50 DM und NWK Vz. mit 158,50 DM minus 1 DM um. Conti Gummi blieben bei 90 DM unverändert, Phoenix Gummi waren bei 116,50 DM minus 0,50 DM knapp behauptet.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 12 DM auf 298 DM, Dywidag gaben um 5 DM auf 255 DM nach, Gehe AG sanken um 1 DM auf 220 DM, und Hutschenreuther ermäßigten sich um 9 DM auf 260 DM.

Berlin: Berthold, Concordia Chemie und Herlitz Vorzüge mußten um je 2 DM, Kempinski, Orenstein und Schering um je 1 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: abwartend

Brüssel

	31. 5.	30. 5.
Arbed	1070	1070
Brux. Lambert	1995	1930
Cockerill Ougrée	109	104
Ebes	2285	2275
Gevaert	2145	2115
Kreditbank	5700	5680
Petrofina	5330	5310
Soc. Gén. d. Belg.	1700	1710
Sofina	4680	4660
Solvay	2740	2750
UCB	3750	3700
Index	120,87	2900

Singapur

	31. 5.	30. 5.
Cycle – Car.	5,65	5,60
Cold Storage	5,10	5,10
Dev. Bk. of Sing.	9,80	9,70
Fraser – Neave	8,85	8,95
Kl. Kepong	2,43	2,40
Mal. Banking	8,65	8,55
Nat. Iron	7,10	7,00
OCBC	10,80	10,90
Sime Darby	2,64	2,63
Singapur Land	7,80	7,75
Un. Overs. Bank	5,00	5,00

Sydney

	31. 5.	30. 5.
ACI	1,46	1,45
Ampol. Explor.	2,25	2,20
Bk. New S. Wales	2,80	–
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	–	8,26
Coles	2,80	2,85
CRA	5,46	5,36
CSR (Theiss)	3,78	3,75
Metals Expl.	0,75	0,71
MIM-Holdings	4,46	4,40
Myer Emporium	1,55	1,55
North Broken Hill	2,90	2,80
Oakbridge	1,48	1,45
Peko Wallsend	7,10	6,90
Poseidon	5,30	5,50
Thomas Nat. Tr.	1,80	1,77
Waltons	0,70	–
Western Mining	4,85	4,50
Woodside Petr.	1,12	–
Index	618,6	611,8

Kopenhagen

	31. 5.	30. 5.
Den Danske Bank	242,75	250
Jyske Bank	429	431
Kopenh. Handelsbk.	220,25	226
Novo Industri	2685	2705
Privatbanken	227,75	230,25
Ostasiat. Komp.	123,75	125
Dan. Sukkerfabr.	498	502,75
For. Bryggerier St.	871	871
Kgl. Porz. Fabr.	335	335

Wien

	31. 5.	30. 5.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	215	215
Gösser-Brauerei	–	340
Länderbank Vz.	211	211
Österr. Brau AG	287	287
Perlmooser	375	274
Reininghaus	339	339
Schwechater Br.	178	179
Semperit	115	–
Steyr-Daimler-P.	149	149
Universale Hoch Tief	239	–
Veitscher Magnesit	251	251
Index	58,04	57,93

Optionshandel

Frankfurt: 31. 5.: 675 Optionen, 35 650 (41 150) Aktien, davon 141 Verkaufsoptionen = 7400 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-80/2,30, 10-80/2,50, 1-65/15, 1-70/14, 1-75/11,40, 1-80/8, 1-85/5,40, Siemens 10-360/8, 1-370/5,20, 1-380/2,80, Veba 7-160/6, 10-160/10,90, 1-170/8,20, BASF 10-150/5,70, 10-160/4, Bayer 7-140/6,50, 1-140/11, 1-150/7, 1-160/4, 1-170/2,40, Hoechst 10-150/5,50, 1-140/15, BMW 1-340/20, VW 7-170/8, 7-190/1,80, 10-160/19,80, 10-170/11,50, 10-180/7, 1-170/19, 1-180/15, 1-190/12, 1-200/8, Conti 10-90/8,50, 10-95/5,50, 1-95/9, 1-100/5,90, Lufthansa 10-130/3,20, 1-130/5, Lufthansa Vorzüge 10-120/7,20, Commerzbank 7-160/18, 10-180/13, 10-190/8,65, 10-200/4,85, 1-170/23,80, 1-180/15,35, 1-190/13, Deutsche Bank 1-390/26, Dresdner Bank 7-180/9, 10-190/8,70, 1-170/29,10, 1-180/24,80, 1-190/13, Hoesch 7-45/10,20, 7-50/7,85, 7-55/4,20 bis 4 bis 3, 7-60/2, 10-45/15, 10-50/10, 10-55/6, 10-60/4,50, 10-65/2, 1-50/14,40, 1-55/10, 1-70/3, Mannesmann 7-150/5, 7-160/1,90, 10-150/15, 10-160/6,50, 10-170/4,40, 1-150/19, 1-160/12, Preussag 7-260/6,40, 10-270/6, Thyssen 10-80/8, 10-85/5,40, 1-90/6,70, Bay. Vereinsbank 10-380/9, Bewag 10-110/5, 1-100/14,60, 1-110/7, BBC 10-210/9,40, Deutsche Babcock 1-170/15, 1-180/9, Degussa 10-320/30, Harpener 10-280/19,80, Kali + Salz 1-190/20, Klöckner 7-45/2,10, 1-45/5, 1-50/3, Metallgesellschaft 1-230/25, Chrysler 7-65/5,50, Sony 1-45/3,40, Philips 7-40/4, 1-40/5,90, Royal Dutch 10-110/6,50, 1-120/6,40, Elf Aquitaine 10-60/3,50, Norsk Hydro 1-150/9. Verkaufsoptionen: AEG 7-70/3,60, 7-75/5,90, 10-65/2,80, 10-70/4, 10-75/8,50, Siemens 1-340/25, Bayern 7-140/5,50, 10-140/7, Hoechst 7-150/7,50, 10-150/8,50, VW 7-170/7, Conti 10-90/4, 1-90/4, Commerzbank 7-170/4,40 Deutsche Bank 7-340/20, 1-330/18, Dresdner Bank 7-190/11, Hoesch 7-50/2,40, 7-55/3,40, 10-60/8, Mannesmann 7-150/4, 7-170/20, 10-150/5,60, Preussag 1-260/11,40, Thyssen 1-85/6,40, BBC 10-200/8, Daimler 7-530/9, 7-540/11,60, 10-530/13, Kali + Salz 1-180/10, M.A.N. 7-160/6, Chrysler 10-60/3,40, General Motors 1-170/13,60, Litton 7-160/4,50, Xerox 7-120/8,45, Philips 10-40/2, 1-40/2,80, Norsk Hydro 7-140/5, 10-140/5,60.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 5.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9¼	5 –5¼	4⅞–5
3 Monate	9⅛– 9¼	5⅛–5⅜	4⅞–5
6 Monate	9⅝–10	5¼–5⅜	4⅞–5
12 Monate	9¾–10⅛	5⅝–5⅞	4⅞–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 31. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1350,00	1638,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1057,00	1330,01
5 US-Dollar (Liberty)	447,00	601,16
1 £ Sovereign alt	256,00	311,88
1 £ Sovereign Elizabeth II	252,00	307,36
20 belgische Franken	193,00	251,99
10 Rubel Tscherwonez	270,00	333,35
2 südafrikanische Rand	252,00	307,36
Krüger Rand, neu	1120,00	1310,80
Maple Leaf	1111,00	1300,63
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	265,00	330,35
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	274,59
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	265,55
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1045,00	1343,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	210,00	259,90
10 österr. Kronen (Neuprägung)	109,00	140,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	482,00	584,21
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	115,00	152,55

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

31. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,5150	2,5230	2,4912	2,48	2,57
London¹)	4,044	4,058	–	3,98	4,13
Dublin¹)	3,152	3,166	3,099	3,10	3,25
Montreal³)	2,0450	2,0530	2,0252	2,01	2,10
Amsterd.	88,910	89,130	88,79	88,25	90,25
Zürich	120,390	120,590	120,49	119,00	121,75
Brüssel	4,995	5,015	4,943	4,90	5,12
Paris	33,250	33,410	32,625	32,25	34,25
Kopenh.	27,890	28,010	27,635	27,25	29,25
Oslo	35,205	35,325	34,52	34,50	36,25
Stockh.**)	33,360	33,520	32,92	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,678	1,688	1,637	1,66	1,75
Wien	14,176	14,216	14,196	14,10	14,33
Madrid**)	1,794	1,804	1,714	1,74	1,86
Lissabon**)	2,490	2,500	2,26	2,10	3,00
Tokio	1,0556	1,0585	—	1,01	1,07
Helsinki	45,870	46,070	44,94	45,25	47,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,953	3,007	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,213	2,235	—	2,13	2,28
Johannesbg.*)	2,336	2,355	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte vom 31. 5. 1983

Auch das Abschlußkommunique von Williamsburg gab keinen Hinweis wie die Budgetprobleme in Amerika und deren Finanzierung im Sinne der Europäer gelöst werden könnte, so daß die Festigkeit des Dollars anhielt. Erste Kurse von 2,5230 konnten sich am 31. 5. zwar nicht behaupten, doch schloß der Markt bei 2,5200 nach einer amtlichen Notierung von 2,5190 zu der die Bundesbank einen minimalen Betrag abgab, gut behauptet. Die Pfund-Spitze des Vortages wurde nicht mehr erreicht, der Kurs gab um 0,5 Pf auf 4,051 nach. Uneinheitlich war die Kursentwicklung der anderen Währungen, zu erwähnen ist lediglich der Schweizer Franken und der holländische Gulden, die mit 120,49 und 89,02 etwas höher bezahlt wurden. Dollar in: Amsterdam 2,8300; Brüssel 50,3250; Paris 7,5605; Mailand 1496,30; Wien 17,7450; Zürich 2,0906; Pfund/Dollar 1,6082.

Ostmarkkurs am 31. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,30 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Aus technischen Gründen und basierend auf einer festen Grundtendenz der Dollar-Zinssätze wurden am 31. Mai die Dollar-Deports etwas höher gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,83/2,73	5,45/5,25
Pfund/Dollar	0,13/0,11	0,31/0,27	0,42/0,37
Pfund/DM	2,50/1,10	5,90/4,50	10,30/8,90
FF/DM	31/15	79/63	178/162

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31. 5.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,10–5,20 Prozent; Dreimonatsgeld 5,35–5,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 31. 5.: 10 bis 29 Tage 3,65 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,65 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 31. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,00 (5,61)–7,50 (6,04)–8,00 (6,38)–9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,00 (5,66)–7,50 (6,12)–8,00 (5,48)–9,00 (6,90)–9,00 (7,20) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,72. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 99,00, Rendite 7,75.



Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

		31. 5.	30. 5.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,2G	100,25G
10 dgl. 73 II	11/83	101,7	101,7
7½ dgl. 72	2/84	100,8	100,85
8 dgl. 72	9/84	102	102,2
8¼ dgl. 76	9/84	102,2	102,3
6 dgl. 78 III	11/84	99,1	99,3
6½ dgl. 79	2/85	99,3	99,9
8½ dgl. 73	2/85	103,1	103,1
7 dgl. 77	2/87	97,4	97,6

Bankschuldverschreib.

	31. 5.	30. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	85G	85G
6½ dgl. Pf 5	88G	88G
7 dgl. Pf 2	100	100
F 7½ Bakola Pf 104	101,4G	101,4G
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	110,5G	110,5G
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 155	100,75T	100,75T
9 dgl. KS 169	104,2G	104,2G

Renten lustlos und schwach

Die Stimmung an den Rentenmärkten war gewissermaßen am Nullpunkt, öffentliche Anleihen wurden vielfach bis um 0,7 Prozentpunkte, in der Spitze mehrfach bis um einen vollen Prozentpunkt zurückgenommen. Der Zinssteigerungsprozeß setzte sich also fort. DM-Auslandsanleihen wurden bei kleinstem Geschäft bis um einen Zehntelpunkt zurückgenommen. Pfandbriefe gaben bei geringster Unternehmungslust bis um einen Punkt nach.

	31. 5.	30. 5.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	89,75bG	90bG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,75bG	94,25G
7 dgl. Pf 3	93,75bG	94,25bG
7 dgl. Pf 27	100,75G	100,75bG
6½ dgl. KS 14	95bG	95,5bG
7¼ dgl. KS 27	100,9G	100,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77bG	78bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
[illegible]		

	31. 5.	30. 5.
Br 6½ dgl. Pf 77	92,5G	92,5G
8 dgl. Pf 42	99,7G	99,7G
8½ dgl. Pf 47	81G	102G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 65	70,5G	70,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	81G	81G
6 dgl. Pf 130	91,05G	91,05G
6½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 168	101,05G	101,05G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	89,25G	89,25G
[illegible]		

	31. 5.	30. 5.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	88,25	88,25
7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
M 6 Südboden Pf 41	88,5G	88,5G
5½ dgl. Pf 57	77G	77bG
6½ dgl. Pf 143	95,5G	95,5bG
7 dgl. Pf 87	94bG	94bG
7½ dgl. Pf 104	95bG	96G
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 81	99bG	100G
8 dgl. KS 133	100,75	100,75
8½ dgl. KS 132	101,75G	101,75
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
[illegible]		

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

Warenpreise – Termine

Gegenläufig entwickelten sich die Edelmetalle am Freitag an der New Yorker Comex. Während Gold schwächer aus dem Markt ging, konnte sich Silber verbessern. Mit deutlichen Gewinnen schloß Kupfer. Fester bis etwas schwächer wurde Kaffee bewertet. Durchweg Gewinne verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30. 5.	27. 5.
Juli	geschl.	347,00
Sept.	geschl.	358,00
Dez.	geschl.	371,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	30. 5.	27. 5.
St. Lawrence 1 CW	207,23	243,43
Amber Durum	239,96	241,87
[illegible]		

Genußmittel

Kaffee	30. 5.	27. 5.
New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	geschl.	135,10
Sept.	geschl.	131,65
Dez.	geschl.	129,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	geschl.	2155
Sept.	geschl.	2195
Dez.	geschl.	2225
[illegible]		

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

FINANZANZEIGEN

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft
Essen

Aufforderung

zur Entgegennahme neuer Zinsscheinbogen zu der 6 % Anleihe von 1963
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380116 –

Zu den bisher noch nicht verlosten Teilschuldverschreibungen unserer 6% Anleihe von 1963 werden gegen Einreichung des Erneuerungsscheins

ab 1. Juli 1983

neue Zinsscheinbogen mit Zinsscheinen 2. Januar 1984 bis 1. Juli 1988 (Nr. 41-50) ausgegeben. Die neuen Zinsscheinbogen der nicht ausgelosten Serien B, E, O, S und U können bei den nachstehend aufgeführten Banken oder deren Niederlassungen kostenfrei in Empfang genommen werden:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Soweit die Teilschuldverschreibungen bei einem Kreditinstitut verwahrt werden, haben die Obligationäre selbst nichts zu veranlassen, da die Bogenerneuerung durch das Kreditinstitut vorgenommen wird. Die Verwahrstellen werden gebeten, die Erneuerungsscheine dem Nennwert und der Nummernfolge nach geordnet mit einem Nummernverzeichnis in dreifacher Ausfertigung zusammen mit den am 1. Juli 1983 zur Zahlung fällig werdenden Zinsscheinen einzureichen.

Essen, im Juni 1983 **Der Vorstand**



Lufthansa

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft
Köln

Wir laden hiermit unsere Aktionäre ein zu der am Donnerstag, den 14. Juli 1983, um 10.00 Uhr im Gürzenich, Köln, Martinstraße, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

- **1a Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats**
- **1b Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982**
- **1c Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 1982**
- **2 Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982**
- **3 Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982**
- **4 Beschlußfassung über die Festsetzung einer Vergütung und eines Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982**
- **5 Wahlen zum Aufsichtsrat**
- **6 Wahl des Abschlußprüfers und des Konzernabschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983**

Vorschläge zur Beschlußfassung

Zu Punkt 1 c der Tagesordnung
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluß ausgewiesenen Bilanzgewinn von DM 45 000 000,– zur Zahlung einer Dividende von DM 2,50 je Stammaktie im Nennbetrag von DM 50,– sowie zur Zahlung einer Dividende von DM 2,50 je Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,– zu verwenden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 1982 eine Vergütung von DM 5.000,– je Mitglied, das Anderthalbfache an den stellvertretenden Vorsitzenden und das Doppelte an den Vorsitzenden zu zahlen sowie ein Sitzungsgeld von DM 100,– je Mitglied und Sitzung zu vergüten.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung
Gemäß § 102 Abs. 1 AktG und § 8 Abs. 2 der Satzung endet das Amt aller Aufsichtsratsmitglieder mit dem Ende der Hauptversammlung. Von der Hauptversammlung sind 10 Mitglieder des Aufsichtsrats neu zu wählen. Der Aufsichtsrat setzt sich nach § 96 Abs. 1, 1. Alternative AktG in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 Nummer 3 und § 8 MitbestG zusammen. Der Aufsichtsrat schlägt vor, folgende Herren in den Aufsichtsrat zu wählen

Dr. h. c. Hermann J. Abs
Ehrenvorsitzender der Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main

Alfred Bayer
Staatssekretär, Bundesministerium für Verkehr, Bonn

Staatsminister a. D. Dr. h. c. Rudolf Eberhard
Präsident der Deutsche Zentrale für Tourismus e. V., Gauting

Minister a. D. Gerd Lausen
Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel

Dr. Wolfgang Leeb
Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main

Dr. Günter Obert
Staatssekretär, Bundesministerium der Finanzen, Bonn

Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Otto Schlecht
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn

Dr. Manfred Schüler
Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main

Dr. h. c. Franz Josef Strauß
Ministerpräsident des Freistaates Bayern, München

Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuarbeit Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer und Konzernabschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist gemäß § 15 unserer Satzung berechtigt, wer seine Aktien bis spätestens 7. Juli 1983 bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegt hat und sie bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort beläßt.

Hinterlegungsstellen sind unsere Gesellschaftskasse sowie die folgenden Kreditinstitute und deren Niederlassungen in Berlin, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln, München, Saarbrücken und Stuttgart

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
Effectenbank-Warburg AG
Hamburgische Landesbank Girozentrale
Merck, Finck & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank AG
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Länderbank AG

Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Aktien können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. Deren Bescheinigung über die Hinterlegung ist spätestens am 8. Juli 1983 bei unserer Gesellschaftskasse einzureichen.

Köln, den 1. Juni 1983

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft
Der Vorstand

DIDIER Didier-Werke Aktiengesellschaft Wiesbaden

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft
findet am Freitag, dem 15. Juli 1983, 11.00 Uhr, im Kurhaus Wiesbaden statt.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichtes mit dem Bericht des Aufsichtsrates sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung, die u. a. je gewinnberechtigte Aktie im Nennwert von DM 50,– die Verteilung einer Dividende von DM 5,50 vorsieht, ist im Bundesanzeiger Nr. 101 vom 1. 6. 1983 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung auch die Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen.

Letzter Hinterlegungstag ist Freitag, der 8. Juli 1983.

Wiesbaden, im Juni 1983 Der Vorstand

BILFINGER + BERGER BAUAKTIENGESELLSCHAFT MANNHEIM

– Wertpapier-Kenn-Nr. 590 900 –

Die

ordentliche Hauptversammlung

der BILFINGER + BERGER BAUAKTIENGESELLSCHAFT findet am Donnerstag, dem 7. Juli 1983, 11 Uhr, in Mannheim, Ausstellungshalle des Mannheimer Kunstvereins e.V., Augustaanlage 58/Carl-Reiß-Platz, statt. Zu dieser Hauptversammlung laden wir unsere Aktionäre hiermit ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des Geschäftsberichts und des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrats. Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für 1982.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns (Ausschüttung einer Dividende von DM 10,– je Aktie)
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982.
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982.
5. Beschlußfassung über eine Ermächtigung des Vorstands zur Erhöhung des Grundkapitals (genehmigtes Kapital DM 20.000.000,–) und über die dadurch erforderlich werdende Änderung der Satzung.
6. Beschlußfassung über eine Satzungsänderung (Ersatzmitglieder des Aufsichtsrats).
7. Wahlen zum Aufsichtsrat
8. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983

Der volle Wortlaut der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung und den näheren Einzelheiten über die Ausübung des Stimmrechts ist im Bundesanzeiger Nr. 99 vom 28. 5. 1983 veröffentlicht.

Mannheim, im Juni 1983 **Der Vorstand**

EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel
Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle
Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

6¼% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1972
– WKN 463 421/32 –

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. September 1983 fälligen Tilgungsrate fand am 24. Mai 1983 in Anwesenheit eines Notars statt.

Es wurde die Serie 3 – WKN 463 423 –
mit den Stücknummern
8301 – 12 450 zu je DM 1000,–
im Nennbetrag von DM 4 150 000,– gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. September 1983 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. September 1984 uff. eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank – Girozentrale –

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen

Amsterdam-Rotterdam Bank N. V.
Banca Commerciale Italiana
Banque Paribas
Lazard Frères et Cie
Société Générale de Banque S.A.

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 31. August 1983. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt.

Die am 1. September 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 6, 7, 9 und 11 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Basel, im Mai 1983

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln."

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.
Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.
Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".
Heft 15 der „Orientierungen" bringt Beiträge zur Friedenspolitik, zum Welthandel und zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland, ein Interview mit Bundesbankpräsident Otto Pöhl zur internationalen Währungspolitik sowie Analysen zur Wirtschaftspolitik in Japan und Ägypten.
Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? –
Bitte, schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.

Sicherheit auf allen Wegen

Dazu: Agnes Schuck, Kaufm. Angestellte, Bremerhaven



Meine Meinung ist: Fußgänger sollten gerade im Berufsverkehr die Straßen nur an gesicherten Überwegen überqueren. Das dient nicht nur der eigenen Sicherheit, sondern ist gleichzeitig partnerschaftliches Verhalten gegenüber den Kraftfahrern.

BG – Hallo Partner danke schön

Ihre Berufsgenossenschaft und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat

STELLENANGEBOTE



Krings Fruchtsaft
ein Junita-Partnerbetrieb

KRINGS Fruchtsaft GmbH & Co., Postfach 43
Am Hasenhess 1, 4050 Mönchengladbach 4
Tel. 0 21 66 / 5 10 81, Telex 8 52 419 krin d

Als ein führendes Unternehmen der Fruchtsaftindustrie mit ca. 160 Mitarbeitern vertreiben wir unsere Produkte in Nordrhein-Westfalen und den angrenzenden Benelux-Ländern. Ständige Expansion unserer Produktion und des Absatzes bestimmen heute bei uns den Einsatz hochwertiger Technologien und diesen entsprechender technischer und organisatorischer Betriebsmittel.

Um diese hochmodernen Produktionseinrichtungen noch optimaler für unser Unternehmensziel zu nutzen, sind wir dabei, ein neues Logistikkonzept zu realisieren.

Für die daraus resultierenden übergreifenden Aufgaben suchen wir einen erfahrenen

Betriebsleiter/Logistiker

der als Ingenieur für Materialfluß und Betriebsorganisation dieses Konzept mit uns umsetzen kann.

Die Position untersteht direkt der Geschäftsleitung und ist für die Organisation, Koordination und Planung von Produktion (der ausgeschriebenen Position ist der fachverantwortliche Produktionsleiter unterstellt), Materialfluß und Versand zuständig.

Interessenten bitten wir, ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Gehaltsvorstellungen und frühestem Eintrittstermin zu senden an Institut für Logistik
z. H. Herrn Prof. Dr.-Ing. R. Jansen, Postfach 50 05 00
4600 Dortmund 50.

Unsere bekannte Firmengruppe der Baumaschinenbranche hat ihren Sitz im Norden unseres Landes. Unsere Produkte sind Geräte, die in vielen Bereichen eine Spitzenstellung einnehmen.

Für unsere Finanzabteilung suchen wir einen qualifizierten BETRIEBSWIRT als Assistenten für den Leiter der Abteilung. Die Aufgabe umfaßt die Bereiche Finanzen, Finanzbuchhaltung, Bilanzen, Steuern. Die Position ist als Lebensaufgabe gedacht, da der jetzige Leiter der Finanzabteilung in wenigen Jahren aus Altersgründen ausscheiden wird. Wir erwarten eine unternehmerisch geprägte Persönlichkeit im Alter bis zu 40 Jahren, die umfassende Erfahrungen in den oben genannten Aufgabenbereichen mit Durchsetzungsvermögen und Führungsfähigkeiten besitzt sowie die englische Sprache beherrscht.

Ihre Bewerbung mit einem ausführlichen Lebenslauf, Beschreibung des derzeitigen Aufgabengebietes, Lichtbild und Zeugniskopien – eine vertrauliche Behandlung der Bewerbung und die Beachtung von Sperrvermerken wird zugesichert – sowie der Angabe des möglichen Eintrittstermines senden Sie bitte unter L 7142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

80 000,– DM p. a.
können Sie durch Übernahme einer Agentur verdienen. (Keine Versicherung).
Meteor GmbH
Tel. 02 34 / 6 01 33 – 35

Topverkäufer gesucht. Verdienst: bis 10 000,– DM. Kurzinformation: Tel. 0 23 81 / 8 82 11 ab 8.30 Uhr.

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Barkapital ab 3000,– erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, 6 Ffm. 11

Wir sind die Planungstocherfirma eines bekannten Medizintechnik-Herstellers. Wir suchen einen

Fachplaner Krankenhaus-Medizintechnik

für hochinteressante und vielseitige Planungsaufgaben zur Ausrüstung von Krankenhäusern.

Wir denken an einen engagierten Ingenieur von etwa 30 bis 35 Jahren mit mindestens 3jähriger Berufserfahrung in der Planung und Ausschreibung oder der Beschaffung und Betreuung medizintechnischer Krankenhaus-Ausrüstungen. Englischkenntnisse sind erwünscht.

MEDIZIN SYSTEM TECHNIK GMBH
Planungsgesellschaft für Krankenhaus-Medizintechnik
Heinr.-Schrohe-Straße 25, 6500 Mainz 26
Telefon (0 61 31) 8 10 03

Brot für die Welt

Spendenkonto 500 500-500
bei Landesgirokasse Stuttgart
Commerzbank AG Stuttgart
und Postscheckamt Köln

Eine wertvolle Prämie

erhalten Sie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.
Fordern Sie Informationen bei unserer Vertriebsabteilung an.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertriebsabteilung Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 347-45 56 oder -1

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN



MODE IM BERUF

Wir erweitern unseren Markt und suchen **Vertreter** mit guten Kontakten zur **Industrie.** Erforderliche Sachkenntnisse vermitteln wir unseren Repräsentanten gerne.

Wir produzieren **Berufsbekleidung** und wollen unsere Erfahrung aus anderen Absatzgebieten jetzt in diesen neuen Bereich einbringen. Die Vergabe der Bezirke in ganz Deutschland erfolgt auf Vertreterbasis nach PLZ-Bereichen.

Wenn Sie Kontakte zur Industrie haben und daran interessiert sind, an einem Wachstumsmarkt durch gemeinsamen Einsatz zu partizipieren, bewerben Sie sich bitte unter Angabe der gewünschten PL-Zonen.

Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf und Lichtbild senden Sie bitte zu Hd. der Geschäftsleitung, Herrn O. Benecke.

Alba Bekleidungs GmbH, Werler Straße 34, 4902 Bad Salzuflen 1, Tel. (05222) 50031

Sie sind ein dynamischer Verkäufer, erfahrener Architekt od. Bau-ing. mit kaufmännischen Kenntnissen u. wollen sich als

BAUFACHMANN

selbständig machen. Dazu wollen wir Ihnen unsere 10jährige erfolgreiche Erfahrung auf dem Bau-Immobilien- u. Finanzierungssektor sowie unsere Firmenbezeichnung zur Verfügung stellen. Für die Postleitzahlgebiete 2, 3, 6, 7 u. 8 vergeben wir selbständige Niederlassungen und stellen dazu das gesamte Know-how zum Aufbau Ihrer Firma zur Verfügung. – Als Startkapital müssen ca. DM 150 000,– vorhanden sein. – Für die erste Kontaktaufnahme wenden Sie sich bitte an unsere Steuerberatungsgesellschaft.

Tel. 02 11 / 49 19 21 Herrn Speckamp

Generalvertrieb

für Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz + Saarland und Schleswig-Holstein zu vergeben.
Hersteller sucht Geschäftspartner zum Aufbau und Betreuung eines Vertriebsnetzes für konkurrenzloses Produkt für Energieeinsparung und Umweltschutz. DM 50 000,– bis DM 100 000,– Eigenkapital und Unternehmungsgeist sind Voraussetzung. Senden Sie Ihre Kurzbewerbung an die Firma

G. R. Rotter GmbH Energieeinsparprodukte, Germanenstr. 4
7410 Reutlingen 24 (Rommelsbach), oder rufen Sie uns wegen einer Terminvereinbarung unter Tel. 0 71 21 / 6 31 41-2 an.

Griechenland-Spezialist

Dt. Ind.-Kfm., Werbefachmann mit guten Kontakten, langj. Erfahr., vertritt Ihre Interessen, Gesch.-Anbahnungen, Inkassi, Wirtsch.-Auskünfte. Büro mit Telex; Griechisch, Englisch, Deutsch.

Nur seriöse Zuschriften erbeten unter B 7090 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hallenkapazität frei!

Geeig. als Auslieferungslager; übern. auch Montagearbeit.; Lkw, Personal vorhanden, Raum Celle – Hannover.

Krümpel-Landmaschinen
Brandenbusch 2
3102 Hermannsburg
Tel. 0 50 52 / 36 33, FS 9 25 918

Erfahrener Ghostwriter

Reden zu allen Anlässen, auch kurzfristig. Tel. 0 22 44 / 49 79

Paraguay. Ihr 2. Bein in der Schweiz Südamerikas. Ab DM 20 000,– bieten wir Anlegern Teilhaberschaft (aktiv sowie passiv) an parag. S. R. L. Bewirtschaftungsunternehmen, gekoppelt m. Immob.-Verkauf. Eigenes Projekt. Schreiben Sie uns oder rufen Sie an: R. Hujer, Geschäftsführer der EST.-Agnaray, S. R. L. Mitglied der deutsch/paraguayanischen Handelskammer, c/o ATS, Mittlere Bleiche 51, 6500 Mainz, Tel. 0 61 31 / 23 10 94

Microchips

durch uns zu beziehen. Schnelle Belieferung unsere Stärke. Zuschr. erb. u. K 7141 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Looking for

Diversification?

High quality synth. chamois leather to be distributed throughout existing contacts of yours, to supermarkets, druggists, etc.
Please only reply when sufficient opportunities to realise a reasonable turnover at once.
Write to Alpex, 't Serclaeslei 7, 2130 Brasschaat, Belgium

Geschäftskarriere in USA

beginnt mit neue Beziehungen anzubahnen, neue Geschäfte anzuknüpfen, wertvolle Kontakte zu Kunden, die es werden könnten, zu pflegen. Kostenlose Information (deutsch) von US-Wirtschaftsdiplomaten: KEMKO International, Inc., 2517 Route 35, P. O. Box 158, Manasquan, N. J. 0 87 36, USA, Tel. (2 01) 5 28 – 55 01; Telex: TWX-7-107 236 518; Cable: KEMKO Manasquan, N. J.

Wir starten in die neue Ferien-Dimension

URLAUB plus KAPITALANLAGE zum Null-Tarif + RENDITE

Für den Vertrieb unserer sensationellen Ferien-Systeme für europäische Objekte vergeben wir

HANDELSVERTRETUNGEN

im gesamten Bundesgebiet

Wir erwarten Führungsqualitäten, Pioniergeist, Eigeninitiative, Durchsetzungsvermögen, Begeisterungsfähigkeit.

Wir bieten feste Gebiete, angemessene Provisionen und, und und ...!

Schriftliche Kurzbewerbungen richten Sie bitte an:
ABVV, Postfach 11 11, 2913 Apen 1, Tel. 0 44 89 / 51 80

Patentierte Produktionsanlage

nicht ortsgebunden, für Verbrauchsprodukt Kleintiere, mit Kundenstamm, Know-how usw. für DM 1,2 Mio. zu verkaufen. Zu erwartende Bruttoerlöse p. a. DM 1,5 Mio.
Zuschr. erb. u. PM 46545 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kontakt Schweiz

Int. Gesellsch.-Gründungen, Rechts-, Steuer- u. Wirtschaftsberatung, Vergleichskonzepte, Konkursbearbeitung, Treuhandmandate, Rechtsgeschäfte in Bau- und Immob.-Angelegenheiten, Verwaltungen.

Anfragen: PC TRENDOR AG, P.O.B. 4152, CH-8022 Zürich

Größere Bauunternehmung

erstellt fertige Wohneinheiten in Fertigbauweise oder konventionell, auch schlüsselfertig.
Zuschr. erb. u. PL 46544, WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Für norddtsch. Raum
Auslieferung von Waren
oder Geräten gleich welcher Art gesucht. Lagerraum kann gestellt werden. Baldige Zuschr. erwünscht unt. A 7089 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Büroservice

in Neuss / Düsseldorf
Post, Telefon, Telex usw.
L. Geyr, Postfach 4 27
4040 Neuss, T. 0 21 01 / 4 40 76

Selbständiger Kaufmann (Jurist)

übernimmt im Rahmen seiner Tätigkeit als Geschäftsführer gerne **Kontrolltätigkeit**, Verkaufsschulung o. ä. Ihrer Außendienstmitarbeiter im Raum **Schleswig-Holstein, Hamburg, nördlichstes Niedersachsen.**

Angebote unter F 7094 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Water-Buggy

Der Umsatzrenner nach dem Surfbrett ...! Der superschnelle Wasserflitzer für die ganze Familie. Programmierte Verkaufserfolge für Wiederverkäufer mit dem richtigen Riecher für Marktlücken. Rufen Sie an!
Tel. 0 72 21 / 6 62 06, H. Herrmann, Postfach 13, 7570 Baden-Baden 19

Für hervorragende Verlagsobjekte (Theaterprogramme und -zeitungen) suche ich dringend eine erstklassige

Anzeigenverkäuferin

Repräsentatives Auftreten und absolutes Können sind Voraussetzung.

CARINI-WERBUNG, Steindamm 103, 2 Hamburg 1, Tel. 24 77 86

Handelsvertreter

mit Sitz in
594 Lennestadt
sucht gut eingeführtes Produkt (od. Produktpalette) für Raum Westfalen, Nordhessen, Rheinland, Ruhrgebiet. Eigenkapital für die Erstellung einer Lagermöglichkeit u. Aufbau eines Vertriebsnetzes ist vorhanden. – Zuschriften unter M 6879 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Internationales Detektiv- u. Ermittlungsbüro

erfüllt Ihre Spezialaufgaben.
Ermittlungen, Kaufhausdetektive, Beschaffungen, Geheimkontakte und Flugzeugeinsatz.
Geschultes, zuverlässiges Personal (ehem. Fahndungspolizisten) im In- u. Ausland.

AVB Treuhand
Frauenbergstr. 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 40 od. 80 48 od. 80 49
Telex 7 32 714 avbd

Familiärer Unternehmensverbund

(Ums. 1982: 18 Mio.) sucht für die Lösung spezieller Führungsprobleme, rechtlicher Angelegenheiten sowie von planerischen Fragen eine erfahrene Unternehmensberatung.
Zuschriften erbeten unter L 7130 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre Vertretung in Hamburg, mit Büro u. Lager, Kommissionierung u. Verteilung übernimmt.
Tel. 0 40 / 22 64 61 / 62.

Spannende
Super-Gewinne-Lektüre

mit Startkapital-Gutschein

Wer '81 in Biosonics investierte, ist heute um 106 400,- reicher.
Kostenlose Information durch:
0 72 21 / 2 66 20 (Tag- u. Nacht-Service)

DM 100 000,– p. a.

sollten Sie verdienen, werden Sie Ihr eigener Chef. Wir vergeben Lizenzen für ein lukratives Verfahren.
Teppich – Blitz, Schulstr. 49,
5620 Velbert, Tel. 0 20 51 / 5 57 71

Wir verpacken und versenden

Ihre Produkte in: Schweiz, Deutschland, Österreich, Frankreich und Belgien.

I V M, Box 110, CH-8042 Zürich
Tel. 01 / 3 63 38 44 oder
Telex 59 140 ivm ch

Alle Außendienstmitarbeiter

die mit unserem
Konzept
haupt- oder nebenberuflich
erfolgreich werden wollen,
rufen uns an:

PROJEKTBAUTREUHAND
Hedwigstr. 3 · 8000 München 19 · Tel. 089/1903410/14

Suchen Sie ein Auslieferungslager Grenznähe Schweiz (Raum Singen)?

Lagerflächen bis 430 m² stehen zur Verfügung. Übernahme der Verzollungen und Weiterleitung in die Schweiz möglich.
Angebote unter Y 7131 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertretungen

für die weltweit patentierte

BILL-WANNE

– eine Spezialbadewanne für Senioren und Behinderte, -regional BRD (einschl. West-Berlin), Dänemark und Norwegen zu vergeben.

Kontaktmöglichkeit auf der Interhospital in Düsseldorf vom 7.–10. 6., Stand der Fa. BE u. WE, H. Timmermann oder Fa. Ilsohn-Wassertechnik, Emilienstr. 46, 2000 Hamburg 19.

International erfahrener
Createur bringt auch Ihnen neue **Ideen**
für Einrichtung und Ausstattung.
Angeb. erb. unter PH 46 444 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Wir haben's
Ing.-Büro Harms,
der Partner für Maschinenbau + Energie
Tel. 0 40 / 4 91 16 11

DM 300 000,- Einkommen p. a.

mit Alleinvertriebsrecht (Gebietsschutz). Zukunftsichere Existenz durch Produkte mit hoher Wirtschaftlichkeit für Energieeinsparung und Umweltschutz. Eigenkapital u. Unternehmungsgeist sind Voraussetzung. Senden Sie Ihre Kurzbewerbung an die Firma

G. R. Rotter GmbH Energieeinsparprodukte, Germanenstr. 4
7410 Reutlingen 24 (Rommelsbach), oder rufen Sie uns wegen einer Terminvereinbarung unter Tel. 0 71 21 / 6 31 41-42 an.

STELLENGESUCHE

Verkaufsspezialist

Als erfahrener Verkaufsberater – zuletzt Repräsentant für technische Produkte in der BRD und westlichen Nachbarländern – suche ich eine neue, ähnlich gelagerte Aufgabe im

Bereich techn. Gebrauchs- oder Investitionsgüter
möglichst im Raum Norddeutschland

Als 40jähriger sehe ich meine Zukunft in einer Position, in der ich sowohl Erfahrung als auch Beharrlichkeit einsetzen kann.

Sollten Sie diese Angaben interessieren, bitte ich um Kontaktaufnahme mit der von mir beauftragten Personalwerbe Union GmbH. Auch telefonisch steht Ihnen dort Herr Kuhrt für weitere Informationen gern zur Verfügung.



Personalwerbe Union GmbH
Eimsbütteler Straße 64–66
2000 Hamburg 50
Telefon (040) 4 39 28 18 und 4 39 95 91

PERSONALWERBE UNION

Suchen Sie ... vorzugsweise in Hamburg/Norddeutschland einen berufserfahrenen Hamburger Kaufmann für eine langfristige, interessante Aufgabe, etwa im Bereich

Geschäftsführung/Vertrieb

auf den Ihre folgende Beschreibung zutrifft?
- Ende 30, verh., Praktiker auf Basis: Kaufm. Lehre, BWL-Studium; umsichtig, selbständig, verhandlungssicher, f. Innovationen aufgeschlossen, techn. interessiert.
- 15 J. Berufserfahrung (8 Jahre selbst.) in den Bereichen:
- Vertrieb v. Investitionsgütern (Computer, Immobilien)
- Freie Beratung
- Geschäftsführer Bauträgerges. (beteiligt)
- Weitere Schwerpunkte: Analyse, Organisation, Marketing, Motivationstechnik, Finanzierungsfragen.

Branche: Nicht entscheidend, evtl. Nachfolge/Partnerschaft.
Zuschr. erb. unt. Y 7109 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. / Maschinenbau (TH)

33 J., Leiter AV und Kostenüberwachung in größerem Unternehmen. Zielstrebig, kostenbewußt, kreativ. Erfolgreiche Tätigkeit in Planung, Steuerung, Kostensenkung. Gesucht wird Position als Betriebsleiter oder ausbaufähige Stelle im techn. Management. Bevorzugter Raum K/BN/KO. Ang. erb. u. U 7127 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CHEMIKALIEN-TRADER

36, verh., Schwerpunkt flüssige Bulk-Chemikalien, vorzügliche Kontakte in USA (bedingt durch über 10jährigen Aufenthalt) und Fernost (durch konstantes Reisen), sucht leitende Position, ggfs. auch bei einem Commodity-Händler.
Kontakt unter D 7136 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PETRO-CHEMIE

Mitte 30, „one-man-trading-squad", bedingt durch alleiniges Ein-/Verkaufen, Befrachten, Abwickeln usw., sucht Firma, die finanzstark genug ist und Risiken in diesem „Commodity" artverwandten Geschäft einzugehen bereit ist.
Zusammenarbeit kann auf Festbasis oder als freier Mitarbeiter erfolgen. Umfangreiche Reisetätigkeit jederzeit möglich.
Zuschriften erb. unter W 7129 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industrial Designer
Dipl.-Ing (FH) allg. Maschinenbau

37 Jahre, verh., ortsungebunden, sucht ausbaufähige Tätigkeit in Industrie, Designbüro oder Forschung im Bereich: Gestaltung, Ergonomie, Design für Behinderte und Arbeitsplatzgestaltung.
Design und Ergonomie
sind meine Spezialgebiete. 6 Jahre Praxis in einem Designbüro der Industrie (Investitionsgüter), selbständige Projektbearbeitung: Konzeption, ergonomischer Versuchsaufbau, Gestaltung, Konstruktion, Modellbau.
Zuschriften erbeten unter N 7122 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Kaufmann Produktionsing. grad. Maschinenbau

sucht Anfangsstellung.
Angebote unter PG 46 443 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann

exporterf. Hamburger, unternehmerisch eingestellt, Anf. 40, verh., mehrj. Afrikaaufenthalte, Englisch, sicher in Beratung, Planung, Projektierung, Abwicklung Bereich Industrieanlagen, Maschinen, techn. Ausrüstungen m. Schwerp. Holz-Metall-Papier-Kunststoff, sucht neue verantwortungsv. Aufg., evtl. auch m. Auslandseinsatz.
Zuschriften erbeten unter PZ 46437 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Qualifizierter Maschinenschlosser, Auslandserfahren, Engl. fließend, Span. Grundkenntn., erfahren in Maschinenbaumontage, Neueinrichtung u. Reparatur, Schweißkenntn. u. Erfahrung als Ausbilder, sucht Tätigkeit in Südamerika, Afrika u. Asien.
Zuschr. unt. C 7179 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufs- und Vertragsprofi

(Industrieanlagen, Engineering, techn. Investitionsgüter), Verfahrensingenieur, Deutscher, 46 Jahre, Englisch (US high school), Französisch, Spanisch, bisher tätig in Europa, Nordafrika, Nahost und Südostasien, ungekündigt, sucht zum 1. 1. 1984 neue exportorientierte Stellung.
Ang. erb. u. S 7125 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

19jährige Abiturientin sucht 2-Jahres-Job

in Frankreich, franz. Schweiz oder England. Ang. erb. u. X 7086 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Volljurist, 31 J., led., ortsungeb., 2. Bildungsweg, Examen befriedigend, einphas. HH, Stationszeugn. überdurchschn., seit 1 J. Stellg. b. WP- u. Steuerber.-Ges. su. p. 1. 9. 83 wirtschaftl. Betätigungsber. b. RA, Ind., Bank, Vers. od. Verband. Stud.-Schwerp.: Zivilrecht, priv. Baurecht u. -finanzierg. sow. öffentl. Recht.
Ang. erb. u. H 7140 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Bauingenieur

langjähr. Erfahrung i. Projektsteuerung, Konstruktion u. Oberbauleitung, wünscht sich zu verändern.
Zuschr. u. S 7108 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Monteur

gel. Masch.-Schlosser, 15jährige Ausl.-Erfahr. im Masch.- und Anlagenbau in Afrika und Amerika, fl. Englisch und Afrikaans, sucht entspr. Stellung, vorzugsw. im engl.spr. Ausland.
Zuschr. unter D 6872 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkäufer

34 J., m. PKW, Innendienst-Verkaufserf. i. Investitions- u. Konsumgüterbr. an Endverbr., abschlußs., kontaktfr., su. überreg. Reisetätigk., auch m. Übernachtung.
Zuschr. erb. u. PT 46 350 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Groß- und Außenhandelskfm.

28, Abitur, Ausb. in bek. Großuntern., gute Engl.- u. Franz.-Kenntn., z. Zt. eigenverantwortl. in techn. Export tätig, su. vergleichbare Pos. im Raum Hamburg. Angebote unter Y 7087 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Nicht wahr, Sie suchen schon lange eine Haushälterin

die sich verantwortungsvoll um Ihre Familie und Ihr Anwesen kümmert. Die über eine gewisse Erfahrung verfügt und Spaß an ihrem Beruf hat. Wollen Sie es mit mir, ländl. HWL, 23 J., Examen 1980, FS III, ungek., als Beschließerin eines großen Privathauses tätig, versuchen? Ich suche zur Erweiterung meiner berufl. Kenntnisse neuen Wirkungskreis zum 1. 10. oder später.
Ang. erb. u. M 7099 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Export

Markenartikler, 48 J., Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, EG, Efta, USA – Aufb. v. Auslandsvertretungen – sucht verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschr. erb. u. PG 46 481 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Prüfer v. Luftfahrtgerät Kl. I/II Flugmech.

29 (techn. Lufthansaausbildung), dynamisch, zuverlässig und mit Organisationstalent, sucht Aufgabengebiet techn. Art in Brasilien. Kenntnisse: Allgemeine Fachhochschulreifeniveau und darüber. Elektronikzertifikat.

Angebote erbeten unter K 7097 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebs-Profi

38 J., flexibel, jahrelang im Vertrieb eines amerikanischen multinationalen Konzerns im Bereich der Dienstleistung erfolgreich tätig, fundierte Kenntnisse der Immobilienbranche und Anlageberatung. § 34 c-Genehmigung, sucht anspruchsvolle Führungsposition mit entsprechender Dotierung, nicht unter DM 100 000,–. Bevorzugter Raum NRW.
Ang. u. H 7096 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ökonom/staatl. gepr. Betriebswirt

35 J., led., Erf. in Handel u. Lehre, sucht Anstellung in steuer- u. wirtschaftsb. Beruf (gerne Kr.Hs-Prüfung), Ziel: Steuerberaterexamen.
Angebote unter K 7119 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

PERSONALMANAGER

37, Diplom-Psychologe, guter betriebswirtschaftlicher und arbeitsrechtlicher Hintergrund. Zur Zeit bei einer bekannten Konsumgüterfirma in der ersten Ebene tätig. Langjährige Erfahrung im Personal- und Ausbildungswesen in deutschem Großkonzern und internationalem Unternehmen. Stab und Linie. Vorzeigbare Leistungen im Bereich Entwicklung, Organisation, Gestaltung. Englisch, französisch, mobil, sucht komplexe, langfristige Aufgabe in der Führungsmannschaft eines großen Unternehmens, das offen ist für alle Aspekte moderner Personalarbeit. Bitte senden Sie Ihre Zuschrift unter V 7128 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WP / S + B

Dr. rer. pol., 36 J., mit langj. Berufserfahrung in Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung u. betriebsw. Beratung, sucht verantwortungsvolle, leitende Tätigkeit bei WP/S+B/WPG.
Angebote unter G 7117 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ÖPNV – EDV – Regionalplanung

sind meine Schwerpunkte.
Dipl.-Volkswirt
32, 3 Jahre Berufspraxis in Verwaltung und Verkehrsbetrieb, EDV-Ausbildung in Systemanalyse, BASIC, COBOL. Suche neue Tätigkeit in Verwaltung, Wirtschaft oder Verband, mögl. im o. g. Bereich.
Angebote erbeten unter M 7121 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FOTOMODELL

sucht neuen Wirkungskreis, nur für seriöse Modeaufnahmen. Zuschriften unter N 7078 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

KAUFMANN

(Außenhandel), Deutscher, 30er, über 10 Jahre Bewohner der USA gewesen u. berufsbedingt vielfach den südostasiat. Raum bereist, möchte seine Kontakte u. Kenntnisse der Industrie u. dem Handel als Berater o. Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Überseereisetätigkeit angenehm.
Kontaktaufnahme erb. unter A 7133 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industrie-Kfm.

42, verh., ungek., als Verkaufsleiter tätig, engl. u. franz. Sprachkenntn., langj. Erf. i. Verkauf v. Kreisel-, Kolben- u. Spindelpumpen an Industrie, Handel u. verarbeitende Gewerbe in Europa, sucht neuen, verantwortungsv. Wirkungskrs., bevorz. Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PE 46 441 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

34jähr. Nigerianer, Dipl.-Betriebswirt, verh., Kenntn. in Marketing, Betriebsorganisat., Finanzier. in Investitionen, fl. Engl., Deutsch, ortsungeb., sucht Anfangsstell. Zuschr. unt. B 7178 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Abiturient (2,4)

21 Jahre, sucht Ausbildungsplatz in Bank, Handel u. ä.
Bert Michaels
2330 Eckernförde
Sehestedter Straße 58b
Tel. 0 43 51 / 56 60

Baukaufmann

31 J., 7 J. Auslandserfahrung, zuletzt Nigeria, sucht verantwortungsvolle Aufgabe im arabischen Raum.
Zuschr. unt. A 7177 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wo könnte ich gebraucht werden?

34 Jahre, 1975 Staatsexamen in Biologie und Physik, von 1976 bis heute wissenschaftlich gearbeitet, Schwerpunkte: Heilkräuter- und Antibiotikakunde, theoretische Physik. Außerdem habe ich mich als Mutter dreier Töchter (13, 6 u. 4 Jahre alt) den daraus resultierenden Pflichten so wenig wie möglich entzogen. Jetzt könnte und möchte ich aber neue Aufgaben kennenlernen.
Ang. erb. u. L 7098 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Werbeleiter

(42), Erf. in Agentur, Industrie u. Messewesen etc. sucht verantw. Position im nordd. Raum.
Ang. erb. u. PD 46 440 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Bekleidungs-Technikerin

langj. Leiterin in d. Fertigung, Erf. im Zeit- u. Akkordwesen (REFA), sucht i. R. Bielefeld verantwortungsv. Tätigkeit in der Damenmode. Evtl. auch als Direktrice in einem Bekleidungs-Kaufhaus.
Ang. erb. u. E 6873 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Industriekfm., 48 J.

20jähr. Kontakte z. Baustoff- + San.-Handel, Raum Weser-Ems-Elbe, sucht neue Vertriebstätigkeit. Zuschr. u. H 6876 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Verkaufsrepräsentant

Franzose, 39 J., techn. vers. Kfm., handlungssicher auf jed. Ebene, hohe Flexibilität, perf. in Deutsch, Engl., Ital., teilw. Span., sucht neues verantwortungsv. Aufgabengebiet.
Zuschr. erb. u. PW 46 533 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Chemiker

30 J., Studienschwerpunkt anorganische Chemie, sucht Stellung in NRW. Zuschriften unter H 7074 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werbeleiter

langj. Markenart.-Industrie, kreativ, kooperativ u. einsatzfreudig, sicher in Werbe- u. VKF-Planung, Durchführung u. Kontrolle, staatl. gepr. Werbewirt BDW, sucht neue Aufgabe, die fordert.
Ang. erb. u. T 7126 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

fließend Englisch, Spanisch, Französisch, reisebereit, sucht verkaufsbetonte Tätigkeit.
Angebote erbeten unter G 7095 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bin 35 J., frischgebackene Fremdsprachensekretärin. Suche Stellung in Hamburg. Noch keine Supergeschwindigkeiten, dafür aber ein waches Köpfchen u. Lust zur engagierten Mitarbeit. Muttersprache Englisch, perf. Deutsch, gute Französisch- u. Italienischkenntn. Hochschulabsolventin. Zuschr. unt. PU 46 551 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilh.-Str. 6.

Hauswirtschaftsleiterin

(39 J., m. 6jähr. Sohn), sucht eleganten Wirkungskreis.
Habe Spaß an der Arbeit
Zuschr. erbeten unter PT 46434 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

EDV-„Berater"

des „body-leasings" überdrüssig, langjährige, vielseit. Erfahrung, sucht anspruchsvolle Postion im kommerz. ORG/DV-Bereich. Raum HH bevorzugt.
Anfr. erb. u. P 7123 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN

Internationaler Stahlhandel

44, verh., über 20 Jahre erfolgreich tätig, möchte sich verändern und sucht daher einen selbständigen und eigenverantwortlichen Aufgabenbereich, auch in ähnlicher Branche, vorzugsweise im Raum Hamburg. Bisherige Schwerpunkte: Ein- und Verkauf Ost-/Westeuropa mit Reisetätigkeit. Angebote unter N 7100 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einzelhandelskaufmann, Dipl.-Kfm.

45 J., sucht zwecks Aufnahme eines Zweitstudiums Halbtagsbeschäftigung, 50 m² Lager, Raum Karlsruhe, eig. Pkw vorhanden.
Ang. erb. u. F 6874 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Sie: **Unternehmen der Bau-, Baustoffindustrie, Baustoffhandel**

Ich: **Bau-/Baustoffkfm.**
36 J., verh., belastbar, ortsungebunden.
Suchen Sie den branchenerfahrenen Praktiker, der einen Beitrag zum weiteren Erfolg Ihrer Firma leisten kann?

Zuschriften erbeten unter:
Jürgen Bandach, Musbacher Str. 62, 7290 Freudenstadt, Telefon: 0 74 41 / 8 25 37

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau

Anfang dreißig, verheiratet, z. Z. freiberuflich tätig, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im In-/Ausland
Ausbildung: Schlosserlehre, 2. Bildungsweg, FH Friedberg
Tätigkeiten: 3 Jahre Mitarbeit Projektleitung KKW, Windenergie 3 Jahre Konstruktion, Berechnung Rohleitung/Apparate (davon 1 Jahr Baustelleneinsatz)
Angebote u. H 7718 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Kaufmann

30 J., als Assistent der Geschäftsleitung in einem Handelsunternehmen tätig, in ungek. Stellung, sucht herausfordernde, verantwortungsvolle Aufgabe, Norddeutschland bevorzugt.
Angebote unter G 7139 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CHEMIKER

Dr. rer. nat., Nahrungsmittelindustrie

Ende 30, z. Z. in ungekündigter Forschungs- und Entwicklungs-Führungsposition, Managementerfahrung durch langjährige Tätigkeit in internationalen Großkonzernen (Nahrungsmittel und Chemie), fließend Englisch und Französisch, sucht neuen, erweiterten Wirkungskreis.
Zuschriften erbeten unter PW 46 436 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

EDV-Leiter

30 J., gel. Groß- u. Außenhandelskfm., derz. in einem nordd. mittelst. Industrieunternehmen tätig; Erfahrung im Bereich DV, Buchhaltung/Kostenrechnung sow. Vertrieb. Ich suche eine ausbauf. Position, in der sich meine bish. berufl. Kenntn. integrieren lassen. Vorstellung: Stabsstelle, GL-Assistent – nach Möglichk. Großr. Hannover.
Zuschr. erb. u. PK 46 543 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Marketingpraktiker (Verkaufsdirektor ppa.), Industriekaufmann, 50 J., hoch belastbar, kreativ, dynamisch, loyal. Bisherige Branchen: Hochfrequenztechnik, Metall- und Kunststoffverarbeitung, Nahrungsmittel/Rohstoffe; Kundenkreise: Industrie, Handwerk, Groß- u. Einzelhandel, Behörden. Langjährige Erfahrungen im Aufbau/Leitung/Motivation von Verkaufsorganisationen (freie u. angest. Vertr.), Entwicklung u. Durchsetzung von Marketingstrategien. Nachweisbare bedeutende Umsatzerfolge bei guter Ertragslage. Gesucht wird Position als

vertriebsorientierter Geschäftsführer

rechte Hand des Firmeninhabers. Mittelständische Unternehmen im Großraum Hamburg-Lübeck bevorzugt. Erstklassige Referenzen vorhanden. Kontaktaufnahme erbeten unter R 7124 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Heinz Gerkens

* 16. Juni 1918 † 25. Mai 1983

Wir trauern um ihn

Elsa Gerkens geb. Teschendorff
Manfred Gerkens
Rolf Gerkens und Frau Helga geb. Sach
mit Christoph
Rolf Gerkens und Frau Ludmilla geb. Krisch

Fannyhöh 10
2070 Ahrensburg

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Trauerfeier, am Dienstag, dem 7. Juni 1983, um 10.00 Uhr in der Kirche zu Niendorf, Am Markt, anschließend Beisetzung auf dem Neuen Friedhof Niendorf, Sootbörn, 2000 Hamburg 61.

Am 25. Mai 1983 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser ehemaliges Vorstandsmitglied

Heinz Gerkens

* 16. 6. 1918 † 25. 5. 1983

Herr Gerkens war mehr als 47 Jahre im Dienste der EDEKA. Er hatte während seiner jahrzehntelangen Tätigkeit, insbesondere nach dem Krieg und in über 14jähriger Tätigkeit als Vorstandsmitglied, wesentlichen Anteil am Wiederaufbau und der Entwicklung unseres Instituts und der EDEKA-Gruppe.

Sein Tod so inmittelbar nach seiner Pensionierung Ende 1982 erfüllt uns mit Trauer und Betroffenheit. Wir werden Herrn Gerkens stets ein ehrendes Andenken bewahren.

EDEKABANK Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat Vorstand Mitarbeiter

Trauerfeier am Dienstag, dem 7. Juni 1983, um 10.00 Uhr in der Kirche zu Niendorf, Am Markt, anschließend Beisetzung auf dem Neuen Friedhof Niendorf, Sootbörn, 2000 Hamburg 61.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, anstelle ihm zugedachter Blumen die Deutsche Krebshilfe e. V., Dr. Mildred Scheel, zu bedenken. Dresdner Bank AG, Bonn-Bad Godesberg, BLZ 380 800 55, Konto-Nr. 90 90 90

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb am 25. Mai 1983 unser ehemaliges Vorstandsmitglied, Herr

Heinz Gerkens

im Alter von 64 Jahren.

Herr Gerkens, der jahrzehntelang an verantwortlicher Stelle für die EDEKA-Handelsgruppe tätig und erst Ende 1982 in den Ruhestand getreten war, fühlte sich in besonderer Weise dem förderungswirtschaftlichen Auftrag für den EDEKA-Einzelhandel verbunden. Seit 1975 war Herr Gerkens Mitglied unseres Vorstandes.

Kaufmännische Solidität, weitreichende Erfahrung und ein sehr großes Pflichtbewußtsein zeichneten Heinz Gerkens in besonderer Weise aus. Sein Tod erfüllt uns mit Trauer und Dankbarkeit.

EDEKA Verband kaufmännischer Genossenschaften e.V.

Verbandsausschuß Vorstand Mitarbeiter

Trauerfeier am Dienstag, dem 7. Juni 1983, um 10.00 Uhr in der Kirche zu Niendorf, Am Markt.

Anschließend Beisetzung auf dem Neuen Friedhof Niendorf, Sootbörn, 2000 Hamburg 61.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, anstelle ihm zugedachter Blumen die Deutsche Krebshilfe e.V., Dr. Mildred Scheel, zu bedenken. Dresdner Bank AG, Bonn-Bad Godesberg, BLZ 380 800 55, Kontonr. 90 90 90.

Am 25. Mai 1983 verstarb im 65. Lebensjahr Herr

Heinz Gerkens

Der Verstorbene war bis Ende 1982 als Vorstandsmitglied der EDEKABANK Aktiengesellschaft, als Vorstandsmitglied des EDEKA Verband e. V. sowie in vielen weiteren leitenden Funktionen unserer Organisation tätig.

Sein beruflicher Lebensweg war eng mit der Entwicklung der EDEKA Handelsgruppe verknüpft. Der Förderung des EDEKA-Lebensmittelkaufmannes fühlte er sich in hohem Maße verpflichtet. Mit besonderem Nachdruck widmete er sich den Problemen der Nachwuchsförderung im EDEKA Einzelhandel.

Sein Wirken hat innerhalb und außerhalb der EDEKA Handelsgruppe hohe Anerkennung gefunden.

Wir verlieren einen treuen Ratgeber, viele von uns einen sehr guten Freund.

Unternehmungen der EDEKA Handelsgruppe

Trauerfeier am Dienstag, dem 7. Juni 1983, um 10.00 Uhr in der Kirche zu Niendorf, Am Markt; anschließend Beisetzung auf dem Neuen Friedhof Niendorf, Soctbörn, 2000 Hamburg 61.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, anstelle ihm zugedachter Blumen die Deutsche Krebshilfe e. V., Dr. Mildred Scheel, zu bedenken. Dresdner Bank AG, Bonn-Bad Godesberg, BLZ 380 800 55, Kontonummer 90 90 90.

Nach schwerer Krankheit starb am 25. Mai 1983 Herr

Bankdirektor a. D.

Heinz Gerkens

kurz vor der Vollendung des 65. Lebensjahres. Herr Gerkens war als Vorstandsmitglied der EDEKABANK auch uns jahrzehntelang verbunden. Er nahm Einfluß insbesondere auf die Entwicklung der IDUNA Bausparkasse als Vertrauensmann, Aufsichtsratsmitglied und zuletzt als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender sowie als Vorsitzender des Kreditausschusses des Aufsichtsrates. Seine weitreichenden Erfahrungen als Kreditfachmann kamen uns in dieser Zusammenarbeit besonders zugute.

Wir werden Herrn Gerkens wegen seiner fachlichen Qualifikation und seiner persönlichen Vertrauenswürdigkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter der

IDUNA Versicherungen

IDUNA Bausparkasse

2000 Hamburg 36

Dr. Eduard Oehl

Rechtsanwalt

* 3. 10. 1900 † 29. 5. 1983

Ursula Oehl geb. Sembill
und Familie

8022 Grünwald, 29. Mai 1983
Keltenstraße 2a

Beisetzung 1. Juni 1983, 9.30 Uhr, Waldfriedhof Grünwald.

ANNE-MARIE VOGLER

Bildhauerin

7. 6. 1892 – 30. 5. 1983

An den Folgen eines Unfalls ist unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Freundin nach einem gesegneten und erfüllten Leben gestorben. Alle, die sie kannten und liebten, werden sie sehr vermissen.

Wolfgang Vogler und Frau Inga geb. Roesen
Peter Stevens und Frau Liselott geb. Vogler
Margarethe Vogler geb. Menck
Thomas Wolfgang Vogler und Frau Judy geb. Johnson
Hanno Vogler und Frau Elisabeth geb. Bunnefeld
Fritz Schlechter und Frau Irene geb. Vogler
Dr. Ingeborg Korte geb. Vogler

Hamburg, London, Johannesburg (Südafrika), Borgloh-Uphöfen, Lindau, Bonn

Trauerfeier am Dienstag, dem 7. Juni 1983, um 11 Uhr auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Kapelle 3. Anschließend Beisetzung im Familienkreis.

BEKANNTMACHUNGEN

THE BROKEN HILL PROPRIETARY COMPANY LIMITED

(Eingetragen in Melbourne, Victoria, Australien)

B.H.P. House, 140 William Street, Melbourne, 3000.

Im Einklang mit Abschnitt 534 (1) des Companies (Victoria) Code 1981 beabsichtigt der Vorstand der Firma The Broken Hill Proprietary Company Limited nach Ablauf eines Monats von dem Datum dieser Ankündigung gerechnet an den Schatzmeister von Victoria für und im Namen der nachstehenden Aktionäre, deren Anschriften die Firma trotz angemessener Bemühungen innerhalb eines Zeitraums von nicht weniger als sechs (6) Jahren nicht feststellen konnte, die in ihren Namen eingetragenen Aktien zu übertragen.

Name und eingetragene Anschrift des Aktionärs	Anzahl der Aktien
Mr. Ulrich Kochenburger Deutscher 6, 6800 MANNHEIM, West Germany	7
Dr. Edmund Tietze Wilhelmstraße 27, ETTLINGEN, BADEN, West Germany	7

Industrie-Pensions-Verein E. V.

Köln-Varel

Die Mitglieder unseres Vereins werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 30. Juni 1983, 15.00 Uhr, in Köln, im Haus der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., Gustav-Heinemann-Ufer 72, Blauer Saal, stattfindenden

Mitgliederversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung 1982.
2. Jahresbericht 1982.
3. Rechnungslegung.
4. Entlastung des Vorstandes und des Verwaltungsrates.
5. Verwaltungsratswahlen.
6. Beschluß über Neufassung der Satzung.
7. Verschiedenes.

Zu Punkt 1:
Es wird vorgeschlagen, die Niederschrift zu genehmigen.

Zu Punkt 2 und 3:
Es wird vorgeschlagen, den Jahresbericht und die Rechnungslegung zu genehmigen.

Zu Punkt 4:
Es wird Entlastung vorgeschlagen.

Zu Punkt 5:
Turnusmäßig scheiden die Herren Dr. Doetsch, Köln, und Werner, Mannheim, aus dem Verwaltungsrat aus. Es wird Wiederwahl vorgeschlagen.

Zu Punkt 6: Verwaltungsrat und Vorstand schlagen folgende Satzungsänderung vor:

§ 5 Ziffer 3 entfällt

§ 7 Neue Fassung:

§ 7 Verwaltungsrat.

1. Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens fünf Personen.
2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Nach Ablauf der Wahlzeit bleiben sie so lange tätig, bis Neuwahlen erfolgt sind.
3. Der Verwaltungsrat ist berechtigt, aus seiner Mitte für bestimmte Aufgaben Ausschüsse zu bilden. Ihnen können Entscheidungsbefugnisse übertragen werden.
4. Der Verwaltungsrat wählt jährlich unmittelbar nach der Mitgliederversammlung aus seiner Mitte das Präsidium des Verwaltungsrates. Es besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens zwei Stellvertretern. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl des Vorsitzenden leitet das an Lebensjahren älteste Verwaltungsratsmitglied. Das Präsidium ist befugt, in dringenden Fällen Erklärungen im Namen des Verwaltungsrates abzugeben.
5. Der Verwaltungsrat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, entweder in Versammlungen oder *in dringenden Fällen durch Einholung schriftlicher Stellungnahmen.* Der Verwaltungsrat ist in seinen Versammlungen beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
6. Dem Verwaltungsrat obliegt insbesondere
   a) die Überwachung der Geschäftsführung und der Verwaltung des Vereinsvermögens
   b) der Erlaß einer Geschäftsordnung für den Vorstand
   c) die Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß
   d) die Bestellung der Abschlußprüfer
   e) die Zustimmung zum Erwerb, zur Bebauung, zur Veräußerung und zur dinglichen Belastung von Grundstücken.
7. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten eine angemessene Vergütung. Die Höhe der Vergütung wird von der Mitgliederversammlung beschlossen.

§ 8 Ziffer 1 Neue Fassung

1. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat mit Stimmenmehrheit gewählt. Dem Präsidium obliegt der Abschluß von Anstellungsverträgen mit dem Vorstand.

§ 10 Ziffer 3 Neue Fassung

3. Der Hilfsfonds wird durch den Vorstand des Industrie-Pensions-Vereins E. V. verwaltet. Der Verwaltungsrat kann seine Funktionen gegenüber dem Hilfsfonds dem Präsidium übertragen.

§ 10 Ziffer 6 Neue Fassung

6. Anträge auf Zuwendungen aus dem Hilfsfonds haben die in Absatz 2 genannten Personen an den Vorstand des Hilfsfonds (Vorstand des Industrie-Pensions-Vereins E. V.) zu richten. Auf Vorschlag des Vorstandes entscheidet der Verwaltungsrat bzw. das Präsidium über die eingehenden Anträge. Der Verwaltungsrat bzw. das Präsidium kann Entscheidungskompetenzen auf den Vorstand übertragen. Ein rechtlicher Anspruch auf Gewährung von Unterstützungen besteht für die in Absatz 2 genannten Personen nicht. Die Entscheidungen des Verwaltungsrates bzw. des Präsidiums sind endgültig.

Köln/Varel, 1. Juni 1983

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Dr. Doetsch

Der Vorstand
Kruchen Oberbörsch

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Bad Lippspringe

direkt am Teutoburger Wald

46 Komfort-Eigentumswohnungen

in 1974 gebaut



Besichtigen Sie Ihre Wohnung in Bad Lippspringe! Besichtigung täglich möglich.

Gründe für Ihre Kaufentscheidung:

- Marktgerechte Preise, z. B. 2-Zi.-Wohn. mit 74 m² DM 114 000,-
- Günstige Finanzierung
- Absoluter Festpreis
- Keine Vermittlungsgebühren, da Verkauf direkt vom Eigentümer
- Echte Kapitalanlage

Besuchen Sie uns doch einmal oder rufen Sie einfach an:
WOHNBAU BAD OEYNHAUSEN GMBH & CO. KG
– Frau Garen – Große Heide 31
4970 Bad Oeynhausen 2 – Tel. 0 57 31 / 5 11 63

---

10 km von CANNES, direkt am Meer, sehr schöner Besitz von 4400 m² mit

einer Villa

mit Salon, Eßzimmer mit Cheminée, Küche, 6 Zimmer, jedes mit Bad bzw. Dusche und Toilette, Garage, verschiedene Mehrzweckräume, Wohnfläche 640 m²

einer weiteren Villa

mit großem Wohn-/Eßzimmer mit Cheminée, Küche, Gästebad, 5 Zimmer, jedes mit Bad bzw. Dusche und Toilette, Garage, auf Gartenebene verschiedene Mehrzweckräume, Wohnfläche 578 m².

Heizbarer Swimming-pool für Meer- oder Süßwasser, Pool-Haus mit Ankleide-, Duschräumen und Sauna.

Hauswart bzw. Gästehaus bestehend aus 2 Wohnungen, Garage und Keller. VP ffr 5 350 000,- (ca. sfr 1,5 Mio.). Die Objekte können auch einzeln verkauft werden.

Weitere Einzelheiten unter 44-62'053 Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich, oder Tel. Zürich (01) 2 51 41 01.

Inflationssichere investition in Spanien

Privatperson bietet gut eingerichtetes, gepflegtes Haus mit allen modernen Einrichtungen, in schöner Lage zum Verkauf an. Lage: Attraktives Gebiet in Denia, in der Provinz Alicante. Grösse: 90 m². Aussicht über das Mittelmeer, ganzjährig prachtvolles Klima. Geordnete Unterlagen. Das Haus lässt sich einfach vermieten, eignet sich als Ferienhaus und ist auch ganzjährig bewohnbar. Verkaufsgrund: Heimreise/Pension. Verkaufspreis: DM 80.000,-. Weitere Informationen, Lage-, Grund- und Hauspläne, sowie Fotos werden bei Interesse zugesandt. (Nur seriöse Zuschriften).

Linnebjerg Marketing A/S
Jomfru Anegade 14 - DK 9100 Aalborg

Baden-Baden

Erwerbermodell im schönsten Villenviertel, oberhalb Kurhaus und Theater:

Eigentumswohnungen in solider, handwerklicher Ausführung und eleganter Ausstattung.

Z. B. Wohnfläche 85,45 m², Kaufpreis	DM 393 100,–
erforderliches Eigenkapital 10%	DM 39 310,–
günstige Finanzierung über örtliches Kreditinstitut: 5% Zinsen p. a., 8,5% Damnum, 3 Jahre fest.	
Einkommensteuerersparnis für Kapitalanleger bei Vermietung in 8 Jahren möglich bis zu	DM 165 415,–

Bitte, informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!

Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH
Bauträger- und Betreuungsunternehmen
7570 Baden-Baden
Maria-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 84

VSC

Ohne Aval SFR ab 500.000,– DM

ab 4,8–5,5%

vermittelt:

VSC Immobilien
Am alten Broich 42 · 4018 Langenfeld
Telefon 0 21 73 / 7 87 46 / 7 88 30

MONTREUX – SCHWEIZ

„Aparthotel Bonivard"

In einer außergewöhnlichen Lage am Genfer-See-Ufer und neben dem Schloß „Chillon".

Das „Aparthotel Bonivard" besteht aus eingerichteten und möblierten Wohnungen ab sfr 123 000,– mit dem Vorteil eines erstklassigen Hotelkomplexes.

(Restaurant, Bar, Konferenzsaal und Innenschwimmbad) garantieren Ihnen erholsame Ferien und eine interessante Investierung.

C. Truan Agence Romande Immobilière SA
Galerie B.-Constant 1
1003 Lausanne/Schweiz
Tél.: 0041/21/20.70.11. – Télex: 25 373 aril Ch

Seltene Gelegenheit

Alteingesessene Firma in der Schweiz. Fester Jahresumsatz 1 Mio sfr (Dienstleistungsbetrieb mit fester Kundschaft und festen Verträgen) ist per sofort durch Mehrheitsübernahme des Aktienkapitals von 51% zu übernehmen. Branchenkenntnisse und Erfahrung nicht nötig, da jahrelang geschultes Personal bleibt. Ganz-Übernahme des Aktienkapitals zu 100% frühest nach zwei Jahren möglich. Erf. Barkapital jetzt sfr 300 000,-.
Kennwort „Mino AG Treuhand"
Anfr. u. G 03-61453 an Publicitas, CH-4010 Basel, Schweiz.

Zu verkaufen herrlicher Landsitz in der

Toskana

Dieses Landgut befindet sich zwischen Florenz und Siena. Kapitalkräftige Interessenten verlangen bitte nähere Unterlagen unter Chiffre 12 584, Mosse Annoncen AG, Postfach, CH-8025 Zürich

---

Ahrensburg b. Hamburg v. Privat komf. Walmdachhaus

i. bester Wohnlage, Bj. 71, Wfl. ca. 210 m², Grdst. 1100 m², gepfl. Gartenanlage, SW-Bad i. Hs., Sauna, Doppelgarage, DM 785 000,–.

Tel. 0 41 02 / 5 84 14

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich.
Vermittlung: WSB EITORF
Tel. 0 22 43 / 8 00 86 / 7

Wohn- und Geschäftshaus im Zentrum von Osterode am Harz

bisher durch örtl. Kreditinstitut genutzt, vielseitig verwendbar, intakte Heizungs- u. Lüftungsanlage, Vol. 12 266 m³, 1036 m² EG (520 m² Kassenhalle), 1.+2. OG je 400 m², zentrale Lage am Innenstadtring u. an Fußgängerzone, sofort verfügbar, Parkdeck am Objekt angrenzend in Planung, Preis VB, jederzeitige Besichtigung. Anfragen an Stadtsparkasse Osterode, Tel. 0 55 22 / 31 00.

Wir suchen zur Erweiterung unseres Vertriebsnetzes

ANLAGEBERATER/ VERTRIEBSGESELLSCHAFTEN

für unsere Bauherren- und Bauträgermodelle in bevorzugten Wohnlagen des Ruhrgebietes mit Schwerpunkt Essen.

Neben den guten Standorten und den jeweils individuell geplanten Immobilien steuert insbesondere unsere über **10jährige Erfahrung** bei der Konzeption und Durchführung von Bauherrenmodellen zu Ihrem persönlichen Verkaufserfolg bei. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

UNSERE ERFAHRUNG – IHRE SICHERHEIT

WESTFALENBODEN WOHNUNGSBAU
G.m.b.H. & Co.
Grundbesitz KG
Folkwangstraße 1
4300 Essen 1
☎ (0201) 781088

Osten-Oste, Wohnhaus

auf dem Deich m. Wassergrdst., ca. 160 m² Wfl., Hzg., Bad, WC, nur 268 000,- DM

Cadenberge

(Erholungsgebiet Wingst), Wohnhs., Bj. 78, ca. 160 m² Wfl., m. Einbauküche, VB 240 000,- DM.

Neuhaus/Oste

2 Einfam.-Häuser m. je 1 Einliegerwohng., Bj. 52, 3 Garagen, 1627 m² Grdst., nur 340 000,- DM.
Makler Ehlers, 2179 Neuhaus, Tel. 0 47 52 / 2 91

Suche ETW od. Reihenhs.

in ruh. Wohnlage, Größe ca. 100–120 m² Wfl. Umgeb. Ennepetal, Schwelm, Gevelsberg.
Zuschr. u. W 7107 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

ACHTUNG

Haben Sie ein innerstädtisches Abriß- oder Baugrundstück in guter Lage? Wollen Sie selbst am Gewinn einer Neubebauung mit Wohn- oder Gewerbeflächen teilhaben?
Suchen Sie dafür auch ein steuerlich optimales Konzept?
Dann schreiben Sie uns. Wir sind ein 20 Jahre erfahrenes, solventes Bauträgerunternehmen; wir engagieren uns selbst und bieten Ihnen 50% Gewinnbeteiligung. Vertraulichkeit wird zugesichert.

Anfragen u. U 6335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Eingeführtes

Baukonzeptions- und Betreuungs-Unternehmen

mit qualifiziertem Management, vorwiegend im gewerbl. Bau spezialisiert, Jahresumsatz 1983/84 ca. 150 Mio. DM, Jahresgewinnerwartung ca. 15 Mio. DM, zu verkaufen. Anfragen, welche vertraulich behandelt werden, unter P 6331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

88 m² Erdgeschoß-Eigentumswohnung

großer Südwest-Balkon, Fußbodenheizung, Edelholztüren, raumhoch geflieste Bäder, farbige Sanitärobjekte. Kleine Baumaßnahme in einem Dorstener Vorort, bezugsfertig, Kauf vom Bauträger, keine Maklergebühren, inkl. Kfz-Stellplatz DM 223 000,–.
STEWING-GLOBALBAU
Bauhausstiege 2, 4270 Dorsten
Tel. (0 23 62) 2 01-0 – Herr Menge

Achtung, Notverkauf!

Neues 4-Fam.-Haus

mit 1 Ladenlokal, Wfl. 350 m² + Nutzfläche 113 m², Bj. 81, Teilung nach WEG erfolgt, z. Z. ganz frei, ruh. Lg. Krefeld City, für DM 1,15 Mio zu verk.
Alleinbeauftragter:
THELOY IMMOBILIEN VDM, 4150 Krefeld, Ostwall 94, Tel. 0 21 51 / 2 94 84

ERFOLG & GEWINN

Wollen Sie daran teilhaben?
Haben Sie in expandierter Lage ein Abriß- oder Baugrundstück?
Sie sollten dann am Erfolg und Gewinn (50%) der Bebauung teilhaben!
Ihre Beteiligung ist bei uns 100%ig abgesichert. Jedes unserer Projekte beinhaltet eine absolute Sicherheit durch eine Bauträgerrisikoversicherung (Lloyd's London).
Wir erarbeiten für jedes Projekt und für Sie das steuerlich optimalste Konzept.
Sind Sie an dieser Offerte interessiert?
Schreiben Sie uns. Wir sind ein erfahrenes und seriöses Bauträgerunternehmen.
Diskretion & Vertraulichkeit garantieren wir Ihnen.
Zuschr. u. S 7015 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Ab 12350 DM

sind Sie als Miteigentümer an einer rasch expandierenden Schweizer AG dabei.

Jährliche Netto-Rendite von 12% und Kapital garantiert.

Ihre Anfrage an Postfach 75 26, CH-8023 Zürich wird absolut vertraulich behandelt.

Freistehendes

Nordfriesenhaus

b. Niebüll/Nordfriesland, 700 m² Grdst., 80 m² Wfl., Bj. 1900, KP 125 000,–, IVB 02 02 / 31 03 17

Flachdach-Luxusbungalow

Cloppenburg, Nähe Tülsfelder Talsperre, freistehend, verklinkert, Komf.-Ausst., Grdst. 900 m², 140 m² Wfl., KP 276 000,–, IVB 02 02 / 31 03 17

Baugrundstück

mit anschließendem Waldgrundst., voll erschlossen, Miltenberg/Spessart, v. Priv. zu verk.
Tel. 02 01 / 3 59 22 od. 02 01 / 25 09 65

Zu verkaufen im Auftrage eines Kunden in CH-LENZERHEIDE neu erstelltes

4½-Zimmer-Ferienhaus

rustikaler Ausbau, Cheminée, sichtbare Decken-Holzbalken, Küche, Geschirrspüler etc., Badezimmer/WC, separate Dusche/WC.
Ausländer-Bewilligung vorhanden.
Auskunft erteilt LSL Baubüro und Verwaltungs-AG jeweils morgens von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Tel. 00 41 / 81 34 34 37

Mallorca – Costa de los Pinos

Baugrdst., 1400 m², 107 500,– VB, v. Priv., T. 0 77 38 / 12 30.

Freistehendes

Nordfrieslandhaus

mit Reetdach, unverbaub. Bl., Nähe Niebüll, Bj. 1920, 3200 m² Grdst., 140 m² Wfl., auch als Ferienhs. zu nutzen. 5 Zi., 2 Kü., 2 Bäder, 2 sep. Eingänge. KP 185 000,–, IVB 02 02 / 31 03 17

Achtung, Ski- und Wanderfreunde!

Einmalig schönes Luxus-Chalet im Sonnental Wallis/Schweiz (Region Nendaz, ganzjähr. Skibetrieb) zum Preis von sfr 380 000,- (inkl. 1200 m² Land). Traumhafte Aussichtslage, große Sonnenterasse, Privatstraßenzufahrt, Garage usw. Definitive Ausländerbewilligung vorhanden. Einm. Kapitalanlage, gute Kreditmöglichkeiten. Näheres erfahren Sie unter Chiffre ofa 2993 Zb, Orell Füssli Werbe AG, CH-8022 Zürich/Postf.

Bad Breisig

Zwei Eigentumswohnungen, je 3 ZKB, ca. 85–90 m², in freistehendem 2-Familienhaus in guter Lage (Rheinnähe, hochwasserfrei). Preis DM 285 000,–. Zuschriften u. V 7018 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen

Aktien-Mehrheit einer AG

börsennotiert oder im Freihandel, mit oder ohne Grundbesitz, gegen Barzahlung. Auch ein sanierungsbedürftiges Unternehmen kommt in Frage.
Eilangebote unter S 6333 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Voreifel

Nähe Euskirchen Winkelbungalow, 150 m² zu 1000 m², 70 m² Souterrainwohnung, unverbaubarer Fernblick, Einbauküche, Sauna, reizvolle Lage, DM 385 000,- von Priv.
Tel. 0 26 44 / 48 86

HOLLAND

10 km v. Ysselmeer, gr., freisteh. Wohnhaus, 850 m², ruh. Lage, 1331 m² Eigengr., Gar., 4/5 Schlafzi., Lux.-Badezi., gr. S-Garten.
A. Bos, Kerkstein 22, NL-1609 LB Hoorn

Baugrundstück

voll erschlossen, Einfam.-Hs.-Bebauung mögl., gute Wohnl. Stadtlohn, v. Priv zu verk. Tel. 02 01 / 3 59 22 od. 02 01 / 25 09 65

Borkum

Sehr schöne Ferienwohnung

Wohn-, Schlafraum, Bad, Küche, Flur, Loggia, kompl. möbliert, KP DM 125 000,-

Beratung auf Borkum

am 4. 6. 83 ab 14.00 Uhr im Seehotel Upstalsboom.

W. H. JANSSEN IMMOBILIEN
Friedr.-Ebert-Str. 69-71
2970 Emden
Telefon (0 49 21) 2 51 01

W. H. JANSSEN
Ihr Partner seit 1967

MAKLER

Wir glauben, Ihre Kunden können viel mehr verdienen, indem Sie in unser Konzept investieren.
Einkommensprojektionen wurden durch eine internationale Treuhandfirma vorgenommen. Ihre Kunden können mit einer DURCHSCHNITTLICHEN JÄHRLICHEN RENDITE VON ÜBER 100% FÜR DIE ERSTEN 25 JAHRE rechnen. Ideale Anlage mit Einkommen auf unbestimmte Zeit. Mindesteinlage $ 10 000. Großzügige Kommissionssätze.
Für weitere Auskünfte
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne/Schweiz
Telex: 25 185

15% p. a.

f. Kapitaleinlage ab 1000,00 DM (eintausend), Laufzeit 2 Jahre o. länger zur Erweiterung eines DOB-Unternehmens im Freizeit-Moden-Bereich. Auch Kleineinlagen möglich.
Zuschr. u. K 6899 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leistungsst. Automobilhdl.

sucht ständig große Anzahl gebr. Pkw u. Lkw von Leasinggesellschaften u. aus Firmenfuhrparks. Direkte Barzahlung selbstverständlich.
T. 0 21 01 / 4 35 45, Herr Schneider

Zu verk. im Norden Hollands

über 60 000 m² Waldgrund

hfl 50 000,- zzgl. K. Ausk.: A. v. d. Stap, J. J. Slauerhofflaan 143, NL-2624 JX Delft, Tel. 00 31-15 56 57 48

---

106 m² Maisonette-Eigentumswohnung

Exklusive Ausstattung, Fußbodenheizung, großer Südbalkon. Ruhige Lage in Dorsten-Holsterhausen. Auch interessant für Kapitalanleger, da gute Vermietbarkeit. Keine Maklergebühren. Verkauf direkt vom Bauträger. Inkl. KFZ-Stellplatz DM 253 000,–.
Stewing-Globalbau
Bauhausstiege 2, 4270 Dorsten, Telefon (0 23 62) – 2 01-0 (Herr Menge)

Winterberg

Im Stadtteil Elkeringhausen, ein anerk. Luftkurort m. abwechslungsreichem Freizeitangebot, wird im steuerbeg. Bauherrenmodell ein 6-Familien-Haus erstellt. Die Größen zwischen 45–67 m² sind den Erfordernissen für Ferienwohnungen angepaßt. Der Preis für ein 45-m²-Appartement beträgt 168 318,- DM inkl. PKW-Abstellplatz, Kaufgrundst. u. Möblierung. Weitere unverbindl. Information durch:
IBK Immobilien Vertriebsges. mbH.
Mauritzheide 16, 4400 Münster
Tel. 02 51 / 23 24 88

12,5% p. a.

für Kapitaleinlage ab DM 1000,- von Dienstleistungsfirma zur Finanzierung von techn. Geräten (Afa = 8 Jahre) auf 48 Mon. geboten. Da der Kapitalbedarf ca. DM 100 000,- beträgt, können Einlagen nur bis zu dieser Gesamtsumme in der Reihenfolge des Eingangs angenommen werden.
Zuschriften erb. unter Z 7176 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ Nähe Montreux und Skigebiete ★

Studios (28 m²)	ab SF 62 000
2-Zi.-Appts (34 m²)	ab SF 93 500
5-Zi.-Chalets (92m²)	ab SF 240 000
3½-Zi.-Villen (100m²)	ab SF 285 000

Notwendiges Eigenkapital = 30 %
PC-IMMOBILIER-SA
Tour Grise 6, CH-1007 Lausanne
Telefon: (00 41 21) 25 26 11

Altes Friesenhaus, Sylt

(5 WE) finanzstarke Miteigner f. Baugemeinschaft gesucht.
Tel. 0 23 04 / 84 80.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Lorsch Bergstraße — **Rhein-Main-Neckar-Gebiet**

Mod. Hallenfläche bis zu 10 000 m² sof. zu vermieten. Geeign. als Warenlager oder Verteilung, Produktion oder Ausstellung z. B. Kfz. Zentrale Verkehrsanbindung, 3 Min. z. BAB 5 + 6, ebenerdig, beheizbar, besprinklert, Laderampen, alle techn. u. kaufm. Versorgungseinr. u. befestigte Freiflächen vorhanden. Teilvermietung ab 1000 m², auch langfristig möglich. Erweiterungsmöglichkeit.

W. Köbel-Sauerbier, Am Kirschberg 6, 652 Worms 24, Tel. 0 62 41 / 5 20 49

Vollexistenz Kitzbühel

Pension garni, 38 Betten, OT Aurach, Grundeigentum 1100 m², Sommer- u. Wintersaison, gute Auslastung, DM 690 000,–. Info und Alleinverkauf:
DCB Helmeke GmbH, Alsterdorfer Str. 534, 2000 Hamburg 63, Tel. 0 40 / 5 00 63 80

Durch Geschäftsverlagerung (a. Produktionsort)

Eiscafé m. Straßencafé

f. DM 280 000,– abzug. Je 52 Sitzpl. innen u. außen.
Zuschr. u. V 7106 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkehrsgünstiges Eckhaus

dreigeschossig, zentralgeheizt, Laden + Lager 580 m², Büro + Wohnung je 100 m², PKW-Plätze 12, für jede Branche geeignet, in Kreisstadt Raum Koblenz zu vermieten.

Interessenten wenden sich u. Z 7000 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aus-lieferungs-lager STUTTGART

Im Einzugsgebiet des Flughafens Stuttgart-Echterdingen mit naheliegendem Autobahnanschluß bieten wir ab sofort beste Möglichkeiten für die Einrichtung eines Auslieferungslagers:

Ein modern ausgerüsteter Lagerhalter mit günstigen Betriebszeiten (werktags 12 Stunden) übernimmt Ein- und Auslagerungen sowie sonstige Arbeiten mit qualifiziertem Personal und Gerät (Gabelstapler).

Es kann auch (evtl. zusätzlich) ein abgeteilter Lagerraum in einer Größe von 250 m², separat verschließbar und beheizt, zur Verfügung gestellt werden.

Interessenten, denen diese vielfältigen Möglichkeiten nützlich sein können, werden gebeten, mit unserer Frau Metje Kontakt aufzunehmen.

adg
Gesellschaft für Industrie- und Handelswerbung mbH
Bsasser Str. 61/63 · 2800 Bremen 1
Telefon 0421/34980 63/64
Telex 244160 adg d

Industriegrundstück (GI)

ohne Nutzungseinschränkung, unbebaut, voll erschlossen, am Stadtrand von Hannover, Nähe Autobahn Ost/West, Nord/Süd, Gleisanschluß ist möglich, Größe 21 198 m², zu verkaufen.

Anfragen u. U 6995 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

interconect ag

Unternehmensberatung

Schweiz

Restaurations-/Hotelbetrieb

in einzigartiger Lage direkt am schweizerischen Bodenseeufer **zu verkaufen.**

Gepflegter Rahmen, modern konzipiert, auch geeignet für Seminare, Tagungen usw.

Erforderliches Eigenkapital ca. sfr 2,5 Mio.

Interessenten wenden sich bitte an

itc Interconect AG, CH 9326 Horn TG, Kirchstrasse 10 · Tel. 00 41 71/41 21 71 · Telex 77 463 · Horn TG · Zürich · St. Gallen

---

NÜRNBERG

2000 bis 6000 m² Gewerbefläche

erstellen wir schlüsselfertig für Sie auf vorhandenen Grundstücken im Zentrum und Norden Nürnbergs.
Ein Objekt der KIB

Fürther Straße 2
8500 Nürnberg 80
Tel. 0911/268906
Telex 622961

KIB Gesellschaft für Kommunal + Industriebauten mbH

Gewerbe- und Lagerhalle

Köln, Braunsfeld, 3 km vom Stadtmitte, gute Verkehrsanbindung, 5280 m², 2geschossig, Baujahr 72, geeignet für Produktion oder Lager; Verladerampe 2 LKW mit Hänger (im Innenbereich), Abstellplatz für 10 LKW mit Hänger sowie Parkplatz für ca. 100 PKW, umfangreiche technische Ausstattung (Lastenaufzug, mehrere Krananlagen etc.), kurzfristig zu vermieten, eventuell auch teilweise. Auskünfte Tel. (02 21) 5 40 41 06 (Herr Puhl).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: I. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechell

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Zu viele Erfolge – HSV-Stars müssen sich Prämie verdienen

Die Tournee ist beispiellos und läßt die Fußball-Profis des Hamburger SV für ihre großen Erfolge dieser Saison sogar noch büßen: Mit einer rücksichtslosen, aber finanziell notwendigen Freundschaftsspiel-Reise hetzt der Klub seine Mannschaft nach dem Bundesliga-Schluß von einem Ort zum anderen. Acht Spiele in 11 Tagen werden ab Sonntag absolviert. So müssen sich die Europacup-Sieger und wahrscheinlich auch neuen Deutschen Meister ihre Titel-Prämien zum Teil selbst erst noch sauer verdienen. 500 000 Mark Erlös soll das Mammutprogramm nach der Hochrechnung von Manager Günter Netzer bringen. 25 000 Mark pro Spieler zahlt der Klub für den Europacup, weitere 30 000 Mark würden für den deutschen Titel fällig – macht zusammen rund eine Million Mark.

Nach dem letzten Bundesligaspiel am Samstag bei Schalke 04 geht der Streß los: Per Flugzeug düst die Mannschaft bei Meisterschaftsgewinn zum Jubel-Fest mit den Fans nach Hamburg, am Sonntag geht es zum Spiel nach Siegen und abends zur nächsten Fete beim Schwager von Horst Hrubesch in Hamm. Koblenz, Pforzheim, Freiburg, Geislingen und Kulmbach sind die nächsten Stationen der Tournee, bevor am 11. Juni wenigstens ein Tag Pause eingelegt wird. Am 12. Juni geht es in Konstanz gegen Grasshoppers Zürich. Letzte Station bildet das Gastspiel beim Beckenbauer-Klub Cosmos New York am 15. für allein 120 000 Mark.

Dem HSV bleibt damit kaum Zeit zu feiern. „Ab 16. Juni haben die Spieler dann bis 13. Juli lang genug Urlaub", sagte Netzer. „Ein bißchen übertrieben ist das Ganze schon. Besonders die Begegnungen am Sonntag und Montag hätte man sich schenken können. Aber da sieht man, daß eben nicht so viel Geld in der Kasse ist", meinte Jürgen Groh.

Nach der überraschenden Berufung von Stein, Groh, Wehmeyer, Milewski und Rolff für das Jugoslawien-Länderspiel am 7. Juni in Luxemburg und der zusätzlichen Nominierung von Groh, Wehmeyer und Hartwig für die Olympia-Auswahl einen Tag später in Wuppertal hat Ernst Happel jedoch alle Mühe, überhaupt eine komplette Mannschaft in einem Teil der Spiele zur Verfügung zu haben. Deshalb sollten die Nationalspieler zumindest am Sonntag noch das erste Treffen der „Deutschland-Tour" mitmachen und erst verspätet zur Nationalmannschaft stoßen.

Netzer glaubt nicht, daß er in die Verlegenheit kommt, selbst noch einspringen zu müssen. „Der Aleksander Ristic ist da besser in Form", meinte er. Doch gerade Ristic ist der einzige, der offenbar schon am kommenden Wochenende in Urlaub gehen darf. (dpa)

NACHRICHTEN

Länderspiel live

Hamburg (sid) – Direkt von 20.10 bis 22 Uhr überträgt das erste Fernsehprogramm (ARD) am nächsten Dienstag das Fußball-Länderspiel gegen Jugoslawien in Luxemburg.

DFB setzt auf Hamburg

Bremen (dpa) – Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) rechnet damit, daß der Hamburger SV wieder Deutscher Fußballmeister wird. Er schickt deshalb Präsident Hermann Neuberger am Samstag mit der Original-Meisterschale ins Gelsenkirchener Parkstadion. Zum Konkurrenten nach Bremen reist Vize-Präsident Otto Andres mit einem Duplikat.

2 Millionen Mark Schulden

Berlin (sid) – Fußball-Bundesligaklub Hertha BSC Berlin hat zwei Millionen Mark Schulden. Aus Kostengründen trennt man sich von den Stammspielern Gruler, Schneider und Jüttner. Jürgen Mohr soll nicht unter einer Million Mark Ablösesumme freigegeben werden.

Sieg im Stechen

Hickstead (dpa) – Europameister Paul Schockemöhle auf Deister gewann zum Abschluß des internationalen Reitturniers in Hickstead (England) das Grand-Prix-Springen im Stechen mit vier Fehlerpunkten und 66,2 Sekunden. Zweiter wurde der Engländer Michael Whitaker auf Owen Gregory (8/46,8) vor Gerd Wiltfang (Thedinghausen) auf Piccadilly (8/47,5).

Australier gewann Prolog

Sallanches (dpa) – Der Australier Phil Anderson, in diesem Jahr Gewinner des Amstel-Gold-Race, gewann den Prolog des französischen Etappenrennens „Dauphiné Libéré" der Rad-Profis. Er siegte beim Zeitfahren (6:05,91 Min.) vor dem Franzosen Salomon (6:06:84) und dem Holländer Zoetemelk (6:09:92).

Sieg für Ballesteros

Sandwich (dpa) – Der spanische Golf-Profi Severiano Ballesteros gewann auf dem Royal St. George's-Kurs in Sandwich die Meisterschaften der britischen Professional Golfers Association (PGA). Der Spanier benötigte 278 (69+71+67+71) Schläge.

ZAHLEN

BASKETBALL

Europameisterschaft in Frankreich, Gruppe B: Holland – Polen 73:62, CSSR – UdSSR 80:100, Israel – Deutschland 70:77. – Abschlußtabelle:

1. UdSSR	5	5	0	482:375	10 Punkte
2. Holland	5	3	2	356:403	8 Punkte
3. Deutschland	5	3	2	384:395	8 Punkte
4. Israel	5	2	3	386:398	7 Punkte
5. Polen	5	1	4	357:382	6 Punkte
6. CSSR	5	1	4	405:417	6 Punkte

Gruppe A: Italien – Jugoslawien 91:76, Frankreich – Schweden 91:71, Spanien – Griechenl. 100:79. – Abschlußtabelle:

1. Italien	5	5	0	468:387	10 Punkte
2. Spanien	5	4	1	421:393	9 Punkte
3. Jugoslawien	5	3	2	426:418	8 Punkte
4. Frankreich	5	2	3	399:408	7 Punkte
5. Griechenl.	5	1	4	484:430	6 Punkte
6. Schweden	5	0	5	371:433	5 Punkte

Endrunde: Italien, Spanien, UdSSR, Holland. Plazierungsrunde (5.–8.): Jugoslawien, Frankreich, Deutschland, Israel.

TENNIS

53. Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Achtelfinale, Damen-Doppel: Kohde/Pfaff (Deutschland) – Horvath/Vermaak (USA/Südafrika) 6:4, 6:2. – **Junioren-Einzel:** 1. Runde: Becker (Deutschland) – Roese (Brasilien) 6:1, 6:4, Meinecke (Deutschland) – Nasser (Libanon) 6:0, 6:1. – **Herren-Einzel:** Achtelfinale: Higueras (Spanien) – Gomez (Ecuador) 7:6, 6:4, 7:6, Vilas (Argentinien) – Arias (USA) 7:5, 6:3, 6:2, Wilander (Schweden) – Sundström (Schweden) 6:4, 6:1, 6:3, McEnroe (USA) – Teltscher (USA) 6:3, 3:6, 6:4, 6:1. – **Damen-Einzel, Viertelfinale:** Jausovec (Jugoslawien) – Horvath (USA) 6:1, 6:1, Jaeger – Rush (beide USA) 6:2, 6:2.

RADSPORT

66. Giro d'Italia für Profis, 17. Etappe über 91 Kilometer von Bergamo nach Colle San Fermo: 1. Fernandez (Spanien) 2:12:19 Std., 2. van Impe (Belgien) 0:17 zur., 3. Visentini (Italien) 0:19, 4. Beccia (Italien) 0:25, 5. Munoz (Spanien) 0:30, 6. Ruperez (Spanien) 0:34, 7. Saronni (Italien) gl. Zeit, 8. Paganessi (Italien) 1:13, 9. Contini (Italien) 1:16 ... 28. Thurau (Deutschland) 2:31 ... 112. Kehl 9:01, 113. Braun, 114. Neumayer (alle Deutschland) gleiche Zeit. – **Gesamtstand nach 17 Etappen:** 1. Saronni 78:57:07 Std., 2. Visentini 2:25 zur., 3. van Impe 3:09, 4. Fernandez 3:34, 5. Contini 4:09, 6. Thurau 5:04 ... 78. Braun 1:16:57 ... 126. Kehl 2:46:40 ... 130. Neumayer 2:45:25.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 474 901,10, 2: 105 533,50, 3: 5073,10, 4: 104,80, 5: 8,50. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 16 559,30, 2: 318,00, 3: 23,80. – Auswahlwette „6 aus 45": Klasse 1: 868 593,60, 2: 72 463,10, 3: 7246,30, 4: 134,40, 5: 11,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 616,30, 2: 198,50. – Rennen B: Klasse 1: 1651,90, 2: 245,80. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 41 298,40.

(Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Bielefelds Ex-Torwart will nicht länger arbeitslos sein

Wolfgang Kneib kehrt in seinen Beruf als Versicherungskaufmann zurück

HEINZ STUMM, **Bielefeld**

Zu den Gesprächigsten zählte Wolfgang Kneib (30) nie, nach großen Triumphen, von denen es in seinem Leben als Fußball-Profi eine ganze Menge gab (UEFA-Cup-Sieg 1979, UEFA-Cup-Finale 1980, Landesmeister-Finale 1977) verbarg der Torwart Gefühle und Ansichten. Seitdem die Europapokal-Zeit mit Borussia Mönchengladbach zu Ende gegangen ist und er in Bielefeld lebt, ist der ohnehin zurückhaltende Torwart noch stummer geworden. Und das liegt daran, daß die Profi-Laufbahn für ihn eine unschöne Kehrtwendung nahm – für Wolfgang Kneib wird es kein Happy-End geben. *Heute will* ihn kein Verein mehr haben, er ist nicht mehr gefragt. In wenigen Tagen wird Wolfgang Kneib in seinen Beruf als Versicherungskaufmann zurückkehren, den Fußball-Profi Wolfgang Kneib wird es nicht mehr geben.

Wolfgang Kneib ist seit Juli 1982 ohne Profi-Vertrag, vielleicht der prominenteste Arbeitslose seines Berufsstandes. Ein Thema, das *ihm ganz und gar nicht* behagt. „Warum muß das alles noch einmal aufgewärmt werden? Ein Jahr lang hat man nicht nach mir gefragt", reagiert er gleich unwirsch, wenn er auf seine Situation angesprochen wird. Verbitterung liegt in der Stimme und auch Enttäuschung. Mitleid indes lehnt er ab: „Es gibt genug andere. Millionen von Arbeitslosen, denen es genauso oder schlechter geht als mir." Und mit dem Arbeitslosengeld sei er auch recht gut ausgekommen. Kunststück, wenn man wie er den höchsten Satz bekommt („rund 1900 Mark netto, genau weiß ich das nicht") und Einkünfte aus vermieteten Eigentumswohnungen hat.

Erst allmählich gelingt es, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Und dann gewährt er Einblicke in die gekränkte Seele. Er gibt dann zu, daß das erste halbe Jahr ohne Arbeit schon sehr weh getan habe.

Diese Zeit, so der Torwart, war für ihn ein Lehrstück fürs Leben. Und er kam zu der bitteren Erkenntnis, „daß dir im Notfall niemand hilft, schon gar nicht in unserem Beruf, wo jedem das Hemd näher sitzt als der Rock".

Torleute, so betont er extra, hätten es in der Branche besonders schwer: „Sie können eben nur im Tor stehen." Und zudem gebe es recht viel gute von ihnen hierzulande. Doch selbst den Guten sei kein Arbeitsplatz garantiert. Als Beispiel verweist Kneib auf den Leverkusener Uwe Greiner: „*Der hat* auch keinen neuen Vertrag bekommen und sucht was Neues. Dabei ist der mit seinen 22 Jahren viel jünger als ich."

Warum Wolfgang Kneib so verbittert ist, wie es möglich war, daß einer der besten Bundesligatorhüter aufs Abstellgleis geriet, darüber gibt es zwei Versionen. Die von Kneib klingt glaubhaft, muß aber nicht stimmen. Aber sie ist entgegengesetzt zu der Darstellung, die Bielefelds Manager Dr. Norbert Müller gibt.

Version Kneib: „Bielefeld wollte 1982 mein Gehalt kürzen, und ich habe nach den Abschlußgesprächen gesagt, daß ich bereit sei, zu schlechteren Bedingungen zu spielen, wenn man keinen neuen Klub für mich findet. Danach habe ich nichts mehr gehört."

Version Müller: „Wolfgang Kneib erzählt immer die gleichen Märchen. Er hat letztlich zu hoch gepokert wie vorher in Mönchengladbach auch, was mir mein Kollege Helmut Grasshoff erzählt hat. Er war nicht bereit, auf unser An*gebot einzugehen. Wolfgang Kneib* wollte 230 000 Mark im Jahr, und wir haben gesagt: ‚190 000 Mark sind unser letztes Angebot.' Wir haben ihm aber versprochen, uns um einen Werbepartner zu bemühen, der die Differenz übernimmt. Doch die Firma, ein Versicherungsunternehmen, sagte letztlich: Es geht nicht."

Anschließend, so Müller, habe sich Arminia Bielefeld um einen neuen Verein für Kneib bemüht. Zweitliga-Klub TuS Schloß Neuhaus, mit dem millionenschweren Mäzen Peitz (Bremsbeläge) sei zunächst bereit gewesen, letztlich aber trotz reduzierter Ablösesumme (375 000 Mark) abgesprungen.

Bielefeld hätte für Kneib eigentlich 600 000 Mark bei einem Wechsel verlangen können, weil diese Summe im Vertrag festgeschrieben war. Doch da der lange Torwart (1,96 m, 92 kg schwer) nicht einmal für die Hälfte unterzubringen war, sind nach einem Jahr beide Seiten die Verlierer. Wolfgang Kneib sagt: „Wichtiger ist es für mich jetzt, daß ich in meinen alten Beruf als Versicherungskaufmann zurückkehren kann. In den nächsten Tagen unterschreibe ich einen Arbeitsvertrag."



Den Fußball-Profi Wolfgang Kneib wird es nicht mehr geben. FOTO: WEREK

FUSSBALL

Zenker ausgebootet

sid/dpa, **Frankfurt**

Mit einer Niederlage begann die Amtsperiode von Dr. Klaus Gramlich, dem neuen Präsidenten des *Fußball-Bundesligaklubs* Eintracht Frankfurt. Sein Vorschlag, den früheren Vizepräsidenten Wolfgang Zenker wiederzuwählen, fand keine Mehrheit.

Zenker, der in die Affäre Cha verwickelt war, hatte für seine Wiederwahl den Ausgleich des Verkaufs von Pezzey mit 85 000 Mark für die Teilnahme an einem Turnier in Italien, die Hinterlegung von zwei Millionen Mark Bürgschaften, den Abbau der Spielergehälter von über vier Millionen auf weniger als drei Millionen Mark und die Verpflichtung eines namhaften Stürmers versprochen.

Während Zenkers Vorschläge nicht akzeptiert wurden, feierte der ehemalige Schatzmeister Wolfgang Knispel ein Comeback. Seinem angekündigten Sparkurs folgten die 648 Mitglieder in ihrer überwiegenden Mehrzahl. Daß sich Knispel zum Weitermachen überreden ließ, war das Verdienst des Frankfurter Stadtrats Dr. Wolfram Brück. Der CDU-Politiker signalisierte Knispel die Unterstützung der Stadt und hievte außerdem den 37jährigen Rechtsanwalt Dr. Harald Böhm in das Amt des Vize-Präsidenten.

„Hier ging es um mehr als nur um Fußball. Der Verein braucht endlich eine arbeitsfähige, über jeden Zweifel erhabene Führung", begründete Brück sein Eingreifen. In der Ära des zurückgetretenen Präsidenten Axel Schander hatten die Stadt ebenso wie die Hausbank ihr Engagement für den Verein erheblich eingeschränkt.

Die Wiederwahl von Wolfgang Knispel zum Schatzmeister bedeutet, daß die Eintracht nach den Abgängen von Nickel (Young Boys Bern) und dem Koreaner Cha (Neapel?) auch ihren österreichischen Kapitän Bruno Pezzey verkaufen wird. „Wir müssen nicht nur bis zum 20. Juni Bürgschaften in Höhe von drei Millionen Mark beim DFB hinterlegen, sondern benötigen bis Saisonende zur Deckung der laufenden Kosten weitere 1,75 Millionen Mark", sagte Knispel.

Dr. Böhm versteht sich als Moderator zwischen den beiden Gegenpolen Gramlich und Knispel. Auch was das Festhalten an dem alkoholkranken Trainer Branko Zebec betrifft. Außerdem sprach sich Böhm für die Verpflichtung eines *verantwortlichen Managers* aus.

STAND ● PUNKT

Anspruch und Wirklichkeit

Signor Ciro Discepolo sah in die Zukunft. Gregor Braun – so befand der Astrologe aus Neapel – etabliere sich 1983 endgültig in der Weltspitze der *Rad-Profis*. Nach der 17. Etappe des Giro d'Italia ist der Mann mit dem Glücksstern 78. in der Gesamtwertung – sein Rückstand auf Spitzenreiter Giuseppe Saronni beträgt eine Stunde, 16 Minuten und 57 Sekunden.

Seine Kapitänsrolle hat Braun im italienischen Benotto-Team abtreten müssen. Das übernahm ein gewisser Franco Chiocciolo, 23 Jahre alt und im internationalen Radsport noch nicht einmal ein Sternchen. Im letzten Jahr wurde Brauns neuer Chef bei „Rund um den Ätna" mal Zweiter; darüber verliert in der Branche niemand ein Wort.

Zwischen diesen Fixpunkten bewegt sich ein Mann, der sich selber zu den Großen seiner Zunft zählt. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft's weit auseinander. Die Erfolge des Gregor Braun halten sich nämlich im bescheidenen Rahmen: Er siegte einmal beim Henninger-Rennen, und zum Auftakt der Saison 1983 gewann er die Sardinien-Rundfahrt, eine zweitrangige Angelegenheit. Siegerschleifen sind ebenso Rarität wie mittlerweile vordere Plazierungen bei klassischen Eintagsrennen.

Nun hat Braun obendrein das Pech, beim Giro an seinem Landsmann Dietrich Thurau gemessen zu werden. Der feiert ein Comeback, weil er stets vorn mitfährt. Um auf ehemalige Erfolge zu verweisen, muß Thurau nicht die Sardinien-Rundfahrt anführen: zweimal Vize-Weltmeister, Gelbes Trikot bei der Tour de France, Sieger bei Lüttich–Bastogne–Lüttich, Sieger in der Meisterschaft von Zürich (Eintagsklassiker), vordere Plazierungen beim Giro und bei der Tour.

Da ist die Plattform doch sehr unterschiedlich und auch nicht durch einen Etappensieg beim Giro zu verändern. Brauns Manager Dieter Puschel spricht davon, daß es eben schwer sei, den taktischen Rhythmus aus einem 5-Kilometer-Verfolgungsrennen auf ein 200 km langes Straßenrennen zu übertragen. Was Unfug ist, denn das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts gemein. Und Braun als Kapitän? Das scheiterte bisher an dessen Persönlichkeitsstruktur. Als Adjutant aber war er stets einer der Besten. Vielleicht wird er es wieder.

KLAUS BLUME

BASKETBALL

Unerwarteter Aufschwung

sid/dpa, **Caen**

Schon vier Tage vor dem Ende der 23. Basketball-Europameisterschaft in Frankreich hat die deutsche Nationalmannschaft Grund zum Feiern. Mit dem 77:70-Sieg über Israel sicherten sich das Team des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) überraschend den dritten Platz in der Vorrundengruppe B und damit zumindest Rang acht in der Abschlußtabelle. Noch nie zuvor in der 48jährigen Geschichte der europäischen Titelkämpfe war eine DBB-Auswahl derart erfolgreich.

„Unglaublich – wenn wir die Holländer geschlagen hätten, würden wir jetzt um die Medaillenränge spielen", konnte Delegationsleiter Hans Leciejewski, der Vize-Präsident des deutschen Verbandes, die Leistungsexplosion seiner Mannschaft noch nicht fassen. Die Siege über die sonst so starken osteuropäischen Absteiger Polen (85:82) und CSSR (86:74) berechtigen das deutsche Team, in den Plazierungsspielen in Nantes Platz fünf anzupeilen. Am Donnerstag ist Gastgeber Frankreich der Gegner. „Wir wollen die Gelegenheit beim Schopfe fassen. Denn die Franzosen sind trotz des Heimrechts und der stimmgewaltigen Kulisse im Rücken zu packen", sagt der ansonsten eher zurückhaltende amerikanische Bundestrainer Chris Lee optimistisch. Die Werbetrommel für die nächste Europameisterschaft 1985 in der Bundesrepublik Deutschland soll noch kräftiger gerührt werden.

Vom anfänglichen Erfolgsdruck befreit, hat die Mannschaft, mit einem Durchschnittsalter von 22,9 Jahren die jüngste des Turniers, merklich an Selbstbewußtsein gewonnen. Die Niederlage gegen Holland (67:79) sowie das erwartete 69:90 gegen Weltmeister UdSSR wurden hervorragend verkraftet.

„Die Zukunft des deutschen Basketballs sieht jetzt viel besser aus und hat hoffentlich die dringend notwendige Publizität zur Folge", zog Chris Lee zufrieden Zwischenbilanz. „Ich habe großes Vertrauen in den Trainer", lobte Leciejewski den Bundestrainer, der es verstand, Talente wie den 20jährigen Leverkusener Aufbauspieler Christoph Körner und den gleichaltrigen US-Studenten Detlef Schrempf mit großem Selbstvertrauen in ihre erste internationale Feuertaufe zu schicken.

Wie die UdSSR qualifizierte sich Finalaspirant Italien in der *Parallelgruppe* ohne *Punktverlust* für die Zwischenrunde.

Simone Rethel

Die heitere Seite ist nur eine . . .

Sie wirkt wie das fröhliche Stehauf-Mädchen von nebenan: Simone Rethel, die heute abend im „Gefährlichen Spiel" in der weiblichen Hauptrolle zu sehen ist. Einst Teenageridol, heute Publikumsliebling, eine, die nun seit 16 Jahren in der Gunst der Generationen steht.

1965 war eine Münchner Zeitung auf Talentsuche gegangen. Unter 200 Bewerbern wurde Simone Rethel für eine komische Rolle ausgewählt: für den Wilhelm-Busch-Film „Die fromme Helene". Fortan ging sie dann noch brav vormittags ins Gymnasium, nachmittags zum Schauspielunterricht und entschloß sich nach der mittleren Reife, bei der Schauspielerei zu bleiben. Ihr erstes großes Engagement bekam sie ans Hamburger Thalia-Theater. Sie spielte Tragisches und Heiteres, und hat es bis heute auf über 40 Fernseh- und Filmrollen gebracht. Und noch immer trägt die winzige, nur 1,55 m große Oberbayerin das Image des kecken, fröhlichen Teenagers, obwohl sie inzwischen 34 Jahre alt ist. Besonders in Komödien hängt ihr dieses Klischee noch immer an.

Gefährliches Spiel – ARD, 20.15 Uhr



Ihr hängt das Image der niedlichen Kessen an: Simone Rethel FOTO: DIETER KLAR / DPA

Offen, aufgeschlossen, aber auch wieder nachdenklich wirkt sie im Gespräch. Stolz, daß sie bei aller Beliebtheit so natürlich geblieben ist, und auch ein wenig bekümmert, daß alle nur die eine Seite, die heitere, von ihr sehen wollen. Simone Rethel würde sich begeistert viel häufiger verwandeln, bekäme sie nur öfters Gelegenheit dazu. Deshalb hat sie auch die Rolle im heutigen Fernsehspiel so freudig angenommen. „Da spiele ich eine ernsthafte Frauenrolle. Und in ernsteren Rollen wirkt die Reaktion nun einmal beim Publikum, aber auch in mir selber, stärker nach."

Fernsehen oder Theater – für Simone Rethel ist beides gleichermaßen reizvoll. In diesem Jahr steht noch die Bühnenrolle in „Bunbury" von Oscar Wilde, unter der Regie von Boleslaw Barlog, an der Kleinen Komödie in München auf ihrem Programm, sowie das Stück „Der Besuch der Familie" in Hamburg unter Axel von Ambesser. Unter seiner Regie spielt sie besonders gern: „Er ist doch mein künstlerischer Vater", erklärt sie. Denn Ambesser entdeckte den Teenager-Star seinerzeit. Verhandlungen laufen derzeit in Berlin über die Verfilmung des Buches „Trauschein" von Kishon.

Und noch etwas ist wichtig für Simone Rethel neben Film, Fernsehen und Theater – die Hinterglasmalerei. Dieses Hobby, das sie seit Jahren betreibt („schließlich stamme ich ja aus einer Maler-Familie") entwickelt sich mehr und mehr zum zweiten künstlerischen Standbein. „In einer Berliner Galerie habe ich demnächst meine erste große eigene Ausstellung."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Überflüssiger Seitenhieb

Der große Verlierer von **Williamsburg** (ARD) ist zweifellos die Sowjetunion. Dieses Fazit zog Moderator Martin Schulze zwar nicht, dennoch ist es so. Moskaus Drohung, in Osteuropa noch mehr Raketen zu stationieren, falls die Verhandlungen in Genf scheitern, machte aus dem Wirtschafts- unversehens einen Rüstungsgipfel. Selbst Japan gerät dank sowjetischer Arroganz jetzt in den Sog der Nachrüstung. In maßloser Verkennung des wahren Kräfteverhältnisses in der Welt ließ Moskau die westlichen Regierungschefs zusammenrücken. Es war ein kardinaler Fehler der kommunistischen Führungsmacht.

Eine Prognose sei gewagt: Der Gipfel von Williamsburg wird in Erinnerung bleiben, weil dort der sowjetische Irrglaube ein Ende fand, man könne mit zehn Prozent zur Weltwirtschaftsleistung ein Bündnis erpressen, das über 60 Prozent des Wirtschaftspotentials der Welt verfügt.

Vor diesem Hintergrund trat alles Ökonomische zurück, selbst der Wunsch aller übrigen nach amerikanischer Zinssenkung. Aber vielleicht nehmen die Europäer einmal zur Kenntnis, warum das enorme US-Haushaltsdefizit die Zinsen auf hohem Niveau festschreibt: Es ist der Zwang zur Nachrüstung, den sich die Europäer bisher versagten!

Der Seitenhieb des Moderators auf die US-Rüstungsquote war deshalb höchst überflüssig. Sie beträgt momentan 6,5 Prozent, 1979 waren es noch fünf Prozent. Wir aber liegen mit 3,6 Prozent gar noch hinter Frankreich und Großbritannien zurück.

WERNER OBST

Lachen erst ab 22 Uhr erlaubt?

Es ist nicht gerade leicht, vergnügt zu sein, dichtete vor einem halben Jahrhundert ein deutscher Poet. Ach, was würde er heute dichten, sähe er den Humor auf unseren Bildschirmen rumoren!

Freilich gibt es ab und an einen Ralf Wolter aus Berlin, der die Sprache beherrscht und aus ihr die kleinen Funken schlägt, die wir lieben. Aber auch der ist nicht frei von dem Zwang, sich mit billigen Kalauern erst mal das Recht zu erkaufen, öffentlich-rechtlich nachzudenken, in hintergründigen Sketches der Wahrheit auf den Grund zu gehen, das Absurde so umzudrehen, daß nur, wer's nicht packt, absurd wirkt, der Absurde indes als Ausbund der schlichten Alltagslogik: **Solo für Spaßvögel** (ARD).

Es fragt sich nur, warum eigentlich diese kleinen „Schmankerln", die unser Spaßdefizit wenigstens um ein paar Takte vermindern, so spät ins Programm gelangen. Darf der deutsche Fernsehbürger, mündig oder auch nicht, vor zweiundzwanzig Uhr nicht lachen? Muß er mit Augen und Ohren egalweg dem Ernst des Lebens beiwohnen, obwohl ihm davon nur die Kleiderordnung vorgeführt wird, siehe Williamsburg, das später auch noch hätte gesendet werden können, ohne Schaden zu nehmen?

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Die Buddik
11.45 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 . . . scheibnerweise
Lieder, Szenen und Gedichte
Von und mit Hans Scheibner
Hans Scheibners liebenswert-bissige Art, sich und seinen Mitbürgern in einer Mischung aus Film- und Studioszenen den Spiegel vorzuhalten, gefällt den Zuschauern offensichtlich. „Hier ist ein Zeitkritiker, der nicht mit dem Holzhammer, sondern mit gezielten Nadelstichen arbeitet", schrieb die Presse.

17.00 *Im Zauber der Natur*
Film von Richard Mostler aus dem Jahre 1956
Auf der Suche nach Tiersendungen für Kinder entdeckte der WDR bei Richard Mostler den an der bayerisch-österreichischen Grenze 1956 gedrehten Spielfilm „Im Zauber der Natur". In diesem Film, der vor 28 Jahren auf den Berliner Filmfestspielen vorgestellt worden war, zeigt Mostler Bilder von Tieren und Pflanzen, die heute in der Bundesrepublik kaum noch zu finden sind.

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Gefährliches Spiel
Fernsehspiel von Felix Huby über das Ende einer Fußballkarriere
Mit Helmut Zierl, Simone Rethel u. a.
Regie: Theo Mezger

22.00 Globus
Die Welt von der wir leben
Themen: Die Vergiftung unserer Böden / Unser Dorf soll schöner werden
Moderation: Alfred Thorwarth

22.30 Tagesthemen

23.00 Sozialismus in der Klemme
Was ist los in Frankreich?

23.45 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form

16.00 heute

16.04 Anderland
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.30 Barbapapa
Zeichentrickfilm

16.55 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Vogelparadies

17.00 heute/Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Alexander's Ragtime Band und Fräulein Menke

17.55 Rauchende Colts (1)
Ein Mann sucht Rache
Anschl. heute-Schlagzeilen

19.00 heute

19.30 Der Sport-Spiegel
Ballaballa – Betrachtungen zu 20 Jahren Fußball-Bundesliga
Von Horst Vetten und Michael Palme
In drei Tagen endet die zwanzigste Saison der bundesdeutschen Renommierliga. Ein Zeuge dieser Zeit, ein journalistischer Beobachter dieser 20 Jahre wurde gewonnen, ganz persönlich ein Resümee zu ziehen für eine 45-Minuten-Story über zwei Jahrzehnte Bundesliga.

20.25 ZDF-Magazin
„Widerstand International" – Kampf gegen Unterdrückung organisiert sich / Konventionelle Rüstung muß verstärkt werden / Schwarzer Terror von Moskau gesteuert
Moderator: Gerhard Löwenthal

21.00 heute-journal

21.20 mittwochslotto – 7 aus 38

21.25 Der Denver-Clan
Wölfe und Schafe

22.10 Kaffee – Chaos – Klassenkampf
Wie Mittelamerika wirtschaftlich zerstört wird
Reportage von Günter Ederer

23.00 Konzert
RSO-Berlin, Dirigent: Riccardo Chailly, Kyung Wha Chung, Violine

23.40 heute



Der Spötter Hans Scheibner (hier mit Christiane Carstens) schlägt wieder zu mit Liedern und Szenen in „. . . scheibnerweise", 16.10 Uhr in der ARD FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (25)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Eröffnungsvorstellung des 2. Nordrhein-Westfälischen Theatertreffens
Jeder stirbt für sich allein
Von Peter Zadek und Gottfried Greiffenhagen nach dem Roman von Hans Fallada
22.45 Auslandsreporter
Heiße Ware für Moskau
23.15 Ein ganz besonderer Ort
Amerik. Spielfilm, 1977
00.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit
19.15 Seefahrt ist not (5)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Die „Über-Demokraten"
22.05 Der Film-Club
Themroc
Franz. Spielfilm, 1972
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna iberica
18.55 Peter . . .
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Antiquitäten in Serie (8)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Drei aktuell
21.15 Autoreport
21.20 Halbzeit
21.40 Club 2

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (25)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
18.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Wiebke
Film von Andreas Flock
20.15 Reisewege zur Kunst:
Von Korinth nach Delphi
Film von Wolf Seidl
21.00 Quo Vadis?
Amerik. Spielfilm, 1951
Mit Robert Taylor, Deborah Kerr u. a.
Regie: Mervyn LeRoy

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Ich bin Vorwurd
19.45 Poldark (7)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Das Prinzregententheater
21.05 Zeitspiegel
21.50 Teleclub
22.50 Dallas
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

Semiotische Katastrophe

A. W. – Über „Stile und Moden der Subkultur" zu berichten verspricht eines jener Politheftchen, die der Rowohlt-Verlag allmonatlich im Dutzend billiger auf den Markt wirft. Freilich bleibt es auch hier beim bloßen Versprechen. Außer läppischem Insider-Jargon irgendeiner Szene wird dem Leser nichts geboten. Oder vielleicht doch? Auf Seite 144 finden wir eine neue Definition der Ursachen, die zum Bau der Berliner Mauer führten:

„Im Spätsommer 1961 läßt Ulbricht die Billig-Billig-Oase des Westberliners, das proletarische Ost-Berlin, mit einer grobverputzten Mauer absperren... Schriftsteller, Professoren, Jugendverbandsvertreter, die sich für fortschrittlich halten, heben zu Wehklagen ob dieses Schlages gegen die Menschlichkeit, die Freiheit (hier = Freizügigkeit) und des von nun an für immer besudelten Antlitzes des Sozialismus (eine Wendung, die sie auch später für jedes weltpolitische Ereignis, das sie nicht verstehen, benutzen werden) und so fort. Woher diese Kindergartennaivität?"

Nun wissen wir es also endlich: Die Mauer wurde gebaut, um Ost-Berlin vor dem Ausverkauf durch die gierigen Westberliner zu schützen. Wer's nicht glaubt, gehört in den Kindergarten. Der Verfasser solcher Einsichten ist vom Jahrgang 1957 und hat es, wie er auf jeder Seite seines Opus kundtut, nicht nötig, sich historisch exakt zu informieren, denn Historie ist, frei nach Roland Barthes, Erfindung des Klassenfeindes, „semiotische Katastrophe". „Billig, billig", kann man da nur noch seufzen.

Bliebe immerhin die Frage nach der inneren Verfassung eines Verlages, der einmal zu den führenden in Deutschland gehörte, seit Jahren aber nur noch durch Polit-Makulatur vom Schlage der „Stile und Moden der Subkultur" von sich reden macht. Es wäre zu wünschen, daß er endlich aus seiner hausgemachten semiotischen Katastrophe wieder herausfindet.

„Apollo et Hyacinthus"

Mozart auf der Treppe von Brühl

Dieser Elfjährige wird also eines Tages den „Don Giovanni" komponieren! Hierfür standen jene 92 Minuten ein, die ein genialisches Wunder ums andere mit sich brachten: im Schloß Augustusburg zu Brühl bei Mozarts KV 38, „Apollo et Hyacinthus".

Bild-Impressionen nach Watteau, Pesne oder Chodowiecki überschnitten sich mit denen, die von Balthasar Neumanns strahlendem Werk ausgingen. Bei jedem Gesamtkunstwerk, das seinen Namen rechtens führt, beruht der Einzelbestandteil statt auf hochfliegenden Ideen auf exklusiv gekonntem Handwerk: Hier in der Ausstattung (Pet Halmen) und der Regie (Claus Helmut Drese); bei den Tölzer Chorknaben, aus deren Reihen Gerhard Schmidt-Gaden eine Solistenequipe heranbildete; nicht zuletzt im Mitmusizieren der „Capella Clementina" (auf alten Instrumenten) unter Helmut Müller-Brühl.

Die Vorgabe lieferte ihnen wie Mozart ein Gymnasialpädagoge und Benediktinerpater namens Widl. 1767 dichtete er, auf lateinisch, die alte Sage dergestalt um, daß sich daran die Abschlußkläßler im Singen, im Lateinsprechen und im öffentlichen Auftreten einüben konnten.

Die Auftragskomposition entstand zwischen zwei langen Europatourneen der Mozart-Familie, während einer Reisepause, die der Vater Leopold für dringlich erachtete. Wunderknabe „Wolfgangerl" hat in der Partitur aber nicht nur die nachprüfbaren Vorgriffe bis zur „Zauberflöte" getätigt. Er muß während der Fernfahrt auch auf die noch herkömmlichen Barockopern, mit ihren ausladenden Da-Capo-Arien (inbegriffen Koloratur und Kadenz), ihren typisierten Konfliktlagen (Liebe gegen Pflichten) und den darauf fixierten Gemütsbewegungen, scharf aufgepaßt haben. Und nun legt er dies samt und sonders als elastische Rahmung um die eigenen Neuerungen herum.

Daraufhin ergab sich denn in Brühl die Reihe der Wundertaten. Neben dem bildhübschen Hyacinthus verschaffte sich ein anderer, etwas aufgeschossener Tölzer als Apollo dermaßen in die Sphäre des Göttlichen Zutritt, daß die stille Totenwache bei dem kleinen Leichnam (Akt drei) sogar etwas tragisch Ungeheures mitbekam: der Rokokoprinzentracht zum Trotz, die der Junge hier anhatte. Ein dritter Bub aus Tölz gab einen Schuft und echten Intriganten; der vierte und kleinste: ein Mädelchen von fast unwiederholbarem Liebreiz, Hyacinthus' kleine Schwester, die unbefangen texttreu über „eheliche Freuden" mit dem erhofften Göttergatten daherplauschte. Und alle sangen bis in extreme Sopran- oder Altlagen in ihrer stimmlichen Naturfarbe, ansonsten echt Barock und ohne Fehl; inbegriffen der Erwachsenen Solo-Tenorist des Abends, der sich den schätzungsweise 10- bis 12jährigen Kollegen bestens anglich.

HEINRICH VON LÜTTWITZ

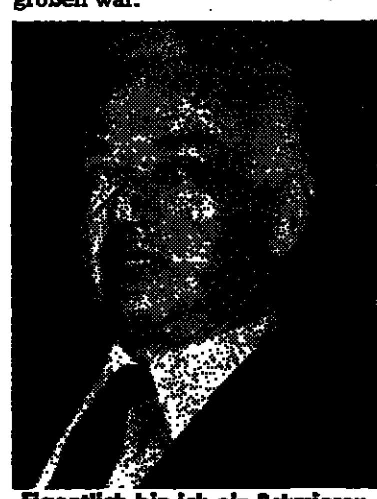
Enfant terrible des internationalen Kunsthandels: Porträt Serge Sabarsky

„Jede Schau ist für die Welt"

Ist Erfolg eine Eigenschaft?" Die Antwort kommt prompt: „Erfolg ist etwas, was man haben will. Ich sag' meinen Leuten immer: Wenn der Wille da ist, kann man alles erreichen. Und die zweite Voraussetzung ist das Wissen. Man darf nie aufhören zu lernen. Das ist das Geheimnis des Erfolges." Das sagt Serge Sabarsky, der es wissen muß. Schließlich ist der elegante, große, schmale 70jährige Herr einer der renommiertesten Kunsthändler New Yorks, der den deutschen Expressionismus in Amerika erst eigentlich bekannt gemacht hat.

Sabarsky ist ein feinsinniger Sammler und kennerischer Bewunderer des Werkes von Egon Schiele und des frühen Kokoschka. Und zugleich ist er ein kühl rechnender Organisator. Beruf und Kunst bilden für ihn eine Einheit. Nach München war er unlängst gekommen, um die von ihm arrangierte Kokoschka-Ausstellung in der Stuck-Villa zu eröffnen. Denn dieser Kunsthändler mit seinen großen eigenen Beständen (Brücke, Blauer Reiter, Bauhaus), mit seinen guten internationalen Verbindungen stellt neuerdings ganze Ausstellungen komplett zusammen und schickt sie auf Reisen. Das ist ein Novum in der Kunstbranche, freilich noch ein skeptisch beäugtes Novum.

Sabarsky ging wie ein Geschäftsmann an diese Aufgabe. Die Kunstwerke gehen in maßgeschneiderten Kisten auf Tournee. Denn immer arbeitet Sabarsky mit mehreren Museen zusammen. Dadurch werden die enormen Kosten und Belastungen erheblich verringert. Und da Sabarsky Fotos und Texte für den Katalog mitliefert, bleibt auch der Arbeitsaufwand gering. So können auch kleine Museen zeigen, was bislang ein Privileg der großen war.



„Eigentlich bin ich ein Schmierenkomödiant": Der New Yorker Kunsthändler Serge Sabarsky
FOTO: GÖTZ

„Begonnen hat es damit, daß mich die Japaner 1978 beauftragt haben, eine Schiele-Retrospektive für Japan zusammenzustellen. In meiner Euphorie habe ich dann die Ausstellung auch nach Wien geschickt, als Dank für spezielle Leihgaben. Der Erfolg meiner Ausstellungen war mir von Anfang an klar, doch erst die hohen Besucherzahlen überzeugten auch die Veranstalter." Sabarsky ist ein Herr ohne Schnörkel, kein Zweifler, Irritationen plagen ihn nicht. „Meine Ausstellungen sind – wenn ich mir erlauben darf, das von mir selber zu sagen – nicht nur unter einem Titel zusammengestellt, sie haben ein gewisses Timbre."

So plant er für das kommende Jahr „Meisterschüler Egon Schiele", eine Ausstellung mit Zeichnungen aus den Jahren 1906 bis 1909, die bisher noch nie gezeigt wurden. Außerdem will er die „Berliner Jahre" von George Grosz vorstellen. „Eine Tatsache, mit der ich immer rechnen muß, ist, daß die Museumsdirektoren natürlich ungern sehen, daß ein Außenstehender eingreift. Aber manche von ihnen sind sehr kooperativ, freuen sich darüber, Arbeit und Kosten zu sparen", bemerkt er leidenschaftslos.

Ein Reizthema sind für Sabarsky die Kunst-Interpretationen – „Schlagstöcke der Kunsthistoriker" nennt er sie. „Die Kommunikation zwischen Künstler und Betrachter soll einzig und allein das Kunstwerk sein. Da soll sich nichts dazwischenstellen. „Ich komme aus einem Land, wo das Wort ‚art-appreciation' erfunden wurde, und jetzt haben sich diese Tonbänder eingebürgert. Da gehen nun diese Leute, anstatt mit den Augen zu sehen, mit den Kopfhörern durch die Säle. Der Genuß des Entdeckens ist ihnen damit völlig genommen."

Solch erfrischendes Parlando läßt leicht vergessen, wieviel solide Kunstkenntnis dahintersteht. Serge Sabarsky ist geradezu kunstsüchtig. „Akademisch gelernt habe ich das nie. Die Tatsache, daß ich in Wien ein so schlechter Schüler war, daß ich von meinem Vater nach Frankfurt in ein Internat strafversetzt wurde, hat mich dort 1928/29 die Expressionisten entdecken lassen. Seit 50 Jahren beschäftigte ich mich mit dem deutschen Expressionismus sehr intensiv und sehr leidenschaftlich, ohne mich um Prüfungen und Thesen kümmern zu müssen."

An der Person Serge Sabarskys offenbart sich ein europäisches Schicksal. Die Familie, ansässig in Wien, verlor während der großen Depression der 20er Jahre das gesamte Vermögen. Der Sohn ernährte, nachdem der Vater gestorben war, den Rest der Familie als Bühnenbildner, arbeitete sogar als Clown beim Zirkus. 1938 emigrierte er nach Frankreich. Dort lebte er als „commercial artist", machte Werbung, entwarf Plakate und Briefköpfe. Dann ging er nach Amerika, ließ seinen Bruder nachkommen, die übrige Familie starb in den Konzentrationslagern.

Serge Sabarsky ist lebhaft, voller Geschichten. Sein Blick zurück ist nicht bitter, nicht nostalgisch. Erinnern hat nur Sinn, wenn es hilft, die Gegenwart zu reflektieren. In Amerika diente er zuerst in der Armee. „1945 standen wir auf der Oder-Brücke den Russen gegenüber." Wenn er seinen Aufstieg beschreibt, klingt das kühl und nüchtern: „Das Zeichnen und das Bühnentechnische habe ich kombiniert; fast ein halbes Jahrhundert lang habe ich Innenarchitektur gemacht." Dann hat er eine Baufirma gegründet. „Doch als die Vorschriften in Manhattan immer komplizierter wurden, habe ich mich eines Tages, 1968, entschlossen, ins Kunstgeschäft zu gehen." Rückblickend meint er: „Das war sehr draufgängerisch."

Mit 55 Jahren hat er sein erstes Bild verkauft. „Eine Modersohn-Becker. Mein erster Kunde war das Art Museum of Chicago. Ich habe gleich von Anfang an sehr gut verkauft; wieweit das mein Talent war oder die Zeit, das weiß ich nicht", lächelt er. Serge Sabarsky ist amerikanischer Staatsbürger, lebt nun seit 43 Jahren in New York. Ist Amerika seine neue Heimat geworden? „In gewisser Weise wohl", meint er bedächtig. „Ich habe hier meinen Beruf, meine Freunde, mein Geld, mein Zuhause. In New York fühlt man sich nicht als Fremder im Gegensatz zu Frankreich, wo der Ausdruck ‚sale étranger' existiert. Doch wirklich zu Hause fühlt man sich natürlich in dem Land, in dem man seine kulturellen Wurzeln hat, wo man die gleichen Bücher in der Schule gelesen hat, die gleichen Schriftsteller kennt und dann die gleiche Sprache spricht."

Warum hört er nicht auf zu arbeiten? „Ich bin nicht imstande, etwas anderes zu tun, als zu arbeiten, und das zehn bis zwölf Stunden am Tag. Irgendwer, ich glaube Shaw, hat einmal gesagt, wenn man etwas sieben Jahre gemacht hat, so hat man den Höhepunkt der Qualität dessen, was man macht, erreicht. Ich weiß nicht, ob es stimmt, ich habe schon zu viele Berufe gehabt." Nachdenklich setzt er hinzu: „Ja, ich möchte gern aufhören, Kunsthändler zu sein, möchte nur noch Ausstellungen arrangieren, Bücher machen und Vorträge halten, denn eigentlich bin ich ein ‚Schmieren-Komödiant'!"

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Internationale Hauptversammlung der Goethe-Gesellschaft in Weimar

Der Olympier auf dem Harmonium

Auch nach dem Jahrmarkt der Eitelkeiten und Vereitelungen des Goethe-Gedenkens 1982 hält das grenzüberschreitende Interesse an einer sach- und zeitgerechten Deutung des Werkes des großen Weimarers unvermindert an. Davon legte die 68. Hauptversammlung der Goethe-Gesellschaft in Weimar eindrucksvoll Zeugnis ab. Mehr als 2000 Mitglieder aus West- und Ostdeutschland und aus vielen anderen Ländern hatten sich zur Teilnahme angemeldet, aber nur rund die Hälfte konnte das immer noch beengte Mekka der deutschen Klassik unterbringen. Mit Genugtuung durfte der wiedergewählte Präsident der Gesellschaft, der Direktor des Weimarer Goethe- und Schiller-Archivs, Prof. Karl-Heinz Hahn, feststellen, daß sich der Zustrom entsprechend dem Zuwachs an Mitgliedern, auch von seiten der jungen Generation, erfreulich günstig entwickelt habe.

Das vielschichtige Programm der Veranstaltung, die in zweijährigem Turnus in Weimar stattfindet, war von dem west-östlich gemischten Vorstand vorbereitet worden. Die vielfach geäußerte Ansicht, hier versammele sich eine eingeschworene, unkritische Glaubensgemeinschaft, ist jedoch abwegig. Bei allem gebotenen Respekt vor dem „Olympier" wurde keineswegs nur „auf dem Harmonium gespielt", sondern bewußt kontrovers, stets aber diszipliniert und sachlich beraten und diskutiert.

Die letzte Hauptversammlung hatte sich unter dem Motto „Stirb und werde" die „Idee der Entwicklung im Denken und Dichten Goethes" als Rahmenthema gesetzt. Ausgangspunkt war der Sachbezug zu seinen naturwissenschaftlichen Schriften, die seit Jahren auch von der Fachwelt diskutiert werden. Der Göttinger Physiker und Nobelpreisträger Prof. Manfred Eigen hatte in seinem Vortrag über Goethe und Darwin erstaunliche Ansätze modernen Denkens bei dem großen Laien registriert, aber auch vor billiger Gleichsetzung seiner spekulativen Konstruktionen mit der exakten Wissenschaft von heute gewarnt.

Mit dem Thema „Produktivität und Schöpfertum im Dichten und Denken Goethes" setzte die diesjährige Versammlung die Diskussion von 1981 fort. Den Part bestritt diesmal ein ostdeutscher Experte, der Kulturhistoriker und Kulturpolitiker Wilhelm Girnus. Der gebürtige Ostpreuße und gelernte Tischler ist durch seine akademischen Studien in Breslau und, vor allem in Paris, durch die französischen Aufklärer, aber auch durch den dialektischen Marxismus des 19. Jahrhunderts geprägt.

Wer allerdings erwartet oder auch befürchtet hatte, er würde den Tagungsteilnehmern in der Abhandlung des Themas „Entwicklung und Produktivität" eine entsprechende ideologische Lektion erteilen, Goethe gar im Sinne trivialer östlicher Kulturpropaganda als verhinderten Klassenkämpfer vorstellen, der kam nicht auf seine Kosten. Gesetz und Sinn von Entwicklung und Produktivität im Denken und Dichten Goethes, wie des Menschen überhaupt, sind laut Girnus, analog dem Naturgesetz, auf qualitative, im Grundbestand gebundene Steigerung, auf Entfaltung und Gestaltung der Persönlichkeit ausgerichtet. Sie befähigt den Menschen zu kreativer Tat, kraft der er dem Ganzen, der Gesellschaft zu nützen vermag.

Mit dieser in der Diskussion weitgehend akzeptierten Analyse war das Stichwort auch für den festlichen Abend, für die Aufführung von „Faust" I und II gegeben, die vom Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin bestritten wurde. Was da freilich geboten wurde, war alles andere als „klassische" Deutung, war eitle, auf weite Strecken hin burleske Spielerei.

Aber sei's drum: Weimar bleibt, im dialektisch guten wie im unguten Sinne, eine Herausforderung an das humane Gewissen der Welt. Das hat die Tagung der Goethe-Gesellschaft erneut bestätigt.

CLEMENS JOSEPHUS NEUMANN

„Der Schlächter", ein Film über Idi Amin aus Kenia von Sharad Patel

Gebt Big Daddy doch ein Spielzeug!

Angekündigt wurde das Opus „Der Schlächter Idi Amin" aus Kenia als Aufklärungsfilm über die Greueltaten des verflossenen ugandischen Diktators. Eingeblendete Zeitangaben sollen den einzelnen Episoden, aus denen der Film recht willkürlich zusammengestoppelt ist, Authentizität verleihen. In Wirklichkeit aber handelt es sich um ein ebenso blutrünstiges wie ausgiebiges Schauerstückchen ohne besondere politische Ambition. Orgien in Blut und Wahnsinn werden hier gefeiert, wie man sie selten auf der Leinwand sieht. Im Mittelpunkt immer der „Feldmarschall und Präsident, Wohltäter und Vater des Vaterlands Dr. Idi Amin Dada".

Regisseur ist der in Kenia lebende Inder Sharad Pabel (45). Vielleicht deshalb erhält der Film eine für eingeborene Afrikaner etwas fatale Perspektive: Trotz der Perversionen des „verfetteten Dorf-Tyrannen" erscheint dieser in den Augen der Afrikaner unübersehbar als viel bewunderter Super-Macho des Kontinents. Das Leben des Wüstlings weist dabei – sieht man einmal von seiner Machtgier ab – keinen erkennbaren roten Faden auf; der Film betont vielmehr Amins ungeheure Sprunghaftigkeit.

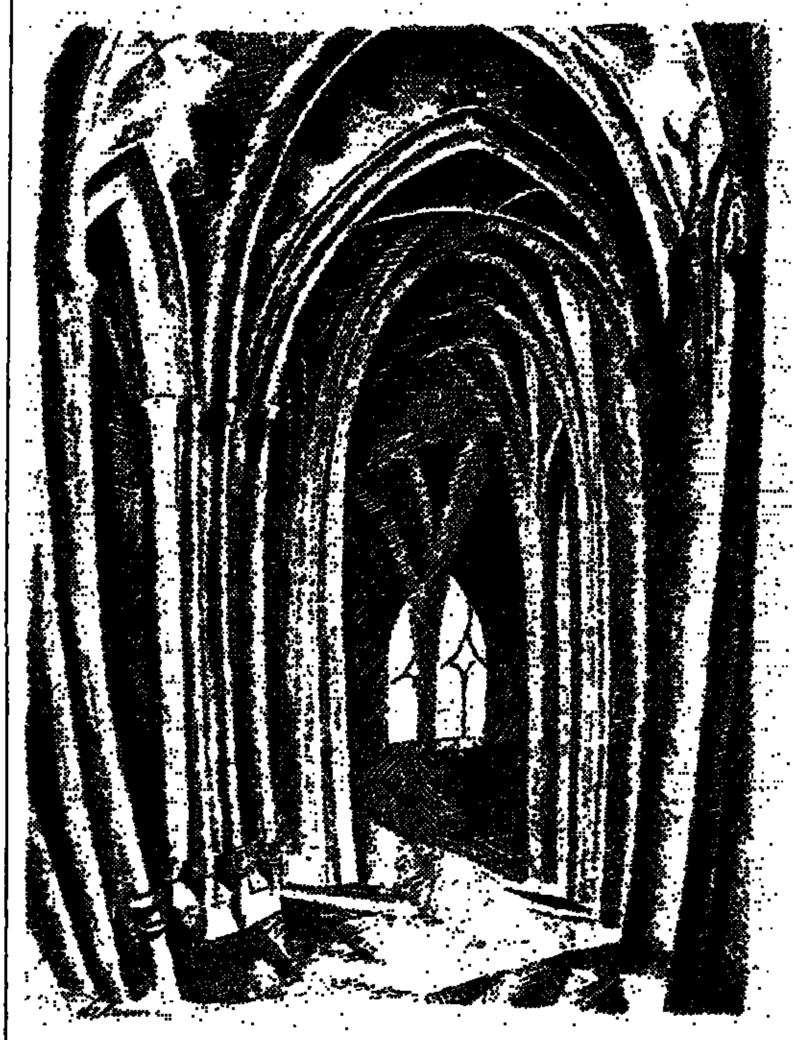
Interessant, daß der britische Schriftsteller und Amin-Biograph Dennis Hills, der unter dem Diktator drei Monate im Gefängnis saß und seine Knute zu spüren kriegte, sich hier selber spielt. Er gibt einen Todeskandidaten von heldenhaftem Gleichmut, und nur mit einem solchen Gleichmut konnte man damals in Uganda wohl auch überleben. Jeder Tag brachte neue Ungewißheiten mit sich.

Big Idi spielte sich – der Film zeigt das in einer Reihe recht gelungener Szenen – als einen über jeden Zweifel erhabenen Gott auf, der tötete, wie es ihm gerade beliebte. Das hat durchaus etwas von dem Format eines Nero an sich, und das kommt in dem Film recht gut heraus. Seine besten Szenen sind diejenigen, die zeigen, wie ungenau draußen auf die Vorgänge in Uganda reagiert wurde. Es ist das Abstruse an einer Terrorherrschaft, daß ihre Schrecken von Außenstehenden so leicht verkannt und unterschätzt werden, ja, daß die lächerlichen Züge einer Tyrannei bei der Bewertung der Lage oft die Oberhand gewinnen.

Der gutmütige Teddybär, wie unberechenbar er doch ist, oder – der Unberechenbare, wie gutmütig er doch auch wieder sein kann! Gebt ihm nur Spielzeug, lenkt ihn ab, mit weißen Frauen und Auto-Rallyes, und alles ist in Ordnung. Nach dieser Devise glaubten die Briten mit dem ehemaligen Feldwebel ihrer Armee fertig werden zu können. Es war ein Irrtum.

Darsteller des Big Idi ist Joseph Olita. Er gibt dem Typ des hemmungslosen, clownesken Triebmenschen Glaubhaftigkeit, zumal er dem Diktatur äußerlich verblüffend ähnelt.

KNUT TESKE



Macke, Klee und Feininger waren begeistert: „Saint Séverin" (1909), Tuschzeichnung von Robert Delaunay, aus der Kölner Ausstellung
FOTO: KATALOG

Köln: Retrospektive des Werkes von R. Delaunay

Turm der Abstraktion

Kein ausländischer Künstler der sogenannten klassischen Moderne aus den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts hat einen so offenkundigen und unmittelbar wirksamen Einfluß auf die deutsche Kunst ausgeübt wie Robert Delaunay (1885–1941). Die schönsten Bilder des „Blauen Reiters", von August Macke zumal, aber auch viele von Marc und Klee und später von Feininger wären ohne sein Vorbild schwerlich zu denken. Macke hatte den etwa gleichaltrigen Franzosen 1912 in Paris kennengelernt. Überschwenglich berichtete er nach Berlin, daß diese Bilder „imstande sind, einen mit einer geradezu himmlischen Freude an der Sonne und am Leben zu überschütten – sie sind gar nicht abstrakt, sondern größte Wirklichkeit, ich sehe es ganz genau."

Auch für Klee, der sich vom Kubismus tief enttäuscht zeigte, war ein Besuch im Atelier Delaunays die reinste Offenbarung, von der er sich in seiner „prophetischen Mission" bestätigt fühlte, durch die Form „das Unendliche zu erreichen, das Sichtbares und Unsichtbares einhüllt". Delaunay, mehr dem praktischen Experiment zugewandt und mit technischen Problemen befaßt, mag nicht wenig erstaunt gewesen sein, als er später erfuhr, daß seine Theorie der prismatischen Farbgebung zur Rechtfertigung metaphysischer Probleme herhalten mußte. Er hatte seine Laufbahn in einer Werkstatt für Bühnendekoration begonnen und sich zeitlebens ein Interesse für angewandte beziehungsweise anwendbare Kunst bewahrt. Die Deutschen gaben seinem „Orphismus" sozusagen die kanonischen Weihen.

Robert Delaunay, dem 1976 die Kunsthalle Baden-Baden eine große Retrospektive eingerichtet hatte, wird nun erneut von der Kölner Galerie Gmurzynska vorgestellt. Diese Ausstellung ist zu begrüßen, weil sie den vielfältigen Beziehungen zwischen dem Künstler und der damaligen deutschen „Kunstszene" Rechnung trägt. Der wiederum vorzüglich ausgestattete Katalog bringt in diesem Zusammenhang eine Reihe von bisher unveröffentlichten Dokumenten.

Die um eine informative Werkübersicht bemühte Ausstellung zeigt neben verkäuflichen Bildern auch zahlreiche Leihgaben aus privatem und öffentlichem Besitz, insgesamt rund sechzig Ölgemälde, Gouachen, Aquarelle und Zeichnungen aus der Zeit zwischen 1904 und 1940. Wir sehen eine Tuschzeichnung aus der berühmten Serie von Saint-Séverin, von der Adolf Erbslöh seinerzeit das erste Bild kaufte; wir sehen die erste Ölstudie und eine frühe Federzeichnung vom Eiffelturm, die 1912 in der Münchner Ausstellung des „Blauen Reiters" gezeigt wurde, wo Delaunay Ehrengast war.

Vom Eiffelturm war er sein Leben lang fasziniert. „Der Turm" (so nannte er ihn) führte ihn sehr früh zur Abstraktion, die er allerdings nicht um ihrer selbst willen anstrebte; vielmehr ging es ihm darum, die gegenständliche Ausdrucksweise mit all den Mitteln zu bereichern, die ihm aus den Erfahrungen mit ungegenständlichen Farbkompositionen zuwuchsen. Als Beispiele dafür sehen wir in Köln Bilder, die Herwarth Walden bereits 1913 in Berlin ausgestellt hat. Natürlich fehlen hier auch nicht die Fensterbilder, von denen Macke so schwärmte, und nicht die kreisenden Rhythmen der nach architektonischer „Anwendung" strebenden Scheibenbilder. (Bis 30. Juli; Katalog 50 Mark.)

EO PLUNIEN

Ballett: M. Béjart und Uwe Scholz in Stuttgart

Husaren und Hofdamen

Die Märchen, die uns Maurice Béjart erzählt, finden sich nicht in Lesebüchern. Es sind Märchen, die das Leben schrieb, die von seinem Künstlertum berichten oder von seinen Träumen. Oder uns seine Jugend erleben lassen: „Gaité Parisienne". Seine Anfänge in Paris, wohin der aus Marseille stammende Sohn eines namhaften Philosophen geflüchtet war; seine ersten Erfahrungen mit dem, was uns die Danse d'Ecole lehrt; seine Auseinandersetzungen mit dem Oeuvre eines gewissen Offenbach, den er in seiner ersten Choreographie in den Mittelpunkt stellte: all diese Erlebnisse hat er in dieses Ballett eingebettet. Aber „Gaité Parisienne" ist mehr als eine private biographische Besinnung. Béjart macht aus der Selbstbespiegelung immer wieder die Bespiegelung einer historischen Vergangenheit.

Béjart, oder sagen wir besser Bim, die Verkörperung seines jugendlichen Ichs (Mark McClain), beschwört tanzend ein Paris, wie es Offenbach einst in seinen unzähligen Opéra-bouffes parodiert hat. Wäscherinnen treten auf und Gassenjungen, Husaren und Hofdamen, Ballerinen der Grand Opéra und ihre Kavaliere. Ein junges Mädchen in Weiß (Annie Mayet) erscheint gleichsam als verführerisches Ideal, Terpsichore (Marianne Kemmer) singt auf einem Denkmalsockel ein Couplet aus „Périchole". Die Kaiserin Eugenie repräsentiert mitsamt ihrem Hofstaat höchstpersönlich die Belle Epoque. Und nicht nur das: Napoleon III., die Komtesse de Ségur, Ludwig II. von Bayern, ja selbst die leibhaftige Marianne in ihrer Jakobinermütze werden zu einem kurzen Augenblick Teil eines phantastischen Panoptikums, das der Brüsseler Ballettchef in Stuttgart inszenierte.

Die Zeiten und Bewußtseinsebenen vermischen sich. Hin- und hergerissen zwischen dem, was Madame (Marcia Haydée überwältigend in ihrer körperlichen Selbstverleugnung) für ihn bedeutet, nämlich der Unerbittlichkeit des klassischen Balletts, und dem, für das die Offenbach-Figur (Uwe Scholz erstmals als Tänzer) steht, nämlich seine künstlerische Freiheit, sucht Bim sich zuletzt seinen eignen Weg.

Auch das Stuttgarter Ballett hat sich unter der Leitung von Marcia Haydée längst wieder einen eigenen Weg gesucht: den mit Béjart. Denn Béjart holt in letzter Zeit nicht nur immer wieder die Ballettchefin zu sich nach Brüssel, er überläßt ebensooft dem Stuttgarter eines seiner Stücke: diesmal außer „Gaité Parisienne" auch „Isadora", ein Solo, in dem Marcia Haydée über sich hinauswächst und Isadora Duncan auf eine ganze eigene Art wieder zum Leben und zum Tanzen erweckt.

Der eigene Weg: Er ist in Stuttgart namhaft zu machen. Er heißt Uwe Scholz. Der junge Mann aus dem Hessischen hat sich in wenigen Jahren zum größten Talent seit Jiri Kylian entwickelt. Mit „variation minus 1" (zu Poulencs Konzert für zwei Klaviere und Orchester) glückt ihm auch diesmal wieder ein beziehungsreiches Ballett, das, hoch musikalisch, die Stuttgarter Equipe von ihrer besten Seite zeigt. Von einer nie erlahmenden Jugendlichkeit, mit kraftvoller Vitalität und strahlender Schönheit, tanzt das Ensemble mit Tamas Detrich an der Spitze augenblicklich jede Konkurrenz in Deutschland an die Wand.

HARTMUT REGITZ

JOURNAL

Zweites Kulturforum der CDU/CSU-Fraktion

dpa, Bonn

Unter dem Motto „Kultur als Wirtschaftsfaktor" will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 30. Juni in Mülheim/Ruhr ein zweites kulturpolitisches Symposium veranstalten, kündigte in Bonn die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Wex an. Bereits Ende Januar hatte in Mülheim eine kulturpolitische Tagung der Fraktion stattgefunden, die sich mit der Sicherung der Freiheit des Künstlers befaßte.

Auf der zweiten Veranstaltung sollen Vertreter der Kulturverbände sowie Experten aus Wirtschaft, Kunsthandel, Universitäten und Politik die Bedeutung von Kunst und Kultur unter wirtschaftlichen, kulturellen und arbeitsrechtlichen Aspekten diskutieren. Wie Frau Wex dazu betonte, gehe es darum, einer breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Förderung künstlerischer und kultureller Arbeit vor Augen zu führen. Sie begrüßte, daß sich die SPD-Fraktion mit dem gleichen Thema zwei Wochen zuvor in Bonn befassen wolle. Angesichts der finanziellen Situation seien kulturpolitische Aktivitäten wichtig, ein „reines Nachplappern von CDU-Initiativen" durch die SPD zeige allerdings schlechten politischen Stil, meinte sie.

Erstmals deutscher Preisträger in Brüssel

dpa/DW. Brüssel

Vier Wochen lang standen 180 junge Pianisten aus allen Erdteilen im Endkampf des „Concours Elisabeth", eines der bedeutendsten Klavierwettbewerbe der Welt. Jetzt wurden in Brüssel die Preisträger benannt. Den ersten Preis erhielt der Franzose Pierre Volondat. Mit dem 22jährigen Pianisten Wolfgang Manz aus Düsseldorf hat zum ersten Mal ein Deutscher den zweiten Preis zugesprochen bekommen.

Zur Geschichte der Denkmalpflege

DW. Stuttgart

„130 Jahre Denkmalpflege in Baden, 125 Jahre Denkmalpflege in Württemberg" sind das Thema eines Sonderheftes des Nachrichtenblattes des Landesdenkmalamtes „Denkmalpflege in Baden-Württemberg" (Mörikestr. 12, 7000 Stuttgart 1). In einer Reihe von Beiträgen werden darin die Anfänge und die Entwicklung der Denkmalpflege in den beiden Ländern geschildert. Eine bescheidene und zugleich eindrucksvolle Publikation über ein scheinbar unpopuläres Thema.

Vier Filmtheater für ihre Programme ausgezeichnet

AP, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat jetzt vier Filmtheater mit je 20 000 Mark für die Zusammenstellung ihrer Filmprogramme im Jahr 1982 ausgezeichnet. Es folgte damit den Vorschlägen der Filmprogrammkommission des Auswahlausschusses für Filmförderung. Ausgezeichnet wurden die Filmbühne in Essen, das Atelier-Film-Theater im Odeon in Koblenz, das Sternchen in Biberach/Riß und das Viktoria-Theater in Hilchenbach-Dahlbruch. Weitere 342 Kinos erhalten Prämien von je 10 000 Mark, sieben Filmtheater Urkunden ohne Prämien. Außerdem gibt es auch Zusatzprämien von je 5000 Mark für Jahresfilmprogramme mit einem besonders hohen Anteil deutscher Filme.

MUSIK-KALENDER

1. **Düsseldorf,** Deutsche Oper am Rhein; Händel: Jephta (ML: Layer, R: Lukas-Kindermann)
2. **Schwetzingen,** Rokokotheater; Henze: Die englische Katze (U) (ML: Davies, R: Henze)
4. **Lübeck,** St. Aegidien; Meyers: „Der Sündenfall" (U)
6. **Berlin,** Staatsbibliothek; Festival traditioneller Musik: Japan (bis 15. 6.)
10. **Hannover,** Sendesaal; Neubert: Umkehr zum Leben (U) (ML: Henking)
Würzburg, Residenz; Mozartfest (bis 27. 6.).
11. **Zürich,** Hallenstadion; Verdi: Aida (ML: Santi, R: Rossi)
Oberhausen, Theater; Hiller: Lottchen am Hofe/Henze: Das Wundertheater
Nürnberg, Opernhaus; Mozart: Cosi fan tutte (ML: Gierster, R: Klingenberg)
Darmstadt; Graupner-Tage (bis 12. 6.)
12. **Wien,** Staatsoper; Puccini: Turandot (ML: Maazel, R: Prince)
Kassel, Staatstheater; Belamaric: Die Liebe von Don Perlimplin (DE) (ML. u. R: Belamaric)
Wuppertal, Opernhaus; Schostakowitsch/Meyer: Der Spieler (U) (ML: Schick, R: Meyer-Oertel)
13. **Hamburg,** 18. Chorfest des Deutschen Sängerbundes (bis 19. 6.)
15. **Hohenems,** Schloß; Schubertiade (bis 26. 6.)
16. **Stuttgart,** Funkstudio; Tage für Neue Musik: Anton von Webern 1883–1983 (bis 19. 6.)
18. **Berlin,** Deutsche Oper; Berlioz: Fausts Verdammnis (ML: Lopez Cobos, R: Friedrich, A: Sykora)
Frankfurt, Opernhaus; Puccini: Manon Lescaut (ML: Gielen, R: Heyme)
Bielefeld, Stadttheater; Mors: Der Kreidekreis (U) (ML: Marik, R: Dew)
19. **München,** Cuvilliéstheater; Britten: The Turn of the Screw (ML: Pritchard, R: Hampe)
23. **Hamburg,** Staatsoper; Adam: Giselle (Ch.: Neumeier)
Nürnberg: 32. Internationale Orgelwoche: Musik um Martin Luther (bis 3. 7.)
Colmar, Dominikanerkirche; Festival de Colmar – Karl Münchinger (bis 26. 6.)
24. **Baden-Baden,** Funkhaus; Schnebel: Jowaegerli (U)

Seine schmale Rinne macht den Rhein bei Hochwasser rasend

Erst seit Ende des Rheinausbaus 1977 treffen Flutwellen von Rhein und Mosel zusammen

D. GURATZSCH, **Frankfurt**

„Der Laie meint, der Kaiserstuhl ist am Zusammenbrechen. Das ist nicht der Fall." So beantwortet der Weinbauexperte des RegierunGspräsidiums Freiburg, Walter Follner, die Flut von Anfragen, die in Zusammenhang mit den gewaltigen Niederschlägen der vergangenen Wochen an seine Dienststelle gerichtet werden.

Follner macht freilich kein Hehl daraus, daß die Schäden in den Hanglagen des für seinen Wein berühmten Kaiserstuhl-Vulkanmassivs ein Ausmaß erreicht haben, das vermutlich noch niemals festgestellt worden ist. Im „Bereich von Hektaren" seien die Böschungen abgerutscht, zum Teil seien die Hänge bis zu einem Meter tief „durchgerutscht". Die Ursache sieht der Weinbauexperte in den wochenlangen Niederschlägen, die den Boden „gesättigt" haben. Follner: „Zuletzt begannen die Hänge einfach zu fließen." Vorwürfe gegen die Flurbereinigung, die im Kaiserstuhl unter heftigen Diskussionen mit Natur- und Umweltschützern auf 2400 Hektar Fläche durchgezogen worden ist, will der Fachmann nicht gelten lassen.

„Flurbereinigung ist schuld"

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) macht dagegen gerade die Rebflurbereinigung für die Höhe der Schäden verantwortlich. Biologe Peter Comes vom Landesverband Baden-Württemberg zur WELT: „Die Kalk- und Porenstruktur der Böden ist durch die Umschichtung des Löß und durch den Einsatz großer Maschinen zerstört worden. Sechs bis zehn Prozent der Flächen wurden durch Asphaltwege versiegelt. Dadurch hat sich der „Scheitelabfluß" der Niederschläge, die vom Boden nicht mehr aufgenommen werden können, um das 20- bis 30fache erhöht."

Inzwischen hat die Wasser- und Schiffahrtsdirektion in Mainz gegenüber der WELT darauf hingewiesen, daß die Überschwemmungskatastrophen dieses Jahres unter anderem eine Folge des Rheinausbaus durch Frankreich sind.

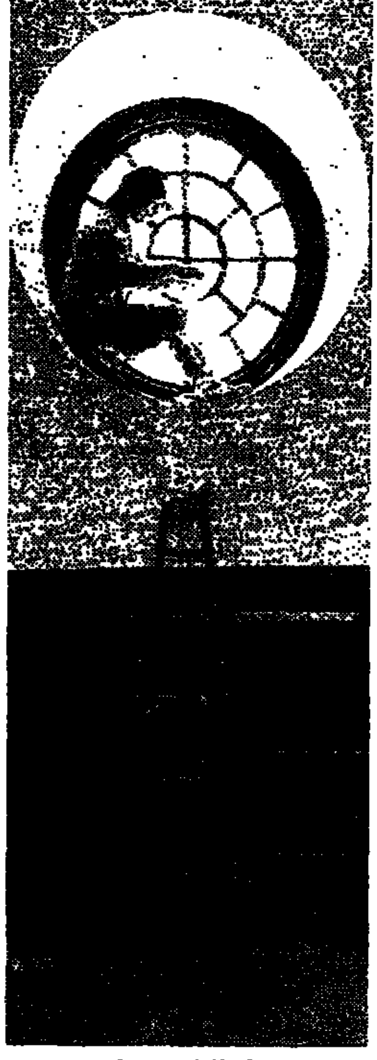
Der Rheinausbau durch die Franzosen ist ein Ergebnis des Versailler Vertrages von 1919, in dem den Deutschen nach dem verlorenen Weltkrieg bestimmte französische Anbaurechte diktiert wurden. Als erste der neuen französischen Staustufen wurde 1932 die Staustufe Kembs unterhalb Basel fertiggestellt. Während der Besetzung Frankreichs durch Deutschland im Zweiten Weltkrieg mußten die weiteren Bauarbeiten auf deutsche Anordnung hin eingestellt werden. Unmittelbar nach dem Krieg haben die Franzosen die Arbeiten jedoch wiederaufgenommen. Die letzte Staustufe wurde 1977 in Iffezheim bei Baden-Baden ihrer Bestimmung übergeben.

Seit diesem Zeitpunkt fließt der Rhein, wie Heinz Blaschke von der Wasser- und Schiffahrtsdirektion erklärte, an den alten, großen Hochwasserpoldern vorbei. Eingezwängt in neue Hochwasserdämme, steht dem Strom dort, wo er früher bei Hochwasser leicht eine Breite von drei Kilometern erreichte, nur noch eine schmale Rinne von 300 Metern zur Verfügung. Dieses veränderte „Abflußregime" hat den Rhein so beschleunigt, daß sich sein Hochwasser auf die Flutwellen von Mosel und Neckar schiebt, die einst 24 Stunden früher abflossen.

Vom Kamel zum Dromedar

Den Beweis für diese These treten die Wasserbauexperten mit einem Zahlenspiegel am Beispiel Mosel an. Danach hatte die Rhein-Flutwelle am 27. Mai um 19 Uhr mit 4500 Kubikmetern Wassermasse pro Sekunde die Stadt Speyer erreicht. Bei Kaub oberhalb des Moselzuflusses war sie am 29. Mai um 5 Uhr mit 6060 Kubikmetern angelangt. Exakt zur gleichen Zeit erreichte die Moselflutwelle mit 3520 Kubikmetern die Stadt Cochem oberhalb des Zusammenflusses der beiden Ströme. Nach dem Zusammenprall der beiden Flutwellen bei Koblenz wurde in Andernach am 29. Mai um 14 Uhr eine Rekordabflußmenge der Wassermassen von 9660 Kubikmetern gemessen.

„Früher", so Ernst-Ludwig Raabe von der Wasser-Schiffahrtsdirektion in Mainz, „folgten die beiden Flutwellen von Mosel und Rhein aufeinander wie die Höcker eines Kamels. Heute schieben sie sich zu einem einzigen, riesigen Höcker eines Dromedars zusammen. Die Rekordhochwasserstände von Koblenz und Köln sind eine Folge davon."



Rundblick
FOTO: GAMMA / STUDIO X

Titan hilft bei der Überholung des Parthenon

Athen rechnet mit baldigem Beginn der Restaurierung

AFP, **Athen**

Der Parthenon soll nun endlich generalüberholt werden. Die griechische Regierung will nicht nur die berühmten Giebelfriese aus dem British Museum in London zurückholen, sondern den ganzen Tempel, das schwer angegriffene Wahrzeichen der Athener Akropolis, restaurieren. Die Arbeiten sollen beginnen, sobald der Spezialkran aus Frankreich angekommen ist.

Die Arbeiten werden voraussichtlich zehn Jahre dauern. Zuerst gilt es, die Schäden zu beheben, die zu Beginn dieses Jahrhunderts der Restaurator Bela Nos verbrochen hat. Er hatte die von den Baumeistern der Antike in Blei eingelassenen Dübel und Zapfen herausgelöst und durch in Zement gebettete Eisenteile ersetzt. Das Metall hat sich im Lauf der Zeit zersetzt, was zu zahlreichen Rissen im Stein führte.

Jeder einzelne Stein muß jetzt aus seiner Verankerung gelöst werden. Die Eisenverbindungen werden durch solche aus Titan, einem nichtrostenden Edelstahl, ersetzt. Danach gilt es, den Parthenon Stück für Stück wieder zusammenzubauen.

Schwieriger als die Aufgabe der Steinmetze ist das Hauptproblem der Restauratoren: Athens Luftverschmutzung in den Griff zu bekommen. Der „Nefos", eine Giftwolke aus Kohlendioxyd, Stickstoff, Schwefeldioxyd, Staub und Säureemissionen liegt fast ständig über der Vier-Millionen-Stadt und zerstört den Marmor der antiken Sehenswürdigkeiten. Vor allem durch die Einwirkung von Schwefeldioxyd verwandelt sich der harte Stein nach und nach in Gips.

Alle bisherigen Überlegungen zur Lösung dieses Problems wurden schon in der Praxis am Tempelgrab Erechtheion überprüft. Der am Nordrand der Akropolis gelegene Bau, mit dessen Restaurierung vor zwei Jahren begonnen wurde, dient so quasi als Versuchskaninchen für die Parthenon-Restaurierung. Aber ganz glücklich sind die Experten mit ihren bisherigen Erfahrungen nicht. Es gibt zur Zeit kein Allheilmittel gegen die Folgen der Luftverschmutzung. Die fünf Karyatiden sind bereits ins Nationalmuseum abtransportiert worden. Ihre Plätze am Erechtheion nehmen seit zwei Jahren Kopien ein.

Doch selbst das Museum kann die langgewandeten Damen nicht vor dem zerstörerischen Werk des Schwefeldioxyds schützen. Vier der fünf Statuen sollen demnächst in eine Glasvitrine gestellt werden, wo sie stickstoffangereicherte Luft umgibt. Die fünfte kann nicht einmal mehr hinter Glas besichtigt werden. Ihre Zerstörung ist schon zu weit fortgeschritten.

Für die Arbeiten auf der Akropolis stellte die griechische Regierung vier Millionen Mark an Sondermitteln zur Verfügung. Dazu steuerten das Europäische Parlament noch einmal rund 1,1 Millionen Mark und das deutsche Unesco-Komitee 300 000 Mark bei. Dieses Geld allerdings ist für die Gründung eines Forschungsinstituts gedacht, das sich mit der Beschaffenheit des Steins beschäftigen soll.

HUK-Studie: Auch nachts geht es nicht ohne Ampeln

dpa, **Köln**

Das nächtliche Abschalten von Ampeln in den Städten führt entgegen der Meinung vieler Experten zu einer drastischen Erhöhung der Unfallzahlen und dadurch „zu hohen volkswirtschaftlichen Verlusten". Dagegen verringern sich Benzinverbrauch und Lärmbelästigung nur geringfügig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Verbandes der Haftpflicht-, Unfall- und Autoversicherer (HUK-Verband), die gestern in Köln vorgestellt wurde. Der HUK-Verband forderte Städte und Gemeinden deshalb auf, sämtliche Ampeln in den Städten durchgängig in Betrieb zu halten.

Bei der von Mitte 1981 bis Mitte 1982 vom HUK-Verband in Duisburg laufenden Untersuchung wurden 153 von 421 Ampeln zwischen 23 Uhr und fünf Uhr morgens abgeschaltet. Sowohl die Zahl der Unfälle als auch die Höhe der Sachschäden stieg bei abgeschalteten Ampeln während des Versuchs um etwa das Vierfache.

„Statistisch signifikante" Änderungen im Benzinverbrauch könnten nicht nachgewiesen werden. Lediglich bei bewußt sparsamer Fahrweise habe man bei abgeschalteten Ampeln „geringfügig Treibstoff" sparen können. „Nicht spürbar" sei der Rückgang der Lärmbelastung. Durch den geringeren Stromverbrauch sparte die Stadt Duisburg etwa 40 000 Mark. Der HUK-Verband stellt folgende „volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung" auf: Für jede bei der Stadt eingesparte Mark muß die Allgemeinheit 25 Mark aufbringen.

Lehrerin erstochen

dpa, **Paris**

Aus „unerfüllter, leidenschaftlicher Liebe" hat nach Angaben der Polizei ein 32jähriger Bäcker aus Herford in Paris seine Französisch-Lehrerin erstochen. Der Mann war vor einigen Monaten in die französische Hauptstadt gezogen. Er legte unmittelbar nach der Tat ein Geständnis ab.

Serien-Täter gefaßt?

dpa, **Mettmann**

Der Brandstifter, der auf einem Industriegelände bei Erkrath im Rheinland Ende April einen Schaden von mehr als 60 Millionen Mark verursachte, ist offenbar gefaßt. Ein 29jähriger arbeitsloser Dachdecker aus Hilden hat der Kripo jetzt gestanden, nach dem Besuch einer Discothek den Brand in der Lagerhalle einer Kugellagerfirma gelegt zu haben. Es war bereits sein drittes Feuer in derselben Nacht.

Gift-Fahrer angeklagt

dpa, **Saint-Quentin**

Auch gegen den Lastwagenfahrer Jean Michel Quignon, der das Seveso-Gift Dioxin nach Frankreich gebracht hat, ist Anklage erhoben worden. Quignon hatte die 41 Giftfässer im Auftrag des Giftmüll-Unternehmers Bernhard Paringaux von Italien nach Anguilcourt gebracht, wo sie in einer ehemaligen Metzgerei gefunden wurden.

Tokio hält Einwohnerrekord

DW. **Tokio**

Die offiziell größte Stadt der Welt ist Tokio. Am 1. Mai lebten in der japanischen Metropole 11 716 959 Menschen, 5,9 Millionen Männer und 5,8 Millionen Frauen. Das ergab die jüngste Volkszählung. Damit ist Tokio größer als Mexiko-Stadt, das nicht mehr als 11,5 Millionen Einwohner haben soll.

LEUTE HEUTE

Elizabeth II. ist Erste

Selbst Prinzessin **Diana**, die in der ganzen Welt von den Titelseiten der Illustrierten lächelt, hat es nicht geschafft, Königin **Elizabeth II.** vom ersten Platz der königlichen Hit-Liste zu verdrängen. Eine Umfrage des britischen Frauenmagazins „Woman's Own" ergab, daß die Queen mit Abstand das populärste Mitglied der königlichen Familie ist. Es folgen Diana und, klar abgeschlagen, Prinz **Charles**.

Zweiter Vierhunderter

Der „Wolkenkratzer" **Dan Goodwin** (27) hat seinen zweiten Vierhunderter bezwungen. Mit Saugnäpfen ausgerüstet kletterte er auf die Spitze eines der beiden 110 Stockwerke hohen Türme des World Trade Centers in New York. Nach dreieinhalbstündiger Kletterpartie nahm ihn in 400 Meter Höhe die Polizei in Empfang. Goodwin hatte bereits vor zwei Jahren von sich reden gemacht, nachdem er den Sears-Tower, mit 442 Metern das höchste Gebäude der USA, erklettert hatte.

Vorhang frei für Bond

Sean Connerys (Foto) James-Bond-Comeback in „Never Say Never Again" darf im Herbst Premiere feiern. Die Nachlaßverwalter des Bond-Autoren Ian Fleming verloren vor Gericht die zweite



Runde bei dem Versuch, den Film zu verbieten. Auch das Appellationsgericht konnte keinen Rechtsbruch der beiden Produzenten **Kevin McClory** und **Jack Schwartzman** entdecken. Sie hatten ihren Film aus zehn Romanfragmenten des Autors gebastelt.

14jährige entkam ihren Entführern

dpa, **Göttingen**

Nur wenige Stunden nach ihrer Entführung gelang in der Nacht zum Dienstag einem 14jährigen Mädchen aus Göttingen die Flucht aus der Wohnung der Kidnapper in der Nähe von Fulda. Nach Angaben der Polizei war die Schülerin am Nachmittag in Göttingen entführt worden. Die Täter hatten vom Vater des Kindes, einem Göttinger Geschäftsmann, ein Lösegeld in ungenannter Höhe verlangt. Das Mädchen war nach der Schule von der 30jährigen Mutter einer Freundin angesprochen und in ein Auto gelockt worden. Der 54jährige Ehemann dieser Frau und ein 21 Jahre alter Komplize saßen in dem Wagen und brachten das Kind in eine Wohnung bei Fulda.

Nach einem Handgemenge entkam die 14jährige, deren Entführer sie laut Polizei auch schlugen und sexuell zu nötigen versuchten, aus der Wohnung. Bewohner des Nachbarhauses versteckten das Opfer, bis die Polizei eintraf. Die beiden Täter sind flüchtig, die Frau wurde vorläufig festgenommen.

Die Welt steht vor dem Sprung über die Fünf-Milliarden-Grenze

Jährlich 100 Millionen Menschen mehr/Bevölkerung der Dritten Welt in 32 Jahren verdoppelt

GITTA BAUER, **New York**

Bei gleichbleibendem Wachstum wird die Weltbevölkerung vor Ablauf der nächsten fünf Jahre die Fünf-Milliarden-Grenze überspringen. Wie das Bevölkerungs-Referenz-Büro in Washington errechnet hat, leben auf der Erde augenblicklich 4,67 Milliarden Menschen. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Erdenbewohner um 92 Millionen – das entspricht etwa der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, der Beneluxstaaten und Dänemarks.

Das stärkste Wachstum verzeichnet, wie erwartet, die Dritte Welt, die schon jetzt 75 Prozent der Erdbevölkerung ausmacht. Sie nimmt jährlich um zwei Prozent zu, die Industrieländer nur um 0,6 Prozent. Ändert sich das Verhältnis nicht, werden die Entwicklungsländer zur Jahrtausendwende 79 Prozent, im Jahr 2020 83 Prozent der Weltbevölkerung stellen.

Diese Prognosen beruhen nach Angaben der Demographin des Büros, Mary Mederios Kent, auf mehreren Indikatoren:

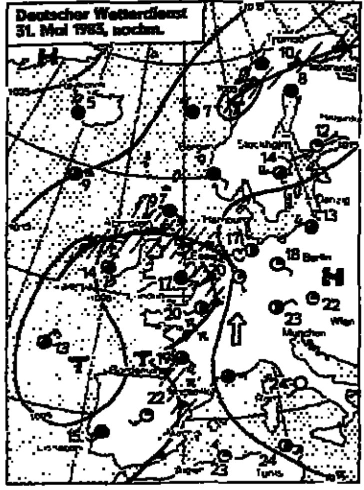
- Die Geburtenrate der Entwicklungsländer ist doppelt so hoch wie die der Industriestaaten. – 33 pro tausend hier, 15 pro tausend dort. Insgesamt gibt es in der Dritten Welt siebenmal so viele Geburten im Jahr wie in den technisierten Staaten.
- In Industrieländern bekommen Frauen statistisch weniger als zwei Kinder, weniger also als die zur Erhaltung der Bevölkerung notwendige Zahl von 2,1. Das Ergebnis: In den nächsten 32 Jahren wird sich die Bevölkerungszahl in der Dritten Welt verdoppeln;
- die Todesrate ist heute fast ausgeglichen. Das Verhältnis ist 10:1000 in Industrieländern, 12:1000 in Entwicklungsländern.

Allerdings ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Ländern der Dritten Welt nur 58 Jahre, in der entwickelten Welt liegt sie jetzt bei 73 Jahren. Das heißt, die Kindersterblichkeit ist immer noch unverhältnismäßig hoch in den Ländern Afrikas und Asiens, auch Lateinamerikas. Sie beträgt 93 auf tausend, verglichen mit 19 pro tausend in Europa, Amerika, Australien.

Wie immer sind es diejenigen Länder der Dritten Welt, die sich ein forciertes Bevölkerungswachstum am wenigsten leisten können, die an der Spitze liegen. Die höchste Wachstumsrate hat Ostafrika mit 3,1 Prozent im Jahr. Dies ist gleichzeitig die Region, deren Menschen nahe an der Grenze zum Verhungern leben. Ihre Nahrung enthält nur 88 Prozent der als notwendig erachteten Kalorienzahl, in Äthiopien gar nur 74 Prozent des Minimums. (SAD)

WETTER: Schauerartige Regenfälle

Wetterlage: Ausläufer des ostatlantischen Tiefs drängen den mitteleuropäischen Hochkeil ostwärts ab und beeinflussen Deutschland von Westen her. Sie führen weiterhin warme Meeresluft heran.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Im Südosten heiter und trocken, in den übrigen Gebieten wechselnde, zeitweise starke Bewölkung und gelegentlich schauerartiger Regen, örtlich auch kurze Gewitter. Höchsttemperaturen 21 bis 25 Grad im Südosten auch darüber. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest, in Gewitternähe böig auffrischend.

Weitere Aussichten:

Stärker wolkig mit einzelnen Schauern.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	35°
Bonn	20°	Kopenh.	14°
Dresden	19°	Las Palmas	21°
Essen	20°	London	17°
Frankfurt	20°	Madrid	22°
Hamburg	17°	Mailand	21°
List/Sylt	13°	Mallorca	30°
München	23°	Moskau	21°
Stuttgart	20°	Nizza	20°
Algier	23°	Oslo	14°
Amsterdam	20°	Paris	20°
Athen	27°	Prag	18°
Barcelona	20°	Rom	24°
Brüssel	20°	Stockholm	14°
Budapest	24°	Tel Aviv	36°
Bukarest	24°	Tunis	24°
Helsinki	12°	Wien	22°
Istanbul	18°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 5.11 Uhr, Untergang: 21.30 Uhr; **Mondaufgang:** 2.00 Uhr, Untergang: 11.01 Uhr. **Sonnenaufgang*** **am Freitag:** 5.10 Uhr, Untergang: 21.31 Uhr; **Mondaufgang:** 2.23 Uhr, Untergang: 12.10 Uhr; * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Polen hängt wieder ein Spieglein an die Wand

HELLA STEINWEG, **Warschau**

Mitten in der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise, die Polen einmal mehr durchlebt, droht den Menschen nun eine Ablenkung ganz eigener Art: Zum ersten Mal nach 25 Jahren soll wieder eine „Miß Polen" gewählt werden. In elf Bezirken laufen zur Zeit die Vorentscheidungen, und der Schönsten im ganzen Land winkt am Ende gar Verlockendes – die Teilnahme am „Miß World"-Wettbewerb in London.

Nach dem Krieg gab es in Polen überhaupt erst zwei dieser Veranstaltungen – 1957 und 1958, als nach dem Tode Stalins ein gelindes politisches Tauwetter auch Polen erfaßte. Grundsätzlich aber sind solche Schönheitswettbewerbe rar in Ostblockländern. Während sich die Schönsten in den 20er und 30er Jahren auch in Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Bulgarien um die Titel schlugen, wurden die Laufstege nach Ausbruch des Krieges eingemottet. Das blieben sie auch nach der kommunistischen Machtübernahme, weil ein Miß-Wettbewerb für einen echten Leninisten kaum mit seinem Anspruch an sozialistische Weiblichkeit in Übereinstimmung zu bringen ist.

Allerdings, so bemerkte die „Herald Tribune" süffisant, waren die Polen nie „groß im Leninismus . . .". So hatte sich denn auch dieser Tage eine stattliche Versammlung vor dem Warschauer „Buffo Theater" eingefunden, um wenigstens einen Blick auf die einhundert eintreffenden Teilnehmerinnen zu erhaschen – die erste Vorentscheidung lief nämlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. „Wie sollen wir je aus der Krise herauskommen, wenn die alle hier herumstehen, statt zu arbeiten", fragte, wohl mißvergnügt, eine Garderobiere des Theaters angesichts des vornehmlich männlichen Auflaufs.

Doch die Herren ließen es sich nicht verdrießen. Schließlich war das Spektakel von oben mit Wohlwollen versehen. Stanislaw Cejrowski, Direktor der staatlichen Künstleragentur und Promoter der Veranstaltung, gab unumwunden die Absicht zu, die hinter dem Unternehmen steckt: „Die Menschen in Polen haben zur Zeit nicht besonders viel Unterhaltung. Wir versuchen diese Lücke zu füllen."

Während überdurchschnittlich viele der mit Kameras ausgerüsteten Männer einen Rest von schlechtem Gewissen hinter der Ausrede versteckten, sie seien als Journalisten hauptsächlich beruflich interessiert, fand Slawomir Skulimowski nichts dabei, mal eben vorbeizuschauen: „Ich bin als Kiebitz hier. Warschau hat eine Menge schöner Mädchen zu bieten, und die schönsten kommen hier sicher vorbei."

Derweil machen sich unter eben jenen schon erste Ermüdungserscheinungen breit – auch der gelangweilte Augenaufschlag gehört eben zum schönen Geschäft. „Mir stehen hier viel zu viele Männer rum", zierte sich die 19jährige Gymnasiastin Katarzyna Wziatek und flüchtete schnell ins Theater. Sie und ihre Mitbewerberinnen haben es allerdings auch nicht ganz einfach, gehört doch zu den „Teilnahmebedingungen" die dehnbare Forderung, im Auftreten und in der Sittlichkeit geltende Regeln nicht zu verletzen.

Deshalb wohl fand die erste Runde auch hinter verschlossenen Türen statt. Von den hundert, die sich in Warschau dem Testlauf stellten, werden ebenso wie in den zehn anderen Regionalveranstaltungen 20 der schönsten herausgewählt. Sie sollen sich dann öffentlich stellen. Bei diesem zweiten Durchgang bleiben zwei oder drei übrig, die sich für die nationale Ausscheidung qualifizieren. Die Polen halten es dabei ganz unkompliziert: „Wir wollen keine großartigen Vermessungen oder Talentwettbewerbe", erklärte Stanislaw Cejrowski, „unser einziges Kriterium ist, daß die Mädels hübsch sein müssen." Bei den nächsten Durchgängen allerdings will man den westlichen Veranstaltungen nicht nachstehen. Auch „Miß Polen" soll in einem passenden Rahmen von Kunst und Kommerz gekürt werden.

Unterstützung hat dafür jemand zugesichert, der eine Menge davon versteht. Als sie von dem neuen Anlauf nach 25 Jahren hörte, meldete sich „Miß Polen 1932" zu Wort. Die heute 77 Jahre alte Zofia Baczewska kommentierte die Nachricht mit Genugtuung: „Polnische Frauen gehören zu den schönsten der Welt, und sie sollen ihre Schönheit auch zeigen dürfen."

Niemand widersprach ihr – Zweifel allerdings werden geäußert, wenn es um den entsprechenden Rahmen geht. So glaubt eine Warschauer Zeitung, daß es bei der Präsentation der Damen praktische Probleme gebe. Polnische Bikinis, so schrieb das Blatt ganz unleninistisch, seien nicht besonders attraktiv. Für die durchaus vorhandenen eleganteren westlichen Modelle fehlten den meisten der potentiellen Misses wohl aber die nötigen Devisen.

ZU GUTER LETZT

„Probe geglückt – Premiere viel flach" Bildunterschrift aus dem Bonner „Express"